

Der Sowjetkommunismus und die „verschiedenen Wege zum Sozialismus“

Übersicht über die Beiträge in dieser Folge

Abweichend von unseren redaktionellen Regeln haben wir in diesem Heft des Europa-Archivs drei Folgen vereinigt, um unseren Lesern Material zu den inneren Entwicklungen im Ostblock vorzulegen, das einer solchen Zusammenfassung bedurfte. Wir glauben, daß die Bedeutung der behandelten Probleme diese Ausnahme rechtfertigt.

Die Auseinandersetzung zwischen dem Sowjetkommunismus und den Bestrebungen in Jugoslawien, Polen und Ungarn, verschiedene Wege zum Sozialismus zu finden, ist für die deutsche und die westeuropäische Politik und darüber hinaus für die Weltpolitik der Gegenwart von ausschlaggebender Bedeutung. Nur wenn die sowjetische Macht in ihrem eigenen Herrschaftsbereich die Mindestvoraussetzungen eines wirklichen Friedens schafft, kann die übrige Welt, im Einflußbereich der Westmächte und in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas, auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Moskau hoffen. Das heißt noch nicht, daß es nur vom Willen der sowjetischen Führer abhängt, ob diese Mindestvoraussetzungen verwirklicht werden. Es gibt westliche Beobachter — ihr bedeutendster Sprecher ist George Kennan geworden (vgl. „George Kennan und die Probleme des Friedens in Europa“, in Europa-Archiv 3—4/1958, S. 10 503 bis 10 516) —, die der Ansicht sind, jede Lösung des Problems der sowjetischen Satellitenstaaten setze die Lösung der deutschen Frage voraus, denn die Russen könnten das Problem gar nicht anders betrachten als in Verknüpfung mit der großen militärischen Gleichung „Rußland und der Westen“, solange amerikanische und andere westeuropäische Truppen in der Bundesrepublik stehen. Würden die Westmächte, so schließt Kennans Argumentation, den sowjetischen Führern die Möglichkeit geben, sich „ohne Rückschlag für das System der sowjetischen Herrschaft“ aus Osteuropa zurückzuziehen, so könnten sie mit dem Weiterbestehen liberalisierter kommunistischer Regime nach dem Abzug der sowjetischen Truppen rechnen. Sie würden zusammen mit dem neutralisierten Deutschland ein Zwischen Europa bilden, dem die große Rolle des „Abschleifens der militärischen Bipolarität“ in Europa zufiele. Kennan hat sich dafür verbürgt, daß in diesem Falle ein wiedervereinigtes Deutschland, das wirtschaftlich und sozial gesund, außerdem mit einem Milizsystem ausgerüstet sei, „kaum ausländische Truppen auf seinem Boden brauchen (werde)“, um sich gegen einen russischen Angriff zu schützen“.

Diese Konzeption des „Disengagement“ baut auf der Voraussetzung auf, daß unter günstigen weltpolitischen Bedingungen — die von den Westmächten herbeigeführt werden könnten — mit einer an Sicherheit grenzenden

Wahrscheinlichkeit eine Liberalisierung des sowjetischen Herrschaftssystems erfolgen wird. Diese These ist von so grundlegender Bedeutung für die Befriedung der Welt, daß sie mit allen für uns verfügbaren Mitteln und mit einer äußersten Bemühung um geistige Redlichkeit geprüft werden muß. Es gilt dabei, in der Verhüllung ideologischer Konflikte die politische Wirklichkeit des Sowjetsystems zu erkennen und die Möglichkeiten seiner inneren Reform richtig einzuschätzen. Dazu sollen die nachfolgenden Aufsätze Material beitragen.

Hans Georg Glaser untersucht die organisatorischen Grundlagen der Vorherrschaft der Sowjetunion in der kommunistischen Bewegung und zeigt, daß ihr unbedingter Führungsanspruch von Stalins Nachfolgern mit der gleichen Hartnäckigkeit, wenn auch mit flexibleren Methoden, verteidigt wird wie von Stalin, der seinerseits die schon von Lenin geschaffenen Grundlagen ausgebaut hat. Die Beiträge von Harry Schleicher über den letzten Parteikongreß der jugoslawischen Kommunisten und von Georg Strobel über Polens eigenen Weg zum Sozialismus lassen das Wesen und die Brennpunkte der Spannungen im Ostblock deutlich aus einer Fülle von sorgfältig belegten Einzeltatsachen hervortreten. Es geht dabei um die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung, um das Verhältnis von Parteidiktatur und Demokratie und um das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Mensch im Sozialismus. Ein gemeinsamer Nenner für die erstrebte Auflockerung der monolithischen Geschlossenheit des Ostblocks läßt sich in der stärkeren Betonung der Lebensbedürfnisse des einzelnen Menschen gegenüber den abstrakten Zielen der sozialistischen Gesellschaft erkennen. Hinzu treten nationalstaatliche Aspirationen, die weit zurückreichende geschichtliche Wurzeln haben. Als Sammelbegriff für beide Bestrebungen könnte die Bezeichnung „Reformkommunismus“ zumindest als Arbeitshypothese gebraucht werden. Dann ergibt sich sofort die Frage, ob das Verhältnis zwischen Sowjetkommunismus und Reformkommunismus primär durch Kämpfe innerhalb der sowjetischen Hegemonialmacht bestimmt wird oder durch Einflüsse, die von außen, etwa durch eine westliche Politik des „Disengagement“, geltend gemacht werden können. Die Antwort darf nicht allein in den Ereignissen seit dem 20. Parteitag der KPdSU gesucht werden, sondern muß sich auf die gesamte politische Erfahrung der Zeit seit 1943 und darüber hinaus seit 1917 stützen. Deshalb schien es uns zweckmäßig, die beiden Aufsätze von David J. Dallin und J. W. Brügel in dieses Heft aufzunehmen, in denen die Haltung der Sowjetunion gegenüber den ersten Ansätzen nationalstaatlicher Politik in Polen und Jugoslawien während der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre behandelt wird. Co.

Der sowjetische Hegemonieanspruch im Ostblock und die Auseinandersetzung um den „eigenen Weg zum Sozialismus“

Ideologischer und machtpolitischer Hintergrund des Konflikts Moskau–Belgrad

Von Hans Georg Glaser

Redakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, Essen

Seit der Veröffentlichung der Kominform-Resolution vom 8. Juni 1948 „Ueber die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ befindet sich die internationale kommunistische Bewegung in einer offenen Krise, die im April 1958 mit der Diskussion um das auf dem Laibacher Parteitag von den jugoslawischen Kommunisten angenommene neue Parteiprogramm erneut einen Höhepunkt erreichte. Kernproblem dieser Auseinandersetzung ist die Frage, „wo sich das Zentrum der weltrevolutionären Bewegung befindet und wo vor allem die herangereiften Aufgaben der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft praktisch gelöst werden“.¹ Die sowjetischen Kommunisten beanspruchen für sich, das Zentrum der internationalen kommunistischen Bewegung zu sein, während die jugoslawischen Kommunisten diesen sowjetischen Monopolanspruch ablehnen. Welches Ergebnis der Widerstand *Titos* gegen den sowjeti-

schen Hegemonieanspruch zeitigen wird, ist noch nicht abzusehen. Offensichtlich aber ist, daß die jugoslawisch-sowjetische Auseinandersetzung ihre Auswirkungen auf die gesamte kommunistische Bewegung hat. In Abwandlung des ersten Satzes des Kommunistischen Manifestes aus dem Jahre 1848 kann man seit 1948 davon sprechen, daß ein „Gespenst im kommunistischen Machtbereich umgeht — das Gespenst des Titoismus“.

Der sowjetische Monopolanspruch in der kommunistischen Bewegung ist so alt wie die Kommunistische Internationale. Zum vollen Verständnis des Kernproblems der heutigen Auseinandersetzungen zwischen den sowjetischen und den jugoslawischen Kommunisten ist es darum notwendig, sich mit dem organisatorischen Aufbau der Komintern zu beschäftigen.

Die Organisation der Komintern

Es wird heute oft so dargestellt, als sei die Kommunistische Internationale (KI) unter *Lenin* eine freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Parteien gewesen und als habe deren Entwicklung zu einem Instrument der Vorherrschaft der bolschewistischen Partei erst unter *Stalin* begonnen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Grundlage für die beherrschende Stellung der russischen kommunistischen Partei von *Lenin* gelegt wurde und darum von *Stalin* als einem Meister in der Handhabung des organisatorischen „Apparats“ zur unumschränkten Vorherrschaft ausgebaut werden konnte. Das „entscheidende Kettenglied“ — um eine vielgebrauchte Redewendung *Stalinscher* Taktik zu verwenden — zur Bolschewisierung aller Parteien der KI war für *Stalin* die im § 12 des Statuts der KI und in den bekannten 21 Bedingungen für die Aufnahme in die KI unter Ziffer 3 festgelegte Verpflichtung aller Parteien, „neben der legalen Partei eine illegale Organisation zu schaffen“,² sowie die Verpflichtung, die gesamte

Arbeit auf den kommunistischen Zellen, vor allem in den Betrieben, aufzubauen³.

In den Statuten war von Anfang an das Uebergewicht der russischen Partei gesichert. Als offizielles höchstes Organ galt der Weltkongreß aller ihr angehörenden Parteien, in der Zeit zwischen den Weltkongressen wurde die Arbeit vom Exekutivkomitee der KI (EKKI) geleitet⁴. Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees sollte von der Partei des Landes getragen werden, in dem das EKKI seinen Sitz hatte. Dieses Land übernahm die Kosten für die Unterhaltung des „Apparats“ und entsandte dafür fünf Mitglieder mit beschließender Stimme in das Komitee. Außerdem entsandten die zehn bedeutendsten kommunistischen Parteien je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das EKKI. Allen anderen Parteien stand nur das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Komitee zu entsenden⁵. Somit besaß die bolschewistische Partei von Anfang an ein Drittel der beschließenden Stimmen

des EKKI, das „für alle der KI angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien“ herausgab und das Recht hatte, „von den ihr angehörenden Parteien den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzten“. Das EKKI konnte in allen Ländern „seine technischen und anderen Hilfsbüros“ errichten, „die völlig dem EKKI untergeordnet“ waren⁶, und es wachte gemäß § 12 des Statuts über die von allen kommunistischen Parteien neben der legalen Partei zu errichtenden „illegalen Organisationen“.⁷ Der Verkehr „zwischen den einzelnen der KI angeschlossenen Parteien“ durfte nur über das EKKI in Moskau geführt werden, außer in dringenden Fällen, wobei aber gleichzeitig dem EKKI davon Mitteilung gemacht werden mußte⁸.

Dieses satzungsmäßige Uebergewicht der russischen KP in der KI hätte nur beseitigt werden können, wenn der Sitz des EKKI in ein anderes Land verlegt worden wäre; dies war aber unmöglich, da das EKKI nicht nur die Arbeit der legalen Parteien lenkte, sondern vor allem die der geheimen illegalen Organisationen. Darum konnte *Lenin* am 1. Mai 1919 in der ersten Nummer des offiziellen Organs der Komintern, *Kommunistische Internationale*, mit Recht feststellen, „daß die neue, die Dritte Internationale bereits jetzt schon begonnen hat, sich in gewissem Maße mit dem Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu decken“.⁹

Die in der Stalinschen Periode erfolgte Bolschewisierung aller Parteien der KI vollzog sich auf zwei Ebenen: einerseits durch den Ausbau der von dem EKKI kontrollierten illegalen Organisationen und andererseits durch die Uebertragung der bolschewistischen Zellenorganisation auf die legalen Parteien.

Die „illegalen Organisationen“, deren leitende Funktionäre zum größten Teil auf entsprechenden Schulen der Komintern in der Sowjetunion ausgebildet wurden, gelangten auf diese Weise in die Hand des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes (Tscheka, GPU, NKWD, MWD)¹⁰. Zu den in Moskau geschulten leitenden Funktionären dieser illegalen Organisationen der KI gehören die in den volksdemokratischen Ländern nach 1945 eingesetzten Minister für Staatssicherheit¹¹, die durch ihre Beauftragten und Agenten die gesamte staatliche Tätigkeit dieser Länder überwachen¹². Ihnen unterstehen auch die Verbände der politischen Polizei (Sicherheitsgruppen) der Ostblockstaaten, deren Kaderbestände sich größtenteils aus den ehemaligen M-Apparaten der KI in diesen Ländern rekrutieren¹³. Koordiniert und geleitet wird die Arbeit dieser Organe heute durch das 1954 als oberste Instanz und überministerielles Organ für sämtliche Sicherheits-, Nachrichten- und Abwehrdienste vom Präsidium der KPdSU geschaffene „Komitee für Staatssicherheit“

(KGB — Komitet gosudarstwennoj besopasnostij), dessen Leiter das Mitglied des ZK der KPdSU, Generaloberst der Sicherheitstruppen I. A. Sjerow ist.

Das Komitee für Staatssicherheit unterhält direkte Verbindungen mit den entsprechenden Stellen in den Volksdemokratien und kontrolliert mit Hilfe seiner Instrukteure die gesamte offizielle staatliche Tätigkeit einschließlich der des diplomatischen Dienstes und aller Handelsvertretungen der volksdemokratischen Länder im Ausland¹⁴.

Die Uebertragung der bolschewistischen Zellenorganisation auf die legalen „Apparate“ der der KI angehörenden kommunistischen Parteien begann schon zur Zeit *Lenins*. Bereits auf dem III. Weltkongreß (1921) wurde ein dahingehender Beschluß gefaßt. In seiner Rede auf dem IV. Weltkongreß vom 13. November 1922 kritisierte *Lenin* die ungenügende Durchführung dieses Beschlusses und verlangte dessen unverzügliche Verwirklichung¹⁵. Im entsprechenden Beschluß des IV. Weltkongresses heißt es:

„Keine kommunistische Partei kann als ernsthafte und solide organisierte kommunistische Massenpartei betrachtet werden, wenn sie keine festen kommunistischen Zellen in den Betrieben, Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen usw. hat“.¹⁶

Dieser Beschluß wurde für *Stalin* zum Angelpunkt in der Bolschewisierung aller kommunistischen Parteien. Ziel des Beschlusses war die Ersetzung der „horizontalen Verbindungen“ — eine Grundeinheit sollte mit der anderen keine organisatorischen Bindungen besitzen — durch die „vertikalen Bindungen“, das heißt die Unterordnung der unteren Organe unter die Beschlüsse der Zentrale¹⁷. Durch die Uebertragung des bolschewistischen Organisationsprinzips — des „demokratischen Zentralismus“ — auf die Parteien der KI wurden diese zu „Transmissionen“ (*Stalin*) der russischen Partei. Die Unterordnung unter die Beschlüsse des Politbüros der bolschewistischen Partei wurde nun zu einer notwendigen Bedingung für die Leitung der nichtrussischen kommunistischen Parteien¹⁸.

Der Prozeß der Bolschewisierung war im Jahre 1928 im wesentlichen abgeschlossen, was sich deutlich im neuen Statut der KI, angenommen auf dem VI. Weltkongreß (in der 44. Sitzung) vom 29. August 1928, widerspiegelt¹⁹.

Dieses Statut weist entscheidende Unterschiede gegenüber dem Statut von 1920 auf und legt organisatorische Regeln fest, die größtenteils auch im Verhältnis der KPdSU zu den Parteien der Ostblockstaaten nach 1945 ihre Anwendung fanden²⁰.

Im § 1 wird die KI wieder als „Vereinigung der kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder zu einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei“ bezeichnet, die für die „Errichtung einer Weltunion

sozialistischer Sowjetrepubliken“ kämpft. Mitglied kann gemäß § 3 werden, „wer das Programm und die Statuten der KP des betreffenden Landes und der KI anerkennt, einer der untersten Grundorganisationen der Partei angehört und in dieser aktiv arbeitet, allen Beschlüssen der Partei und der KI sich unterordnet und regelmäßig Mitgliedsbeiträge entrichtet“. Das ist eine fast wörtliche Uebertragung aus dem Statut der bolschewistischen Partei (§ 1 in der Lenninschen Fassung des Programms der SDAPR vom Londoner Parteitag 1903), wodurch jedes Mitglied der KP irgendeines Landes der KI und damit dem Willen der russischen kommunistischen Partei unterstellt wurde.

„Die KI und ihre Sektionen sind auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut“ (§ 5) und „die Grundlage der Organisation der kommunistischen Partei ist die Betriebszelle“ (§ 4).

Der Weltkongreß tritt gemäß § 8 nur noch alle zwei Jahre zusammen, und „die Zahl der beschließenden Stimmen jeder Sektion wird unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl der Partei und der politischen Bedeutung des Landes jedesmal durch einen besonderen Kongreßbeschluß festgesetzt“. Gebundene Mandate werden nicht anerkannt, wodurch der russischen Partei als der zahlenmäßig stärksten und als Vertreterin des bedeutendsten Landes auch das Uebergewicht im Weltkongreß gesichert wird.

Eine wesentliche Erweiterung erfuhren die Rechte des EKKI. Es erteilt Direktiven an alle Sektionen der KI und übt die Kontrolle über deren Tätigkeit aus (§ 12). Seine Beschlüsse sind für alle Sektionen bindend und müssen von ihnen unverzüglich durchgeführt werden (§ 13). Die Zentralkomitees der einzelnen Sektionen sind dem EKKI verantwortlich, welches das Recht hat, Beschlüsse sowohl der Zentralkomitees als auch der Parteitage (!) der einzelnen Sektionen aufzuheben bzw. abzuändern (§ 14). Die Zentralkomitees sämtlicher Sektionen und sympathisierender Organisationen sind verpflichtet, dem EKKI fortlaufend ihre Sitzungsprotokolle und Berichte über ihre Tätigkeit einzusenden (§ 29). Ordentliche und außerordentliche Parteitage der Sektionen dürfen nur mit Zustimmung des EKKI einberufen werden (§ 34). Das EKKI bestätigt die Programme der einzelnen Sektionen (§ 16). Parteien, Gruppen oder einzelne Mitglieder, die den Anweisungen des EKKI

zuwiderhandeln, können aus der KI ausgeschlossen werden (§ 15), über die Durchführung der Anweisungen wacht eine dem EKKI verantwortliche Internationale Kontrollkommission (§ 28).

Um die zentrale Leitung in noch weniger Händen zu konzentrieren, wählt das EKKI ein Präsidium „als ständig funktionierende Körperschaft“ (§ 19) und dieses wiederum ein „Politisches Sekretariat als beschließendes Organ“ (§ 25). Das Politische Sekretariat bereitet die Fragen zu den Sitzungen des EKKI und seines Präsidiums vor und ist deren Vollzugsorgan (§ 25).

Dem EKKI und seinem Präsidium steht das Recht zu, ständige Büros einzurichten: Westeuropäisches Büro, Südamerikanisches Büro, Ostbüro u. a. (§ 20), deren Anweisungen und Direktiven von den einzelnen Sektionen der betreffenden Region durchgeführt werden müssen (§ 21)²¹. Das EKKI und sein Präsidium können Bevollmächtigte und Instrukteure zu den einzelnen Sektionen entsenden, die in ihrer Arbeit nur dem EKKI unterstellt sind (§ 22). Diese Bevollmächtigten des EKKI müssen zu allen Versammlungen und Sitzungen der betreffenden Sektion zugelassen werden, ihr Auftreten kann auch gegen das Zentralkomitee der betreffenden Partei gerichtet sein, wenn die Linie des Zentralkomitees den Direktiven des EKKI oder seines Präsidiums zuwiderläuft (§ 22).

Die kommunistischen Fraktionen in den internationalen Massenorganisationen unterstehen nicht den einzelnen Sektionen, sondern erhalten ihre Weisungen direkt vom Politischen Sekretariat des EKKI. Entsprechend werden die heutigen internationalen „Transmissionen“ — Weltgewerkschaftsbund, Weltbund der Demokratischen Jugend, Internationaler Studentenbund, Internationale Demokratische Frauenföderation usw. — von der Auslandsabteilung des ZK der KPdSU direkt geleitet²².

Offiziell wurde die Komintern am 22. Mai 1943 aufgelöst, zu einem Zeitpunkt, als der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung in London zur ersten ernsten Krise innerhalb der großen Allianz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg führte²³. Tatsächlich aber wurde die Arbeit der Komintern von der Auslandsabteilung des ZK der KPdSU, welche die Arbeit der Komintern in der Praxis ja sowieso bestimmt hatte, weitergeführt²⁴.

Die Parteibeziehungen im Ostblock nach 1945

Wie streng man sich auch nach der offiziellen Auflösung der KI an das im Statut von 1928 festgelegte Unterordnungsverhältnis unter die Direktiven der KPdSU hielt, ist aus den im Zusammenhang mit dem Jugoslawien-Konflikt von 1948 bekanntgewordenen Dokumenten ersichtlich. So erfahren wir aus dem Brief *Titos und Kardeljs an Stalin und Molotow* vom

13. April 1948, daß Aenderungen von Namen und Arbeitsweise der kommunistischen Parteien nicht ohne Genehmigung der Auslandsabteilung des ZK der KPdSU vorgenommen werden konnten²⁵. Als Tito 1946 verschiedene Hauptstädte der osteuropäischen Länder besuchte, informierte er vorher Moskau²⁶. Der Entwurf zum jugoslawisch-bulgarischen

Bündnisvertrag vom November 1947 wurde vor seiner Unterzeichnung zur Genehmigung nach Moskau geschickt, und dort wurde die Zeitangabe „für immer“ in „zwanzig Jahre“ abgeändert²⁷. Der sowjetische Gesandte in Rumänien konnte das rumänische Politbüro durch telefonischen Anruf zu sich zitieren²⁸. Das sind aus der Fülle nur wenige Beispiele, die aber die Situation deutlich kennzeichnen.

Die führenden Männer der kommunistischen Parteien in den Ostblockstaaten waren ausschließlich Komintern-Funktionäre, die im Geiste der absoluten Unterordnung unter die KPdSU und den Stalinschen Führungsanspruch erzogen worden waren. Eine sehr treffende Charakterisierung dafür gab *Gomulka* in seiner Rede vor dem VIII. Plenum des ZK der polnischen Partei am 20. Oktober 1956:

„Der Personenkult, das ist ein bestimmtes System, das in der Sowjetunion herrschte und das in nahezu alle kommunistischen Parteien wie auch in eine Reihe von Ländern des sozialistischen Lagers, darunter auch Polen, verpflanzt wurde²⁹. Das Wesen dieses Systems bestand

darin, daß eine aus Einzelpersonen bestehende hierarchische Stufenleiter der Kulte geschaffen wurde... Im Block der sozialistischen Staaten stand auf der Spitze dieser hierarchischen Stufenleiter der Kulte Stalin. Vor ihm neigten ihr Haupt alle, die die unteren Sprossen dieser Stufenleiter einnahmen. Ihr Haupt neigten nicht nur die Führer der KPdSU und die Leiter der Sowjetunion, sondern ebenso auch die Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien in den Ländern des sozialistischen Lagers. Die letzteren, das heißt die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der Parteien der einzelnen Länder, saßen auf der zweiten Sprosse der Stufenleiter des Personenkults und hüllten sich wiederum in die Herrschaftsgewänder der Unfehlbarkeit und Weisheit... Und so setzte sich in jedem Lande die Stufenleiter der Kulte von oben bis unten fort.

Beim System des Personenkults konnte die Partei als Ganzes selbständig nur im Rahmen der Unterordnung unter den obersten Kult handeln. Wenn jemand versuchte, diesen Rahmen zu sprengen, drohte ihm die Verdammung durch seine Mitgenossen. Betraf die Sache eine ganze Partei, dann wurde sie von den übrigen kommunistischen Parteien verdammt.“

Der Bruch mit Jugoslawien 1948

Tito, selbst jahrelang Vertreter der jugoslawischen Sektion in der Komintern, kannte die Praktiken der KPdSU und ihren Hegemonieanspruch aus erster Hand, und er wußte auch, wie man sich dagegen erfolgreich zur Wehr setzen konnte. Bereits im Jahre 1944, als die sowjetische Armee auf ihrem Vormarsch jugoslawisches Gebiet erreichte, bestand *Tito* darauf, daß die „Antifaschistischen Räte der nationalen Befreiung Jugoslawiens“, die *Tito* im ganzen Lande organisiert hatte, nicht angetastet wurden und daß die sowjetischen Truppen sofort nach Erfüllung ihrer Aufgaben vom jugoslawischen Boden zurückgezogen wurden³⁰. In der Folge kämpfte *Tito* erbittert um die Unabhängigkeit seiner Räte (AVNOJ) und verhinderte deren Durchdringung mit Agenten des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes. Ebenso wider setzte er sich der Einflußnahme von sowjetischen Beratern auf wirtschaftliche und militärische Angelegenheiten Jugoslawiens³¹.

Dieses Unabhängigkeitsstreben *Titos* verstieß gegen den sowjetischen Hegemonieanspruch und mußte unvermeidlich zum Bruch führen. Der Briefwechsel, der zwischen dem ZK der KPdSU und dem ZK der KPJ vor dem offiziellen Bruch geführt wurde, ging im wesentlichen um die Frage der Anerkennung des sowjetischen Führungsanspruches im Ostblock.

In dem von *Stalin* und *Molotow* unterzeichneten Schreiben des ZK der KPdSU vom 27. März 1948 wird den Jugoslawen vorgeworfen, daß sie dem Handelsvertreter der UdSSR, *Lebedjew*, die Herausgabe von Auskünften wirtschaftlicher Natur verweigern, obwohl die jugoslawischen „normalen Wirtschaftsorgane bisher den Sowjetfunktionären alle nötigen Wirtschaftsauskünfte geliefert haben“³². Aus diesen

Gründen müsse die UdSSR ihre Zivilberater aus Jugoslawien zurückziehen. Ferner wird die Abberufung eines Beamten im jugoslawischen Außenministerium verlangt, der als angeblicher englischer Spion bezeichnet wird. Solange dieser Beamte im Amte bleibe, sehe „sich die Sowjetregierung in der peinlichen Lage, mit der jugoslawischen Regierung nicht offen auf dem Wege über das jugoslawische Außenministerium korrespondieren zu können“³³. Unverblümt wird den Jugoslawen mit dem Schicksal *Trozkis* gedroht: „Seine politische Laufbahn kann, so glauben wir, als Lehre dienen“³⁴.

In ihrer Antwort vom 13. April 1948 beschwerten sich *Tito* und *Kardelj* über die Gehälter der Sowjetberater, die viermal so hoch seien wie die Gehälter der jugoslawischen Armeekommandanten und dreimal so hoch wie diejenigen der jugoslawischen Minister³⁵. Indirekt bestätigt dieser Brief die unbeschränkte Weisungsbefugnis der KPdSU, indem *Tito* und *Kardelj* „darauf aufmerksam machen, daß in manchen Ländern die kommunistischen Parteien nicht bloß ihre Arbeitsweise, sondern sogar den Namen der Partei geändert haben, wie z. B. in Bulgarien und Polen, und zwar nicht ohne Genehmigung der KPdSU“³⁶. Dem sowjetischen Gesandten wird das Recht abgesprochen, „von wem es auch sei, Informationen über die Tätigkeit der KPJ zu sammeln“³⁷.

Diese Erklärung *Titos* und *Kardeljs* wird im Brief *Stalins* und *Molotows* vom 4. Mai 1948 als „befremdend und antisowjetisch“ bezeichnet. „Sie stellen einen Gesandten, der Vertreter der kommunistischen Regierung der UdSSR bei der kommunistischen Regierung Jugoslawiens ist, auf die gleiche Stufe wie irgendeinen bürgerlichen Gesandten, einen gewöhn-

lichen Beamten eines bürgerlichen Staates... Die jugoslawischen Genossen sollen jetzt schon wissen, daß damit ein Weg beschritten wird, der zum Verzicht auf die freundschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion führt, ein Weg des Verrats an der Freundschaft mit der Sowjetunion, des Verrats an der sozialistischen Einheitsfront, an der UdSSR und den Volksdemokratien. Sie sollen wissen, daß sie auch das Recht verlieren, die materielle Hilfe und die Unterstützung der Sowjetunion zu verlangen, denn die UdSSR kann nur ihren Freunden helfen³⁸.“ Der Erfolg der jugoslawischen Partei sei der Roten Armee zu verdanken, die erst „die Voraussetzungen schuf, durch welche die Kommunistische Partei Jugoslawiens ans Ruder kommen konnte. Unglücklicherweise konnte die Sowjetarmee den französischen und italienischen Kommunisten nicht die gleiche Hilfe angedeihen lassen“.³⁹

Vor allem aber paßten *Stalin* und der KPdSU die Föderationspläne nicht, die *Tito* und *Dimitroff* auf dem Balkan schmiedeten. Die Balkanföderation spielte schon einmal in den Plänen der Komintern nach dem mißglückten Aufstand der Kommunisten in Bulgarien (September 1923) eine Rolle⁴⁰.

Dimitroff und *Tito* griffen diese Föderationspläne während des Zweiten Weltkrieges erneut auf, und es kam darüber 1944 und 1945 zu Verhandlungen zwischen beiden Ländern. Bei einer Zusammenkunft in Bled im Juli/August 1947, die der Gründungskonferenz des Kominform unmittelbar vorausging, konnte eine grundsätzliche Uebereinstimmung dahingehend erzielt werden, daß eine Föderation zwischen Jugoslawien und Bulgarien schrittweise erfolgen und darüber hinaus eine enge Zusammenfassung aller volksdemokratischen Balkanländer angestrebt werden sollte⁴¹.

Die *Prawda* verurteilte in einem scharfen Artikel vom 28. Januar 1948 die Föderationspläne der kommunistischen Balkanführer als „fragwürdig und künstlich“, sie sollten sich lieber um die „Verteidigung ihrer Unabhängigkeit kümmern als um fragwürdige Föderationen“.⁴²

Dieser Warnschuß der *Prawda* leitete die Offensive der KPdSU gegen Jugoslawien ein. Am 10. Februar 1948 wurden die bulgarischen und jugoslawischen KP-Führer zu einer Konferenz in den Kreml befohlen und von *Stalin* und *Molotow* wegen ihrer Föderationspläne scharf gemaßregelt⁴³. *Molotow* bezeichnete die jugoslawisch-bulgarischen Pläne „sowohl vom Standpunkt der Partei wie des Staates als unzulässig“. Am 11. Februar wurde *Kardelj* unter Druck gezwungen, einen von *Molotow* entworfenen Vertrag betreffs gemeinsamer Beratungen mit der Sowjetregierung in außenpolitischen Fragen zu unterzeichnen⁴⁴.

Mit wirtschaftlichem und ideologischem Druck versuchte *Stalin* Jugoslawien zur Unterwerfung zu zwin-

gen. Die Verhandlungen zur Erneuerung eines Handelsvertrages wurden hinausgezögert. Am 18. März wurden die sowjetischen Militärberater aus Jugoslawien abgezogen, am folgenden Tage die Wirtschaftsberater und Spezialisten. In mehreren Briefen warf das Politbüro der KPdSU der jugoslawischen Partei schwere ideologische Abweichungen vor. Aber die jugoslawische Partei widerrief nicht.

Im Programm der KPJ vom Juni 1948 wird ausdrücklich im Punkt IV als Ziel der Parteiarbeit die Herstellung der Einheit der Völker Bulgariens, Jugoslawiens und Albaniens genannt. Auch *Dimitroff* riet, obwohl er sich offiziell beeilt hatte, vor dem „weisen Stalin“ seine „Fehler“ zu bekennen, in einem persönlichen Gespräch mit *Djilas* am 19. April 1948 auf der Durchreise nach Prag den Jugoslawen, fest zu bleiben⁴⁵.

Als es *Stalin* nicht gelang, *Tito* zu unterwerfen oder dessen Partei zu zersetzen, beschritt er den Weg der Isolierung Jugoslawiens und der verstärkten Unterwerfung der in seinem Machtbereich verbliebenen Länder.

Am 28. Juni veröffentlichte das Kominform, das unmittelbar nach den bulgarisch-jugoslawischen Föderationsverhandlungen in Bled (Juli/August 1947) im September 1947 gegründet worden war, nach einer Sitzung in Bukarest seine von *Shdanow*, *Malenkow* und *Suslow* inspirierte Entschließung „Ueber die Lage der KPJ“, die das Verdammungsurteil über *Tito* sprach und die Bevölkerung Jugoslawiens offen zur Beseitigung seiner Regierung aufforderte⁴⁶. Die von Moskau abhängigen Länder setzten die Preise ihrer Ausfuhrüter nach Jugoslawien zum Teil um 30 bis 40 vH herauf und mußten im Frühjahr 1949 ihren Handel mit Jugoslawien vollkommen einstellen.

Der Bruch mit Jugoslawien zeigte, daß die KPdSU auch nicht die geringste Selbständigkeit der kommunistischen Parteien und damit der kommunistisch regierten Staaten duldete. Rücksichtslos wurden nun in den anderen volksdemokratischen Ländern alle Kommunisten liquidiert oder ausgeschaltet, die für die Unabhängigkeit ihrer Länder von der Sowjetunion eintraten: *Kotschi Dsodse* und Genossen in Albanien, *Laszlo Rajk* und Genossen in Ungarn, *Traitschko Kostoff* und Genossen in Bulgarien, *Gomulka* in Polen, *Slansky* in der Tschechoslowakei, *Patrascanu* in Rumänien, *Bauer*, *Ende*, *Kreikemeyer* und Genossen in der DDR. Von der Säuberung wurden hauptsächlich KP-Führer betroffen, die während des Zweiten Weltkrieges nicht in die Sowjetunion emigriert waren, sondern in ihren Ländern den Untergrundkampf gegen die deutsche Besatzung selbst organisiert hatten. Von ihnen, die nicht in ständiger Verbeugung vor der Komintern und der KPdSU groß geworden waren, fürchtete man die größten Selbständigkeitsregungen. Bezeichnend ist, daß ein Teil dieser

KP-Führer nicht in öffentlichen Schauprozessen in ihren Ländern verurteilt wurde, sondern von sowjetischen Sondergerichten auf Grund des § 58 des Strafgesetzbuches der RSFSR⁴⁷. Die Aburteilung von

Bürgern der volksdemokratischen Länder wegen sogenannter Staatsverbrechen nach Art. 58 StGB der RSFSR beweist, daß die Sowjetunion ihre Jurisdiktion bereits auf diese Länder ausgedehnt hatte.

Die Zerstörung des Stalin-Kults und seine Folgen

Die von den Kommunisten vielgerühmte „monolithische Geschlossenheit“ des Ostblocks beruhte also in der Stalinschen Ära im wesentlichen auf zwei Faktoren:

erstens auf der Fiktion des Unfehlbarkeitsanspruchs der „Avantgarde des internationalen Proletariats“, der KPdSU, „unter der weisen Führung des Lenin-Stalinschen Zentralkomitees und des geliebten Führers und Lehrers des internationalen Proletariats, des Genossen Stalin“⁴⁸,

zweitens auf der Konzentration der absoluten Macht, ausgeübt durch die Terrorherrschaft des in allen kommunistischen Ländern gleichermaßen wirksamen internationalen Apparats der Geheimpolizei, in der Hand Stalins.

Beide Faktoren vereinigten sich in der Person eines Mannes, der sowohl der Generalsekretär der mit der ideologischen Legitimität der „Vorhut des internationalen Proletariats“ ausgestatteten Partei war und selbst als der Gralshüter der marxistisch-leninistischen Lehre galt als auch den allmächtigen Machtapparat der Geheimpolizei beherrschte.

Auf dieser Grundlage baute sich das von *Gomulka* auf dem VIII. Plenum der PVAP am 20. Oktober 1956 als „das System der hierarchischen Stufenleiter der Kulte“ bezeichnete Regime auf, dem sich alle beugten. Die einen, weil sie „überzeugt waren, daß der alleinige unfehlbare Interpret der marxistischen Wissenschaft und der einzige Mensch, der diese richtig entwickelt und bereichert, der den allein richtigen Weg zum Sozialismus weist, Stalin sei“. Die anderen aus Furcht vor der Geheimpolizei, weil sie wußten, „daß jeder Versuch einer öffentlichen Aussprache ihrer Gedanken nicht nur nichts ändert, sondern ihnen unangenehme Konsequenzen bringt“⁴⁹.

Diese Situation muß man vor Augen haben, um die Wirkung zu verstehen, welche die Zerstörung dieses Unfehlbarkeitsmythos durch die „Schocktherapie“ *Chruschtschows* auf dem XX. Parteitag zwangsläufig auf die Beziehungen des Ostblocks zu Jugoslawien und innerhalb seiner Mitgliedstaaten auslösen mußte.

Um das „jeden selbständigen sozialistischen Gedanken abwürgende System“⁴⁹ der Herrschaft der Geheimpolizei über die Partei zu beseitigen und dadurch die Sicherheit des eigenen Lebens zu garantieren, die Atmosphäre der „Furcht und Demoralisierung“ zu beseitigen und die Aktivität der Partei zu heben, mußten die Führer der KPdSU nach Stalins Tod die Macht der Geheimpolizei brechen. Darum wurde *Berija* beseitigt und die Geheimpolizei einem

überministeriellen Organ, dem „Komitee für Staatssicherheit“, unterstellt. Eine ähnliche Umorganisation der Organe der Geheimpolizei wurde in den Ostblockstaaten vorgenommen.

Damit wurde aber eine der beiden Säulen, auf der die „monolithische Geschlossenheit“ des Ostblocks ruhte, entscheidend geschwächt, was seinen konkreten Ausdruck in der nun einsetzenden Kritik an den Herrschaftsmethoden der Vergangenheit fand, die, von der Intelligenz und ihren Presseorganen getragen, immer weiter um sich griff und letztlich zur „kalten Revolution“ in Polen und zum Aufstand in Ungarn führte.

Das von *Chruschtschow* zunächst verfolgte Ziel, im Rahmen einer begrenzten Entstalinisierung die Autorität Stalins zu wahren, um einen Bruch in der Sukzession zu vermeiden, konnte nicht erreicht werden, da die „Liberalisierungstendenzen“ und Unabhängigkeitsbestrebungen im Ostblock bereits zu weit um sich gegriffen hatten. Man entschloß sich daher auf dem XX. Parteitag zu einer Kritik an den Fehlern des „älteren Stalin“ — für die Periode nach 1934 — unter gleichzeitiger Begründung der Richtigkeit des sowjetischen Systems mit der „ideologischen Legitimität“ *Lenins* und der Führerrolle der KPdSU als der Vollstreckerin der Leninschen Lehren, als der Partei, die zuerst den „Aufbau des Sozialismus verwirklicht“ hatte. Sowohl die offiziellen Reden des Parteitages als auch der inoffizielle Geheimbericht *Chruschtschows* auf dem XX. Parteitag halten sich in der Stalin-Kritik genau an diese Grenzen und vermeiden jede Kritik am sowjetischen System.

Aber auch diese begrenzte Stalin-Kritik auf dem XX. Parteitag mußte das hereingebrochene „Tauwetter“ verstärken. Diejenigen, die im Glauben an die Unfehlbarkeit Stalins erzogen worden waren, sahen nun ihr Idol in einen „vom Verfolgungswahn besessenen Tyrannen“ verwandelt. Die natürliche Folge war, daß in der unter Stalins Herrschaft aufgewachsenen Jugend ein Weltbild zerbrach und diese Jugend sich an die Spitze des Demokratisierungsprozesses vor allem in Polen und Ungarn stellte.

Die Führer der kommunistischen Parteien in der Stalin-Ära, die „im Bereich ihrer Länder auf der obersten Sprosse der Kultleiter standen“ und sich als „ausgeliehenes Licht“ der Stalinschen Sonne auch „in die Herrschaftsgewänder der Unfehlbarkeit und Weisheit“⁴⁹ gehüllt hatten, waren nun in den Augen ihrer Völker ebenfalls kompromittiert und ihrer „ideologischen Legitimität“ beraubt. Die Kommunisten

aber, die bereits zu Stalins Zeiten gegen dessen Terrorherrschaft protestiert hatten und darum in den Augen ihrer Völker vielleicht die moralische Legitimität besessen hätten, an die Spitze eines Demokratisierungsprozesses zu treten, waren — mit Ausnahme Polens — zum größten Teil liquidiert worden. Die sich daraus ergebende und sich ständig verschärfende Spannung zwischen der Bevölkerung und der Partei- und Staatsführung führte zwangsläufig zu den Oktoberereignissen 1956 in Polen und Ungarn.

Die in den Diskussionen um den „Persönlichkeitskult“ einsetzende Kritik am sowjetischen System, die auch in den Reden und Interviews einiger KP-Führer zum Ausdruck kam⁵⁰, veranlaßte das ZK der KPdSU zu seinem Beschluß vom 30. Juni 1956 „Ueber die

Ueberwindung des Personenkults und seiner Folgen“,⁵¹ der jegliche Kritik am sowjetischen System scharf zurückwies und erneut die führende Rolle der KPdSU betonte:

„Die sozialistische Oktoberrevolution ist als das klassische Beispiel der unter der Führung der Arbeiterklasse vollzogenen revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die Geschichte eingegangen. Am Beispiel des heldenhaften Kampfes der bolschewistischen Partei und des ersten sozialistischen Staates der Welt — der UdSSR — lernen die kommunistischen Parteien der anderen Länder sowie alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, wie die grundlegenden sozialen Fragen, die von der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung aufgeworfen werden, zu lösen sind.“

„Allgemeingültige Prinzipien und nationale Besonderheiten beim Aufbau des Sozialismus“

Es ging den Nachfolgern Stalins entscheidend darum, bei aller Revision der starren Stalinschen Politik unbedingt den Führungsanspruch der KPdSU in der kommunistischen Bewegung aufrechtzuerhalten. Die Länder des Ostblocks sollten von den unpopulären und erniedrigenden Bevormundungen und Kontrollen der Stalinschen Ära befreit und diese durch einfachere Formen der Bindung ersetzt werden, wie sie durch den Warschauer Pakt und das unter sowjetischer Führung stehende „Vereinte Oberkommando der Volksarmeen“, durch die gemeinsame Wirtschaftsplanung im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ und durch die Bildung des „Vereinigten Instituts für Kernforschung“ eingeleitet wurden.

Die „ideologische Legitimität“ der sowjetischen Führung wurde dabei mit den Leninschen Prinzipien und dem Erstgeburtsrecht der russischen Revolution begründet. Der Konzeption des proletarischen Internationalismus Leninscher Prägung in der Stellung der bolschewistischen Partei als „primus inter pares“ in der Komintern sollte die Stellung der Sowjetunion als „primus inter pares“ in der Struktur des Ostblocks entsprechen. Auf dieser Basis hoffte man, auch Tito zur Anerkennung des sowjetischen Führungsanspruchs zu bewegen.

Diesen einfacheren Formen der Bindung im Ostblock entsprach auch das ohnehin kompromittierte Kominform nicht mehr. Es wurde der von Chruschtschow erstrebten Aussöhnung mit Jugoslawien zum Opfer gebracht. Man hoffte dabei von sowjetischer Seite, später eine größere internationale Organisation, wenn möglich unter Beteiligung einiger sozialistischer Parteien des Westens, zumindest auf der Grundlage zweiseitiger Bindungen bilden zu können. Dieses Ziel ist aus der „Informativen Mitteilung“ über die Auflösung des Kominform deutlich ersichtlich, die davon spricht, „neue nutzbringende Formen zur Herstellung von Verbindungen und Kontakten“ zu schaffen und „zugleich Fragen der Zusammenarbeit mit Parteien und Strömungen

zu erörtern, die sich auf den Sozialismus orientieren, sowie mit anderen Organisationen, die die Festigung des Friedens und der Demokratie anstreben“.⁵² Hierbei war eine besondere Rolle dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens zugedacht, der zwar der Sozialistischen Internationale nicht angehört, aber gute Beziehungen mit ihr zu unterhalten wünscht⁵³.

Die Annäherung an Jugoslawien wurde erkaufte durch das sowjetische Zugeständnis der Anerkennung, daß die „Fragen der inneren Ordnung, des Unterschiedes der Gesellschaftssysteme und des Unterschiedes der konkreten Formen der Entwicklung des Sozialismus ausschließlich Angelegenheit der Völker der einzelnen Länder sind“. Ueber die von Chruschtschow erstrebte Klärung der gegenseitigen Parteibeziehungen wurde jedoch von Anfang an keine befriedigende Einigung erzielt⁵⁴.

Die Anerkennung der von Stalin als „nationalistische Abweichung“ gebrandmarkten „eigenen Wege zum Sozialismus“ mußte zwangsläufig Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb des Ostblocks haben⁵⁵. Die anderen Länder des Ostblocks mußten aus der jugoslawisch-sowjetischen Erklärung das Recht ableiten, nun auch ihrerseits die bedingungslose Unterordnung und sklavische Nachahmung des sowjetischen Entwicklungsweges zu lockern und eigene Wege zu beschreiten⁵⁶, dies um so mehr, als Chruschtschow in seiner Sofioter Rede vom 3. Juni 1955 den Jugoslawen, die bisher als „USA-Vasallen“ bezeichnet worden waren, ihre Souveränität und Unabhängigkeit bescheinigte.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ostblockländer gegenüber der Sowjetunion, die vor allem in Polen und Ungarn nach dem XX. Parteitag immer stärker wurden, erhielten durch die „Gemeinsame Erklärung über die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen“ vom 20. Juni 1956⁵⁷ sowie durch die „Erklärung über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der KPdSU“⁵⁸ neuen Auftrieb. Beide Seiten erklärten erneut, „daß

die Wege der sozialistischen Entwicklung in den verschiedenen Ländern und Verhältnissen verschieden sind... daß sowohl der einen als auch der anderen Seite das Bestimmen der Wege und Formen der sozialistischen Entwicklung fremd sind“ und daß die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien „auf völliger Freiwilligkeit und Gleichberechtigung, auf freundschaftlicher Kritik und auf kameradschaftlichem Charakter des Meinungsaustausches in den strittigen Fragen... beruhen muß“.

Delegationen der Ostblockländer besuchten nun in fast ununterbrochener Folge Belgrad, um sich über den „jugoslawischen Weg zum Sozialismus“ zu unterrichten. In einem Interview mit dem Redakteur der *United Press, Cavendish*, vom 3. August 1956 erklärte der polnische Ministerpräsident *Cyrankiewicz*, „daß kaum ein Monat oder auch nur eine Woche vorübergeht, ohne daß eine polnische Delegation in Jugoslawien oder eine jugoslawische Delegation in Polen weilte“.⁵⁹ *Cyrankiewicz* und *Gomułka* setzten sich nachdrücklich für einen polnischen Weg zum Sozialismus ein.

Die sich in Polen und Ungarn immer mehr zuspitzende Situation und die deutlichen Anzeichen von Reformbestrebungen in den anderen Ländern des Ostblocks, die von Jugoslawien unterstützt wurden, zwangen die KPdSU, sich in diese Entwicklung einzuschalten. Sie richtete einen Brief an die kommunistischen Parteien der Volksdemokratien⁶⁰, in dem diesen die Möglichkeit eines „selbständigen Weges zum Sozialismus“ zugestanden wurde unter gleichzeitiger Ablehnung des Titoismus als „sozialdemokratische Abweichung“ und Betonung des ideologischen Führungsanspruchs der KPdSU. *Chruschtschow* traf am 19. September 1956 zur „Erholung“ in Jugoslawien ein, wo er vom 19. bis zum 27. September Besprechungen mit *Tito* führte, die anschließend auf der Krim fortgesetzt wurden, von wo *Tito* am 5. Oktober 1956 zurückkehrte.

Nach jugoslawischen Quellen⁶¹ zeigte sich in diesen Besprechungen, daß die sowjetischen Staatsmänner bezüglich der Volksdemokratien „eine gewisse falsche und defekte Ansicht über die Beziehungen zu diesen Ländern“ hatten und daß die sowjetische Partei- und Staatsführung in zwei Richtungen gespalten war, deren eine der „Entwicklung in Richtung auf eine Demokratisierung, für eine Aufgabe aller Stalinschen Methoden und für die Schaffung neuer Beziehungen unter den sozialistischen Staaten“ bis zu gewissem Grade wohlwollend und duldend gegenüberstand, während die andere „stark auf den Stalinschen Positionen“ beharrte.

Auf dem Höhepunkt der Ereignisse in Ungarn veröffentlichte die Sowjetregierung am 30. Oktober 1956 ihre bekannte „Erklärung zur Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit

den sozialistischen Staaten“⁶², in der sie versprach, „in den Beziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern die Leninschen Prinzipien der Gleichberechtigung der Völker konsequent zu verwirklichen“ und über die Stationierung sowjetischer Truppen in diesen Ländern zu verhandeln, gleichzeitig aber ihrer „Zuversicht“ Ausdruck verlieh, „daß die Völker der sozialistischen Länder es nicht zulassen werden, daß äußere und innere reaktionäre Elemente die Grundlagen des volksdemokratischen Systems antasten“.

Mit dieser Erklärung waren die Grenzen unmißverständlich gezogen, innerhalb deren sich der Weg zum Sozialismus unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten der einzelnen Länder entwickeln durfte. Jede Bewegung, die auf die Beseitigung oder Gefährdung der „Grundlagen des volksdemokratischen Regimes“ in diesen Ländern hinauslief, würde von der Sowjetunion nicht geduldet und hingenommen werden. So wie der „Sprachregelungsbeschluß“ des ZK der KPdSU vom 30. Juni 1956 die Grenzen der erlaubten Stalin-Kritik gezogen hatte, bestimmte die Regierungserklärung der UdSSR vom 30. Oktober 1956 die Grenzen der auf dem XX. Parteitag anerkannten „Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern“. Durch diese Erklärung, die sich hauptsächlich mit den Ereignissen in Ungarn beschäftigte, sollte offensichtlich der Regierung *Nagy* die letzte Chance gegeben werden, die Entwicklung in Ungarn innerhalb der Grenzen zu halten, die durch diese Erklärung abgesteckt waren.

Die Ereignisse in Polen und Ungarn führten dann offensichtlich zu einer Stärkung des stalinistischen Flügels innerhalb der KPdSU. Der Exponent dieser Gruppe, *Suslow*, der Inspirator des Kominformbeschlusses vom Juni 1948 zur Verdammung Jugoslawiens, hatte bereits in seiner Diskussionsrede auf dem XX. Parteitag die Grenzen für den sogenannten eigenen Weg zum Sozialismus gezogen. Er erklärte, „daß trotz des im großen, in der Hauptsache einheitlichen und gemeinsamen Weges zum Sozialismus, der Uebergang der verschiedenen Länder zum Sozialismus sich nicht völlig gleichartig vollziehen wird...“, wobei er als „einheitliche Hauptsache“ bezeichnete, „daß es zur Sicherung des Uebergangs zum Sozialismus der politischen Führung des Staates durch die Arbeiterklasse mit ihrem fortgeschrittensten Teil an der Spitze (d. h. der KP an der Spitze) bedarf“.⁶³

In seiner Rede zum 39. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution vom 7. November 1956 entwickelte *Suslow* diese „einheitliche Hauptsache“ zu einem System „gemeinsamer Züge und Gesetzmäßigkeiten“, die für den Uebergang zum Sozialismus in allen Ländern verbindlich seien⁶⁴:

1. die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse mit der Kommunistischen Partei an der Spitze;

2. das Bündnis der Arbeiter und Bauern;
3. die Liquidierung des kapitalistischen Eigentums;
4. „die entschiedene Verteidigung der Errungenschaften der sozialistischen Revolution gegen die Anschläge der ehemaligen Ausbeuterklassen“.

Um die Anerkennung dieser sogenannten „allgemeingültigen Prinzipien beim Aufbau des Sozialismus“, mit dem der Führungsanspruch der KPdSU im kommunistischen Lager nun ideologisch begründet werden sollte, ist in der Folgezeit vor allem vom stalinistischen Flügel innerhalb der KPdSU hart gekämpft worden. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß *Gomułka* zunächst in seiner Rede vor dem VIII. Plenum der PVAP kein Wort an diese „allgemeingültigen Prinzipien“ verschwendete, im Gegenteil⁶⁵:

„Das, was im Sozialismus unwiderruflich ist, reduziert sich auf die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Wege zur Erreichung dieses Zieles können verschieden sein und sind es...“

Warum sollte beispielsweise nicht die fortschrittliche katholische Bewegung mit uns wetteifern, sowohl in der Suche nach neuen Formen als auch bei ihrer Einführung... Arm ist der Gedanke, daß der Sozialismus allein von Kommunisten aufgebaut werden kann, nur von Menschen mit materialistischen gesellschaftlichen Anschauungen.“

Erst im Mai 1957⁶⁶ ließ sich *Gomułka* zu einer eingeschränkten Anerkennung der „allgemeinen Regeln“ herbei, wobei er die „Achtung der Gleichberechtigung und Souveränität aller Staaten und Nationen“ stark betonte und universale Formen ablehnte: „Die Praxis des sozialistischen Aufbaus hat bewiesen, daß es keine universalen Formen gibt und geben kann.“

Die Beratung der „kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder“ vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau zeigte, daß Jugoslawien nicht zur Anerkennung der „allgemeingültigen Prinzipien“ und des sowjetischen Führungsanspruchs bewegt werden konnte. Die am 22. November veröffentlichte Deklaration (allgemein als „Moskauer Zwölferkonvention“ bezeichnet), die im 3. Abschnitt die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten in erweiterter Form⁶⁷ enthielt, wurde von Jugoslawien nicht unterzeichnet.

Aus dem Bericht des Mitglieds des Politbüros der SED, *Ebert*, über die Moskauer Beratungen geht

hervor, daß beabsichtigt war, folgenden Passus über die führende Rolle der KPdSU in die Deklaration aufzunehmen⁶⁸:

„Der Meinungsaustausch bezog sich in der Hauptsache auf die führende Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an der Spitze aller kommunistischen Parteien, auf die sogenannten nationalen Besonderheiten in einzelnen Ländern, auf die Stellung zu den Fragen des Dogmatismus und des Revisionismus und die künftige Zusammenarbeit der Bruderparteien.“

Mao Tse-tung habe zu dem gemeinsam von der KPdSU und der KP Chinas ausgearbeiteten Entwurf der Deklaration erklärt, daß die kommunistische Bewegung ein Haupt haben müsse — das sei die KPdSU. Aus alledem ergebe sich „die führende Rolle der KPdSU in der Gemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien und die führende Rolle der Sowjetunion an der Spitze des sozialistischen Lagers“.

Für diesen Vorschlag stimmten nach dem Bericht von *Ebert*: *Mao Tse-tung* (China), *Ho Tschu Minh* (Vietnam), *Enver Hodscha* (Albanien), *Hendrych* (CSR), *Shiwkoff* (Bulgarien), *Daschin Damba* (Mongolische Volksrepublik), *Stoica* (Rumänien), *Kim Ir Sen* (Korea), *Ulbricht* (DDR) und natürlich *Suslow* (UdSSR).

Dagegen waren folglich *Gomułka* (Polen), *Kadar* (Ungarn) und vor allem *Kardelj* (Jugoslawien)⁶⁹.

Das von der KPdSU erstrebte Ziel, Jugoslawien auf der Basis einer eingeschränkten Kritik an den Fehlern Stalins und bedingter Anerkennung der „eigenen Wege zum Sozialismus“ in den Ostblock zurückzuführen⁷⁰, die jugoslawischen Führer auf der Grundlage der „allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus“ zur Anerkennung der Hegemonie der KPdSU zu bewegen und mit Hilfe der jugoslawischen Partei in irgendeiner Form eine internationale Organisation mit den sozialistischen Parteien zustande zu bringen, wurde nicht erreicht. Im Gegenteil: der wachsende Einfluß der jugoslawischen Ansichten — im Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens auf dem VII. Kongreß zu einer ideologischen Plattform zusammengefaßt — bedroht im zunehmenden Maße den von den sowjetischen Führern nie aufgegebenen Führungsanspruch in der kommunistischen Welt.

Anmerkungen

¹⁾ P. Fedosejew, I. Pomelow und W. Tscheprawkow: „Ueber den Programmwurf des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens“ in: *Kommunist*, Moskau, Nr. 6/1958; deutsch im Auszug in: *Ostprobleme*, Nr. 12/1958, S. 421 ff.

²⁾ Leitsätze und Statuten der KI, beschlossen auf dem II. Weltkongreß vom 17. Juli bis zum 7. August 1920; Verlag der KI, Auslieferungsstelle für Deutschland, Hamburg 1920; S. 9 und 27.

³⁾ Ebenda, S. 26, Ziffer 9 der Aufnahmebedingungen, und vor allem Punkt 18 der „Leitsätze über die Rolle der KP in der proletarischen Revolution“, ebenda, S. 38/39.

⁴⁾ Ebenda, S. 7, §§ 4 und 5. Der Weltkongreß sollte gemäß dem Statut einmal jährlich zusammentreten. Zur Zeit *Lenins* wurde dieser Turnus eingehalten: I. 1919, II. 1920, III. 1921, IV. 1922. *Lenin* trat auf jedem Kongreß mit einem Referat hervor und hatte, obwohl er offizielles Haupt der Sowjetregierung war, die Verantwortung für die Politik der Komintern. In der Ära *Stalins* trat der Kongreß nur noch dreimal als Spiegelbild der innerparteilichen Kämpfe der russischen Partei zusammen: 1924 (V.) zur Verurteilung des Trotzkismus; 1928 (VI.) zur Ausschaltung der sogenannten Bucharinschen Rechtsabweichung; 1935 (VII.) zur Proklamierung der Volksfrontpolitik unter *Dimitroff*. (*Monnerot*, Soziologie des Kom-

munismus, Köln-Berlin 1954, S. 63, irrt, wenn er feststellt, daß der Kongreß in den dreißiger Jahren nicht mehr zusammengetreten ist.)

⁵⁾ Ebenda, S. 8, § 9 des Statuts. (Monnerot, a. a. O., spricht davon, daß die zwölf wichtigsten Kommunistischen Parteien je einen Vertreter im EKKI gehabt hätten, das Statut erwähnt im § 8 jedoch nur zehn. Vielleicht hat Monnerot die in Anmerkung 6 aufgeführten Organisationen hinzugerechnet.

⁶⁾ Ebenda, S. 8, § 9, und S. 29, Ziffer 16 der Aufnahmebedingungen. Da die der KI angeschlossene Rote Gewerkschaftsinternationale (Profitem, § 14) sowie die Kommunistische Jugendinternationale (§ 15) ebenfalls einen Vertreter mit beschließender Stimme in das EKKI entsandten, konnte sich die Stimmenzahl der russischen Delegierten noch erhöhen.

⁷⁾ Ebenda, S. 9.

⁸⁾ Ebenda, S. 9, § 13.

⁹⁾ *Kommunistische Internationale*, Nr. 1 vom 1. Mai 1919; *Lenin*, Ausgew. Werke, Bd. II, Moskau 1947, S. 549. Im Jahre 1924 hatten drei Mitglieder der deutschen KP Thesen veröffentlicht, in denen sie verlangten, daß das EKKI in ein anderes Land verlegt würde; die nichtrussischen Kommunistischen Parteien sollten auf die Moskauer finanzielle Unterstützung verzichten und eine eigene Politik betreiben. Die russische KP dürfe nur ein Mitglied in der EKKI sein wie alle anderen. Die Thesen wurden in einem „Offenen Brief“ von *Sinowjew*, dem damaligen Generalsekretär der KI, scharf verurteilt. (Monnerot, a. a. O., S. 105/106).

¹⁰⁾ „So bildete sich parallel zu den offiziellen Parteifunktionen, die in zunehmendem Maße von der Spitze ernannt statt von unten gewählt wurden, eine zweite, unsichtbare Hierarchie, eine geheime Elite... Diese Körperschaft der GPU-Offiziere führte ihr Eigenleben, hatte eine Solidarität abseits von der Parteioorganisation.“ (Fischer, „Stalin und der deutsche Kommunismus“, Frankfurt, S. 614.)

¹¹⁾ So z. B. der Staatssicherheitsminister der DDR von 1950 bis 1953, *Wilhelm Zaisser*, sowie dessen Nachfolger *Ernst Wollweber*. (Vgl. „Kommunistische Untergrundarbeit in Deutschland“, *Das Parlament*, Beilage 41/56, 10. 10. 1956.)

¹²⁾ *Bruegel*, „Methods of Soviet Domination in Satellite States“ in: *International Affairs*, London, Nr. 1 vom 1. Januar 1951. *Dedijer* berichtet in seiner *Tito-Biographie* (Berlin 1953), wie sich die Jugoslawen gegen die Durchsetzung ihrer staatlichen Organe mit Agenten des MWD wehrten.

¹³⁾ *Ulbricht* berichtet in seinem Artikel „Die Nachkriegskrise in Deutschland und die Ereignisse des Jahres 1923“, daß nach Einschätzung des EKKI im Oktober 1923 die Voraussetzungen für die Machtergreifung der KPD gegeben waren. Zur Organisierung dieser Machtergreifung wurde ein „Ständiger militärischer Rat“ gebildet, dem neben *Ulbricht* der 1925 vom Reichsgericht zum Tode verurteilte, später ausgetauschte Russe *Gorev-Skoblesky* angehörte. (*Ulbricht*, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. I, Berlin 1953, S. 13.)

¹⁴⁾ *Bruegel*, a. a. O.

¹⁵⁾ *Lenin*, Ausgew. Werke, Bd. II, Moskau 1947, S. 964/977.

¹⁶⁾ *Ulbricht*, „Zur Geschichte...“, a. a. O., S. 77.

¹⁷⁾ Dies wird von *Ruth Fischer*, a. a. O., als das „Ulbricht-Pieck-System“ bezeichnet. Schrittmacher in der Uebertragung dieses Systems auf die deutsche KP war *Ulbricht*, was ihm den Namen „Genosse Zelle“ eintrug.

¹⁸⁾ *Fischer*, a. a. O., schätzt, daß 1925 in der KPD „almost one twelfth of the party membership was in direct Russian pay“. „Seither ist eine Konferenz von verantwortlichen Parteifunktionären eine Versammlung von Angestellten, die den Arbeitgeber unterstützen.“

¹⁹⁾ Protokoll des VI. Weltkongresses der KI, Moskau, 17. Juli bis 1. September 1928, Bd. IV: Thesen, Resolutionen, Programme, Statuten. Hamburg/Berlin 1929, S. 101 ff.

²⁰⁾ Vgl. *Bruegel*, a. a. O.

²¹⁾ Das Westeuropäische Büro hatte seinen illegalen Sitz bis 1933 in Berlin und wurde dann nach Dänemark verlegt. Sein Leiter war *Dimitroff*.

²²⁾ *Grosse*, „Der organisatorische Mechanismus des Ostblocks“, 3. Teil, in: *Das Parlament*, Bonn, 30. Mai 1956.

²³⁾ *Borkenau*, „Der europäische Kommunismus“, München 1952, S. 264. Unter dem Auflösungsbeschluß standen die Namen von *Shdanow* und *Malenkow*, die später auch die Kominform-Dokumente für die UdSSR unterzeichneten.

²⁴⁾ Nach dem Bericht von *Castro Delgado* setzte die Komintern ihre Tätigkeit in Ufa fort, wohin sie 1941 evakuiert worden war, und kehrte kurz nach ihrer offiziellen Auflösung nach Moskau zurück, wo sich ihre Büros in 10, uliza Textilschikow befanden. (Vgl. Canada: „Report of Royal Commission to investigate communication of secret information“, S. 55 f; *Borkenau*, a. a. O., S. 264.)

²⁵⁾ „Tito contra Stalin. Der Streit der Diktatoren in ihrem Briefwechsel“, Hamburg 1949, S. 40/41.

²⁶⁾ *Dedijer*, *Tito-Biographie*, a. a. O., S. 298.

²⁷⁾ Ebenda, S. 311.

²⁸⁾ Ebenda, S. 298.

²⁹⁾ *Trybuna ludu* vom 21. Oktober 1956, deutsch in: *Presse-dienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland*, Berlin W 15, vom 2. November 1956 und in *Europa-Archiv* 22—23/1956, S. 9380. Wenn *Gomułka* hier von „einer Reihe sozialistischer Länder“ spricht, in die das System des Personenkults übertragen worden sei, will er offensichtlich Jugoslawien und evtl. auch China aus dieser Betrachtung ausschließen.

³⁰⁾ TASS-Erklärung vom 29. September 1944: „Vor einigen Tagen wandte sich das sowjetische Oberkommando an den Antifaschistischen Rat der nationalen Befreiung Jugoslawiens und an das Oberkommando der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee mit dem Ersuchen, ihm im Interesse der gemeinsamen Aktionen gegen die deutschen und ungarischen Truppen in Ungarn den zeitweiligen Durchmarsch durch jugoslawisches Gebiet zu gestatten. Zugleich teilte das Oberkommando der Sowjetarmee mit, daß die betreffenden Einheiten nach Erfüllung ihrer Aufgaben aus Jugoslawien zurückgezogen werden würden. AVNOJ und das jugoslawische Oberkommando gaben ihre Bereitwilligkeit bekannt, dem Verlangen des sowjetischen Oberkommandos stattzugeben. Das sowjetische Oberkommando nahm seinerseits die jugoslawische Bedingung an, die Zivilverwaltung von AVNOJ, wo eine solche besteht, unangetastet zu lassen und sie in Gang zu setzen, wo sie noch nicht besteht.“

³¹⁾ Dokumente 9—15, 220—222, 229, 230 und Einleitung des „White Book on Aggressive Activities by the Governments of the USSR, Poland, Czechoslovakia, Hungary, Rumania, Bulgaria and Albania towards Yugoslavia“, Belgrad 1951.

³²⁾ „Tito contra Stalin“, a. a. O., S. 29.

³³⁾ Ebenda, S. 32.

³⁴⁾ Ebenda, S. 31.

³⁵⁾ Ebenda, S. 34.

³⁶⁾ Ebenda, S. 40/41.

³⁷⁾ Ebenda, S. 39.

³⁸⁾ Ebenda, S. 48/50. Mit dem gleichen wirtschaftlichen Druck droht *Chruschtschow* heute.

³⁹⁾ Ebenda, S. 62. Vgl. auch *Armstrong*, „Tito und Goliath“, Wien 1954, S. 103/104. Im übrigen eine unverhüllte Äußerung über die Kriegsziele der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg.

⁴⁰⁾ *Fischer*, a. a. O., S. 568/569; *Bouher*, „Macedonia: Its Place in Balkan Power Politics“, London 1950; *Seton-Watson*, „The East European Revolution“, S. 354 ff.; *Meißner*, „Das Ostpaktsystem“, Frankfurt 1955, S. 15.

⁴¹⁾ *Meißner*, a. a. O., S. 15; daselbst Protokoll über die Beschlüsse von Bled vom 1. 8. 47, S. 30/31; *Dedijer*, *Tito-Biographie*, a. a. O., S. 313, S. 297; *Markert*, „Jugoslawien“, Köln 1954, S. 162.

⁴²⁾ *Dedijer*, *Tito-Biographie*, a. a. O., S. 306.

⁴³⁾ Ebenda, S. 308. An dieser Konferenz nahmen von bulgarischer Seite *Dimitroff*, *Kularow* und *Kostoff* und von jugoslawischer Seite *Kardelj*, *Djilas* und *Bakaric* teil. *Tito* selbst hatte sich nicht mehr in *Stalins* Machtbereich begeben.

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 316.

⁴⁵⁾ Ebenda, S. 344.

⁴⁶⁾ Abgedruckt bei Meißner, a. a. O., S. 99 ff.; „Tito contra Stalin“, a. a. O., S. 71 ff.

⁴⁷⁾ Bauer, „Die Partei hat immer recht. Bemerkungen zum geplanten deutschen Rajk-Prozeß (1950)“, in: *Das Parlament*, Beilage vom 4. Juli 1956.

⁴⁸⁾ Bericht des Genossen Chruschtschow, Sekretär des ZK der KPdSU, über Abänderungen am Statut der KPdSU(B) auf dem XIX. Parteitag, *Tägliche Rundschau* vom 16. Oktober 1952.

⁴⁹⁾ Gomułka, Rede auf dem VIII. Plenum der PVAP, a. a. O.

⁵⁰⁾ So z. B. Togliatti in seinem Interview „Ueber die vom XX. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Fragen“ mit *Nuovi Argumenti*, der offen die Frage nach der Mitverantwortung der gesamten politischen Führungsgruppe für diese Fehler Stalins stellte (deutsch in: *Ostprobleme*, 1956, S. 938 ff.).

Mit zum Teil wörtlicher Entlehnung von Wendungen des Togliatti-Interviews verlangte das Politbüro der KP Frankreichs in seiner Erklärung vom 18. Juni 1956 (*Ostprobleme*, 1956, S. 943 f.), das Politbüro der KP Großbritanniens vom 22. Juni 1956 (*Ostprobleme*, 1956, S. 944 f.) und die KP der USA im *Daily Worker* vom 24. Juni 1956 von der KPdSU, „daß eine gründliche Analyse durchgeführt wird, um den Gesamtzusammenhang klarzustellen, der Stalin die Ausübung seiner Einmannherrschaft ermöglichte“.

Der Generalsekretär der KP der USA, Dennis, warnte in seinem Artikel im *Daily Worker* vom 18. Juni 1956 die KPdSU: „Auf die Unfehlbarkeit irgendeiner Führungsgruppe rechnen, hieße die grundlegenden Irrtümer der Vergangenheit vermehren und nichts lernen aus den bitteren Fehlern, die ihren Ausdruck darin fanden, daß man Stalin zu einem Halbgott machte.“ (Die Erklärung von Dennis wurde am 27. Juni 1956 von der *Prawda* veröffentlicht, allerdings unter Weglassung einiger bedeutender Stellen, wogegen der *Daily Worker* am 3. Juli 1956 protestierte. Die Uebersetzung der *Prawda*-Fassung des Artikels von Dennis findet sich in: *Neues Deutschland* vom 29. Juni 1956.)

⁵¹⁾ *Prawda* vom 2. Juli 1956; deutsch in *Ostprobleme*, 1956, S. 955 ff., und Europa-Archiv 17/1956, S. 9142 ff.

⁵²⁾ Europa-Archiv 9/1956, S. 8833; vgl. auch Chruschtschow auf dem XX. Parteitag; Meißner, a. a. O., S. 101. Vgl. auch Suslow, ebenda, S. 137/138, und die Entschließung.

⁵³⁾ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. Januar 1956.

⁵⁴⁾ Vgl. die Rede Titos in Pula am 11. November 1956 in Europa-Archiv 22—23/1956, S. 9369 ff.

⁵⁵⁾ Was von den Jugoslawen auch angestrebt wurde. Vgl. die Reden Titos vom 15. Mai 1955. („... der gesamte Osten soll wissen, worüber wir verhandelt haben“, *Tägliche Rundschau*, Berlin, vom 18. 5. 55) und in Pula vom 11. November 1956 unter Bezugnahme auf die Moskauer Erklärungen vom 20. Juni 1956, die „für die Beziehungen zwischen allen sozialistischen Ländern“ von Bedeutung sein sollten (Europa-Archiv 22—23/1956, S. 9393).

⁵⁶⁾ Vgl. den Artikel von Hajnicz, „Polen und Jugoslawien“ in: *Zycie Warszawy* vom 29. November 1956: „Daher hat auch die Unterzeichnung der Deklaration über die jugosla-

wisch-sowjetischen Beziehungen im Juni bei uns die Gemüter sehr erregt. Sie stärkte die begründete Tendenz, unsere Beziehungen zur UdSSR auf ähnliche gerechte Prinzipien zu stützen.“

⁵⁷⁾ Europa-Archiv 15/1956, S. 9061 ff.

⁵⁸⁾ Ebenda, S. 9063 ff.

⁵⁹⁾ *Trybuna ludu* vom 4. August 1956.

⁶⁰⁾ Ein englischer Text des Briefes befindet sich in einem Artikel von Chalmers B. Roberts in: *Washington Post and Times Herald* vom 17. Oktober 1956.

⁶¹⁾ Rede Titos in Pula, a. a. O., S. 9393.

⁶²⁾ Europa-Archiv 22—23/1956, S. 9388.

⁶³⁾ *Das neue Wort*, Düsseldorf 1956, S. 218.

⁶⁴⁾ *Neues Deutschland*, 8. November 1956. Ebenso formulierten die chinesischen Kommunisten in einem Artikel in der Pekingener Zeitung *Shenminshibao* vom 29. Dezember 1956 („Nochmals über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“) die „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten“, die für alle Länder verbindlich seien (*Die Sowjetunion heute*, Botschaft der UdSSR in Bonn, Beilage zu Heft 2/1957).

⁶⁵⁾ Rede Gomułkas auf dem VIII. Plenum der PVAP, a. a. O., S. 9377/9379.

⁶⁶⁾ Referat Gomułkas: „Die Kernprobleme der Parteipolitik“ in: *Trybuna ludu* vom 16. Mai 1957, deutsch im Auszug in: *Ostprobleme*, 18/1957, S. 627 ff.

⁶⁷⁾ Europa-Archiv 23—24/1957, S. 10 364 ff.

⁶⁸⁾ Bericht an die 34. Tagung des ZK der SED, *Dokumentation der Zeit*, Berlin, Heft 158/58, S. 14 ff.

⁶⁹⁾ Gomułkas Stellung dazu in der *Trybuna ludu* vom 29. November 1957 (deutsch: *Ostprobleme*, 1/1958, S. 6): „Die dogmatische Auffassung von der Einheit der sozialistischen Länder und der regierenden kommunistischen Parteien, die seinerzeit in der Periode des Persönlichkeitskults galt, hat dieser Einheit keinen geringen Schaden zugefügt. Wir wissen das auch von unserem polnischen Beispiel. ... Die Praxis hat bewiesen, daß die Leitung aller kommunistischen Parteien ... von einem Zentrum aus nicht immer nützlich ist und oft schädlich war. Es genügt schon, wenn wir auf unsere polnischen Erfahrungen hinweisen und insbesondere darauf, welchen Schlag für uns die Auflösung der Kommunistischen Partei Polens darstellte.“

Eine ähnliche Ansicht wie Gomułka wurde von Togliatti in seinem Interview mit der Zeitschrift *Nuovi Argumenti* (a. a. O.) vertreten: Die Gesamtheit der Bewegung wird „polyzentrisch“. In der kommunistischen Bewegung selbst kann man nicht von nur einer Führung sprechen, wohl aber von einem Fortschritt zu dem man auf verschiedenen Wegen gelangt.

⁷⁰⁾ Dazu *Shenminshibao*, Peking, vom 5. Mai 1958: „Die kommunistischen Parteien nahmen eine geduldige und abwartende Haltung ein, in der Hoffnung, daß die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens zur Position des Marxismus-Leninismus zurückfinden würden.“ (Zitiert aus *Ostprobleme*, 12/1958, S. 431.)

Der VII. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und seine Nachwirkungen

Von Dipl.-Sozialwirt Harry Schleicher

I. Die Vorgeschichte des Kongresses

Die Beziehungen Jugoslawiens zum Ostblock nach dem 40. Jahrestag der Oktoberrevolution

Die große Heerschau des Weltkommunismus, die Moskau im November 1957 anlässlich des 40. Jahrestages der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ veranstaltete, hat — wie der vorangegangene Beitrag aufzeigt — nicht die erhoffte Einheitsfront der kommunistischen Bewegung gebracht. Jugoslawien hatte zwar auf außenpolitischem Gebiet einige Schritte zur Annäherung an den Ostblock getan (Anerkennung der DDR, Verzicht auf amerikanische Militärhilfe) und dafür die Abkühlung seiner Beziehungen zum Westen in Kauf genommen, aber an seiner Ablehnung des „Führungsanspruchs“ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hielt Tito unbeirrt fest. Die jugoslawische Delegation zu den Moskauer Feierlichkeiten, die unter Führung von Edvard Kardelj stand — Tito war wegen eines „Hexenschusses“ zu Hause geblieben —, unterzeichnete nur das „Friedensmanifest“, das alle 64 in Moskau weilenden Parteien akzeptierten. Das weitaus wichtigere Dokument, die Konvention der in ihren Ländern an der Macht befindlichen kommunistischen Parteien, wurde von den Jugoslawen nicht unterzeichnet¹. Diese Haltung der Delegation wurde vom Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens am 8. Dezember 1957 ausdrücklich gebilligt, wobei erklärt wurde, die Zwölfer-Konvention enthalte „einige Standpunkte und Stellungnahmen, die im Widerspruch zum Standpunkt des BKJ stehen und die er für unrichtig hält“. Daß mit diesen „Standpunkten und Stellungnahmen“ in erster Linie die Anerkennung der „grundlegenden Gesetzmäßigkeiten“ der sozialistischen Entwicklung gemeint war, welche die Möglichkeit eines „eigenen Weges zum Sozialismus“ negierte, ergibt sich zwangsläufig aus der zehnjährigen Geschichte der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Belgrad.

Die Moskauer *Prawda* antwortete auf die Stellungnahme des BKJ mit einem Artikel, der noch nachdrücklicher, als dies in der Moskauer Erklärung schon geschehen war, den Kampf gegen den „Revisionismus“ zur Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien erhob². Aber kurz darauf versicherte Chruschtschow in einer Rundfunkeerklärung, die Differenzen mit Jugoslawien würden immer geringer. Als der BKJ im März 1958 mit den letzten Vorbereitungen für seinen VII. Kongreß begann, war selbst von

Kennern der osteuropäischen Verhältnisse kaum vorzusehen, daß eine neue Runde der Auseinandersetzungen mit Titos Reform-Kommunismus bevorstand.

Die Entwicklung im BKJ seit 1952

Das wichtigste Thema des Kongresses, die Verabschiedung eines Parteiprogrammes, ergab sich aus der Notwendigkeit, den programmlosen Zustand des BKJ zu beenden. Hatte doch der VI. Kongreß, der 1952 in Zagreb tagte — neben der Annahme eines neuen Statuts mit der Umbenennung der KPJ in „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ —, das bis zu diesem Zeitpunkt formal gültige Programm der KPJ außer Kraft gesetzt und empfohlen, ein neues Parteiprogramm in den nächsten Jahren zu erarbeiten. Das in die Archive verbannte alte Programm war auf dem V. Kongreß der KPJ im Juli 1948, also unmittelbar nach dem Kominform-Konflikt, angenommen worden. Die zeitliche Nähe der beiden Ereignisse hatte damals verhindert, daß die Folgerungen aus dem Kominform-Konflikt bereits im Programm der KPJ ihren Ausdruck fanden. Was der Organisationschef der Partei, Aleksander Ranković später für das Statut der KPJ feststellte, nämlich, daß es „in der Hauptsache eine Abschrift des Statuts der KPdSU war“³, galt auch weitgehend für das Parteiprogramm des Jahres 1948.

Doch kurz darauf hatten sich die jugoslawischen Kommunisten in ihrer Praxis von dem geschmähten „Staatskapitalismus“ stalinistischer Prägung abgewandt und mit der „echten Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ ihren „eigenen Weg zum Sozialismus“ beschritten. Ein Höhepunkt der jugoslawischen Reformen fiel bereits in die Mitte des Jahres 1950, als die betriebliche Arbeiterselbstverwaltung eingeführt wurde. Durchgreifende Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung, der staatlichen Organisation und des Wirtschaftssystems folgten Schritt auf Schritt⁴.

Die KPJ hatte sich 1948 auf den „eigenen Weg zum Sozialismus“ begeben; aber die innerparteiliche ideologische Auseinandersetzung war noch nicht so weit durchgefochten, daß sich die neuen Erkenntnisse in einem neuen Parteiprogramm hätten niederschlagen können. Auf dem VI. Kongreß und auch in der Folgezeit wurde zwar eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die programmatischen Charakter

hatten, eine geschlossene ideologische Basis stellten sie jedoch nicht dar. Als wesentliches Ziel hatte der VI. Kongreß den Kampf gegen den Bürokratismus angesprochen, und er hatte zur Hauptaufgabe der Partei die politische Aufklärungsarbeit unter den breiten Massen zur Stärkung ihres sozialistischen Bewußtseins erklärt. Der Forderung nach einer parteiinternen Demokratisierung entsprach man mit dem Prinzip der „Oeffentlichkeit der Grundorganisationen des BKJ“⁵, was einen gewissen Fortschritt bedeutete. Auch der „Kadercharakter“ der Partei wurde teilweise aufgegeben (Verkürzung der Kandidatenzeit, formale Erleichterungen für den Parteieintritt), weil man ihn für eine „legal arbeitende Partei als unnütz und erschwerend“ empfand, während dieses Vorgehen in der „illegalen Periode der Parteitätigkeit seine volle Berechtigung gehabt“ habe⁶.

Die programmatisch nicht präzierte Situation dürfte nicht zuletzt für die Unsicherheit und Verwirrung verantwortlich gewesen sein, die ihren Kulminationspunkt zwischen dem II. und dem IV. Plenum des ZK des BKJ (Juli 1953 bis März 1954) in der parteiinternen Auseinandersetzung mit Milovan Djilas erreichten. Für Djilas' Forderung, ein Diskussionsklub möge den leninistischen Parteitypus auflösen, ließen sich zwar Ansätze im Ideengut des VI. Parteikongresses finden, aber der Streit, der in der ersten Phase der Auseinandersetzung mehr um

das „Wann“ als um das „Ob“ solcher Reformen geführt wurde, endete mit der parteiinternen Verurteilung des Montenegriners. Djilas wurde als „schriftstellernder Philosoph liberal-anarchistisch-bohemischer Geisteshaltung“, als Vertreter eines zu bekämpfenden Revisionismus gebrandmarkt⁷. Trotzdem riß die Diskussion um die Neubestimmung der Position der Partei nicht ab. Das Ziel einer mehr und mehr fortschreitenden inneren Demokratisierung des BKJ wurde zwar vertagt, aber nicht grundsätzlich aufgegeben.

In dieser Situation befand sich der BKJ seit dem Zagreber Kongreß von 1952. Formal hätte der VII. Kongreß bereits Ende 1956 stattfinden müssen, aber die Ereignisse in Polen und Ungarn, die eine ideologische Unsicherheit im ganzen kommunistischen Lager hervorriefen, erheischten dringend eine Verlegung des Termins. Der dann für Herbst 1957 vorgesehene Termin mußte wiederum verschoben werden, weil die eingangs erwähnten Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetunion aufgetreten waren, die man noch vor Kongreßbeginn bereinigt wissen wollte. Außerdem war zum Herbst 1957 der Programmentwurf noch nicht fertiggestellt. Die Arbeiten in der Programmkommission des Zentralkomitees, an deren Spitze Tito selbst stand, dauerten bis in das Frühjahr 1958. Am 10. März wurde der Programmentwurf den Parteiorganisationen zugestellt.

II. Das Parteiprogramm und die sowjetische Kritik

Das neue Programm des BKJ

Der dem Parteivolk zur Diskussion übergebene Programmentwurf⁸ war mit seinen 230 Seiten ein recht umfangreiches Dokument. In seiner ursprünglichen und auch in der auf dem Kongreß angenommenen Form gliedert er sich in zehn Kapitel, deren wichtigste Aspekte hier wiedergegeben werden.

Das I. Kapitel „Die gesellschaftlich-ökonomischen und politischen Beziehungen in der gegenwärtigen Welt“ charakterisiert die kapitalistische Gesellschaft und analysiert die verschiedenen Entwicklungsphasen der Arbeiterbewegung, wobei ihr Erstarken als politischer und gesellschaftlicher Faktor auch in den bürgerlichen Staaten konzipiert wird. Mit Lenin wird der Imperialismus als die letzte Stufe des Kapitalismus angesehen. Wenn auch in der heutigen Welt der bürgerliche Staat immer mehr wirtschaftliche Funktionen übernehme und sich dadurch ein „staatlicher Kapitalismus“ entwickle, so stelle dieser Zustand weder eine besondere Phase des Kapitalismus noch ein Rettungsmittel für ihn dar. Der Kapitalismus müsse zwangsläufig zerfallen; der „staatliche Kapitalismus“ deute gleichfalls nur die Notwendigkeit des Ueberganges zum Sozialismus an. „Aber es gibt keinen automatischen Uebergang vom ‚staatlichen Kapitalismus‘ zum Sozialismus...“; „dieser kann nur durch eine ‚bewußte politische Aktion der Arbeiterklasse‘ herbeigeführt werden.“⁹ Wichtig sei, daß sich die Arbeiterschaft des Staates bemächtige, ob dies jedoch auf revolutionärem, parlamentarischem oder anderem Wege geschehe und ob dabei

mit anderen progressiven gesellschaftlichen Kräften zusammengearbeitet werde oder nicht, sei gleichgültig¹⁰. Eine solche Kooperation sei besonders in Ländern gerechtfertigt, in denen die Arbeiterschaft ein politischer Faktor geworden ist, der die aktuelle Politik der Staatsführung beeinflusst.

Das Programm geht dann auf die Frage der Entwicklung des Sozialismus ein. Es stellt fest, daß Kämpfe, Fehler und Störungen in der Uebergangsphase zum Sozialismus kaum zu vermeiden seien: „Auch der zeitgenössische Sozialismus ist weder rein noch homogen; er kann es gar nicht sein.“¹¹ „Die Ziele des Sozialismus sind zwar dieselben, aber die Völker verwirklichen sie — aus mannigfaltigen objektiven und subjektiven Gründen — auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln.“¹² Der „eigene Weg zum Sozialismus“ wird hiermit eindeutig zu einer legitimen Form für die sozialistische Entwicklung in den verschiedenen Ländern erhoben.

Die für die Entwicklung des Sozialismus entscheidenden materiellen Grundlagen könnten aber auch zu einer realen Gefahr werden, konstatiert das Programm. Denn die Revolution könne weder die wirtschaftliche Basis noch das durch rückständige Auffassungen geprägte Bewußtsein gewisser Bevölkerungsschichten über Nacht verändern. Unbefriedigte Bedürfnisse und Kleinbesitzegoismus verbanden sich in „kleinbürgerlichem Anarchismus und abstraktem Liberalismus“.¹³ Die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode könnten andererseits zu einem „immer engeren Verwachsen des Staats- und Parteiapparates, ihrer Stärkung und dem Streben führen, sich von der

Gesellschaft abzusondern und sich als selbständige Kraft über diese zu erheben¹⁴ („Bürokratismus“). Der ideologische Ausdruck solcher Tendenzen seien „Dogmatismus, Konservatismus, etatistisch-pragmatische Revision der wissenschaftlichen Lehren des Sozialismus und das Entstehen des „Personenkultes“¹⁵. Das Problem des allmählichen Absterbens des Staates bleibe im Zusammenhang mit den negativen Entwicklungserscheinungen das entscheidende Lösungsproblem des sozialistischen Gesellschaftssystems.

Zwar biete die Lehre des Sozialismus die Mittel zur Lösung dieser Widersprüche. „Das bedeutet aber nicht, daß sämtliche führenden sozialistischen Kräfte fähig sind, alle Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen und fortschrittlich zu beurteilen¹⁶.“ Daraus ergäben sich dann, im Gegensatz zu den objektiv verursachten „Uebergangskrisen“, die subjektiv verschuldeten „Deformierungen“ des Sozialismus.

Das 2. Kapitel „Der Kampf um den Sozialismus unter neuen Bedingungen“ stellt nochmals heraus, daß im Kampf um die Macht sowohl revolutionäre als auch friedliche politische Aktionen möglich seien; beide Formen seien voneinander abhängig. Es dürfe nicht auf revolutionäre Kampfmittel verzichtet werden, wo die verschärften inneren Gegensätze deren Einsatz erforderten, andererseits „können Marxisten nicht zulassen, daß irgendwelche Kampfformen und -mittel zum Prinzip und Dogma erhoben werden“¹⁷.

An die generelle Kritik des ersten Kapitels anschließend, setzt sich das Programm mit der historischen Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion und anderen Ländern auseinander. Es weist auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, welche die Revolution in Rußland vorgefunden habe. Die Notwendigkeit des schwerindustriellen Aufbaus und die zweimalige militärische Intervention (1918/1920 und 1941/1945) hätten zu einer starken Machtkonzentration im Staats- und Parteiapparat geführt, der sich noch bürokratisch-etatistische Tendenzen („Deformationen“) hinzugesellen. Auf Grund dieser Praxis sei der „Personenkult“ entstanden. Stalin sei der maßgebliche „politische und ideologische Träger“ dieser Tendenzen geworden. Die Lehre des Marxismus-Leninismus sei besonders im Bereich der Theorie von Staat und Partei und anschließend in der politischen Ökonomie und Philosophie einer pragmatischen Revision unterzogen worden. Solche Erscheinungen seien nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der sowjetischen Außenpolitik und in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten zum Ausdruck gekommen (der Kominform-Konflikt wird als Höhepunkt erwähnt). Der Widerstand der KPJ gegen die deformistischen Aspekte dieser Politik sei „konsequent sozialistisch und fortschrittlich“ gewesen. Er habe seine Rechtfertigung in der veränderten sowjetischen Politik nach Stalins Tod und im XX. Kongreß der KPdSU gefunden¹⁸.

Bei der Behandlung von „Dogmatismus“ und „Revisionismus“ stellt das Programm fest: „Das marxistische Denken der letzten Jahrzehnte ist hinter der zeitgemäßen Gesellschaftsentwicklung zurückgeblieben¹⁹.“ Seine wissenschaftliche Weiterentwicklung sei durch zwei Faktoren behindert gewesen: den Bürokratismus und Etatismus, mit dem die Tendenz zum „ideologischen Monopol“ verbunden sei, und den Opportunismus bzw. Revisionismus. Besonders vom bürokratischen Dogmatis-

mus werde bei „gleichzeitiger, tiefgreifender und unwissenschaftlicher Revision des Marxismus-Leninismus jede Anstrengung nach einer realen Weiterentwicklung des marxistischen Denkens unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen einfach zum Revisionismus erklärt“²⁰. Der Opportunismus andererseits gebe unter den Einflüssen bürgerlichen Denkens die revolutionären Grundlagen des Sozialismus auf. Es sei notwendig, den Kampf gegen beide negativen Erscheinungen zu führen.

Weiter wird festgestellt, daß die Arbeiterschaft, konfrontiert mit den großen Aufgaben und Möglichkeiten der Gegenwart, uneinig sei. Das Programm analysiert die Rolle, die Bedingungen und Kampfformen der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der antiimperialistischen nationalen Bewegungen in den unterentwickelten Ländern und nennt Formen einer möglichen Zusammenarbeit. Der BKJ tritt dabei für eine Zusammenarbeit mit allen genannten Parteien und Kräftegruppierungen ein, wenngleich „eine solche Kooperation unter keinen Umständen zur Aufgabe der prinzipiellen sozialistischen Positionen und der ideologischen und politischen Diskussion sowie der gegenseitigen Kritik führen darf“. Der BKJ spricht sich für eine bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit aus, jedoch unter der Bedingung, daß diese „immer auf der Basis völliger Gleichberechtigung, der Vermeidung jeglicher Oktroyierung von Auffassungen sowie der Nichteinmischung in die inneren Parteiverhältnisse“ zu erfolgen habe²¹. Beide Formen der Zusammenarbeit seien prinzipiell unerläßlich, wenngleich man gegenwärtig infolge der negativen Erfahrungen in der Vergangenheit die bilaterale Kooperation bevorzuge.

Insbesondere wird in diesem Zusammenhang der „ideologische Monopolismus“ als Hemmnis für die gesamte sozialistische Entwicklung genannt. Es könne zwar vorübergehend die Arbeiterklasse dieses oder jenes Landes „in den ersten Reihen stehen und über die größte Macht verfügen“; dies bedeute aber nicht, „daß sie dadurch das Recht auf ein Monopolstellung innerhalb der Arbeiterbewegung, am wenigsten aber im Bereich der Ideologie, erlangt hat“²². Weil in der Gegenwart mehrere kommunistische Parteien in ihren Ländern an der Macht seien, stelle sich die Frage der Beziehungen zwischen ihnen in einer „geschichtlich neuen Form“. In der Zeit, als die Sowjetunion das einzige sozialistische Land war, sei ihr Schutz „einer der grundlegenden Maßstäbe des proletarischen Internationalismus“ gewesen. Heute jedoch verlange dieser Internationalismus die Unterstützung aller sozialistischen Bewegungen und die Solidarität unter ihnen. „Die Wege und Formen der sozialistischen Entwicklung irgendeines Landes als die einzig richtigen zu bezeichnen, ist nichts anderes als ein Dogma, das den Prozeß der sozialistischen Umwandlung der Welt hemmt“²³. Die Anerkennung verschiedener Entwicklungsformen dürfe und könne nicht als „eine ‚neue‘ ideologische Erscheinung, als Nationalkommunismus“ hingestellt werden. Solche Versuche, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen, bezweckten nur die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung.

Das 3. Kapitel „Die internationalen politischen Beziehungen und die Außenpolitik des sozialistischen Jugoslawien“ bezeichnet das Hegemoniestreben des Imperialismus auch gegenwärtig als eine ernste Gefahr. Der Versuch, die ungelösten Probleme der Nachkriegszeit mit

Hilfe der „Politik der Stärke“ zu lösen, habe zur Bildung der Militärböcke und zum allgemeinen Wettrüsten geführt. Aber obwohl die internationale Lage deswegen instabil sei, könne ein neuer Krieg vermieden werden. Die Verhinderung des Krieges sei eines der wichtigsten Ziele der „aktiven Koexistenz“; diese gehe von der Voraussetzung aus, daß auf der Grundlage verschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme sich nicht zwangsläufig Blockformationen entwickeln müssen. Eine besondere Rolle falle dabei den blocklosen Staaten zu.

Das Wesen der beiden Militärböcke wurde von den jugoslawischen Kommunisten schon immer gemäß ihrer Einschätzung von Imperialismus und Sozialismus verschieden bewertet. Aber diese Unterscheidung wurde zeitweilig sehr vorsichtig formuliert. Auch der Programm-entwurf enthielt anfänglich eine solche sehr vorsichtige Differenzierung. Die sowjetische Kritik an dem Programm²⁴ hatte jedoch in diesem Punkte Erfolg: In dem endgültigen, dem Parteikongreß vorgelegten Entwurf lautete dieser Absatz: „Der gesellschaftlich-ökonomische und politische Inhalt und die Rolle der bestehenden Böcke sind verschieden. Der BKJ hält den Warschauer Pakt und ähnliche Maßnahmen der sozialistischen Länder für eine natürliche Abwehrreaktion auf die Schaffung des Atlantikpaktes und besonders die Bewaffnung Westdeutschlands²⁵ ...“ Diese Version bedeutete eine große Konzession an die Vorstellungen des Kremls.

Das 4. Kapitel „Die sozialistische Revolution in Jugoslawien“ analysiert die wichtigsten Ereignisse und Prinzipien der jugoslawischen Revolution.

Das 5. Kapitel „Die ökonomischen und politischen Grundlagen des sozialistischen Aufbaus in Jugoslawien“ behandelt die Anfangsphase der Entwicklung mit Agrarreform, Sozialisierung und schwerindustriellem Aufbau. Es wird konstatiert, daß diese Entwicklungsnotwendigkeiten in einem gewissen Ausmaße einen administrativen Schematismus mit bürokratischen Tendenzen verursacht und die Initiative der arbeitenden Menschen geschwächt haben. Um diese Erscheinungen zu beseitigen, sei 1949/1950 die betriebliche Arbeiterselbstverwaltung und im Anschluß daran die gesellschaftliche Selbstverwaltung in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens eingeführt worden.

Nochmals die Unumgänglichkeit der verschiedenen Formen der „Diktatur des Proletariats“ betonend, stellt das Programm im Zusammenhang mit der Funktion des Staates fest: „Die sozialistische Revolution kann den Staat nicht beseitigen und beseitigt ihn nicht allein durch die Eroberung der politischen Macht ...“ „Im Gegenteil, der Staat ist der wichtigste und unumgängliche Hebel der sozialistischen Kräfte zur Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen des kapitalistischen Systems²⁶ ...“ Es könne sich nur darum handeln, einzelne staatliche Funktionen allmählich absterben zu lassen. Vorerst aber behalte der Staat noch gewisse Funktionen (politisches System, Wirtschaftsplanung, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Rechtsprechung und Verteidigung), die sich jedoch nach Form und Methode bereits während der Uebergangsphase verändern könnten. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte sei es die Aufgabe des BKJ, nicht nur gegen „Tendenzen einer anarchistischen Unterschätzung der Rolle des Staates, gegen die pseudo-liberalen Angriffe auf seinen sozialistischen Charakter“ anzukämpfen, sondern auch „gegen Tendenzen der Um-

bildung des Staates in eine allumfassende gesellschaftliche Kraft, in eine Kraft über der Gesellschaft, die in Wirklichkeit den unmittelbaren gesellschaftlichen Einfluß der werktätigen Menschen auf die Politik der staatlichen Führung liquidieren würde“²⁷.

Das 6. Kapitel „Die gesellschaftlich-ökonomische Ordnung“ erörtert die Besitzformen und stellt heraus, daß in der Landwirtschaft und im Handwerk noch immer der Privatbesitz überwiege. Da jedoch in der Landwirtschaft nur privater Klein- und Mittelbesitz vorhanden sei, wird eine Zwangsnationalisierung nicht befürwortet, eine Vergesellschaftung des Landes auf dem Wege der freiwilligen Vereinigung in Genossenschaften dagegen bejaht²⁸. Dann werden die verschiedenen jugoslawischen Bevölkerungsschichten analysiert, wobei das Programm zu der Feststellung gelangt, daß der übernommene ungleichmäßige Entwicklungsstand des Landes und bürokratische Tendenzen zu Gegensätzlichkeiten zwischen einzelnen Schichten der Bevölkerung und auch innerhalb der Arbeiterschaft selbst führen können. Neue Konflikte auf der Linie Individuum — Belegschaft, Belegschaft — Kommune, Kommune — höhere territoriale Einheit könnten auftreten.

Was die Intelligenz betreffe, so „werden die Kommunisten für eine feste Verbindung der Intelligenz mit den übrigen Schichten der Bevölkerung kämpfen“, andererseits aber sich dem Versuch widersetzen, daß „mit der Phrase von der „außerordentlichen Rolle“ der Intelligenz dieser Privilegien zugestanden werden, die mit dem Sozialismus unvereinbar sind“²⁹.

Das Bürgertum sei in Jugoslawien als Klasse sowohl politisch als auch gesellschaftlich-wirtschaftlich beseitigt, wenngleich durch den noch vorhandenen Privatbesitz in einem gewissen Ausmaße die Gefahr „kapitalistischer Tendenzen“ von dieser Seite drohe.

Das 7. Kapitel „Das sozialistische System der Volksmacht“ definiert die „sozialistische Demokratie“ als eine spezifische Form der gesellschaftlichen und politischen Beziehungen, einen historisch notwendigen Prozeß in der Periode des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bzw. Kommunismus. Für Kommunisten stelle sich nicht die Frage Mehrparteien- oder Einparteiensystem: „Das eine und das andere sind eine mögliche Realität in einer bestimmten Periode der sozialistischen Entwicklung in verschiedenen Ländern³⁰“. Das Problem sei vielmehr welche neuen Formen der Demokratie die auf gesellschaftlichem Besitz an den Produktionsmitteln basierenden gesellschaftlichen Beziehungen erfordern.

Das Programm behandelt dann Inhalt, Formen und Funktionieren der wichtigsten Institutionen der „sozialistischen Demokratie“: Arbeiterräte, Produzentenräte, Kommunen und die Organe der gesellschaftlichen Verwaltung. Es stellt fest: „Die KPJ bzw. der BKJ ist bei der Arbeit zur Vorbereitung der Revolution, im Verlauf der Revolution und während des Aufbaus des Sozialismus stets von der Tatsache ausgegangen, daß der Sozialismus nicht wegen irgendwelcher abstrakter Ziele, sondern für lebende Menschen geschaffen wird³¹“. Die Verwirklichung dieses Zieles könne nicht auf eine „höhere Phase“ des Sozialismus vertagt werden.

Das 8. Kapitel „Die Föderation und die Beziehungen zwischen den Völkern Jugoslawiens“ resümiert, daß erst im sozialistischen Staat die Prinzipien der Selbstbestim-

mung und Gleichberechtigung der einzelnen Völker Jugoslawiens verwirklicht worden seien.

Das 9. Kapitel „Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik“ betont nochmals, alle Bemühungen des BKJ seien dem einen Ziel untergeordnet: der Befreiung des Menschen. Die Bemühungen um den wirtschaftlichen Ausbau seien fortzusetzen, jedoch müsse zwischen „Verbrauchsfonds“ und „Akkumulationsfonds“ ein dem Tempo der Entwicklung entsprechendes Verhältnis hergestellt werden. Was den Lebensstandard betrifft, so müsse er von der Arbeitsproduktivität, dem Arbeitsergebnis der Arbeitskollektive³² und der Leistung des Einzelnen abhängig sein. In diesem Zusammenhang gelte es, sich sowohl den Tendenzen der „Gleichmacherei“ als auch jenen einer allzustarken Lohn-differenzierung zu widersetzen.

Das 10. Kapitel „Die gesellschaftliche Rolle und die ideellen Grundlagen des BKJ“ stellt drei Punkte als wesentlich heraus³³:

1. mit der Verminderung der gesellschaftlichen Antagonismen werde der BKJ zunehmend seine Rolle als Machtfaktor aufgeben und sich in eine Kraft zur Formung und Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins umbilden;
2. die gesellschaftliche Rolle des BKJ sei nicht die einer vom Volk isolierten Elite, sondern die eines Teiles der Arbeiterklasse;
3. der BKJ übertrage bereits jetzt auf die Gesellschaft eine Reihe von Funktionen, die infolge historischer Notwendigkeit eine Zeitlang in seiner Hand lagen bzw. noch liegen.

Eine der Hauptaufgaben des BKJ wird darin gesehen, sich, ohne zu kommandieren, dafür einzusetzen, daß Arbeiterselbstverwaltung und gesellschaftliche Selbstverwaltung zu einer „Massenschule des Sozialismus“ werden; auch der Jugend müsse besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn „die Jugend wird nicht automatisch sozialistisch, allein weil sie in einem sozialistischen Lande lebt“.³⁴

Unter Berufung auf Lenins Wort, daß der Marxismus nicht etwas Vollendetes sei, sondern weiterentwickelt werden müsse³⁵, lehnt es der BKJ ab, sich zum Richter im Bereich des Marxismus-Leninismus aufzuwerfen. Es komme auf eine ununterbrochene Entwicklung des Marxismus-Leninismus und auf dessen Bereicherung durch immer tiefere Erkenntnis der objektiven gesellschaftlichen Wirklichkeit an. Das Programm schließt mit dem Satz: „Nichts, was geschaffen ist, darf für uns so heilig sein, daß es nicht überholt werden und den Platz räumen könnte noch Fortschrittlicherem, noch Freiheitlicherem, noch Menschlicherem“.³⁶

Dieser Schlußsatz kann gleichzeitig als verbindliches Motto des Programmes angesehen werden, das sich voll Verständnis erst im Zusammenhang mit der Einsicht in die jugoslawische Praxis erschließt. Allein schon die Sprache des Programms überwindet weitgehend die „starr-stumpfen“ Formulierungen, die charakteristisch für eine bestimmte Epoche des Kommunismus geworden sind³⁷. Zwar ist die insgesamt marxistisch-leninistische Konzeption nicht zu übersehen, doch bedeutet dies nicht einfach ein Aneinanderreihen von Zitaten der „Klassiker des Marxismus“. Die bloße Wiederholung marxistischer Thesen ist auf ein Mindestmaß beschränkt. Der Chefideologe

der Partei, Edvard Kardelj, erklärte dies in seinem Kongreßreferat am 24. April damit, daß das Programm des BKJ nicht für sich in Anspruch nehme, ein Lehrbuch oder „eine Zusammenfassung letzter Wahrheiten“ zu sein³⁸. Das Programm läßt den Weg offen für eine weitere Entwicklung von Theorie und Praxis. Obwohl Möglichkeiten und Ziele der zukünftigen Entwicklung erörtert und gestreift sind, so ist doch der Raum vorwiegend den unmittelbaren Aktionszielen und den Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung gewidmet. Die Analysen der Vergangenheit sind gleichfalls kurz gefaßt. Die Prognosen sind nur vorsichtig gestellt, weil — nach Kardelj — der Kommunismus heute noch nicht Ziel der Aktionen sein könne; andererseits wollte man sich wohl nicht ausschließlich auf die rein empirischen Aspekte beschränken, um sich in einer gewissen Weise von den Programmen der sozialdemokratischen Parteien abzuheben. Mit den Worten „dieses Programm ist vor allem ein Programm des Kampfes für den Sozialismus in einer bestimmten Epoche“ und „dieses Programm ist der wichtigste ideologische Wegweiser für eine praktische Aktion“ wurde die Bedeutung dieses Dokumentes treffend charakterisiert³⁹.

Änderungen am Statut des BKJ

Mit dem neuen Programm wurde gleichzeitig das bisherige Statut des BKJ den neuen Erfordernissen angepaßt. Am 14. März 1958 veröffentlichte die Zeitschrift *Komunist* (Belgrad) die vorgesehenen Statutänderungen und übergab sie der parteiinternen Diskussion. Die wichtigsten Reformaspekte lassen sich summarisch folgendermaßen charakterisieren:

1. Veränderungen und Ergänzungen prinzipiellen Charakters, die sich weitgehend auf das Problem einer größeren Demokratisierung der Formen und Methoden der inneren Arbeit des BKJ beziehen. Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ wird dabei jedoch als verbindlich beibehalten.
2. Änderungen, durch welche die Arbeit der Grundorganisationen des BKJ elastischer gestaltet werden soll. Dabei werden nur die Grundformen und Methoden der Arbeit behandelt.
3. Die Beseitigung gewisser Formulierungen, die sich in der bisherigen Praxis als Hindernis erwiesen haben. Außerdem werden alle Passagen des Statuts entfernt, die programmatischen Charakter aufwiesen und das bislang fehlende Parteiprogramm zu ersetzen hatten.

Die sowjetische Kritik vor Beginn des Kongresses

Der Entwurf des Parteiprogramms mit seiner Betonung des „eigenen Weges zum Sozialismus“ mußte den Widerspruch der sowjetischen Kommunisten herausfordern. Moskau antwortete mit einem am 18. April 1958 in der Zeitschrift *Kommunist* veröffentlichten Artikel, der sich mit dem Programm-entwurf des BKJ auseinandersetzte und zum Auftakt einer neuen Runde ideologischer Auseinander-

setzungen wurde⁴⁰. Dieser Artikel ist insofern von grundlegender Bedeutung, als sämtliche später erhobenen ideologischen Vorwürfe auf ihn zurückgehen. Die Verfasser konzedierten dem Programm-entwurf zwar eine Reihe richtig angewandter marxistisch-leninistischer Leitsätze, übten jedoch massive Kritik an den „Fehlern“ des Entwurfs. Wegen der prinzipiellen Bedeutung, die diese Meinungsverschiedenheiten in der weiteren Auseinandersetzung spielten, sind die wesentlichsten Aspekte des Artikels hier kurz wiedergegeben:

1. Ein evolutionärer Uebergang zum Sozialismus sei unmöglich. Der Entwurf beurteile die Rolle des kapitalistischen Staates falsch, wenn er diesen Staat sich in eine klassentranszendente Organisation verwandeln lasse, die das Monopolkapital kontrolliere. In Wirklichkeit beherrsche das Kapital den Staat. „Staatlicher Kapitalismus“ könne nicht zum Sozialismus führen; dieser müsse erst durch einen revolutionären Akt herbeigeführt werden. Eine Anhäufung „sozialistischer Erscheinungen“ sei noch kein Sozialismus. Die kommunistischen Parteien ständen durchaus auf dem Standpunkt, daß die sozialistische Umgestaltung eines Landes auch auf friedlichem Wege erfolgen könne, aber auch dieser friedliche Weg müsse „eine Form der Revolution“ sein. Im Gegensatz dazu sprächen die Jugoslawen jedoch von einem „evolutionären Weg“, wobei sie die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien leugneten und als „Monopolismus“ ablehnten.

2. Die sozialistischen Erfahrungen in einigen Ländern würden in dem Entwurf falsch beurteilt. Anstatt die Erfolge der kommunistischen Parteien zu loben und anzuerkennen, würden gegen sie nur unbeweisbare Vorwürfe wie Bürokratismus, Dogmatismus und politischer Monopolismus erhoben.

3. Der BKJ verkenne das Wesen der internationalen Spannungen, wenn er sie, statt ihre Ursachen im kapitalistischen Imperialismus zu sehen, auf die Existenz der beiden Militärblöcke zurückführe. Die Vorwürfe des Wettrüstens an beide Adressen, West und Ost, seien unzulässig.

4. Der Programm-entwurf schenke den „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten“ der sozialistischen Entwicklung zu wenig Aufmerksamkeit. So werde die Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft übergangen. Andererseits sähe der BKJ den „Staatsapparat“ als Beherrscher der Gesellschaft und spräche die Stalinschen Interpretationen als „eine etatistisch-pragmatische Revision des Marxismus“ an. *Stalin* habe jedoch in Fragen des Staates und der Diktatur des Proletariats nur den Standpunkt des Marxismus-Leninismus zum Ausdruck gebracht. Auch er sei nicht der Ansicht gewesen, daß die Funktionen des Staates in der Zukunft beibehalten werden müßten. Der Staat werde im „Kommunismus“ verschwinden, wenn es keine kapitalistische Einkreisung mehr gebe. *Stalin* sei ebenfalls nicht der Ansicht gewesen, daß die Formen des Staates stets unverändert bleiben müßten, aber die durch die Jugoslawen vorgenommene Gleichsetzung von quantitativer Beschneidung gewisser staatlicher Funktionen mit dem völligen Absterben des Staates sei falsch. Auch beim Uebergang staatlicher Funktionen auf gesellschaftliche Institutionen blieben die Funktionen in ihrem Wesen die gleichen. Die Frage nach dem Absterben des Staates

könne zwar theoretisch gestellt, aber nicht zum Programmpunkt erhoben werden. Außerdem sei es falsch, anzunehmen, daß die Ueberwindung des Bürokratismus und eine demokratische Entwicklung nur unter der Voraussetzung des absterbenden Staates möglich seien. Wesentlich sei, daß die Massen die Verwaltung des Staates in die Hand bekämen.

5. Die jugoslawischen Ansichten über das Zusammenwachsen von Partei und Staat seien unrichtig. Die daraus gezogene Schlußfolgerung, die Partei müsse aufhören, als politischer Faktor zu wirken, und sich auf rein ideologische Aufgaben beschränken, sei eine der wesentlichen Abweichungen von den marxistischen Grundsätzen.

6. Zum Thema des proletarischen Internationalismus, das der BKJ mit der Forderung nach Gleichberechtigung und Nichteinmischung koppele, erklärten die Verfasser des *Kommunist*-Artikels, die notwendige Einheit und Zusammenarbeit der sozialistischen Länder gingen durch eine solche Verbindung verloren. Die jugoslawischen Forderungen seien auch dem kleinbürgerlichen Nationalismus eigen; der proletarische Internationalismus verlange jedoch die Unterordnung des nationalen Egoismus unter die Erfordernisse des weltweiten Kampfes für den Sozialismus. Man konzediert, daß bei der Regelung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten auch Fehler unterlaufen seien, doch gehörten diese der Vergangenheit an.

7. Mit der Behauptung von „ideologischem Monopolismus“ und „politischem Hegemonismus“ gefährdet der BKJ die Einheit und Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Bewegung und verteidige den „Nationalkommunismus“. Der Marxismus-Leninismus bestreite nicht, daß unter gewissen Bedingungen eine kommunistische Partei eine führende Rolle einnehmen müsse; dies werde durch objektive und nicht durch subjektive historische Bedingungen bestimmt. Mit Hegemoniestreben habe dies nichts zu tun. Die jugoslawische Behauptung, eine Ausbeutung unter sozialistischen Ländern sei möglich, klinge ungeheuerlich, weil hier Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus mit denen des Sozialismus vermengt und gleichgesetzt würden.

8. Abschließend wird darauf verwiesen, daß die bürgerliche Propaganda über die ideologischen Differenzen zwischen Belgrad und Moskau frohlocke, um den Kommunismus insgesamt zu treffen. Der Programm-entwurf spiegele außerdem nur Meinungsverschiedenheiten, die nicht erst gegenwärtig, sondern schon seit länger Zeit aufgetreten seien. Eine Annäherung könne nicht auf Kosten marxistischer Prinzipien erfolgen.

Trotz der Bestimmtheit in der Sache war der Beitrag des *Kommunist* noch als der Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung zu betrachten, als eine „kameradschaftliche Kritik“, die Möglichkeiten der ideologischen Aussöhnung nicht ohne weiteres ausschloß. Bedeutsam war auch, daß die Verfasser des Artikels sich dafür einsetzten, die Auseinandersetzung unter keinen Umständen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übergreifen zu lassen. Wie jedoch eine Synthese zwischen den teilweise recht erheblichen Differenzen erreicht werden sollte, war schon jetzt kaum vorauszusehen, weil beide Partner ihre Positionen als prinzipiell unaufgebbar bezeichneten. Das Wiederauftauchen *Stalins* als „Klassiker des Marxis-

mus“ einerseits und die scharfe Verurteilung des stalinistischen Kurses durch die Jugoslawen andererseits mußten von vornherein die Auseinandersetzung belasten. Daß sowjetischerseits die Frage nach der Rolle des Staates zu einem der zentralen Punkte der Unstimmigkeiten erhoben wurde, führte am Kern der Auseinandersetzung vorbei. Hier war die tatsächliche Differenz gar nicht so groß, weil sich ja auch der BKJ nur für einen Wandel der Formen einsetzte und prinzipiell die Notwendigkeit des Staates nicht leugnete. Auch in der Frage der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse waren die Unterschiede nur graduell. Der wichtigste Punkt hingegen war das Thema des „proletarischen Internationalismus“, woran sich die Auseinandersetzung zwischen „eigenem Weg zum Sozialismus“ und „allgemeiner Gesetzmäßigkeit“, d. h. dem sowjetischen Führungsanspruch, anschloß. Der Widerruf der durch die sowjetische Führung in verschiedenen Deklarationen der Jahre 1955/56 ausgesprochenen Anerkennung der Prinzipien der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer sozialistischer Staaten tauchte aus Anlaß des Kongresses des BKJ wohl nicht zuletzt deshalb mit neuer Heftigkeit auf, weil der BKJ der gewichtigste Vertreter dieser Prinzipien war. Es ist außerordentlich schwierig, über die Hintergründe dieser Schwenkung Moskaus auszusagen. Konnte man vielleicht noch bis zu diesem Zeitpunkt die Ursache im Einfluß einer „stalinistischen Gruppe“ im Kreml suchen, die Chruschtschow als Vertreter einer liberaleren Richtung zu überspielen suchte, so wurde die Situation vollends undurchsichtig, als Chruschtschow selbst sich in die Auseinandersetzung einschaltete. Dies um so mehr, als Chruschtschow im Innern weiterhin

als der „große Reformier“ auftrat, während er nach außen, insbesondere gegenüber Jugoslawien, eine ausgesprochen dogmatische Politik betrieb. Nicht zuletzt diese Tatsache dürfte die Vermutung nahelegen, daß es bei dem Disput mit Jugoslawien ursprünglich weniger um die jugoslawischen Abweichungen im Innern ging als um die Außenpolitik Belgrads. Bei der engen Verflechtung zwischenstaatlicher und zwischenparteilicher Beziehungen in der kommunistischen Welt erhielten damit aber auch die inneren jugoslawischen Reformen infolge ihrer Strahlungskraft eine außerordentliche Gefährlichkeit für die militärisch-politische Struktur des Ostblocks.

Dennoch sprachen vor dem Kongreß noch nicht allzu viele Zeichen für eine außergewöhnliche Dramatisierung der Lage. Zwar erklärten sich schon am 22. April die Tschechoslowakei und Bulgarien mit der Kritik des Moskauer *Kommunist* solidarisch⁴¹. In Warschau stellte man jedoch noch nach der Veröffentlichung des Programmentwurfes fest, *Tito* marschiere „vertrauensvoll auf der Straße des Sozialismus“.⁴² Auch in Budapest gab es genügend Stimmen dafür, den Konflikt zu lokalisieren und die zwischenstaatlichen Beziehungen davon unberührt zu lassen⁴³, wenngleich man auch hier sowie in Bukarest die Kritik des Moskauer *Kommunist* anerkannte. Noch am 28. April schrieb eine Warschauer Zeitung, „daß gegenwärtig die Situation völlig anders ist als 1948“.⁴⁴ Nicht unwesentlich dürfte zu dieser Beurteilung der Lage eine Äußerung der engen Mitarbeiterin Chruschtschows, Frau *Furzeva*, beigetragen haben, die als Mitglied einer sowjetischen Delegation (mit Woroschilow an der Spitze) bei einem Besuch in Warschau für eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit Jugoslawien plädierte⁴⁵.

III. Der Verlauf des Kongresses

Die ausländischen Gastdelegationen

Noch kurz vor Beginn des Laibacher Kongresses nahm die Programmkommission einige Änderungen des vorgelegten Programmentwurfes vor. Aber die 1400 Vorschläge, welche die Programmkommission allein bis zum 14. April 1958 erhalten hatte⁴⁶ und die den Entwurf ergänzten bzw. redaktionell veränderten, waren nur insofern wesentlich, als sie eine rege Mitarbeit der Grundorganisationen des BKJ bei der Gestaltung des Programms anzeigten. Bedeutender waren jedoch einige Korrekturen, die bereits die zwischenparteiliche Diskussion veranlaßt hatte. Als wichtigste Änderung und bedeutende Konzession, die man normalerweise als ein Einschwenken der Jugoslawen auf die Moskauer Linie hätte werten können, war die Revision der Beurteilung des Warschauer Paktes anzusehen⁴⁷. Auch an anderen Stellen wurde eine Abschwächung gewisser Spitzen gegen die innere sowjetische Entwicklung vorgenommen.

Und doch genügten diese Korrekturen der KPdSU nicht. Mit einem am 20. April in Belgrad veröffent-

lichten Schreiben vom 5. April zog die sowjetische Partei ihre Zusage zurück, an dem Kongreß des BKJ teilzunehmen^{47a}. Die übrigen Ostblockländer zögerten keinen Augenblick, sich dem Vorgehen Moskaus anzuschließen. Um die Jugoslawen jedoch nicht allzusehr zu brüskieren, entschloß man sich, wenigstens die in Belgrad akkreditierten Botschafter als Beobachter am VII. Kongreß teilnehmen zu lassen. Da die sozialdemokratischen Parteien der westlichen Demokratien eine Teilnahme wegen der unlängst erfolgten Verurteilung einiger jugoslawischer Sozialdemokraten ablehnten, während die sozialdemokratischen Parteien einiger asiatischer Länder ihre Absage auf die Teilnahme der kommunistischen Parteien ihrer Länder stützten, schrumpfte der Kreis der 51 eingeladenen Delegationen erheblich zusammen. So erschienen zu dem VII. Kongreß des BKJ, sieht man von den diplomatischen Vertretern der Sowjetunion, Chinas, Polens, Ungarns, Bulgariens, Rumäniens, der DDR, Vietnams und der Mongolei ab — Albanien und die Tschechoslowakei waren nicht

einmal durch Beobachter vertreten —, nur Delegationen der KP Dänemarks, der KP Norwegens, der Asiatischen Sozialistenkonferenz, der Japanischen Sozialistischen Partei, der Nationalen Befreiungsfront Algeriens, der Sozialistischen Partei Italiens, der Schweizerischen Partei der Arbeit, der Sozialistischen Partei Chiles, der Volksunion Kameruns, der Istiqlal-Partei Marokkos, der Vereinigten Arbeiterpartei Israels, der Vereinigten Arbeiterpartei Islands; außerdem Beobachter der Kommunistischen Parteien Indonesiens, Italiens und Tunesiens sowie der Nationalen Union der Vereinigten Arabischen Republik.

Allein diese Kongreßbesetzung mit ausländischen Delegationen machte zwei Tatsachen sichtbar:

1. Der BKJ drohte in eine gewisse Isolierung zu den kommunistischen Parteien des Ostblocks zu geraten, während es ihm auf der anderen Seite nicht gelang, die Reserve der sozialdemokratischen Parteien der westlichen Länder zu durchbrechen.
2. In dieser Situation mußte eine parteiliche und damit verbunden auch staatliche Orientierung auf den afro-asiatischen Bereich erfolgen, wie sie sich bereits in dem beachtlich starken Aufgebot von Vertretungen aus diesem Raum während des Kongresses andeutete.

Die soziale Zugehörigkeit der Kongreßmitglieder

Am 22. April, dem 88. Geburtstag Lenins, begann in Ljubljana (Laibach) der VII. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, der bis zum 26. April andauerte. Es nahmen daran 1807 Delegierte teil, davon 173 Angehörige der Armee und 124 Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) und der Revisionskommission der Partei⁴⁸.

Die soziale Zusammensetzung der Delegierten wies einen starken Anteil der Intelligenz auf. Nach Angaben der *Borba*⁴⁹ — wobei allerdings die Zurechnungskriterien ungenannt blieben — waren 741 Delegierte Arbeiter, 707 Intellektuelle und 204 Bauern, während 155 unter der unpräzisierten Bezeichnung „übrige“ ausgewiesen wurden. Demgegenüber weist eine andere Berechnung folgende Quoten auf⁵⁰: Arbeiter 690, Intellektuelle und Angestellte 643, Ingenieure, Techniker und Schaffende aus den Bereichen des Erziehungs- und Kulturwesens 109, Offiziere 175, Bauern 180 und sonstige Berufe 9.

Die wichtigsten Aspekte des Kongresses

Durch die Dissonanzen am Vorabend des Kongresses (die Absage der Teilnahme von Delegationen der kommunistischen Parteien der Ostblockstaaten und die ausgiebige Kritik des Parteiprogrammes des BKJ durch den Moskauer *Kommunist*) war das Leitmotiv des Kongresses gegeben. Es konnte nicht ausbleiben, daß ein Teil der Ausführungen dem Verhältnis zwischen den kommunistischen Parteien des Ostblocks und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und davon ausgehend dem zwischenstaatlichen Verhältnis dieser Länder gewidmet sein würde.

Tito griff am Eröffnungstage in seinem Referat dieses Thema sofort auf. Er skizzierte zusammenfassend den Stand der internationalen Beziehungen, wobei er nach einer Kritik der stalinistischen Außenpolitik auf die positive Wandlung der sowjetischen Außenpolitik in der Nach-Stalin-Aera einging. Wäre die Unterstützung Jugoslawiens für die Chruschtschowsche Version einer „Gipfel“-Konferenz und für die sowjetische These zur deutschen Frage nicht bereits früher geäußert worden, so hätte man in ihrer Wiederholung in Titos Referat eine versöhnliche Geste gegenüber der Sowjetunion erblicken können. Aber ebenso vertrat Tito auch Thesen, die sich keineswegs mit den sowjetischen Ansichten deckten. Insbesondere führte er die Krisen in Polen und Ungarn auf die Nichtbeachtung der spezifischen Bedingungen dieser Länder zurück⁵¹. Die Ablehnung der These von der Konterrevolution hatte ja bereits 1956 zu Schwierigkeiten geführt, die Jugoslawien jedoch mit dem Treffen zwischen Chruschtschow und Tito im August 1958 in Rumänien überwunden glaubte. Tito beschwor noch einmal dieses Treffen mit den Worten:

„Bei dieser Gelegenheit sind manche Schwierigkeiten beseitigt worden, und es verblieb nur sehr wenig, was eine allseitige Zusammenarbeit und freundschaftliche Beziehungen stören könnte. Wichtig ist, daß dies alles hinter uns liegt; wichtig ist, daß man einen neuen, gerechten Weg der Zusammenarbeit geht und das Alte vergißt, das die gegenwärtigen und zukünftigen guten und freundschaftlichen Beziehungen belasten könnte⁵².“

Daß die Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem Ostblock jedoch nicht zum besten standen, ließ der jugoslawische Staatschef erkennen, als er diese Beziehungen sorgfältig differenzierte. Als sehr gut klassifizierte er das Verhältnis zu Rumänien und Polen, wobei er besonders an den Besuch Gomuikas in Jugoslawien (September 1957) erinnerte, der ein „tiefes gegenseitiges Verstehen und identische Standpunkte in den wichtigsten Fragen der Außenpolitik, der Entwicklung zum Sozialismus in unseren Ländern sowie der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern“ gezeigt habe⁵³. Eine Stufe tiefer folgte Ungarn, zu dem sich seit der Ueberwindung des im Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres 1956 aufgetretenen Konfliktes eine „fruchtbare Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet“ entwickle. Wieder eine Stufe tiefer rangierten Bulgarien und die Tschechoslowakei, mit denen nur die Wirtschaftsbeziehungen normal seien, während die politische und kulturelle Zusammenarbeit besser sein könnte. Albanien bildete den Schluß: die Beziehungen zu diesem Land seien, nicht durch die Schuld Jugoslawiens, anomal.

Tito vermied es weitgehend, auf ideologische Fragen einzugehen — abgesehen von dem Hinweis, die jugoslawischen Kommunisten hätten das Recht, selbst darüber zu entscheiden, was an ihrem Programm marxistisch sei⁵⁴. Er war offensichtlich bemüht, die

aufgetretenen Spannungen nicht zu dramatisieren, und man konnte seine Rede insgesamt als Versuch werten, zu einer Versöhnung zu gelangen. In der einen Frage jedoch, die vielleicht im Hintergrund den neuen Konflikt mit Jugoslawien ausgelöst haben mochte, nahm Tito eine unversöhnliche Haltung ein: als Hauptaufgabe der jugoslawischen Außenpolitik bezeichnete er eine enge Zusammenarbeit zwischen den „blockfreien Staaten“. „Uns wird vorgeworfen, wir seien keine Internationalisten, weil wir nicht im ‚Lager‘ sind.“ Allein die Ablehnung Titos, mit dem Kriterium der „Zugehörigkeit zum Lager“ die internationale Einstellung zu messen, war ein erster unmißverständlicher Hinweis, daß Jugoslawien nicht gewillt sei, seine Außenpolitik zu ändern.

Die Ausführungen Titos zur inneren Entwicklung bedürfen keiner Erörterung, weil sie sich weitgehend mit den im Programmentwurf behandelten Anschauungen identifizierten.

Als einen Tag darauf Organisationschef Aleksander Ranković sein Referat über die organisatorisch-politischen Aufgaben des BKJ hielt, war kaum vorauszusehen, daß dieses den Anlaß zu einer solch demonstrativen Verschärfung der Gegensätze geben werde, wie es das Verlassen des Kongresses durch die Beobachter der Ostblockstaaten (mit Ausnahme Polens) darstellte. Ranković behandelte in seinem Referat zunächst die Arbeit des BKJ in der seit dem VI. Kongreß verflossenen Periode, die ideologische Arbeit im BKJ und abschließend die organisatorische Entwicklung der Partei⁵⁵. Diese Themen gaben keinen unmittelbaren Anlaß zu einer Auseinandersetzung mit den übrigen kommunistischen Parteien. Den Schluß seines Referates, der an Deutlichkeit und Bestimmtheit nichts zu wünschen übrigließ, widmete Ranković jedoch dem Verhältnis zwischen dem BKJ und den übrigen kommunistischen Parteien. Er wies besonders darauf hin, daß nach 1948 verantwortliche Leiter der Sowjetunion und anderer Ostblockstaaten ihre Verwunderung und Anerkennung darüber geäußert hätten, daß Jugoslawien seine Unabhängigkeit bewahrt und außerdem noch Erfolge beim sozialistischen Aufbau erzielt habe. Dann führte er aus:

„Trotzdem hören wir wieder von verschiedenen Seiten an uns gerichtete und nicht sonderlich verborgene Anspielungen vom ‚Sitzen auf zwei Stühlen‘, von ‚Einschmeicheleien und Rückgratbeugen vor den Imperialisten‘ wegen ihrer verdorbenen Waren‘ und ähnliches... In letzter Zeit hören wir wieder Geschichten von der Unmöglichkeit des Kampfes gegen den ‚Revisionismus‘ des BKJ. Manche stellen ihm sogar als ihre Hauptaufgabe hin. Läßt man die Tatsache beiseite, daß gewisse Unterschiede in manchen Fragen der Praxis und Theorie bestehen, so fragen sich gewöhnlich unsere Menschen, was das für eine Politik eines Landes ist, die sich nicht die Sorge um das eigene Volk, um den Sozialismus im eigenen Lande und seine richtige Entwicklung als ihre Hauptaufgabe stellt, sondern, die Gelegenheit ausnutzend, mit den jugoslawischen Kommunisten abzurechnen gedenkt, wobei sie sich auf diese Weise in die inneren

Angelegenheiten Jugoslawiens einmisch... Daraus ist leider zu ersehen, daß einige sehr verantwortliche Persönlichkeiten aus unserer Nachbarschaft, anstatt die Erfahrungen aus der Vergangenheit zu beherzigen, erneut die verrosteten Waffen des Kominform zu schärfen beginnen, offen die längst kompromittierten Beschuldigungen gegen die jugoslawischen Kommunisten wiederholen... in Wahrheit gehen sie erneut zu einer Politik des Druckes auf die FVRJ, auf ihre sozialistischen Institutionen und Organisationen über. Wir können darin nichts anderes sehen als den sinnlosen und fruchtlosen Versuch, den BKJ zu isolieren... Wir fragen uns mit Recht, was man damit erreichen will, daß unsere Praxis und unsere Standpunkte zu gewissen Fragen des Aufbaus des Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung in einem falschen Lichte gezeigt werden, wenn von der Arbeiterbewegung der anderen Länder die Isolierung Jugoslawiens notwendig ist und warum durch verschiedene Kanäle Unwahrheiten über den BKJ und einzelne seiner Führer verbreitet werden. Wir müssen dies alles überdenken, denn es handelt sich dabei nicht nur allein um unser Land und unseren BKJ, sondern um die gesamte Arbeiterbewegung. Und niemand hat das Recht, mit verschiedenen Kombinationen der Bewegung Schaden zuzufügen, in deren Händen das Schicksal der Menschheit liegt...“

Wir waren stets der Ansicht und sind es noch — die bisherigen Erfahrungen bestätigen dies —, daß ideologische Meinungsverschiedenheiten nicht die freundschaftliche Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen im allgemeinen zu beeinflussen brauchen, und besonders nicht bei Staaten, die den Sozialismus bauen. Gewisse natürliche und notwendige Unterschiede in der Praxis und in den Anschauungen der Parteien der sozialistischen Länder müssen nicht Anlaß für Konflikte und eine Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen den Staaten und kommunistischen Parteien sein, sondern ein Ansporn für eine noch nähere Kenntnis und den Austausch von Erfahrungen. Nur auf diese Weise, allgemein gesprochen, kann eine Zusammenarbeit zwischen den Völkern verwirklicht werden, der als Beispiel eine Politik der freiwilligen und gleichberechtigten Kooperation zwischen den kommunistischen Parteien und die Freundschaft zwischen den sozialistischen Ländern in ihren gemeinsamen Anstrengungen für den Erhalt eines dauerhaften Friedens und Fortschritts in der Welt dienen kann⁵⁶.

Das waren bestimmte und scharfe, wenngleich nicht unversöhnliche Worte. Sie zeichneten den Weg, der zu einer Versöhnung führen konnte, eindeutig vor: keine Aufgabe der eigenen Vorstellungen bei der inneren Entwicklung Jugoslawiens. Was Tito bereits für die Außenpolitik als unablässliche Forderung aufgestellt hatte — den eigenen Weg beizubehalten —, ergänzte Ranković somit für die jugoslawische Innenpolitik. Aber schon der demonstrative Protest der Beobachter der Ostblockstaaten war der sichtbare Beweis, daß eine Ueberwindung der Gegensätze nicht einfach sein würde. Zwar kehrten die Botschafter am nächsten Tage in den Kongreßsaal zurück und hörten sich das Referat des Chefideologen Edvard Kardelj an, der die ideologische Basis des Programmentwurfes analysierte und gegen alle

Vorwürfe des „Revisionismus“ verteidigte. Doch der Höhepunkt des Kongreßgeschehens war damit bereits überschritten.

Die Ergebnisse des Kongresses

Der folgende Tag (25. April) zeigte mit den Diskussionen im Plenum und in den drei Kommissionen für Fragen des gesellschaftlich-politischen Systems und der Wirtschaftspolitik, für ideologisch-politische und organisatorische Fragen und für Fragen der internationalen Beziehungen innerhalb der Arbeiterbewegung die feste Einheit der Delegierten und die vorbehaltlose Zustimmung zu dem Programmwurf und den Positionen, welche die Parteileitung in den Referaten bezogen hatte. Ueberraschungen bei der folgenden Wahl zum Zentralkomitee und zu den anderen Parteigremien waren kaum zu erwarten. Im Zentralkomitee ergaben sich fast keine Veränderungen. Durch eine Erweiterung des ZK von bisher 103 auf 135 Mitglieder gelangten jedoch auch jüngere Kräfte in die Parteispitze. Dies entsprach weitgehend der quantitativen Vergrößerung der Partei. Nicht wiedergewählt wurden in das ZK lediglich zwei Mitglieder, darunter die erste, geschiedene Frau von Milovan Djilas. In die zentrale Revisionskommission wurden 23 Mitglieder gewählt. Das ZK, das sich sofort konstituierte, wählte in das Exekutivkomitee des ZK: Josip Broz Tito, Vladimir Bakarić, Ivan Gošnjak, Blažo Jovanović, Edvard Kardelj, Lazar Koliševski, Franc Leskošek, Miha Marinko, Djuro Pucar-Stari, Aleksander Ranković, Djuro Salaj (gestorben am 20. Mai 1958), Petar Stambolić, Jovan Veselinov, Veljko Vlahović (neu) und Svetozar Vukmanović. Mitglieder des Sekretariats des Exekutivkomitees wurden: Josip Broz Tito (Generalsekretär), Edvard Kardelj, Aleksander Ranković, Svetozar Vukmanović (neu) und Ivan Gošnjak⁵⁷.

IV. Die Auseinandersetzung nach dem Kongress

Die chinesisch-sowjetische Aktion

Unmittelbar nach dem 1. Mai beschuldigte das ZK der Partei der Arbeit Albaniens die Jugoslawen, ihr Programm enthalte „all die verderbten alten und neuen antimarxistischen Auffassungen“.⁵⁹ In Belgrad, wo man an Attacken aus Richtung Tirana längst gewöhnt ist, wurde dieser Angriff kaum beachtet, er war nicht gewichtig genug. Unverhältnismäßig gewichtiger war jedoch der einen Tag darauf folgende Angriff des Pekingener *Shenminshibao*, der gleichzeitig anzeigte, daß die „hundert Blumen“ des Reichs der Mitte zwei Winter nicht überstanden hatten. Der sinnreich am 140. Geburtstage Karl Marx' erschiene Beitrag unter dem Titel „Der moderne Revisionismus muß verurteilt werden“ charakterisierte das Programm des BKJ als „durch und durch antimarxistisch, antileninistisch und revisionistisch“.⁶⁰ Besonders gerügt wurde, daß die Jugoslawen an Stelle des dialektischen Materialismus Sophisterei setzten, den

Die Politik der Parteileitung wurde durch die Wahlen vollauf bestätigt. Die Gegenspieler außerhalb Jugoslawiens konnten kaum erwarten, daß es möglich sein würde, einen Keil zwischen Führung und Parteivolk zu treiben. Auch das Programm, die Statutänderungen und eine Resolution über die Aufgaben des BKJ wurden einstimmig angenommen. Es war eine vorbildliche Manifestation der Einheit, die den Beobachtern der „Bruderparteien“ hätte zu denken geben sollen. In seiner Schlußansprache ließ Tito trotzdem nicht die Gelegenheit verstreichen, noch einmal die Hand zur Versöhnung zu reichen. Besonders auf die Dissonanz eingehend, die Rankovićs Rede veranlaßt hatte, versuchte Tito, das Geschehen abzumildern und entsprechend einzuordnen, als er sagte: „Wir wünschten, es würde nicht falsch verstanden, wenn es auf diesem Kongreß zu gewissen Manifestationen der Unzufriedenheit deswegen gekommen ist, weil manche Bruderparteien ihre Anwesenheit zum Kongreß angesagt und diese danach mit sehr unglaublichen Argumenten zurückgezogen hatten“⁵⁸. Tito beschwor noch einmal die Solidarität der Arbeiterbewegung, mahnte an die Vergangenheit und beteuerte, der BKJ werde sich mit „jeder konstruktiven Kritik“ auseinandersetzen. Gegen alle bereits auftretenden negativen und ungerechtfertigten Kritiken in Presse und Reden der sozialistischen Länder verwahrte sich der Marschall aber bereits zu diesem Zeitpunkt mit aller Entschiedenheit. Tito bot zwar die Versöhnung an, jedoch nicht unter Aufgabe eigener Prinzipien. Ausdrücklich betonte er: „Jede Erwartung von irgendwelcher Seite, wir würden von unseren Prinzipien in Außenpolitik oder Innenpolitik abweichen, ist nur ein Zeitverlust.“ Das war unmißverständlich; wenngleich in diesem aktuellen Zusammenhang primär an die Adresse des Ostens gerichtet, galt es gleichzeitig für den Westen.

Staat über die Klassen stellten, den proletarischen Internationalismus durch bürgerlichen Nationalismus ersetzten und das sozialistische Lager verleumdeten. Das waren teilweise bereits mit mehr Ernst vom Moskauer *Kommunist* erhobene Vorwürfe. Aber die Feststellung, das Programm des BKJ entspreche im gegenwärtigen Zeitpunkt namentlich den Erfordernissen des amerikanischen Imperialismus, war eine bislang nicht gehörte Sprache. Ein zweiter Donnerschlag war der von den Chinesen aufgegriffene Vorwurf, Belgrad habe während der Ungarnereignisse die „Clique des Verräters Nagy“ unterstützt und unter dem Motto des Kampfes gegen den Stalinismus an der Spaltung der kommunistischen Bewegung mitgewirkt. Von hier war kein weiter Weg zu der Schlußfolgerung: „Wir betrachten die Entscheidung als im Grundsatz richtig, die das Informationsbüro im Juni 1948 gefällt hat“, wenngleich man gewisse später angewandte Methoden und die zweite Kom-

Inform-Erklärung vom November 1949 noch abgelehnt⁶¹. Der Appell an Jugoslawien, sich zu besinnen und die Freundschaft mit den Ländern des sozialistischen Lagers nicht aufzugeben, wurde im Munde der Chinesen Drohung und Ultimatum zugleich.

Nachdem am 9. Mai der Belgrader *Komunist*⁶² die Antwort auf den chinesischen Artikel gegeben hatte, veröffentlichte auch die jugoslawische Tagespresse die chinesischen Vorwürfe und die eigene Antwort⁶³. Es war kaum verwunderlich, daß sich die Belgrader Antwort dem chinesischen Ton in der Schärfe anpaßte und vor allem Unwissenschaftlichkeit und Sprache der Behauptungen bemängelte. Die Chinesen lehnten — so argumentierte man folgerichtig — die zweite Kominform-Resolution ab, bedienten sich aber bereits der in ihr enthaltenen Vorwürfe. Mit diesem Artikel werde zumindest die Kominform-Resolution von 1948 wieder in Kraft gesetzt. Hätte man in Peking das Programm des BKJ gelesen, so dürften solche Beschuldigungen kaum erhoben worden sein. Die Hintergründe des „ideologischen Kreuzzuges“ müßten demnach wohl irgendwoanders liegen. Unter Berufung auf *Lenin* verteidigten die Jugoslawen noch einmal die Berechtigung der verschiedenen Wege zum Sozialismus⁶⁴. Gegenüber dem XX. Kongreß der KPdSU bedeute der chinesische Schritt einen Rückschlag, weil mit ihm das Prinzip der Gleichberechtigung aufgegeben würde. Auf die Drohungen der Pekingener Zeitung erwiderte der Belgrader *Komunist*, daß schon einmal ungerechtfertigte Beschuldigungen gegen Jugoslawien erhoben worden seien, wobei jedoch von den 17 Unterzeichnern der Kominform-Resolution zwölf auf unehrenhafte oder tragische Weise geendet seien.

Nur einen Tag blieb die Weltöffentlichkeit im unklaren darüber, ob sich die Chinesen ein eigenmächtiges Vorpreschen erlaubt hatten. Gleichgültig, ob sie ihre Stellungnahme vorher mit Moskau abgesprochen hatten oder nicht, die Uebernahme des chinesischen Angriffs durch die *Prawda* bedeutete in jedem Falle eine Identifizierung mit Peking⁶⁵. Aber Moskau beschränkte sich nicht darauf, nur das Echo Pekings zu sein, sondern blies seinerseits zum Angriff. Am 9. Mai erschien in der *Prawda* ein Artikel unter der Ueberschrift „Einheit und Zusammenschluß der marxistisch-leninistischen Parteien — ein Pfand für künftige Siege des sozialistischen Weltsystems“. Darin wurde besonders bedauert, daß die Jugoslawen kameradschaftliche Kritik unbesehen zurückwiesen und weiterhin in ihrem Programm und in „hysterischen Reden“ die Sowjetunion des Hegemoniestrebens bezichtigten.

Wie diese „kameradschaftliche Kritik“ aussah, erhellte schlagartig eine Stelle des *Prawda*-Beitrages. In seiner Eröffnungsrede zum Kongreß hatte *Tito* u. a. gesagt: „Wenn unsere Außenpolitik der Politik eines anderen Landes entspricht — im konkreten

Falle der Politik der Sowjetunion —, um so besser. Wir wünschten gleichfalls, unsere Politik und Anschauungen würden möglicherweise stärker mit der Politik und den Ansichten der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Staaten zusammenfallen⁶⁶.“ Jedem Einsichtigen mußte klar sein, was *Tito* mit dieser Formulierung gemeint hatte; die *Prawda* jedoch konstruierte daraus den Beweis, die Politik Jugoslawiens sei „imperialistisch“ oder bemühe sich zumindest, es zu sein. Mit dieser Aggressivität jedoch nicht genug, leitete die *Prawda* auch in den Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen über und schrieb unter dem Hinweis, Jugoslawien mache keinen Unterschied zwischen der Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten und der der Sowjetunion: „Denkt jemand in Jugoslawien, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der FVRJ und der SU manifestierten Tendenzen der Exploitation? Wenn ja, wäre es möglich, Jugoslawien von solcher Ausbeutung zu befreien⁶⁷.“

Damit wurde ein Uebergreifen des Konfliktes auf die zwischenstaatlichen Beziehungen geradezu in Aussicht gestellt. Dies deutete gleichfalls an, daß man die ideologische Auseinandersetzung weitgehend für abgeschlossen ansah. Die *Prawda* sprach deutlich aus, daß man nicht länger gewillt sei, die Auseinandersetzung nur auf die ideologische Basis zu beschränken. Solange man an die Ueberwindung der ideologischen Meinungsverschiedenheiten noch geglaubt habe, sei eine solche Beschränkung möglich gewesen; jetzt aber beteuere *Tito*, man solle nicht erwarten, Jugoslawien werde von seinen prinzipiellen Standpunkten lassen. All dies sei „relativistischer Nihilismus“.

Dies alles war unmißverständlich. Aber nicht allein die Deutlichkeit der Sprache, sondern die Tatsache, daß sie in der Moskauer Zentrale gesprochen wurde, ließ den Konflikt für absehbare Zeit als unüberwindlich erscheinen. Allerdings schwieg *Chruschtschow* selbst immer noch, wodurch weiter eine gewisse Unklarheit über den Verbreitungsradius solcher Anschauungen im Kreml herrschte.

Am 17. Mai veröffentlichte die *Borba* den Artikel der *Prawda* und gab gleichzeitig die jugoslawische Antwort darauf, die unter dem Motto „übereilter Rückzug auf die Schanzen von 1948“ stand. Zwar versuchte Belgrad nochmals, den Disput in vernünftige Bahnen zu lenken, indem es die Berechtigung einer blockfreien Außenpolitik und der Annahme von Wirtschaftshilfe aus dem Westen verteidigte, aber an einen Erfolg dieses Versuches glaubte man wohl zu dieser Zeit nicht mehr. Offen wurde die Vermutung ausgesprochen, der ideologische Streit müsse andere Hintergründe haben. Ziehe man in Betracht, daß sich Jugoslawien mit dem Ostblock einig sei in den sozialistischen Zielen, dem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, der Verteidigung des Friedens, daß es die Einstellung der Kernwaffenversuche unterstütze und sich gegen die Theorie von der „Be-

freierung der osteuropäischen Länder“ wende, so seien die ideologischen Differenzen neben dieser faktischen Einheit der politischen Zielsetzungen belanglos. Trotzdem leite der Artikel der *Prawda* eine politische Aktion gegen Jugoslawien ein, wiederhole mit seinen Behauptungen Forderungen des Jahres 1948 und verusche, die jugoslawischen Kommunisten und Völker aufzuwiegeln.

Das Nachziehen der übrigen Ostblockstaaten

Der Moskauer Artikel war ein Signal. Fast alle Länder des Ostblocks zogen nun mit Angriffen gegen Jugoslawien nach, wenngleich sich in dieser ersten Phase noch erhebliche Differenzierungen feststellen ließen. Die Tschechoslowakei war selbst noch den Moskauer Beschuldigungen vorausgeeilt⁶⁸; die DDR schloß sich der Kritik gegen den Revisionismus an⁶⁹; Bulgariens KP-Organ erzielte in siebenspaltigen Unterzeilen den Haupttreffer mit Formulierungen, wie „Offene Billigung der imperialistischen US-Politik“, „Der VII. Kongreß des BKJ — eine tückische Demonstration gegen die Sowjetunion“, „Serviler Dank für die sogenannte amerikanische Hilfe“. ⁷⁰ Selbst aus dem fernsten Osten drangen Stimmen, die zum Kampf gegen den jugoslawischen Revisionismus aufriefen (Mongolei, Korea). Der Parteikongreß der Slowakei widmete dem „zeitgenössischen Revisionismus“ einen Teil seiner Resolution, die am 19. Mai verabschiedet wurde.

Zurückhaltender zeigten sich dagegen Bukarest, Budapest und Warschau. Die rumänische *Scinteia* (Organ des ZK der kommunistischen Partei) nahm zwar auch in ideologischen Fragen eine unnachgiebige Haltung ein, wollte jedoch die ideologischen Differenzen in Zukunft nicht überstrapazieren⁷¹. Das ungarische Organ *Nepszabadsag* schloß sich gleichfalls den Kritiken an, billigte sogar die Kominform-Resolution von 1948, mahnte jedoch, die Fehler von damals nicht zu wiederholen und die Debatte mit dem BKJ fortzusetzen, weil der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, wenn auch unter gewissen Einschränkungen, doch „eine marxistisch-leninistische Partei“ sei⁷². Noch vorsichtiger operierte die polnische Presse, die die Angriffe von *Shenminshibao* und *Prawda* zusammen mit den jugoslawischen Erwidern⁷³ veröffentlichte. Kurz darauf kritisierte man zwar auch in Polen gewisse ideologische Standpunkte der jugoslawischen Kommunisten, erinnerte aber auch daran, die Ergebnisse des XX. Kongresses der KPdSU nicht zu vergessen⁷⁴. Eine Rückkehr zu den Methoden von 1948 wurde in Polen entschieden abgelehnt.

Der wirtschaftliche Druck der Sowjetunion

Der Monat Mai war gekennzeichnet durch Pressepolemiken, während prominente Parteiführer der kommunistischen Welt in die Auseinandersetzung mit Jugoslawien noch nicht eingriffen. Aber schon zu dieser Zeit begann der Streit in den bereits angekündigten Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen

hinüberzugleiten. Die ungewöhnliche Art der Absage des Besuches von *Woroschilow* in Belgrad — man ließ die Gastgeber erst im letzten Augenblick das Nichterscheinen Woroschilows wissen — erregte bereits Aufsehen. Wenn auch zu jener Zeit noch nicht allzustark beachtet, war es ein weiteres Symptom, daß gleichzeitig mit der Absage die *Prawda* Tito der Mitschuld am ungarischen Aufstand bezichtigte⁷⁵.

Daß Tito seinen Polenbesuch absagte, der für den Beginn des Monats Juni vorgesehen war, war indes keine Gegenaktion. Vielmehr stand hinter dieser Absage die Absicht, die polnische Mittlerrolle innerhalb des Ostblocks nicht zu erschweren. In *Gomulka* sah man in Belgrad den wirkungsvollsten Bundesgenossen, dessen Position man nicht unnütz belasten wollte.

Inzwischen erreichte jedoch die Auseinandersetzung ihren Höhepunkt im wirtschaftlichen Bereich, als zuerst die routinemäßige Tagung einer jugoslawisch-sowjetischen Kommission für Warenhandel, die Mitte Mai hätte stattfinden sollen, von sowjetischer Seite abgesagt wurde. Im Zusammenhang mit der Drohung der *Prawda* deutete diese Tatsache erhebliche Komplikationen an. *Chruschtschows* Glückwunschtelegramm zu Marshall Titos Geburtstag, das über die protokollarischen Formulierungen hinausging und eine Ueberwindung der bestehenden Gegensätze empfahl, war nur ein kurzer Lichtblick⁷⁶. Am 27. Mai wurde Jugoslawien mitgeteilt, die Sowjetunion sehe sich gezwungen, vereinbarte Kredite für einige Jahre zu sperren. In der sowjetischen Note wurde dieser Schritt mit Entwicklungsnotwendigkeiten im eigenen Lande begründet. Folgende Neuregelung wurde vorgeschlagen: Kreditmittel in Höhe von 110 Millionen Dollar, die für den Bau einer Stickstoffdüngemittelfabrik, eines Kraftwerkes und den Ausbau von Bergwerken vorgesehen waren, sollten erst in der Zeit von 1962 bis 1969 zur Auszahlung gelangen⁷⁷; ein anderer Kredit in Höhe von 175 Millionen Dollar zum Bau eines Aluminiumkombinats wurde auf die Zeit 1963 bis 1969 verschoben⁷⁸.

Die Vordergründigkeit der nunmehr vorgeschobenen Motive entlarvte die sowjetische Note selbst, als Jugoslawien darin gleichzeitig der Vorschlag unterbreitet wurde, die Sowjetunion könnte mit dem Bau der vereinbarten industriellen Projekte sofort beginnen, wenn Belgrad sie auf dem Wege des laufenden Güteraustausches bezahlte. Das völkerrechtswidrige Vorgehen Moskaus löste in Jugoslawien eine ganze Reihe von Stellungnahmen aus⁷⁹, die sich alle darin einig waren, daß der sowjetische Schritt eine willkürliche Maßnahme darstelle, die den ideologischen Kampf unterstützen solle. In einer Note vom 3. Juni protestierte die jugoslawische Regierung in Moskau und Ost-Berlin gegen das sowjetisch-ostdeutsche Vorgehen⁸⁰.

An eine Wirtschaftsblockade im Stile von 1948 schien Moskau jedoch nicht zu denken, zumindest

enthielt das Communiqué des vom 20. bis zum 23. Mai in Moskau tagenden Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe dafür keine unmittelbaren Anhaltspunkte⁸¹.

Das persönliche Eingreifen Chruschtschows

Obwohl zu dieser Zeit die Auseinandersetzung den ideologischen Rahmen längst gesprengt hatte, blieb die Frage nach der Haltung Chruschtschows noch immer weitgehend ungeklärt. Als der sowjetische Parteichef seine Teilnahme am VII. Kongreß der KP Bulgariens zusagte, war es klar, daß dies der Anlaß zu einer persönlichen Stellungnahme sein würde. In dieser Hinsicht war der Tagungsort, das jugoslawienfeindliche Sofia, ein böses Omen. Chruschtschows Ausführungen enttäuschten das beifallfreudige Plenum nicht; sie zerstörten in Jugoslawien einige Hoffnungen, wenngleich die Frage, inwieweit Chruschtschows Äußerungen eine Konzession an „stalinistische Kräfte“ in Moskau und anderen Hauptstädten kommunistischer Länder waren, noch immer keine völlig eindeutige Beantwortung zuließ. Chruschtschow erhob den Revisionismus unter den gegenwärtigen Bedingungen zur Hauptgefahr des internationalen Kommunismus und präziserte den Vorwurf an die Belgrader Anschrift mit dem Hinweis, „besonders gefährlich für die revolutionäre Bewegung sind diejenigen, die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen, in Wirklichkeit aber, ob sie es wollen oder nicht, die Rolle von Agenten des Klassenfeindes in der Arbeiterbewegung spielen“.⁸² Jugoslawien wurde die Rolle des „trojanischen Pferdes der Kapitalisten“ zugesprochen, wofür es von ihnen Wirtschaftshilfe erhalte. Besonders bitter für Jugoslawien klangen die Worte von der „berechtigten Kritik“ der Kominform-Resolution im Munde eines Mannes, der diese Berechtigung noch 1955/56 geleugnet und Jugoslawien aus der Isolation gegenüber dem Ostblock durch seinen Canossagang nach Belgrad herausgeholt hatte.

Die Jugoslawen beschränkten sich vorerst darauf, in ihrer Presse von dem Parteikongreß der KP Bulgariens kaum Notiz zu nehmen und die Sowjetunion der Prinzipienlosigkeit zu bezichtigen, als Chruschtschow in einem Brief an Eisenhower vom 3. Juni den Vereinigten Staaten vorschlug, den Warenaustausch zu intensivieren und zu einem Kreditabkommen zu gelangen: damit tue die Sowjetunion genau das, was sie Jugoslawien vorwerfe⁸³.

Vielleicht hätte Tito auf Chruschtschows Angriffe nicht selbst geantwortet, wenn nicht die rotchinesische Presse ihren tagtäglichen Beschimpfungen⁸⁴ in der ersten Junihälfte die Krone aufgesetzt hätte, indem sie, gestützt auf Artikel und Kommentare amerikanischer Zeitungen, Tito „als Saboteur des sozialistischen Lagers“ und den „jugoslawischen Revisionismus als Produkt des Imperialismus“ bezeichnete⁸⁵, der „zerschmettert“ werden müsse.

Da die Versuche an Dichte zunahmen, einen Keil zwischen das jugoslawische Volk bzw. Parteivolk

und seine Führung zu treiben⁸⁶, benutzte Tito den Anlaß der 150-Jahr-Feier eines Bergwerkes in Istrien am 15. Juni, um vor 50 000 Arbeitern die Einigkeit zwischen der jugoslawischen Führung und Bevölkerung zu demonstrieren und auf Chruschtschows und die Pekinger Angriffe zu antworten. Als Ursachen des gegenwärtigen Konfliktes bezeichnete Tito die Nichtunterzeichnung der Moskauer Zwölfer-Deklaration vom November 1957 durch Jugoslawien und den Versuch Jugoslawiens, eine eigene, von beiden Militärblöcken unabhängige Außenpolitik zu betreiben⁸⁷. Wenn China gegen die jugoslawische Außenpolitik aufbegehre, so nehme es damit die „gleiche Position ein wie die reaktionärsten kriegshetzerischen Elemente im Westen“. Deutlich auf eine mangelnde Friedfertigkeit der chinesischen Politik anspielend, sagte er:

„Durch Krieg werden die verschiedenen Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus nicht gelöst — selbst wenn ein Land 600 Millionen Einwohner hat und bei einem eventuellen Kriege immer noch 300 Millionen Chinesen übrigbleiben würden, wie von einigen dieser Leute oft betont wird... Der Krieg ist der größte Feind der Menschheit und besonders des Sozialismus, und wir werfen ihn als Abrechnungsmittel zwischen den verschiedenen Gesellschaftsformen und -auffassungen der Völker.“

An die Adresse Chruschtschows gerichtet, charakterisierte Tito den Sofioter Kongreß als „bulgarisch-jugoslawischen Fraktionskongreß“ und äußerte sein Befremden darüber, daß Chruschtschow die chinesischen Standpunkte und die Kominform-Resolution billigte und sich außerdem über die Schärfe der antistalinistischen Äußerungen auf dem VII. Kongreß des BKJ gewundert habe, obwohl diese an Heftigkeit über die Vorwürfe nicht hinausgegangen seien, die bereits auf dem XX. Kongreß der KPdSU erhoben worden waren.

Die Rede Titos mußte zwei Tatsachen klar werden lassen:

1. Jugoslawien ist nicht gewillt, seine blocklose Außenpolitik aufzugeben. Jede Politik, die sich den Anschluß Jugoslawiens an einen der militärischen Blöcke zum Ziel setzt, muß unbedingt mit der Belgrader Politik kollidieren.
2. Versuche, die Eingliederung Jugoslawiens in einen der beiden Blöcke durch die Mobilisierung oppositioneller Kräfte in Jugoslawien zu betreiben, haben keine Aussicht auf Erfolg.

Die Isolierung Jugoslawiens

Es dauerte jedoch nur zwei Tage, bis ein neues Ereignis deutlich werden ließ, daß man nichts unversucht lassen würde, Zwietracht in die Reihen der jugoslawischen Kommunisten zu säen. Am 17. Juni wurde in Budapest verkündet, daß Imre Nagy, Pal Maleter und zwei weitere Revolutionsführer nach einem Geheimprozeß hingerichtet wurden. Daß Jugoslawien bei diesem Verfahren „mit auf der Anklagebank“ gesessen hatte, ließ schon

die offizielle Mitteilung des ungarischen Justizministeriums erkennen. Waren doch darin Formulierungen enthalten, daß die Gruppe um Imre Nagy dort Asyl gesucht habe, wo sie schon früher Unterstützung erhalten hatte, und daß diese Gruppe aus dem Gebäude der jugoslawischen Botschaft in Budapest Anweisungen für die Fortsetzung des bewaffneten Widerstandes gegeben habe⁸⁸. Diesen Tenor griffen eine ganze Reihe von Zeitungen verschiedener Ostblockländer auf, wobei die Bulgaren unter dem sinnigen Titel „Der feindlichen revisionistischen Clique ist der Kopf abgehackt“ unumwunden aussprachen, daß der Prozeß gegen Nagy gleichzeitig der Prozeß gegen Jugoslawien gewesen sei⁸⁹.

Belgrad antwortete auf die Hinrichtung Nagys mit einer Note an die ungarische Regierung⁹⁰, worin die oben erwähnten Aussagen als unwahr bezeichnet wurden. Gleichzeitig protestierte die jugoslawische Regierung gegen die Verletzung des Abkommens, auf Grund dessen Nagy das Asyl in der jugoslawischen Botschaft in Budapest aufgegeben hatte, weil ihm persönliche Freiheit und Sicherheit garantiert worden waren. Einen Monat später wies die ungarische Regierung den jugoslawischen Protest zurück, weil er eine Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ Ungarns darstelle. Im übrigen wurden die Beschuldigungen noch einmal wiederholt; daneben fehlte jedoch der Hinweis nicht, Ungarn wünsche auch weiterhin nicht nur ein Aufrechterhalten, sondern einen weiteren Ausbau der Beziehungen zu Jugoslawien⁹¹.

Daß man die Verurteilung Nagys und Maleters zum Anlaß nahm, kräftige Seitenhiebe auf die Jugoslawen zu führen, konnte nach allem, was vorangegangen war, in Belgrad kaum noch überraschen. Doch der in Budapest geführte Schlag war nicht gegen Belgrad allein gerichtet. Er war eine unmißverständliche Warnung auch für Gomulka, dessen Position gegenüber Moskau weit prekärer ist als die Titos. Polen hatte auf seiner reservierten Haltung im ideologischen Konflikt zwischen Moskau und Belgrad recht lange beharrt. Die polnische Presse hatte sehr vorsichtig laviert, der polnische Botschafter hatte sich an dem demonstrativen Auszug der Ostblock-Diplomaten aus dem Laibacher Kongreß nicht beteiligt, und Gomulka selbst hatte bei seinen Besuchen in Sofia, Budapest und Bukarest versucht, mäßigend zu wirken⁹². Die Hinrichtung Nagys muß in Polen als Schock gewirkt haben. Nachrichten aus Polen — die Gomulka später als westliche Propagandamanöver bezeichnete — wollten wissen, er sei über die Hinrichtungen entsetzt gewesen. Auffällig ist, daß die polnische Presse und auch offizielle Parteistellen sich jeden Kommentars zu dem Budapester Urteil enthielten. Gomulka mußte sich dem Druck Moskaus beugen⁹³. In einer Rede in Danzig am 28. Juni ließ er sich zu einer Verurteilung des „Revisionismus“ herbei, die zwar im Ton gemäßigt war, aber die

letzten, geringen Hoffnungen Belgrads auf eine vermittelnde Haltung Polens zerstörte.

Gomulka billigte den Jugoslawen zwar „ehrliche Bestrebungen zu, eine internationale Entspannung und eine Festigung der Friedenskräfte erreichen zu wollen“, betonte aber, Jugoslawien führe durch sein negatives Verhältnis zum sozialistischen Lager gerade eine Schwächung der „Friedenskräfte“ herbei⁹⁴; die jugoslawische Politik unterstütze damit indirekt den westlichen Imperialismus. Bezeichnend für seine Rede war, daß er den gegenwärtigen Konflikt mit Jugoslawien nicht mit dem von 1948 verglich; gegenwärtig treffe alle Schuld Jugoslawien, während dies 1948 nicht der Fall gewesen sei.

Am 2. Juli erschien in der *Borba* ein vierspaltiger Artikel mit der Überschrift „Unlogik“, der sich mit Gomulkas Rede auseinandersetzte. Einleitend wurde darauf hingewiesen, gegenwärtig werde auf immer mehr Persönlichkeiten der sozialistischen Länder und der internationalen Arbeiterbewegung ein Druck ausgeübt, gegen Jugoslawien Stellung zu beziehen. Diese Einleitung nahm der folgenden Polemik die Bestimmtheit und Schärfe und deutete an, daß Warschau nicht als ihr eigentlicher Adressat angesehen werde. Die *Borba* widersprach besonders Gomulkas These, die Situation sei heute eine andere als 1948. Die jugoslawischen Kommunisten ständen heute wie damals auf denselben Prinzipien; die Schuldfrage könne somit nicht differenziert werden. Man akzeptierte auch den Hinweis Gomulkas, ein sozialistisches Jugoslawien könne nicht existieren, wenn es das „sozialistische Lager“ nicht gäbe; daraus könne jedoch nicht die Folgerung gezogen werden, der Sozialismus müsse sich in einer bestimmten Form der Außenpolitik manifestieren. Den Vorwurf, Jugoslawien schwäche durch seine Außenpolitik das sozialistische Lager, wies der Artikel mit Bestimmtheit zurück, denn die Praxis der blockfreien Außenpolitik beweise das Gegenteil. Gäbe Jugoslawien diese Außenpolitik auf, würde dies nur zu einer Verschärfung der Weltspannungen führen.

Anzeichen für eine Abschwächung des Konflikts

Die Kampagne gegen Jugoslawien schien damit ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die Isolierung Jugoslawiens in der kommunistischen Welt war vollkommen, als aus Anlaß eines Treffens in Ost-Berlin vom 27. bis zum 29. Juni sich fünfzehn kommunistische Parteien, darunter alle Parteien der westeuropäischen Länder, im Zusammenhang mit dem Problem der Atombewaffnung der Bundeswehr gegen den jugoslawischen Revisionismus aussprachen⁹⁵. Damit waren auch die kommunistischen Parteien der westeuropäischen Staaten demonstrativ in die anti-jugoslawische Front eingereiht worden. Fast alle führenden Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung hatten Stellung bezogen.

Auf dem V. Parteitag der SED in Ost-Berlin (10. bis 16. Juli) wiederholten Ulbricht, Chruschtschow

und Kadar bereits vielfach erhobene Vorwürfe gegen Jugoslawien; aber es wurde deutlich, daß der Gipfel der Auseinandersetzung nun überschritten war. Chruschtschow betonte ausdrücklich, man solle Jugoslawien nicht mehr Aufmerksamkeit schenken, als es verdiene⁹⁶. Bei einem kurz darauf folgenden Besuch einer tschechoslowakischen Delegation unter Führung Novotnys in Moskau wurde zwar dem „Revisionismus“ der „unversöhnliche Kampf“ angesagt, Jugoslawien aber nicht mehr direkt erwähnt⁹⁷.

Daß der Konflikt im wirtschaftlichen Bereich nicht die Formen von 1948 annehmen sollte, deutete nicht nur die bereits erwähnte Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe an. In Warschau wurde am 7. Juli ein Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen Polen und Jugoslawien im Bereich der Wirtschaftsplanung unterzeichnet⁹⁸. Auch Rumänien erklärte sein Einverständnis, die Besprechungen mit Jugoslawien über den gemeinsamen Bau eines Kraftwerkes im Eisernen Tor (Donau) fortzusetzen und konkrete Schritte zur Verwirklichung des Projektes einzuleiten. Auch Moskau selbst ließ sich zu einer Geste herbei: Die *Prawda* veröffentlichte am 1. Juli eine Note an die jugoslawische Regierung vom 28. Juni, in der die Sowjetregierung die Aufnahme von Verhandlungen über eine Modifizierung des Kreditabkommens von 1956 vorschlug, das sie durch die Sperrung der Kredite am 27. Mai einseitig aufgehoben hatte⁹⁹.

Repressalien gegen Jugoslawien im wirtschaftlichen Bereich mußten unter einem besonderen Gesichtspunkt schädliche Folgen für die Sowjetunion befürchten lassen, nämlich im Hinblick auf die Reaktionen der Länder des afro-asiatischen Raumes. Unter diesem Aspekt erhielt der Besuch Nassers bei Tito im Juli aus Anlaß der 15-Jahr-Feier der Schlacht von Sutjeska ein besonderes Gewicht. Die Sowjetunion mußte sich klar darüber sein, welch moralisch-politisches Gewicht Tito und seine blockfreie Außenpolitik bei diesen Ländern besitzen. Eine allzu starke wirtschaftliche Bräskierung Jugoslawiens mußte

zwangsläufig die Glaubwürdigkeit der „Bedingungslosigkeit“ der sowjetischen Wirtschaftshilfe bei diesen Staaten mindern. Hier drohte Gefahr für die sowjetische Außenpolitik. Während der ideologische Konflikt zwischen dem Ostblock und Jugoslawien die afrikanisch-asiatische Welt nicht sonderlich berührte, mußte jedes Uebergreifen auf die wirtschaftlichen Beziehungen aufhören lassen. Die Begegnung Nasser—Tito diente den Jugoslawen nicht zuletzt dazu, die Isolierung Jugoslawiens nach einer Richtung zu durchbrechen, die auch für die sowjetische Außenpolitik von außerordentlicher Bedeutung ist: die blockfreien Staaten Afrikas und Asiens. Die sichtbar engen Bande zu Kairo und auch zu Neu-Delhi haben Belgrad in diesem Raum zu einem Faktor werden lassen, mit dem die sowjetische Außenpolitik unbedingt rechnen muß.

Inzwischen haben die Ereignisse im Mittleren Osten das Problem „Jugoslawien“ an Aktualität verlieren lassen. Die Gleichartigkeit des Vorgehens der Ostblockländer und Jugoslawiens im mittelöstlichen Konflikt — während der Osten von einer amerikanischen „Aggression“ sprach, verurteilte die jugoslawische Regierung die Landung amerikanischer Truppen im Libanon offen als eine „kriegerische Einmischung und Intervention“¹⁰⁰; die schnelle Anerkennung der republikanischen Regierung des Irak sah auch Belgrad in Aktionseinheit mit den übrigen kommunistischen Hauptstädten¹⁰¹; die Forderungen Moskaus nach einer baldigen Gipfelkonferenz wurden auch in Jugoslawien unterstützt, wenngleich Tito daneben seine eigenen Ziele verfolgte, nämlich eine Koordinierung der Neutralen¹⁰² — sowie der Empfang des sowjetischen Geschäftsträgers Brik in durch Ranković am Vorabend der Sondertagung der UN-Vollversammlung¹⁰³ und selbst das Kommuniqué des Treffens zwischen Chruschtschow und Mao Tse-tung, das Jugoslawien und den Kampf gegen den Revisionismus zwar erwähnte, aber nicht überbetonte, lassen darauf schließen, daß zumindest im zwischenstaatlichen Bereich der Graben vorerst kaum noch breiter werden wird, als er gegenwärtig schon ist.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. den Wortlaut der beiden Moskauer Dokumente in Europa-Archiv 23—24/1957, S. 10 364 ff.

²⁾ *Prawda*, 10. und 11. Dez. 1957 („Einheit und Zusammenschluß der Kommunistischen Parteien“).

³⁾ Ranković, Referat auf dem VI. Kongreß der KPJ; in: *Komunist* (Belgrad), Nr. 5—6/1952, S. 94.

⁴⁾ Vgl. Geršković, „Entwicklung und Aufbau der Volksausschüsse als Organe der Selbstverwaltung in Jugoslawien“ in Europa-Archiv 22—23/1952, S. 5337 ff.; Schultz, „Die verfassungsrechtliche Entwicklung Jugoslawiens“ in Europa-Archiv 14—15/1953, S. 5843 ff.; Djordjević, „Die Bedeutung des neuen jugoslawischen Verfassungsgesetzes“, ebenda, S. 5851 ff.

⁵⁾ Statut des BKJ, § 18, in: *Komunist*, Nr. 5—6/1952, S. 156—167.

⁶⁾ Ranković, ebenda, S. 98.

⁷⁾ „Materialien zum III. Plenum des ZK BKJ“ in: *Borba* vom 18., 19. und 20. Januar 1954. „Materialien zum IV. Plenum des ZK BKJ“ in: *Borba* vom 30. und 31. März 1954;

außerdem in *Naša stvarnost* (Belgrad), 4/54. Das II. Plenum tagte hinter verschlossenen Türen; Veröffentlichungen liegen nicht vor.

⁸⁾ „Program Saveza komunista Jugoslavije“ (Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens), Belgrad 1958. Es handelt sich bei dieser Quelle um die endgültige Fassung des Programms. Ueber Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vgl. S. 10 982 und 10 985.

⁹⁾ Ebenda, S. 25.

¹⁰⁾ Ebenda, S. 31.

¹¹⁾ Ebenda, S. 32.

¹²⁾ Ebenda, S. 33.

¹³⁾ Ebenda, S. 35.

¹⁴⁾ Ebenda, S. 36.

¹⁵⁾ Ebenda, S. 37.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 39.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 48.

- 18) Ebenda, S. 49–54.
- 19) Ebenda, S. 54.
- 20) Ebenda, S. 55.
- 21) Ebenda, S. 67.
- 22) Ebenda, S. 69.
- 23) Ebenda, S. 69/70.
- 24) Vgl. den Artikel in *Kommunist* (Moskau), dessen Inhalt auf S. 10 984 wiedergegeben ist.
- 25) Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, a. a. O., S. 82.
- 26) Ebenda, S. 120.
- 27) Ebenda, S. 122/123.
- 28) Ebenda, S. 136.
- 29) Ebenda, S. 144.
- 30) Ebenda, S. 169.
- 31) Ebenda, S. 187.
- 32) „Arbeitskollektive“ sind die Betriebsbelegschaften als Organe im System der betrieblichen Selbstverwaltung; sie nehmen in Form von zusätzlichen Löhnen, einer Art Gewinnbeteiligung, an den Gewinnen der Betriebe teil.
- 33) Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, a. a. O., S. 235–239.
- 34) Ebenda, S. 245.
- 35) Ebenda, S. 234.
- 36) Ebenda, S. 259.
- 37) Während des „polnischen Oktobers“ prägte man in Polen den bezeichnenden Begriff „dretwa mowa“ (starr-stumpfe Sprache), womit man über die Form der Sprache hinaus auch die Unaufrichtigkeit des Sprachinhalts der „Voroktoberepoche“ in Polen geißelte.
- 38) Kardelj, Referat auf dem VII. Kongreß, in: *Borba*, 25. 4. 1958.
- 39) Kardelj, ebenda.
- 40) *Kommunist* (Moskau), Nr. 6/1958; deutsch in: *Ostprobleme* (Bad Godesberg), Nr. 12/1958.
- 41) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 23. 4. 1958.
- 42) *Trybuna Ludu*, 23. 4. 1958.
- 43) *Nepszabadsag*, 26. 4. 1958.
- 44) *Dziennik ludowy*, 28. 4. 1958.
- 45) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 28. 4. 1958.
- 46) *Borba*, 16. April 1958.
- 47) Vgl. die Ausführungen auf S. 10 982.
- 47a) Aus dem verfügbaren Material ist nicht zu ersehen, wie dieser Vorgang im einzelnen ablief. Datiert ist der sowjetische Brief vom 5. 4.; der jugoslawischen Öffentlichkeit wurde der Inhalt am 20. 4. mitgeteilt, woraus nicht ersichtlich wird, ob das Schreiben in der Zwischenzeit in Belgrader oder Moskauer Schränken gelegen hatte. Jedenfalls dürfte der Moskauer *Kommunist*-Artikel bereits mit der Absage koordiniert gewesen sein.
- 48) „Vom VII. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens“ in: *Internationale Politik* (Belgrad), 9. Jahrg., Nr. 194, S. 15.
- 49) *Borba*, 23. 4. 1958.
- 50) Vgl. Anmerkung 48.
- 51) Tito sagte dazu wörtlich: „Man dachte (in der stalinistischen Periode), Sozialismus sei ein Importartikel, der sich schablonenhaft nach einem Beispiel entwickeln ließe...“; *Borba*, 23. 4. 1958.
- 52) *Borba*, 23. 4. 1958.
- 53) Ebenda.
- 54) Ebenda.
- 55) Ranković gab dabei die Mitgliederzahl des BKJ für Ende 1957 mit 755 066 an (dazu einige Vergleichszahlen: 1945: 140 000; 1947: 400 000; 1952: 770 634; 1953: 700 030; 1955: 624 806).
- 56) Zitiert nach *Borba*, 24. 4. 1958.
- 57) *Borba*, 27. 4. 1958.
- 58) Ebenda.
- 59) *Zeri i Popullit*, 4. 5. 1958.
- 60) *Shenminshibao*, 5. 5. 1958 (nach *Borba* vom 10. 5. 1958).
- 61) In der zweiten Kominform-Resolution wurden die Führer der KPJ u. a. beschuldigt, amerikanische Agenten zu sein.
- 62) *Komunist* (Belgrad), Nr. 54/1958.
- 63) *Borba*, 10. 5. 1958.
- 64) Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus“.
- 65) *Prawda*, 6. 5. 1958.
- 66) *Borba*, 23. 4. 1958.
- 67) Zitiert nach: *Borba*, 17. 5. 1958.
- 68) *Rude Pravo*, 8. 5. 1958.
- 69) *Neues Deutschland*, 10. 5. 1958.
- 70) *Rabotničesko Delo*, 15. 5. 1958.
- 71) *Scinteia*, 18. und 20. 5. 1958.
- 72) *Nepszabadsag*, 21. 5. 1958.
- 73) *Trybuna Ludu*, 10. 5. 1958.
- 74) *Trybuna Ludu*, 14. 5. 1958.
- 75) *Prawda*, 11. 5. 1958.
- 76) *Borba*, 26. 5. 1958.
- 77) Kreditvertrag zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien vom 12. 1. 1956.
- 78) Kreditvertrag zwischen Jugoslawien einerseits und der Sowjetunion und der DDR andererseits vom 1. 8. 1956; die zeitliche Verschiebung der in diesem Vertrag zugesagten Kreditmittel durch die Sowjetunion erfolgte unter ausdrücklicher Uebereinstimmung mit der Regierung der DDR.
- 79) *Borba*, 1. 6. 1958; *Ekonomika politika* (Belgrad), 31. 5. 1958; *Internationale Politik* (Belgrad), Nr. 197.
- 80) *Borba*, 4. 6. 1958.
- 81) Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 12/1958, S. 10 836.
- 82) *Rabotničesko Delo*, 5. 6. 1958.
- 83) Pressekonferenz vom 6. 6. 1958, nach: *Borba* vom 7. 6. 1958.
- 84) Der Chinakorrespondent der *Borba* berichtete in einem am 15. Juni veröffentlichten Artikel, daß in der Zeit vom 10. bis zum 24. Mai in den führenden chinesischen Blättern tagtäglich antijugoslawische Beiträge einen bedeutenden Raum einnahmen. Bereits am 12. Mai wurden die ersten Angriffe von *Shenminshibao*, *Prawda* und *Rude Pravo* in einer Sonderbroschüre unter dem Titel „Gegen den Revisionismus“ herausgegeben.
- 85) *Shenminshibao*, 4. 6. 1958. *Rotes Banner* vom 1. 6. und 15. 6. 1958 (nach: *Borba*).
- 86) Auf einer Pressekonferenz am 13. 6. 1958 gab ein jugoslawischer Regierungssprecher bekannt, daß Ende Mai/Anfang Juni eine Gruppe von zehn Jugoslawen nach Albanien geflohen war und außerdem einige Verhaftungen von Kominform-Anhängern vorgenommen worden waren, die jedoch meist schon wieder in Freiheit gesetzt wurden. (*Borba* vom 14. 6. 1958.) Auf ernste innenpolitische Schwierigkeiten ließen diese Tatsachen jedoch nicht schließen.
- 87) Alle Zitate nach: *Borba* vom 16. 6. 1958.
- 88) Nach: *Borba* vom 24. 6. 1958.
- 89) *Rabotničesko Delo*, 18. 6. 1958; ähnliche Angriffe erhielten *Rude Pravo* und *Shenminshibao*, Peking.
- 90) Vollständiger Text der jugoslawischen Note in: *Borba*, 24. 6. 1958.
- 91) Note der ungarischen Regierung vom 22. 7. 1958.
- 92) Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation in Sofia (5. bis 8. Mai), in Budapest (9. bis 12. Mai) und Bukarest (12. bis 15. Mai).
- 93) Näheres hierzu vgl. im nachfolgenden Beitrag S. 11 016.
- 94) *Trybuna Ludu*, 29. 5. 1958.
- 95) *Neues Deutschland*, 4. 7. 1958.
- 96) *Neues Deutschland*, 12. 7. 1958.
- 97) *Prawda*, 13. 7. 1958.
- 98) *Borba*, 8. 7. 1958.
- 99) *Prawda*, 1. 7. 1958.
- 100) Erklärung der Regierung der FVRJ vom 15. 7. 1958; nach: *Borba* vom 16. 7. 1958.
- 101) Die Republik Irak wurde bereits am 16. 7. von Jugoslawien anerkannt.
- 102) Schon am 15. 7. wandte sich Tito in einem Telegramm, dessen Inhalt die Situation im Nahen Osten betraf, an Premierminister Nehru.
- 103) *Borba*, 12. 8. 1958.

Polens „eigener Weg zum Sozialismus“

Von Dr. Georg W. Strobel, Kiel

Innenpolitik

Grundzüge der öffentlichen Meinung und Ordnung (Oktober 1956 - Juni 1958)

Bei einer Bewertung der „Oktoberrevolution 1956“ und der schon vor ihr eingeleiteten Liberalisierung in Polen erkennt man das große Geschick *Gomułkas* als politischem Taktiker, der sich, vom Volke anfänglich jubelnd begrüßt, an die Spitze einer Bewegung der Unzufriedenheit mit dem kommunistischen System setzte und sie zwischen der Scylla politisch weitgesteckter und sowjet- sowie kommunistenfeindlicher Forderungen der Bevölkerung und der Charybdis der ihm von Moskau zugestandenen, mit Mißtrauen beargwöhnten und oftmals angegriffenen Freiheiten in die Bahn einer langsamen, seit Mitte 1957 sich verschärfenden kommunistischen Evolution zu lenken verstand. Er verabscheute dabei jeden Radikalismus und jede Abruptheit, um keinerlei Komplikationen nach irgendwelcher Seite hin heraufzubeschwören; daher suchte er Unterstützung bei der Kirche und — durch seine agrarpolitischen Reformen — in der Bauernschaft. Seine Haltung war zu dieser Zeit nach allen Seiten maßvoll, vermittelnd und kompromißbereit, da es die Lage erforderte, und erst später, als seine Warnungen und Aufforderungen nicht beachtet wurden, schränkte er überall dort die gewährten Freiheiten ein, wo sie zu einer antikommunistischen Entladung hätten führen können. So blieb zwar die von breiten Kreisen erhoffte ideologisch-politische Erneuerung bzw. Umorientierung weitgehend aus, was in steigendem Maße eine spürbare Enttäuschung und politische Apathie in der Bevölkerung hervorrief, aber die Freiheit der Person und die Selbständigkeit der Partei wurden gegenüber der stalinistischen Periode beträchtlich gefestigt, und die Souveränität des polnischen Staates, der im Modell des „polnischen Weges zum Sozialismus“ in richtiger Bewertung der polnischen Mentalität eine hervorragende Bedeutung eingeräumt wird¹, wurde eher ausgebaut als preisgegeben. Dabei handelte *Gomułka* stets folgerichtig nach seinen Worten vor dem VIII. ZK-Plenum im Oktober 1956:

„Die Demokratisierung ist der einzige Weg zur Errichtung des in unseren Verhältnissen besten Modells des Sozialismus. Wir werden diesen Weg nicht verlassen und uns mit allen Kräften dagegen wehren, von diesem Wege gestoßen zu werden. Aber wir werden auch niemandem erlauben, den Demokratisierungsprozeß gegen den Sozialismus auszunutzen².“

Es wurde von *Gomułka* gar nicht vorgesehen, die marxistische Basis und damit auch die „Diktatur

des Proletariats“ aufzugeben; es sollten nur Reformen in der Art dieser Diktatur vorgenommen werden. Die Entwicklung verlief, wollte man sie auf dieser Grundlage charakterisieren, von einer Diktatur des Proletariats mittels bürokratischer Zwangsmaßnahmen zur Diktatur des Proletariats mittels demokratischer Weisungs- und Ueberzeugungsbemühungen; der Unterschied ist jedoch nur graduell und nicht konzeptionell.

Die Umgestaltungen gingen auf zwei voneinander getrennten Bahnen vor sich: in der Staatspolitik und in der Wirtschaftspolitik. Doch erst ihr Zusammenklang zeigt die effektiven Auswirkungen der *Gomułka*-Politik, die auf wirtschaftlichem Gebiet oftmals umwälzender und einschneidender als auf innenpolitischem waren.

Antikommunismus

Die mit dem Oktober 1956 einsetzenden Umgestaltungen waren von einer Reihe von Erscheinungen begleitet, die *Gomułka* sehr hinderten und störten; ihre Bewertung muß von der Erkenntnis getragen sein — die in der Begeisterung um die Oktoberumwälzungen nicht wahrgenommen werden wollte —, daß *Gomułka* im Vergleich zur Sowjetunion „Kommunist mit gleichen Zielen und nur einem anderen, eigenen Weg ist, dem nationalen polnischen Weg, der dem Kommunismus in Polen — wie schon immer in der Geschichte — mehr Einfluß und mehr Erfolg bringen soll“³. Die Interessen eines Teils des polnischen Volkes und *Gomułkas* standen also einander entgegen, und die Begeisterung um seine Person ist nur den Hoffnungen, die sich an ihn knüpfen, wie auch seinem Ruf eines „antisowjetischen und nationalen Märtyrers“ zu verdanken.

So breiteten sich in Polen antisowjetische und nationalistische Stimmungen aus, und häufig wurden Forderungen erhoben, die sowjetischen Truppen sollten Polen, das aus dem Warschauer Pakt auszutreten habe, verlassen. Auch die Auflösung bzw. Umgestaltung der kommunistischen Partei und ihrer Organisationen sowie die Neugründung oppositioneller Parteien, darunter einer Polnischen Katholischen Partei, wurden verlangt. Die bis in die ersten Monate 1957 besonders starken antisowjetischen und nationalistischen Tendenzen sind noch nach über einem Jahr vorhanden. Sie stabilisierten sich sogar so weit, daß im Laufe des Jahres 1957 stellenweise

illegale antikommunistische Gruppen gegründet wurden⁴. Alle solche Erscheinungen, auf welchem Gebiete sie auch auftauchten, diskriminierten und schädigten Gomulka's Bemühungen um eine Festigung seiner Stellung im Ostblock und mußten daher Gegenmaßnahmen trotz aller sonstigen Liberalisierungsbereitschaft erwarten lassen. Die erste Periode bis Anfang 1957 kann daher auch als eine Zeit größter innen- und außenpolitischer Labilität des Gomulka-Regimes bezeichnet werden.

Auf diesem Hintergrunde ist auch die Erregung zu betrachten, die Polen während des Ungarn-Aufstandes ergriffen hatte. Die Presseberichte über den Aufstand waren schonungslos und objektiv, wiesen aber immer wieder darauf hin, daß ein ähnliches Schicksal Polen nur dank der politischen Besonnenheit der Bevölkerung und dem realpolitisch klugen Verhalten Gomulka's, der immer wieder die Bevölkerung eindringlich zur Ruhe und Ordnung ermahnte und daneben geschickt mit der Sowjetunion verhandelte, erspart geblieben ist. Die nach der Niederschlagung des anfänglich auch offiziell als linientreu bezeichneten Ungarn-Aufstandes durch sowjetische Truppen angestaute Erregung entlud sich trotzdem im Dezember 1956 und Januar 1957 in einigen antisowjetischen Demonstrationen. In Stettin und Bromberg sowie in einigen kleineren Städten kam es zu Ausschreitungen, die ein Eingreifen der Polizei erforderten. Der hierdurch gereizte Halbstarkenpöbel — denn darum handelte es sich vorwiegend — griff die in dieser Zeit sehr zurückhaltende und vorsichtige Miliz an, so daß es zu turbulenten Vorfällen kam. In Stettin beschädigte er das sowjetische Konsulat, und nur mit großer Mühe wurde durch die Miliz sein Eindringen in das Konsulatsgebäude verhindert.

Alle diese Vorfälle auf den verschiedensten Gebieten des innenpolitischen Lebens veranlaßten noch Ende 1956 die Parteizeitung *Trybuna Ludu*, zu warnen, man solle „Vorsicht bei Feuer“⁵ walten lassen, und den Bischof M. Klepacz bewogen sie, in einem Hirtenbrief zu Ruhe und Besonnenheit aufzurufen⁶.

Dogmatisch-konservativer Anti-Gomulkismus

Das Regime hat sich jedoch nicht nur mit ideologischen Gegnern, sondern auch mit angeblichen Freunden auseinanderzusetzen, die die Ansicht vertreten, daß es sich bei dem „polnischen Weg zum Sozialismus“ um eine ideologische Abweichung handele. Wenn auch diese Kontroversen meist in Parteikreisen ausgetragen wurden, wo die Anhänger dieser konservativ-dogmatischen Richtung im Gegensatz zu den Rechtsoppositionellen in der Führung einen starken Rückhalt besaßen, so wurden sie doch auch in den außerparteilichen Bereich hineingetragen, und zwar durch die „Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft“, deren Funktionäre in Vorträgen und

Veröffentlichungen die Richtigkeit der Gomulka-Politik und seine Sowjetfreundlichkeit anzweifeln. Ende 1957 wurde bereits befürchtet, daß „man aus der Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft einen Hort sektiererischer, dogmatischer und antiparteilicher Tätigkeit“ bilden wolle, der „nicht geduldet werden darf“.⁷ Anfang März 1958 wurde der besondere Förderer dieser Gesellschaft und ihrer jetzigen Rolle, M. Matuszewski, aus dem ZK der PZPR ausgeschlossen. Trotzdem wurden Ende Juni 1958 Abmachungen zwischen den beiden Gesellschaften in Polen und der Sowjetunion, die auch von der Regierung akzeptiert wurden und einen Ausbau der Tätigkeit dieser Gesellschaft vorsehen, in Warschau auf Anregung der Sowjetunion getroffen⁸. Die Parteiführung und die Regierung warteten unermüdlich, die Bevölkerung solle Ruhe und Ordnung bewahren und durch einsichtiges Handeln den Gang der Liberalisierung erleichtern. Gomulka führte aus, daß man von der Bevölkerung nicht mehr verlange als „vor allem große politische Vernunft“. Daneben sei soziale Disziplin und Ehrfurcht vor den Maßnahmen der Regierung nötig, vor allem aber eine Absage an die politischen Gegner und Aufwiegler⁹.

Trotzdem verschwanden alle diese rechten und linken Tendenzen und Strömungen bis heute nicht. Seit Mitte 1957 wurden sie daher als der polnischen Entwicklung gefährlich auf allen Gebieten des innenpolitischen Lebens besonders aufs Korn genommen, nachdem Gomulka schon während des IX. Plenums des ZK der PZPR (15.—18. Mai 1957) zu ihrer verstärkten Bekämpfung aufgerufen hatte. Dies bedeutete aber gleichzeitig eine ideologische Verhärtung und offenbarte, daß „die auf dem VIII. Plenum des ZK aufgestellte politische Linie nicht reibungslos realisiert werden konnte“. So wurden auf allen Gebieten „bei der Realisierung dieser Linie Zickzackwege und oftmals sogar Rückschritte gemacht, dann aber auch wiederum Sprünge vorwärts“.¹⁰ Gerade diese Rückschritte und Zickzackwege wurden von den Regimegegnern in Polen, die nach den Oktoberereignissen entweder grundlegende politische Umwälzungen während einer sogenannten „zweiten Etappe“ oder eine Rückkehr zum Stalinismus erwarteten, als eine Abkehr von den Grundsätzen der Oktoberreformen bezeichnet, ohne Verständnis dafür, daß bei den inneren Auseinandersetzungen im Kreml und im Ostblock die eigene Stellung und der „eigene polnische Weg zum Sozialismus“ nur auf diese Weise gesichert werden konnten. Diese negative Meinung, die auch im Westen häufig vertreten wird, ist nur als eine Funktion der an den Oktoberumschwung subjektiv geknüpften Erwartungen, die nach beiden Seiten hin sehr weitgespannt waren, zu verstehen. Realpolitisch betrachtet, waren gerade diese Maßnahmen „entscheidend für das Los der polnischen

Nation und den Frieden des Volkes“.¹¹ Sie verhinderten eine Wiederholung der ungarischen Tragödie in Polen und eine Wiedereinführung des Stalinismus.

Jugoslawien als Vorbild

Sowohl in der Staatspolitik wie auch ganz besonders in der Wirtschaftspolitik orientierte man sich allgemein an den Erfahrungen des jugoslawischen Systems. In der gesamten Presse wurden bis Ende 1957 Abhandlungen über einzelne Probleme und ihre Behandlung in Jugoslawien abgedruckt, und viele der getroffenen Entscheidungen trugen Kennzeichen ihrer jugoslawischen Vorbilder. Besonders ausgeprägt konnte dies in der ersten Zeit der Gomulka-Phase beobachtet werden; später ebte es beträchtlich ab, um mit Ende 1957 nahezu gänzlich zu verschwinden. Trotzdem sollte man diese Einflußnahme auch in ihrem Höhepunkt nicht überbewerten; sie scheint geringer zu sein, als allgemein angenommen wird.

Bereits Anfang November 1956 betonte der Schriftsteller J. Putrament, daß „man einen Fehler begeht, wenn man die Vorgänge in Polen einfach als eine Kopierung des jugoslawischen Beispiels bezeichnet“¹², und selbst in der Zeit einer gewissen Uebereinstimmung zwischen Jugoslawien und dem Ostblock, da man also eine solche Befruchtung nicht hätte unbedingt abzuleugnen brauchen, betonte der Sekretär des ZK des Verbandes der sozialistischen Jugend (ZMS), M. Renke, daß man zwar Erfahrungen der jugoslawischen Genossen auszuwerten geneigt sei, daß man sie jedoch wegen der verschiedenen spezifischen Verhältnisse nicht schematisch übernehmen wolle¹³. Allein die Institution der Arbeiterräte ist direkt dem jugoslawischen Vorbild entlehnt.

Westorientierung

Nach der langjährigen Ostorientierung öffnete die Liberalisierung Polens Fenster und Türen dem Westen, und Polen zeigte und zeigt sich immer noch bereit, nicht nur modernes westliches Wesen nachzuziehen, sondern auch vom Westen zu lernen.

Besondere Nachfrage setzte seit Ende 1956 nach westlichen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern ein, wobei die großen westlichen Nachrichtenblätter besonders bevorzugt werden. Seitdem am 1. Juni 1957 die ersten 2000 Exemplare der *New York Herald Tribune* nach Polen geliefert wurden, kann man in Warschau alle großen Zeitungen der westlichen Welt ungehindert einsehen und auch kaufen. Gegenwärtig sind an ausländischen Periodica in Polen 9125 Titel erhältlich, davon 233 Tageszeitungen und 8892 Zeitschriften; sie stammen aus 50 verschiedenen Ländern¹⁴. Bei Büchern werden neben technischen Lehrbüchern — vorwiegend deutschen — auch gern westliche Unterhaltungsromane gelesen, wobei man den modernen französischen und amerikanischen Schriftstellern den Vorzug gibt; ausländische Fachbücher,

darunter ebenfalls deutsche, werden ins Polnische übersetzt. Bei Berücksichtigung der wegen großer Zahlungsbilanzschwierigkeiten erheblichen Importbeschränkungen ist der Buchimport ein untrüglicher Gradmesser dieser Art des Interesses am Westen. 1957 wurden bei einem gesamten Buchimportwert von 2,9 Millionen US-Dollar für 1,2 Millionen US-Dollar Bücher aus dem Westen bezogen; damit wurde der Wert der Buchimporte aus dem Westen im Vergleich zu 1956 um 0,5 Millionen US-Dollar erhöht. 1958 rechnet man mit einem Buchimport aus dem Westen von 1,7 Millionen US-Dollar, wobei die Buchimporte aus dem Osten, die nur 1,2 Millionen US-Dollar ausmachen sollen, erstmals überrundet würden¹⁵.

Ein gleich großes Interesse ist für westliche Filme festzustellen¹⁶. Auch in der Musik ist der westliche Einfluß mächtig geworden, und die Mode unterliegt ebenfalls starken Westeinflüssen, vornehmlich aus Paris.

Gleichzeitig stieg das Verlangen, mit dem Westen unmittelbaren Kontakt zu erhalten und zu pflegen. Die Korrespondenzwünsche der Jugendlichen richten sich vornehmlich nach dem Westen, wobei durchweg unpolitische Themen genannt werden¹⁷. In nahezu jeder größeren Stadt sind Fremdsprachenschulen entstanden, in denen westliche Sprachen genauso bevorzugt werden wie in allgemeinbildenden Schulen. Die Reisen zu Verwandten in westliche Länder, dabei aber auch die Zahl der im Westen Gebliebenen nahmen so sehr zu, daß Einschränkungen durch empfindliche Erhöhung der Paßgebühren für nötig erachtet wurden.

Daneben begannen in Polen seit Anfang 1957 Kultur- und Freundschaftsgesellschaften zu vielen westlichen Ländern zu entstehen, die ebenfalls zu einer Vertiefung der Kenntnisse über den Westen führen; die „Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft“ verlor dagegen wegen ihrer prosowjetischen Propaganda die meisten ihrer Mitglieder. Die neu entstehenden Gesellschaften übernahmen auch immer offensichtlicher die Rolle der Diskussionsklubs, denen 1956 nicht unwesentliche Verdienste um die Oktoberumwälzung zufließen und die besonders in der Provinz noch bis Mitte 1957 gegen teilweise starke Widerstände der unteren Parteibehörden die Gomulka-Linie vertraten, dann jedoch immer stärker durch überspannte, die allgemeine Lage und die politische Regierungslinie überfordernde Wünsche sich selbst in ihrer politischen Bedeutung desavouierten. Ihrer selbstgewählten neuen Aufgabe, die Intelligenz zu sammeln, waren sie wegen zu geringer Aktivität nicht gewachsen, so daß sie ihre Tätigkeit bis Ende 1957 weitgehend einstellten.

Die allgemeine Aufgeschlossenheit für den Westen führte aber auch zur Uebernahme weniger positiver Gewohnheiten. Ein Fußballtoto wie auch ein zentrales und mehrere regionale Zahlenlotos wurden

vom Staate aufgebaut bzw. übernommen und trotz moralischer Bedenken seit Mitte 1957 durch Gesetzgebung und eine reißerische staatliche Reklame wegen der ihnen zugedachten wirtschaftspolitischen Aufgabe der Kaufkraftabschöpfung forciert¹⁸. Auch Schönheitskonkurrenzen, die seit 1956 in allen größeren Städten und Badeorten abgehalten werden, und eine früher nicht erlaubte öffentliche Bewunderung des weiblichen Körpers, beispielsweise in Umfragen nach den weiblichen Durchschnittskörpermaßen¹⁹, wurden aus dem Westen importiert, wie überhaupt durch die Lockerung der Moral in Polen dem „Sex“ ein sehr breiter Platz im öffentlichen Leben eingeräumt

wurde. Eine bedeutende Rolle spielt dabei die Bestrebung vieler Jugendlicher beiderlei Geschlechts, nicht nur durch Kleidung, sondern auch durch ihr Verhalten in den hochgeschätzten Ruf bohemienartigen Existentialismus zu kommen. Die Parteiführung ist von dieser Entwicklung wenig angetan. M. Naszkowski schrieb in der parteitheoretischen Zeitschrift *Nowe drogi*, daß im Kampf „um die Seelen der Jugend“ die Partei und Regierung „mit der passiven Haltung gegenüber dem kulturellen Gift und Plunder Schluß machen muß“.²⁰ Diese „billige Unterhaltung“ habe aufzuhören. Im praktischen Leben änderte sich jedoch kaum etwas.

Rechtsentwicklung und Kriminalität

Trotz der „linken“ und „rechten“ Anfechtungen trat eine einschneidende Liberalisierung des öffentlichen Lebens und eine bemerkenswerte Stärkung der Rechtsstaatlichkeit ein. Die Abkehr von den Polizeimethoden der stalinistischen Epoche wurde durch die Auflösung des Staatssicherheitsministeriums und seines Nachfolgers, des bereits weitgehend in seinen Befugnissen beschnittenen Staatssicherheitskomitees, am 13. 11. 1956 unterstrichen und allseits mit Genugtuung begrüßt. Die Uebernahme eines Teils der Aufgaben durch das Innenministerium und die Uebergabe aller Untersuchungs- und Fahndungsaufgaben an die Staatsanwaltschaft bürgte der Bevölkerung für eine Liquidierung des bisherigen Zustandes der Rechtlosigkeit. Von da an beschäftigen sich die Staatssicherheitsorgane nur noch mit Spionage- und Terrorabwehraufgaben. Bis Ende November 1956 wurden dann auch die bisherigen sowjetischen „Berater“ dieser Institution abgelöst. Die folgenden Monate bestätigten vollauf das Versprechen des Innenministers W. Wicha, daß „die Staatssicherheitsorgane in das Privatleben der Bürger oder in die politischen Diskussionen, die gegenwärtig ausgetragen werden, nicht eingreifen werden“.²¹ Dies wird auch durch systematische Kontrollen seitens der Partei- und Gerichtsbehörden gewährleistet. 25 bis 30 vH des früheren Beamtenbestandes des Staatssicherheitsapparates wurden entlassen. Trotzdem zählte er Ende 1957 immer noch rund 21 000 Beamte, davon 18 000 außerhalb der Warschauer Zentrale in den der Miliz aller gebietlichen Organisationen beigegebenen selbständigen Einheiten.

Die Verantwortlichen für den bisherigen Staatssicherheitsapparat wurden durch eine ZK-Partei-kommission und deren besonders gebildete Kommissionen ermittelt und den Gerichten zugeführt. Noch 1957 wurden die früheren hohen Beamten im Staatssicherheitsministerium Romkowski, Rózański und Fejgin zu empfindlichen Zuchthausstrafen verurteilt. St. Radkiewicz, der Minister für Staatssicherheit, und J. Berman, der zuständige ZK-Abteilungsleiter, die beide während des VIII. Plenums wegen der Ueber-

griffe des Staatssicherheitsdienstes scharf angegriffen worden waren, wurden jedoch nicht vor Gericht gestellt. Gomulka begründete dies damit, daß „diese Menschen nur eine politische Verantwortung für verschiedene Ungerechtigkeiten tragen, und deswegen wurden gegen sie nur politische Konsequenzen gezogen“.²² Mit Hinweisen auf die Wünsche der Regimegegner, „alle Kommunisten auf die Anklagebank zu bringen“, lehnte er eine Strafverfolgung ab.²³

Die größten Ungerechtigkeiten der vergangenen Epoche wurden auf eigene Initiative der Gerichte durch Rehabilitierungsverfahren beseitigt, so daß viele der oppositionellen und offen feindlichen Politiker und Militärs schon Ende 1956 die Gefängnisse verlassen durften. Viele von ihnen betätigten sich wieder leitend in der Politik — darunter mehrere der engsten Gefolgsleute Gomulkas —, veröffentlichten ihre Ansichten und unterliegen keinerlei Beschränkungen. Bis zum Mai 1957 wurden von 6100 bearbeiteten Rehabilitierungsgesuchen 4400 entschieden. In 600 Fällen wurden Freisprechungen vorgeschlagen und in 300 Fällen neue Untersuchungen eingeleitet; in 1000 Fällen wurden Strafermäßigungen vorgeschlagen, und nur 2500 Gesuche lehnte man ab.²⁴ Eine Rehabilitierung eigenen Zuschnitts erkannte „auf Wunsch der Bevölkerung“ der Stadt Stalinogród wieder ihren ursprünglichen Namen Katowitz zu, den sie bis 1953 getragen hatte.

Zu den Rehabilitierungen von noch lebenden Personen kamen weitere Rehabilitierungen von Parteifunktionären, die Ende der dreißiger Jahre „durch Provokation“ in der Sowjetunion im Zuge der Säuberungsprozesse ums Leben gekommen sind, wie beispielsweise E. Sewer-Próchniak und J. Jurowski-Unszlicht. Auch Arbeiten von Männern, die bisher auf dem Index gestanden haben, wie beispielsweise von Karl Radek, wurden wieder abgedruckt. So erfaßten die Rehabilitierungen wirkliche und vermeintliche Gegner des Stalinismus und Kommunismus und schufen den Boden für den wiedererstehenden Glauben an Recht und Gesetz, das allen zuzukommen

habe, auch den freiheitlichen Organisationen. Es wurde jedoch abgelehnt, auch die Ideologie dieser Organisationen, wie der nationalen Widerstandsbewegung (AK), zu rehabilitieren²⁵. Trotzdem wurden die Waffentaten dieser Organisation und der von ihr getragene Warschauer Aufstand von 1944 in vielen Veröffentlichungen abgehandelt, häufig sehr positiv, und in Feierstunden geehrt. Auch die Waffentaten der polnischen Armee, die im Westen auf Seiten der Alliierten kämpfte, fanden Eingang in die Presse und damit ihre Rehabilitierung. Ihre Soldaten und Offiziere durften wieder unbehindert Kombattantenorganisationen angehören und Versorgungsleistungen beziehen. Auch die Opfer des Posener Aufstandes vom Ende Juni 1956 erfuhren Anerkennung und eine materielle Sicherstellung ihrer Hinterbliebenen.

Noch Ende 1956 erhielt der Justizapparat seine Selbständigkeit wieder. Die früher üblichen Weisungen an die Staatsanwaltschaft und die Richter gehörten bereits Mitte 1957 der Vergangenheit an, so daß die Gerichte sich ihrer wirklichen und einzigen Tätigkeit, der Rechtsprechung, zuwenden konnten, da die früher üblichen Nebenaufgaben politischer Natur nunmehr wegfielen. Es wurde jetzt wieder zu einer Selbstverständlichkeit, daß „das Recht von niemandem straflos gebeugt werden kann“.²⁶

Die Liberalisierung im Justizbereich wirkte sich jedoch nachteilig auf die Autorität der Gerichte und der Miliz aus, die anfänglich bemüht waren, keine Kritik wegen zu scharfen Vorgehens gegenüber den anarchischen Auflösungserscheinungen der öffentlichen Ordnung auf sich zu laden. Dieses Hinübergleiten in das andere Extrem, das in dieser Zeit vielen staatlichen Organen eigen war, führte zu einer weitverbreiteten Mißachtung der Polizeigewalt und der Würde der Gerichte. Milizbeamte wurden tätlich angegriffen oder vermochten nicht, sich bei Amtshandlungen Respekt zu verschaffen. Polizeiposten und Arreste wurden bei vermeintlich ungeRechtfertigten Festnahmen gestürmt. Die mit Rehabilitierungsgesuchen beschäftigten Gerichte, die darüber hinaus die Versäumnisse der letzten beiden Jahre aufzuarbeiten suchten, leisteten diesen Erscheinungen insofern ungewollt Vorschub, als die eingereichten Strafsachen erst nach vielen Monaten bearbeitet werden konnten.

Gleichzeitig entwickelte sich die Strafkriminalität in den ersten Monaten nach dem Oktoberumschwung

bedenklich weiter, wobei vor allem die Jugendkriminalität zunahm. Besonders stark stiegen Rowdy- sowie Rauschdelikte an. Der Anstieg der Jugendkriminalität ist 1957 mit einer Verdoppelung gegenüber 1956 in einigen Altersklassen besorgniserregend groß, wobei die meisten Straftaten, darunter auch Bandenvergehen, auf Jugendliche zwischen 15 und 16 Jahren entfallen²⁷. Gerade dieser Tatbestand zeigt die Lockerung der moralischen und ethischen Begriffe, denen sich das Gomulka-Regime immer noch gegenüber sieht²⁸, und bei der steigender Alkoholkonsum eine weithin enthemmende Rolle spielt. 90 vH aller Delikte, auch der von Jugendlichen (!), waren Anfang 1957 auf Alkoholmißbrauch zurückzuführen²⁹.

Die Einkommenserhöhungen in der Volkswirtschaft von 23,9 Milliarden Zloty im Jahre 1956 auf 39,0 Milliarden Zloty im Jahre 1957³⁰ konnten trotz steigender, wenn auch saisonmäßig und örtlich selbst bei Lebensmitteln gestörter Marktversorgung³¹, immerhin aber höherer Lebenshaltung nicht voll aufgefangen werden; die zur Kaufkraftabschöpfung vorgenommenen partiellen Preiserhöhungen bei dauerhaften Verbrauchsgütern und einigen Artikeln geringer Nachfrageelastizität ließen in weiten Kreisen auch das Sparen als ziemlich sinnlos erscheinen, so daß der im Ueberfluß angebotene Alkohol steigenden Absatz fand. Der Konsum von Alkohol stieg von 1956 bis 1957 um 31,1 vH³².

Neben dem Anstieg der Rauschdelikte geht mit dem steigenden Alkoholverbrauch ein besorgniserregendes Ansteigen der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten, dabei vor allem der Prostitution Jugendlicher, nicht nur in Groß-, sondern auch in Kleinstädten einher³³. Die wirtschaftlich unbefriedigenden Verhältnisse führten gleichfalls zu einem starken Anstieg der Wirtschaftsdelikte, die zu einer empfindlichen Plage des Wirtschaftslebens wurden.

Erst das seit Mitte 1957 unvergleichlich härtere Vorgehen gegen diese Zustände, das im Rahmen rechtsstaatlicher Grundsätze zur Einführung der Sondergerichtsbarkeit und von Sondergesetzen vor allem gegen Rowdyvergehen und Wirtschaftsdelikte führte und zur Einhaltung von Ruhe und Ordnung schon längst notwendig war, scheint einen Wandel einzuleiten. Seit Ende 1957 fällt die Kriminalität wieder³⁴. Doch noch immer ist man mit der Tätigkeit der überlasteten Justizorgane nicht zufrieden, wie der Staatsrat im März 1958 feststellte³⁵.

Kirche und staatliche Kirchenpolitik

Gomulkas realpolitischer Sinn wurde durch seinen Friedensschluß mit der Kirche bewiesen, der in breiten Volksschichten mit Befriedigung aufgenommen wurde, seine Stellung innenpolitisch stabilisierte und den Boden für viele seiner Reformen im Volke vorbereitete³⁶. Kardinal Wyszyński durfte schon Ende

Oktober 1956 von seinem Verbannungsort nach Warschau in sein Amt zurückkehren, und Ende Dezember 1956 wurde eine Reihe Geistlicher mit Bischof Kaczmarek an der Spitze voll rehabilitiert. Auch sie durften ihre Kirchenämter wieder übernehmen. Bereits Anfang November 1956 trat eine gemischte

staatlich-kirchliche Kommission zusammen, um strittige Probleme im gegenseitigen Verhältnis zu klären. Am 8. Dezember 1956 wurde dann eine Erklärung der Kommission veröffentlicht, in der die Regierungsvertreter zusagten, die Beschränkungen der Kirchentätigkeit aufzuheben und den freiwilligen Religionsunterricht in Schulen sowie die freiwillige religiöse Betreuung in Krankenhäusern und Strafanstalten zuzulassen. Die kirchlichen Vertreter gestanden „völliges Verständnis für die Absichten“ der Regierung zu, was einer Unterstützung des Regierungskurses gleichkam³⁷.

Die Regierung führte ihre Zusagen umgehend in einer Reihe von Verordnungen durch. Sie erstattete der Kirche auch Teile ihres Besitzes zurück. Die Kirche äußerte sich als nunmehriger Bundesgenosse der Regierung wiederholt in deren Sinne, rief unermüdlich zu Ruhe, Ordnung und Besonnenheit auf und unterstützte ausdrücklich die Gomułka-Linie während der wichtigen Sejm-Wahlen Anfang 1957. Ihr Beitrag bei der Festigung der Oktoberreformen darf also auf keinen Fall unterschätzt werden. Bei der ideologischen Einstellung der Regierung konnte man jedoch keinerlei Zweifel daran haben, daß die Kirchenfreiheit jeweils nur im Rahmen gewisser staatspolitisch vorgezeichneter Grenzen nach Maßgabe der jeweiligen politisch-taktischen Bedürfnisse gewährt werden wird. Eine generelle Erneuerung des kirchlichen Einflusses auf die politische Entwicklung konnte nicht erwartet werden und wurde auch seitens der Regierung nie in Aussicht gestellt. Bei dieser taktischen Uebereinkunft wurde nur berücksichtigt, daß „die Einflüsse der Römisch-Katholischen Kirche bei uns immer schon sehr stark waren und es auch heute noch sind und daß die Vatikanbindungen in unserem Lande stärker sind als in anderen Ländern“³⁸, so daß die richtige Gestaltung des Verhältnisses Staat—Kirche eine „große Bedeutung besitzt“.³⁹

Die Verständigung mit der Kirche führte zu gewissen ideologischen Verwirrungen in der Partei. Man begann bereits an einen „ideologischen Kompromiß seitens der Partei“⁴⁰ zu glauben, so daß die Partei sich aus internen Gründen nach langem Zögern entschloß, die Atheistenbewegung zu forcieren, um ein Gegengewicht zur Aktivitätssteigerung militanter Katholiken mit ihren Forderungen nach allgemeinem Religionsunterricht und dem Aufbau einer intellektuellen Laienbewegung, der „Klubs der katholischen Intelligenz“, zu schaffen. Schon Ende 1956 wurde die Entstehung einer „Gesellschaft von Atheisten und Freidenkern“ gefördert. Daneben entstanden im Januar 1957 „Klubs der atheistischen Intelligenz“ und etwas später eine „Gesellschaft für weltliche Schulen“, die alle in ihrer Tätigkeit gegen die Kirche gerichtet sind und deren Aufgabe es unter anderem ist, Konfessionslosigkeit im öffentlichen Leben zu propagieren. Im Laufe des Jahres 1957 kam es daher wieder

zu beträchtlichen Spannungen zwischen Regierung und Kirche, wobei sich Erziehungsminister Wł. Bieńkowski allerdings gegen einen Kirchenkampf aussprach, denn „das Absterben einer Religion erfolgt nicht während eines Kampfes mit dieser Religion, sondern bei einem Verschwinden des Problemkreises“.⁴¹ Er begrüßte dagegen die erreichte Abschwächung der katholischen Laienbewegung.

Der Kirche wurde nun verweigert, Konfessionsschulen oder Internate zu unterhalten. Verschiedene Intelligenzklubs erhielten keinen Rechtsstatus, und auch die Herausgabe einer zentralen Kirchenzeitung wurde nicht gestattet. Die Caritas-Organisation blieb trotz kirchlicher Bemühungen weiterhin unter staatlicher Kontrolle. Auch bei der Durchführung des verbürgten Religionsunterrichts wurden Schwierigkeiten bereitet, und die Tätigkeit der Katholischen Universität in Lublin konnte bis Mitte 1958 nicht ausgeweitet werden.

Die Maßnahmen der Regierung verschärften die im katholischen Lager vorliegende Meinungsspaltung über die Bewertung der Situation und die eigene Anpassung, die jedoch den Glaubensbereich nicht berührte und sich nur in politischen Fragen offenbarte. Die Gomułka freundlich gesonnene Gruppe, die ihn auch während der Oktoberumwälzung aktiv unterstützt hatte, sammelte sich um J. Frankowski und die Zeitung *Za i przeciw*; sie gilt als der soziale linke Flügel des Katholizismus in Polen⁴². Auch die neopositivistische Gruppe um den Sejmklub „Znak“ heißt die Liberalisierung nach dem Oktoberumschwung gut, vermeidet jedoch eine direkte politische Stellungnahme. Sie gilt gleichzeitig als Sprachrohr des Kardinals Wyszyński und besitzt ihr Organ im *Tygodnik powszechny*.

Im Gegensatz zum Gomułka-Regime stehen die beiden extremen Gruppen: die sogenannten „Kreuzfahrer“ und die stalinistische „Pax“-Gruppe von B. Piasecki.

Die „Kreuzfahrer“, die ohne eine politische Stellungnahme nur die „angestammten Rechte der Kirche in Polen mit dem Schwert in der Hand wiederherstellen wollen“⁴³, sind die staatspolitisch ungefählichere dieser beiden Gruppen. Sie stehen auch in scharfer Opposition zur Haltung des Kardinals Wyszyński und prophezeien, er werde mit seiner Verständigungspolitik „ein böses Ende“ nehmen⁴⁴. Ihre Anhängerzahl soll in den Intelligenzklubs beträchtlich sein; besonders auch in der jüngeren und sehr militanten Priestergeneration.

Die „Pax“-Gruppe, die über ein weitverzweigtes Netz verschiedener Wirtschaftsunternehmungen verfügt und als größter privatwirtschaftlicher Konzern Polens gilt⁴⁵, ist mit ihrer stalinistischen Haltung Gomułka feindlich gesonnen⁴⁶. Diese Gruppe soll Unterstützung in oppositionellen stalinistischen Kreisen der

sowjetischen Parteiführung besitzen, was sich dadurch zu bestätigen scheint, daß Erziehungsminister Wł. Bieńkowski im Namen der Regierung trotz der offensichtlich regimefeindlichen Tendenz der „Pax“ es ablehnte, „auf administrativem oder polizeilichem Wege in die religiöse oder wirtschaftliche Tätigkeit dieser Organe einzudringen“⁴⁷, obgleich dem „Pax“-Konzern seit langem größere wirtschaftliche Unkorrektheiten nachgesagt werden. Die Ende 1957 erfolgten Annäherungsversuche B. Piaseckis an das Regierungslager hatten wenig Erfolg. Zwischen der Frankowski- und der Piasecki-Gruppe entbrannte ein Streit, wobei der offensichtlich von der Partei unterstützte Frankowski sich zu behaupten mußte, so daß J. Sztachelski vor dem Zentralkomitee der PZPR erklären konnte, „Pax“ spiele für die polnischen Katholiken keinerlei Rolle mehr⁴⁸. Der Rückgang der Bedeutung der „Pax“-Gruppe offenbart sich auch darin, daß die Konkordatskongregation des Vatikans eine Zusammenarbeit mit ihr verboten hat.

Die Romreise des Kardinals Wyszyński im Mai und Juni 1957 trug einiges zur Klärung der Situation bei. Zwar blieben die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kirche und Staat auch weiterhin bestehen, doch die Teilzugeständnisse an den polnischen Staat in Fragen der Besetzung kirchlicher Ämter in den Oder-Neiße-Gebieten, die als eine vatikanische Unterstützung des polnischen Standpunktes gewertet wurden — wenn auch irrigerweise —, zeigten der Regierung wiederum den möglichen politischen Wert einer Zusammenarbeit mit der Kirche. Die Spannungen flauten dann auch gegen Ende 1957 etwas ab. Die Regierung erteilte der Kirche die Erlaubnis, direkt mit karitativen amerikanischen Katholikenorganisationen zu verhandeln, ohne allerdings die Caritas-Organisation der Kirche zu übergeben. Im Februar 1958 wurde Priestern gestattet, in Rom zu studieren, und gleichzeitig wurde beträchtlicher Kirchenbesitz, darunter verstaatlichte Güter bis 100 ha, rück-erstattet. Trotzdem bestehen noch viele Streitpunkte. Kardinal Wyszyński hielt erst kürzlich der Regierung vor, daß sie den Kirchenbau behindere.

Die polnische Regierung scheint nicht abgeneigt zu sein, die Entstehung von Gemeinden der Natio-

nalkirche Polens zu fördern, wie die Vorfälle von Olkusz im Mai 1958 vermuten lassen. Auch verschiedene religiöse Sekten finden reichlichen Zulauf, teilweise sicherlich aber nur wegen der von ihnen verteilten Auslandsspenden. Heute ist die Römisch-Katholische Kirche immer noch unbestrittene konfessionelle Führerin des polnischen Volkes. Die Wallfahrten nach Tschenstochau gleichen Manifestationen; das Wallfahrtskloster Jasna Góra nimmt die „Funktion eines Konsultationszentrums ein, das durchaus Absichten besitzt, auf das soziale Leben des Landes Einfluß zu nehmen“⁴⁹. Die Repressalien gegen dieses Paulaner-Kloster seit Ende Juli 1958 haben daher wohl die Aufgabe, diese vermeintliche Einflußnahme zu unterbinden. Selbst die studentische Jugend nimmt an den Wallfahrten teil. Gerade in letzter Zeit scheint sich der Einfluß der Kirche in Kreisen der akademischen Jugend verstärkt zu haben; gegenwärtig gehören 5 vH aller Studenten aktiv der katholischen Studentenbewegung an. Auch die katholische Intelligenz und der Klerus werden in der letzten Zeit wieder aktiver, so daß die expandierende und politische Bewegung des Katholizismus in Polen nicht nur stärkere Maßnahmen seitens der Regierung, sondern auch Kritik der liberalen katholischen Kreise herausfordert. Die Staatsführung ist marxistisch, und wenn sie auch davon ausgeht, daß „die idealistische Weltanschauung noch lange neben der materialistischen Weltanschauung bestehen wird“, so kann sie nicht erlauben, daß der Einfluß der Kirche ausgedehnt wird⁵⁰. Dies bestätigte die Rede J. Morawskis, Mitglied des Politbüros der PZPR, vom 23. Mai, in der er der Kirche vorwarf, sie überschreite ihre Aufgaben, und zum „Kampf gegen die Machenschaften des Klerikalismus“ aufrief⁵¹. Zwar beschwichtigte Erziehungsminister Wł. Bieńkowski kurz darauf, daß eine Teilung des Volkes in Gläubige und Ungläubige nicht erwünscht sei, doch auch er ließ einen härteren Kurs gegenüber der Kirche durchblicken⁵², der sich im Vorgehen gegen das Wallfahrtskloster Jasna Góra bereits abzeichnet. In Anbetracht dieser Entwicklung möchte die Kirchenführung anscheinend alles vermeiden, was die Situation verschärfen könnte. Die Episkopatserlasse über Anfertigung von kirchlichen Druckschriften lassen es vermuten.

Presse

Der Oktoberumschwung 1956 besaß die Unterstützung nahezu der gesamten polnischen Presse, die ihre Diskussionen um die künftige politische und wirtschaftliche Regierungslinie auch in den folgenden Monaten fortsetzte. Jetzt entwickelte sich die allgemeine Linie der nicht parteigebundenen Presse jedoch nicht immer parallel zur Partei- und Regierungslinie. Beträchtliche Teile der Presse erhofften weitergehende Veränderungen. Führend war bei dieser Bestrebung die Warschauer Studentenzeit-

schrift *Po prostu*, die wegen ihrer Verdienste um den Oktoberumschwung mit dem Pressepreis 1956 ausgezeichnet worden war⁵³. Wenn auch die inzwischen nahezu abgeschaffte Zensur gerechtfertigte und sogar überspitzte Kritik duldete und eine Reihe kritischer Zeitungen und Zeitschriften neu begründet wurde⁵⁴, so konnte doch die Duldung einer Kritik an der ideologischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die insbesondere bei *Po prostu* bis zur Forderung nach der Abschaffung der Partei und des stali-

nistischen Kommunismus sowie zur Betonung der deutschen Rechte an den Oder-Neisse-Gebieten und der Rückkehr der Deutschen in diese Gebiete in spätestens zehn Jahren⁵⁵ ging, kaum erwartet werden. Artikel solcher Art konnten bei der innen- und außenpolitisch noch weitgehend labilen Lage den Bestand Polens bedrohen; sie überschätzten in ihren Forderungen auch die politischen Absichten des Gomulka-Regimes und stärkten zweifellos seine ideologischen Gegner und die Anhänger der sogenannten „zweiten Etappe“. *Po prostu* leitete beispielsweise mit ihrem Aufruf zur Bildung einer neuen Jugendorganisation vom Ende Oktober 1956 die Auflösung des parteigebundenen ZMP-Verbandes ein.

Das Verhalten verschiedener Redakteure zeugte zwar von einer guten Kenntnis der Leser-Erwartungen, gleichzeitig aber auch von einer sehr laienhaften Einschätzung der staatspolitischen Lage und ihrer Erfordernisse. Sie mußten während der Sitzung des Journalistenverbandes zur „Verantwortlichkeit des Wortes“⁵⁶ ermahnt werden.

Gerade die parteilosen Zeitungen erfreuten sich der besonderen Zuneigung der Leser. Die Auflagen der Parteizeitungen gingen in der ersten Hälfte des Jahres 1957 um 852 000 Exemplare, also 33 vH, zurück, wobei die Zahl der Abonnements um 51 vH auf 479 000 absank. Die Auflagen der parteilosen Blätter stiegen demgegenüber um 145 000 Exemplare⁵⁷.

Da die Regierung aus grundsätzlichen ideologischen Erwägungen nicht bereit war, im Rahmen einer vollkommenen Pressefreiheit einen Streit der Meinungen heraufzubeschwören, griff sie zu der für sie bequemerem Prozedur einer sich allmählich wieder verschärfenden Pressezensur. Am 8. Mai 1957 wurde Edda Werfel, eine antistalinistische, aber Gomulka treue Journalistin, die in einer ideologischen Auseinandersetzung von H. Axen, dem Chefredakteur der Ost-Berliner Parteizeitung *Neues Deutschland* und von der Moskauer parteitheoretischen Zeitschrift *Kommunist* scharf angegriffen wurde⁵⁸, als stellvertretende Hauptschriftleiterin der Wochenzeitung *Swiat* abgelöst, und auch in anderen Redaktionen wurden Veränderungen vorgenommen.

„Po prostu“-Verbot

Eine besondere Aktion richtete sich gegen die Studentenzeitung *Po prostu*. Ende April 1957 legte der bisherige Chefredakteur, E. Lasota⁵⁹, wegen angeblicher parlamentarischer Ueberbeanspruchung sein Redaktionsamt nieder, blieb jedoch weiterhin im Redaktionsstab. Trotzdem änderte sich die Linie des Blattes nicht, so daß nach einem scharfen Angriff Gomulkas gegen diese Zeitung Ende September 1957 und vorherigen erfolglosen Rücksprachen des ZK der PZPR mit dem Redaktionsstab die *Po prostu* durch ein Kommuniqué des ZK vom 5. Oktober 1957 eingestellt wurde⁶⁰. Die um dieses Verbot aufge-

flamnten Studentenunruhen in Warschau zeigten die Beliebtheit dieses Blattes, dessen Verbot sicherlich Gomulka einige Sympathien der Studenten gekostet hat.

Das Verbot wurde nicht nur von der Jugendorganisation ZMS⁶¹, sondern auch von der *Prawda*⁶² und vom *Neuen Deutschland*⁶³ begrüßt. In einer abschließenden Stellungnahme versuchte die *Trybuna Ludu* den Nachweis zu führen, *Po prostu* sei in antisowjetisch-nationalistische, antikommunistische und parteifeindliche Gefilde abgesunken, und betonte, die Partei habe „nie die Freiheit jeglicher Kritik verkündet“, und sie habe auch „nicht die unbegrenzte Diskussionsfreiheit proklamiert, unabhängig von der Position, die sie einnimmt“⁶⁴.

Das Redaktionskollegium der *Po prostu* wurde von der Parteileitung bestraft; ein Teil mit E. Lasota an der Spitze wurde aus der Partei ausgeschlossen, ohne daß sie aber irgendwie weiter behindert worden wären⁶⁵.

Im Zuge dieser Pressesäuberungen wurden seit dem Juli 1957 noch die Stettiner *Ziemia i morze*, die Kattowitzer *Przemiany* und die Breslauer deutschsprachige *Arbeiterstimme* verboten, andere Zeitungen, wie die Allensteiner *Warmia i Mazury*, wurden in ihrer Tendenz und ihrem Charakter geändert. Alle diese Zeitungen widmeten sich ähnlich intensiv wie die *Po prostu* auch der Berichterstattung über die Oder-Neisse-Gebiete, die mit zu den Verbotsgründen der *Po prostu* gehörte und auf Parteiparierung ab Oktober 1957 einzuschränken und einer Vorzensur zu unterbreiten ist⁶⁶.

Während des X. Plenums des ZK der PZPR betonte Gomulka, daß die Presse für und nicht gegen den Sozialismus und die Parteilinie sein müsse. Sonst dürfe sie freimütig alles kritisieren, mit wenigen Ausnahmen. „Für Federn der ‚zweiten Etappe‘“ allerdings müsse die Presse verschlossen werden⁶⁷.

Die Beratungen der Hauptverwaltung des Journalistenverbandes im November 1957 bestätigten die Parteilinie, obgleich es der Partei nicht gelang, den Chefredakteur der parteiamtlichen *Trybuna Ludu*, L. Kasman, zum Vorsitzenden dieses Verbandes zu lancieren. Während dieser Beratungen wandte sich M. Bielecki gegen „Repressalien“ gegenüber zahlreichen Journalisten. Er erklärte, daß viele Fachkollegen „den Preis des Schweigens oder der Lüge“ zahlen müßten, „um in ihrem Beruf arbeiten zu können“⁶⁸. Der gefaßte Beschluß gestand „die Schwächung der politischen Pressefunktion in der letzten Zeit“ ein, die zu „vielen Unklarheiten und Verletzungen geführt habe“, und stellte fest, daß „die Grenze jeglicher Freiheit das Gemeinwohl“ sei. Die Freiheit des Wortes solle der Stärkung des Sozialismus und der Beseitigung dessen dienen, was seinen Aufbau stört und hemmt⁶⁹. Die Auseinander-

setzung um Pressefreiheit setzte sich auch nach dieser unmißverständlichen Formulierung fort, denn man möchte, wie M. Bielecki im November 1957 forderte, eine absolute und keine relative Meinungsfreiheit. A. Slonimski illustrierte dies in einem Interview für die Tokioter *Mainichi* (5. 9. 1957) folgendermaßen: „Wir können in unserer Presse unsere eigene Regierung angreifen, aber wir dürfen nicht die sowjetische Regierung angreifen. Das ist wohl Freiheit — aber nur manchmal Freiheit.“

M. Bielecki mußte wegen seiner Äußerungen von seinem Posten im Journalistenverband zurücktreten⁷⁰. In der Redaktion der *Nowa kultura* und der *Polityka* wurden Umbesetzungen auf dem Hauptschriftleiter-

posten vorgenommen, nachdem Anfang Mai 1958 mehrere Redakteure der *Nowa kultura*, darunter der antistalinistische und oppositionelle Philosoph L. Kołakowski, aus Protest gegen die Beschneidung der Pressefreiheit zurückgetreten waren. A. Werblan, Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda beim ZK der PZPR, kündigte im Mai 1958 vor der Pressekommission des ZK eine weitere Einschränkung der Pressefreiheit an, wobei er auch die Veränderungen in der *Nowa kultura* wegen ihrer „oppositionellen Haltung zur Gegenwart“ zu motivieren suchte. Die Propagierung bürgerlicher Ansichten werde in Zukunft nicht geduldet werden; man müsse wieder der Diktatur des Proletariats Rechnung tragen⁷¹.

Regierung

Sejmwahlen und Sejmätigkeit

Die unmittelbar nach dem Oktoberumschwung am 23. 10. 1956 erlassene Wahlordnung⁷² war noch ein Produkt der relativen Liberalisierung der Vor-Gomułka-Zeit, getragen aber von den Konzeptionen der neuen Staats- und Parteispitze. Da die Turbulenz der ersten Wochen nach dem Umschwung mit der lautstarken Hervorkehrung der widerstreitendsten politischen Tendenzen einer Wahl sicherlich nicht zuträglich gewesen wäre, beschloß der Staatsrat, die Wahlen auf den spätesten juristisch möglichen Termin, den 20. Januar 1957, zu verschieben.

Die neue, relativ demokratisierte, allerdings mit westlichen Gegenstücken nicht vergleichbare Wahlordnung sieht nur eine einzige Liste der „Nationalen Einheitsfront“ vor, die wieder von der kommunistischen PZPR beherrscht wird. Da die Wahlordnung vorsieht, daß bis zu zwei Dritteln mehr Kandidaten aufgestellt werden können, als gewählt werden sollen, erhielten die Wähler über dieses Selektionsrecht die Möglichkeit, nicht genehme Kandidaten von den Wahlzetteln zu streichen.

Die Kandidatennominierungen verliefen unter teilweise stürmischen Auseinandersetzungen, besonders in der Provinz. In Lodz kam es zu Protestdemonstrationen mit turbulentem Verlauf. Man drohte oftmals auch mit Wahlboykott, falls die vorgeschlagenen Kandidaten nicht nominiert würden. Von den 60 000 benannten Kandidaten wurden dann nahezu 99 vH von den offiziellen Kreiswahlkommissionen und der „Zentralen Verständigungskommission“ der drei zugelassenen Parteien gestrichen, so daß zur Wahl 723 Kandidaten zugelassen wurden, von denen 459 in den Sejm einziehen sollten. Die unter dem Blickwinkel der Liberalität der Kandidaten betriebenen Nominierungen führten zur weitgehenden Ausbootung linksextremer, stalinistischer Elemente, wobei den letzten Auswahlkommissionen überlassen wurde, die Zahl der nominierten nichtkommunisti-

schen Kandidaten auf ein vernünftiges Maß zu beschränken, damit sie nicht durch ein Übergewicht im Sejm eine in den gegebenen Verhältnissen verderbliche politische Entwicklung einleiten. Die überaus delikate innen- und außenpolitische Situation erlaubte im Interesse des Volkes und des Staates keinerlei Experimente. Von den zur Wahl zugelassenen 723 Kandidaten waren dann auch 363 Mitglieder der PZPR und 240 Kandidaten Mitglieder der beiden verbündeten Parteien ZSL (180 Kandidaten) und SD (60 Kandidaten); 120 Kandidaten waren parteilos.

Der durch die Selektionsmöglichkeiten politisch interessant gewordene Wahlkampf verlief für östliche Begriffe sehr hitzig. Die antikommunistische Opposition arbeitete hierbei teilweise sogar mit handfesten Drohungen; sie rief auch dazu auf, kommunistische Kandidaten zu streichen oder die Wahlen zu boykottieren. Die prosowjetische, stalinistische Opposition entfachte eine zügellose Agitation gegen die zentralen Parteikandidaten, die sich somit zwischen zwei Feuern fanden. Gomułka mußte daraufhin öffentlich betonen, daß die Angegriffenen zusammen mit ihm „jene Politik schützten, die zur Politik der Partei wurde“.⁷³ Der in einigen seiner Reden auf die schmachliche Rolle des Ministerpräsidenten J. Cyrankiewicz während der Bildung der Einheitspartei im Jahre 1948 hinweisende frühere Ministerpräsident E. Osóbka-Morawski wurde von der Kandidatenliste entfernt. Der ungünstige Eindruck seiner Ausführungen, die eine Wahl Cyrankiewicz zu gefährden schienen, bewog die Staatsführung, aufgefundenes „Geheimmaterial“ der Sicherheitspolizei vorzulegen, wonach gegen Cyrankiewicz seinerzeit Material für einen Schauprozess gesammelt worden sei; auch J. Albrecht, der ebenfalls gefährdet schien, wurde auf eine ähnliche Weise gestützt.

Die Wahlpropaganda der neuen Führung konzentrierte sich auf Souveränität, Demokratie und Sozialismus — in dieser auf die Mentalität des Durchschnittsbürgers zugeschnittenen Reihenfolge. Um seinen linken und rechten Widersachern auch nicht die geringste Chance einer Beeinflussung des für die weitere politische Entwicklung Polens entscheidenden Wahlausgangs zu geben, hämmerte *Gomułka* noch am Tage vor der Wahl der Bevölkerung ein, an der Wahl teilzunehmen, keine Kandidatenstreichungen vorzunehmen und Nachbarn, Freunde und Verwandte zur Wahl zu animieren, denn nur eine Wahl der Einheitsfront-Kandidaten gewährleiste die Fortführung der Liberalisierung⁷⁴. Auch die Gewerkschaften, die Kirche, Verbände, Vereine und die Arbeiterschaft einzelner Betriebe unterstützten in öffentlichen Aufrufen die Forderungen *Gomułkas*.

Wahlergebnis

Die Wahl vom 20. Januar 1957 wies eine Wahlbeteiligung von 94,14 vH auf, die, ohne den üblichen östlichen Wahlzwang, als hervorragend und von politischem Verantwortungsgefühl getragen bezeichnet werden muß. Die „Nationale Einheitsfront“ erhielt dabei 98,4 vH aller abgegebenen Stimmen⁷⁵, was unzweifelhaft als ein Triumph *Gomułkas* und seiner bisherigen Liberalisierungspolitik anzusehen ist. Er selbst war mit 99,44 vH Stimmen gewählt worden, womit er die meisten Stimmen unter allen Kandidaten auf sich vereinigte. Nur in einem einzigen der 459 Stimmkreise, in Nowy Sacz, erhielt ein kommunistischer Kandidat weniger als 50 vH der abgegebenen Stimmen, so daß eine Nachwahl am 17. März durchgeführt werden mußte, bei der dann der PZPR-Funktionär *Z. Gertych* gewählt wurde.

Die Zusammensetzung des neugewählten Sejm sah folgendermaßen aus: PZPR: 237 Abgeordnete oder 51,7 vH; ZSL: 119 Abgeordnete oder 26,0 vH; SD: 39 Abgeordnete oder 8,5 vH; 63 Unabhängige oder 13,8 vH, davon 12 parteilose Katholiken. 19 der gewählten Abgeordneten sind Frauen. Der Sejm wurde gegenüber der abgelaufenen Legislaturperiode um 35 Sitze vergrößert. Die PZPR verlor als einzige der Parteien gegenüber der abgelaufenen Legislaturperiode 36 Sitze; die übrigen Fraktionen festigten ihre Stellung durch Gewinne von 29 Sitzen bei der ZSL, 14 bei der SD und 26 bei der Gruppe der Unabhängigen.

Polnischerseits wurden die Wahlen als ein Erfolg *Gomułkas* und seiner Politik angesehen, der Politik auf weitere Liberalisierungen im Einklang mit der Ostblockpolitik. *Wł. Bieńkowski* sprach sogar in überschwenglicher Begeisterung von „der Umwälzung zweiten Akt“, der jetzt mit der Konkretisierung des *Gomułka*-Programms folgen werde, und die antisowjetischen rechten Kreise erhofften doch noch ihre sogenannte „zweite Etappe“. Dies zeigt

am besten, wie wenig konkret *Gomułka* in Polen eingeschätzt werden konnte. Aber nicht anders war es in Moskau, für das *Gomułka* vieles von einer ägyptischen Sphinx haben mußte. Den Moskauer Argwohn gegen die Warschauer Wahlergebnisse beleuchtet treffend, daß noch am Tage nach der Wahl das Moskauer Regierungsorgan *Iswestija* behauptete, unter den nichtkommunistischen Kandidaten befinde sich „der Abschaum des Untergrundes“. Dabei gewährleistete aber gerade die hohe Zahl führender PZPR-Funktionäre im Sejm mit ihrem Ansehen und Gewicht die Einhaltung der von der Partei gesteckten politischen Linie:

| Parteigremium | Sejmkandidaten (vor der Wahl) | Sejmabgeordnete (gewählt) |
|--|----------------------------------|------------------------------|
| Zentralkomitee (Bestand: 77 Mitglieder) | 36 | 36 |
| Politbüro des ZK (Bestand: 9 Mitglieder) | 9 | 9 |
| Sekretäre des ZK (Gesamtzahl: 7) | 7 | 7 |
| Erste Parteisekretäre der Wojewodschaften (Gesamtzahl: 19) | 12 | 12 |
| Kabinettsmitglieder (Gesamtzahl: 34) | 16 | 16 |
| Staatsrat (Bestand: 13 Mitglieder) | 7 | 7 |

Erst am 25. Januar gratulierte die KPdSU der PZPR zu ihrem Wahlerfolg⁷⁶. Die jugoslawische Parteizeitung *Borba* hatte es bereits am 22. 1. 1957 getan.

Die am 1. März angenommene Sejm-Verfahrensordnung⁷⁷ ermöglichte, daß die polnische parlamentarische Tätigkeit sich besser gestaltete als die aller anderen Ostblockstaaten, wobei gleichzeitig das Primat der Partei im Staate, also auch gegenüber dem Sejm, durch ein Kompromiß beeinträchtigt werden konnte. Die Fraktionsbildung nach territorialen Prinzipien, die in der abgelaufenen Legislaturperiode herrschte, ohne daß die gewohnheitsrechtlichen politischen Fraktionen, sogenannte Abgeordnetenklubs, formal abgeschafft worden waren, wurde aufgegeben. Damit wurde die relative Selbständigkeit der Fraktionspolitik neben einer politisch gewünschten und strengen Fraktionsdisziplin zugelassen und die Bedeutung der politischen Gruppierungen im innenpolitischen Leben wiederhergestellt.

Es wurden also die drei Parteifraktionen (Abgeordnetenklubs) der PZPR, ZSL und SD und dazu eine Gruppierung der parteilosen katholischen Abgeordneten, der „Znak“-Klub, begründet. Dieser Klub ist trotz seiner Kleinheit (nur zehn Abgeordnete) am interessantesten, da er unter seinem Vorsitzenden *St. Stomma* auch im kirchlichen Leben mit ausdrücklicher Unterstützung von Kardinal *Wyszyński* *Gomułkas* Liberalisierungspolitik und Wirtschaftsprogramm unterstützt und somit eine viel größere politische Ausstrahlungskraft besitzt, als sie zehn Abgeordnete ge-

währleisten würden. Der politische Wert der Fraktionsgruppierungen sollte jedoch nicht überschätzt werden, da für sie nicht die Möglichkeit eines auf der Basis der parteilichen Gleichberechtigung stattfindenden politischen Kampfes gegeben ist, die erst die eigentliche Bedeutung des Parlaments in einer parlamentarischen Demokratie ausmacht. Eine solche Rolle spielt der Sejm weder jetzt, noch wird sie ihm in Zukunft zugedacht werden; die PZPR wird ihre Führungsrolle auch im Sejm und gegenüber dem Sejm weiterhin vertreten.

Der Sejm entwickelte eine ungewöhnliche parlamentarische Aktivität, die sich durch eine Vielzahl von Gesetzen auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zeigte und gerade auf dem wirtschaftlichen Sektor teilweise einschneidende Umstellungen und Eingriffe herbeiführte, welche oftmals weitreichender und bedeutender als im innenpolitischen Sektor waren. Neu ist auch, daß der Sejm mehrere Male im Jahre zu längeren Sitzungen zusammentrat und daß die Abgeordneten für ihre Tätigkeit beurlaubt werden mußten. Wiederholt kamen auch oppositionelle Äußerungen von der Rednertribüne. Andererseits bemängelte der Vorsitzende der PZPR-Fraktion, Z. Kliszko, daß der Sejm nach

einer Legislaturperiode extremer Ohnmacht in das andere Extrem verfallen sei und nunmehr versuche, über einzelne der 19 gebildeten Ausschüsse direkt in die Verwaltungsarbeit einzugreifen. Parallel zur Wiederherstellung der legislativen Bedeutung des Sejms mußten auch seine exekutiven Ambitionen gekürzt werden⁷⁸.

Die meiste Arbeit wird jedoch in den Ausschüssen geleistet, so daß bereits Stimmen über Disproportionen zuungunsten der öffentlichen Plenarsitzungen und eine weitgehend nichtöffentliche Sejm-tätigkeit laut wurden; diese Vorbehalte konnten bisher noch nicht ausgeräumt werden. Im Verlaufe des Jahres 1957 wurde auch die zu geringe Kontrollfunktion des Sejms gegenüber den Regierungsorganen bemängelt. Dies führte Ende Dezember 1957 zur Auflösung des Ministeriums für Staatskontrolle und zur Bildung einer Obersten Kontrollkammer, die nur dem Sejm verantwortlich ist⁷⁹; ihre Funktionen sind etwa mit denen des Bundesrechnungshofes und des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland zu vergleichen. Wenn auch vielerorts weitergehende Erwartungen an den Sejm geknüpft wurden, so ist sein bisheriges Wirken unter den gegebenen Umständen das Bestmögliche gewesen.

Regierung

Der „Oktoberumschwung“ führte zu einer Vielzahl von personellen Änderungen in der Regierung, wodurch einerseits die in der stalinistischen Periode belasteten oder für die künftigen Liberalisierungen nicht genügend zuverlässigen Politiker abgelöst und andererseits fachlich besser qualifizierte Männer, insbesondere in die wirtschaftlichen Ressorts, eingesetzt wurden, um die Mißwirtschaft der Vergangenheit abzustellen. Hierbei entschieden allein fachliche Qualitäten und nicht Erwägungen politischer Zuverlässigkeit; bei den Veränderungen auf leitenden Posten der allgemeinen Verwaltung ließ man sich allerdings durch Erwägung der politischen Zuverlässigkeit leiten.

Im Zuge dieser Maßnahmen wurde im Präsidium des Ministerrates der Posten des Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten gestrichen, und die Zahl der stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde auf drei verringert. J. Cyrankiewicz blieb auch weiterhin Ministerpräsident, und bis zur Regierungsumbildung Ende Februar 1957 blieben P. Jaroszewicz, Z. Nowak und St. Ignar seine Stellvertreter. Während die beiden ersten als Mitglieder der PZPR schon vordem Mitglieder des Präsidiums waren, wurde St. Ignar als Vertreter der neuen politischen Bedeutung erlangenden ZSL in das Präsidium aufgenommen. Alle anderen Mitglieder des Präsidiums wurden ihrer Funktionen enthoben. Am 24. Oktober 1956 wurden T. Gede, St. Jedrychowski, St. Łopot, Fr. Józwiak-

Witold und E. Stawiński entlassen, am 13. November folgte Marschall K. Rokossowski.

Parallel hierzu wurde auch die Zahl der Ministerien verringert. Das Ministerium für Staatsgüter wurde in das Landwirtschaftsministerium übergeführt, das Staatssicherheitsministerium löste man auf. An der Spitze der einzelnen Ministerien traten folgende Veränderungen ein:

| Ministerium | abgelöst | neu berufen |
|-----------------|----------------|-------------------------|
| Schifffahrt | M. Popiel | St. Darski (parteilos) |
| Erziehung | F. Baranowski | Wł. Bienkowski (PZPR) |
| Gesundheit | J. Sztachelski | R. Barański (parteilos) |
| Bauwesen | E. Szyr | E. Kopeć (i. A.) |
| Staatskontrolle | R. Zambrowski | keiner |

Auch im Staatsrat und auf den obersten Justizposten sind Umstellungen eingetreten, wobei Gomulka treue Männer für die neue Linie, auch in der Rechtsprechung, sorgen sollen.

Bei der Neuwahl der Regierung nach der Sejm-wahl opponierte Prof. A. Wojtyśiak gegen die neuerliche Betrauung J. Cyrankiewicz' mit der Regierungsbildung, da Cyrankiewicz in der Vergangenheit als Ministerpräsident seine Macht nicht nur mißbraucht, sondern auch jene Verfehlungen geduldet und an ihrer Durchführung mitgewirkt habe, die als schädlich und verbrecherisch erkannt wurden. Die Regierungsliste Cyrankiewicz' wurde trotz des für A. Wojtyśiak gespendeten Beifalls mit acht Stimmenthaltungen und einer Gegenstimme gebilligt. Die neue Regierung hatte folgendes Aussehen:

Ministerpräsident: J. Cyrankiewicz (PZPR)
 Stellvertretende Ministerpräsidenten: Stefan Ignar (ZSL),
 P. Jaroszewicz (PZPR), Z. Nowak (PZPR)
 Vorsitzender der Kommission für Wirtschaftsplanung:
 St. Jedrychowski (PZPR)
 Minister für Bauwesen und Baumaterialindustrie: St. Pietrusiewicz (PZPR)
 Finanzminister: T. Dietrich (PZPR)
 Minister für Bergbau und Energetik: Fr. Waniolka (PZPR)
 Minister für Binnenhandel: M. Minor (PZPR)
 Außenhandelsminister: W. Trampczyński (PZPR)
 Minister für Hüttenwesen und Maschinenindustrie:
 K. Zemańtis (PZPR)
 Minister für Eisenbahnen und Transport: R. Strzelecki
 (PZPR)
 Minister für Kultur und Kunst: K. Kuryluk (PZPR)
 Minister für Forstwirtschaft und Holzindustrie: J. Dab-
 Kociol (ZSL)
 Minister für Fernmeldewesen: J. Rabanowski (SD)
 Verteidigungsminister: M. Spychalski (PZPR)
 Erziehungs- und Bildungsminister: Wł. Bienkowski (PZPR)
 Arbeits- und Sozialminister: St. Zawadzki (PZPR)
 Minister für die chemische Industrie: A. Radliński (PZPR)
 Minister für Handwerk und Gewerbe: Z. Moskwa (SD)
 Minister für die Leichtindustrie: E. Stawiński (PZPR)
 Minister für Lebensmittelindustrie und das landwirtschaft-
 liche Aufkaufwesen: F. Pisula (ZSL)
 Landwirtschaftsminister: E. Ochab (PZPR)
 Minister für innere Angelegenheiten: Wł. Wicha (PZPR)
 Außenminister: A. Rapacki (PZPR)
 Justizminister: M. Rybicki (PZPR)
 Hochschulminister: St. Zolkiewski (PZPR)
 Gesundheitsminister: R. Barański (parteilos)
 Schiffsminister: St. Darski (parteilos)
 Minister ohne Geschäftsbereich: J. Sztachelski (PZPR)
 Minister für Staatskontrolle: J. Górecki (PZPR)
 Minister für Kommunalwesen: St. Sroka (PZPR).

In der ersten Sitzung des neugewählten polnischen Sejm am 20. Februar wählten die Abgeordneten einen neuen Staatsrat, also das höchste Staatsorgan, in folgender Besetzung:

| Name | Partei | Stellung im Staatsrat | Wahlergebnis | |
|-------------------|----------------------|-----------------------|-------------------------|-----------------------|
| | | | Zahl der Stimmhaltungen | Zahl der Gegenstimmen |
| A. Zawadzki | PZPR | Präsident | — | — |
| J. Albrecht | PZPR | Stellv. Präsident | — | — |
| S. Kulczyński | SD | Stellv. Präsident | — | — |
| O. Lange | PZPR | Stellv. Präsident | — | — |
| B. Podedworny | ZSL | Stellv. Präsident | 1 | — |
| J. Horodecki | ZSL | Sekretär | 2 | — |
| K. Banach | ZSL | Mitglied | — | — |
| L. Chajm | SD | " | 1 | — |
| W. Gomulka | PZPR | " | — | — |
| L. Kruczkowski | PZPR | " | 7 | 4 |
| I. Loga-Sowiński | PZPR | " | — | — |
| A. Musiałowa | PZPR | " | 6 | — |
| R. Nowak | PZPR | " | 7 | 1 |
| J. Ozga-Michalski | ZSL | " | — | 2 |
| J. Zawieyski | parteiloser Katholik | " | — | 7 |

Die Aufnahme des stalinistischen Gomulka-Gegners Z. Nowak als stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung wurde als eine Konzession gegenüber Moskau angesehen, um so mehr als gerade gegen ihn in Gomulka nahestehenden Kreisen heftig agitiert worden ist.

Die Ministerliste blieb weitgehend konstant. Die beiden Ministerien für Staatskontrolle und Kommunalwesen wurden bis Mitte 1958 aufgelöst und die Aufgabenbereiche einiger anderer entweder miteinander verschmolzen oder neu geordnet. In der Ministerliste wurde M. Minor durch St. Sroka und J. Rabanowski durch Z. Moskwa ersetzt; K. Kuryluk wurde von seinem Posten abgelöst und durch T. Galinski ersetzt. Hierdurch hat sich an den politischen Verhältnissen der Parteien in der Regierung nichts Wesentliches geändert, es sei denn, daß der SD-Einfluß auf dem Privatsektor eingedämmt wurde.

Militär

Bis zum Oktober 1956 war, das polnische Militär in starkem Maße mit früheren sowjetischen Offizieren durchsetzt, was allgemein als ein Ausdruck mangelnder staatlicher Unabhängigkeit und Souveränität ausgelegt wurde und schon immer den Unwillen des Volkes und des polnischen Offizierkorps hervorrief. Eine Korrektur dieses Zustandes mußte daher als eine der Maßnahmen sowohl zur Erringung des Wohlwollens weiter Bevölkerungskreise wie auch zur weiteren Sicherung der Unterstützung der Militärs für Gomulka gewertet werden. Schon am 24. Oktober 1956 wurde der eingekerkert gewesene und eben erst rehabilitierte General M. Spychalski zum stellvertretenden Verteidigungsminister und zum Leiter der politischen Abteilung des Heeres ernannt. In den folgenden Tagen wurden weitere beurlaubte Offiziere wieder eingestellt, darunter auch höhere Offiziere der früheren polnischen Westarmee.

Die Abberufung des Marschalls K. Rokossowski, der in die Sowjetunion zurückkehrte und dort stell-

vertretender Verteidigungsminister wurde, und weiterer sowjetischer Offiziere⁸⁰ leitete eine umfassende Polonisierungskampagne des polnischen Militärs ein, deren vordringlichstes Merkmal eine besonders zahlreiche Heranziehung früherer kommunistischer Widerstandskämpfer in die höhere Führung wurde. An die Stelle K. Rokossowskis wurde M. Spychalski berufen, dessen bisheriges Amt der frühere kommunistische Widerstandskämpfer und langjährige Freund Gomulkas und Spychalskis, General J. Zarzycki, übernahm. Diese Polonisierungskampagne wurde von einer Ende Oktober 1956 berufenen Zentralen Parteikörperschaft für Militärangelegenheiten des ZK der PZPR geleitet, die auch beträchtliche Teile der früher verbindlichen sowjetischen Dienst- und Ausbildungsordnung außer Kraft setzte.

Zur Verhinderung von unruhestiftenden Truppenbewegungen der sowjetischen Armee in Polen und zur Stärkung der staatlichen Souveränität wurde am 17. Dezember 1956 ein Vertrag über den „recht-

lichen Status der zeitweilig in Polen befindlichen sowjetischen Truppen“ abgeschlossen⁸¹. Von General M. *Spychalski* wurde dieser Vertrag als eine politische Festigung des polnischen Staates und als Element des Konsolidierungsprozesses in den Volkdemokratien auf Grund der sowjetischen Erklärung vom 30. Oktober 1956 bezeichnet. Der Vertrag sei „gleichzeitig beispielgebend dafür, wie sich die Verhältnisse zwischen Großmächten und Kleinstaaten zu gestalten haben“.⁸² Sicherlich war die Bedeutung dieses Vertrages in der damaligen politischen Situation sehr groß, sie wurde, was den wirklichen Inhalt des Vertrages angeht, jedoch weit überschätzt, da die meisten Bestimmungen des Vertrags entweder sehr dehnbare oder Kannbestimmungen sind; einige Problemkreise wurden überdies ausgeklammert und späteren Verhandlungen überlassen, die zum Teil nicht mehr zustande kamen.

Die Anfang 1957 eingeleiteten Verselbständigungsbestrebungen im polnischen Militär wandten sich vor allem gegen die unbeliebte Institution der politischen Offiziere, die zwar nicht vollends abgeschafft wurde und auch nicht gänzlich abgeschafft werden soll, deren Stellung man jedoch entscheidend schwächte. Politoffiziere mußten eine nachträgliche militärische Ausbildung durchmachen, damit sie gleichzeitig in beschränktem Umfange als Einheitsführer eingesetzt werden können. Damit verwischte sich die strenge Isolierung der Politoffiziere von den Linienoffizieren nicht unbeträchtlich. An die Stelle der Politoffiziere wurden gleichzeitig weitgehend Soldatenräte gesetzt, wodurch eine „Verbesserung und Festigung der Ein-Personen-Befehlsgewalt und die Garantierung der Richtigkeit von Befehlen höherer Stufe“ gewährleistet werden soll, weil den Räten keine Einspruchsmöglichkeiten ähnlich jenen von Politoffizieren gewährt worden sind⁸³. Sicherlich sollte die Institution der Soldatenräte gleichzeitig besser als Politoffiziere, weil politisch nicht belastet, jenen Tendenzen entgegenwirken, die General

J. *Zarzycki* mit aufsehenerregender Offenheit Mitte 1957 zugab⁸⁴: antisowjetische, nationalistische, antisemitische und — vereinzelt — stalinistische Strömungen, die die Disziplin und Moral der polnischen Wehrmacht beträchtlich erschütterten. Heute wird sie nicht nur deswegen als die unzuverlässigste und am schlechtesten ausgerüstete Wehrmacht im Ostblock angesehen, sondern auch weil eine Reihe modernster Waffen, wie beispielsweise Uberschalljäger bei der Luftwaffe, entweder von der Sowjetunion nicht mehr geliefert oder sogar der polnischen Wehrmacht wieder entzogen werden. Eine in der Luftwaffe und Marine wieder feststellbare relative Stärkung des sowjetischen Einflusses durch in der Sowjetunion geschulte polnische Militärs ist daher vor allem auf diesem Hintergrunde der dann gleichzeitig möglichen höheren Wehrbereitschaft zu verstehen.

Die Kürzung des Truppenbestandes um 44 500 Mann bis Juni 1957 auf schätzungsweise 205 000 Mann Stärke brachte gleichzeitig eine in der krisenhaften Wirtschaftslage hochwillkommene Einsparung im Militärhaushalt für 1957 von zwei Milliarden Zloty gegenüber 1956, wobei der gesamte Militärhaushalt 1957: 10,2 Milliarden Zloty ausmacht⁸⁵. Die entlassenen Offiziere und Soldaten werden in Spezialkursen auf Mangelberufe vorbereitet. Außerdem erhalten sie besondere Vergünstigungen und Beihilfen für eine reichlich bemessene Uebergangszeit.

Bei Generalsbeförderungen im Juli 1957 wurden von elf Beförderungen fünf bei Militärs vorgenommen, die der kommunistischen Widerstandsbewegung des Zweiten Weltkrieges entstammen, und nur eine bei einem bis 1943 in der sowjetischen Armee gewesenen Offizier (Brigadegeneral J. *Szymanowski*). Betrachtet man die gesamte Entwicklung im polnischen Militär, so ist festzustellen, daß das Gomułka-Regime bemüht ist, eine wirklich polnische Wehrmacht zu besitzen, was sich auch in der besonderen Betonung der polnischen militärischen Traditionen in Felddienst und Schulung zeigt.

Dezentralisierung des Verwaltungsapparats

Bereits vor der Oktoberumwälzung begann die Dezentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Verwaltung. Es wurde dadurch eine straffere und disziplinierte Ausübung der Aufgaben, weitergehende örtliche Selbständigkeit und Einsparungen an Etatmitteln angestrebt. Daneben ließen die den örtlichen Gegebenheiten angepaßten Aufgaben, welche im Rahmen der Dezentralisierung die unteren Instanzen stellten, eine beträchtliche Erhöhung der Rentabilität der diesen Instanzen untergeordneten Wirtschaftsbetriebe erwarten.

Der Ministerratsbeschluß vom 3. Oktober 1956 weitete die Lenkungsrechte der Wojewodschaftsvolksräte gegenüber den Zentralinstanzen aus und beschnitt gleichzeitig die Ingerenz der Zentralinstanzen

in örtliche Probleme. Für die materielle Deckung der Mehrverpflichtungen wurden den Volksräten die Anteile am Steueraufkommen der neu übernommenen Wirtschaftszweige bei gleichzeitiger Kürzung der Zuwendungen aus dem Zentralbudget erhöht⁸⁶. Bei aller ihnen gewährten Freizügigkeit wurden die Volksräte jedoch angehalten, die zentralen politischen und wirtschaftlichen Richtlinien einzuhalten. Ab Mitte November 1956 wurde mit der Abschaffung von wirtschaftlichen Zentralverwaltungen und Ministerien und der Einengung ihres Zuständigkeitsbereiches begonnen, wobei bestehende Behörden ohne zusätzlichen Ausbau ihres Verwaltungsapparates diese Aufgaben mit übernehmen sollten. Hierdurch wurde eine beträchtliche Reduktion des Verwaltungsappa-

rates mit einer Budgeteinsparung von rund 450 Millionen Zloty während der beiden Jahre 1956 und 1957 erreicht⁸⁷.

Parallel zu dieser Dezentralisierung im Verwaltungsaufbau ging eine Dezentralisierung in der Wirtschaft, die auf allen Gebieten, also Volkswirtschaftsplanung, Investitionsapparat u. ä., vorgenommen wurde und zum Zwecke hatte, die starre Bindung an die Volkswirtschaftspläne und Investitionspläne aufzuheben und sie im Rahmen festgelegter Richtlinien zur optimalen Nutzung der örtlich besser bekannten Möglichkeiten gleitend zu gestalten.

Der vorläufige Endpunkt der Dezentralisierung der politischen Staatsverwaltung ist das Volksrätegesetz vom 25. Januar 1958, das nicht nur ein Angelpunkt aller bisherigen Dezentralisierungsbestrebungen ist, sondern auch ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Realisierung des erstrebten „demokratischen Zentralismus“, der Initiative des Volkes. Artikel 3, Pkt. 1 des Gesetzes stellt fest, daß „die Volksräte in ihrem Verwaltungsgebiet die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betätigung leiten“ und in diesem Recht nur dort beschnitten werden, wo es ausdrücklich anderen Behörden vorbehalten ist. Pkt. 2 bestimmt, daß die Volksräte für alle folgenden Aufgabenkreise zuständig sind:

„1. Sicherung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, 2. Agrarwirtschaft, 3. Lokalindustrie und Handwerk, 4. Bauwesen, Bauinspektion und Stadt- und Landbebauung, 5. Kommunal- und Wohnungswirtschaft, 6. Binnenhandel, 7. Aufkauf landwirtschaftlicher Artikel, 8. Straßenbau und -unterhaltung sowie Straßenverkehr, 9. Wasserwirtschaft, 10. Erziehung und Bildungswesen, 11. Gesundheitswesen, Sport und Fremdenverkehr, 12. Beschäftigungsfragen, 13. Renten und Fürsorge, 14. Finanzen, 15. andere, durch besondere Bestimmungen festzulegende Aufgabenkreise.“⁸⁸

Nach Artikel 10, Pkt. 1 erhalten sie gleichzeitig das Recht, die Jahres- und Mehrjahreswirtschaftspläne selbst aufzustellen; sie müssen allerdings im Rahmen der territorialen Besonderheiten mit den zentralen Richtlinien übereinstimmen. In einer Reihe weiterer Bestimmungen werden dann besonders den Wojewodschaftsvolksräten so bedeutende Rechte auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erteilt, daß diese Verwaltungsinstanzen zu den hauptsächlichen Leitungs-, Koordinierungs- und Kontrollorganen im Staate aufrücken, ganz gleich, ob es sich um Handel, Industrie oder Landwirtschaft handelt.

Mit diesem Gesetz, ergänzt durch die während des Jahres 1957 erlassenen Einzelbestimmungen, wurde ein so hoher Dezentralisierungsgrad erreicht, daß nicht nur die größte unter den gegebenen Umständen mögliche Beteiligung der territorialen Organe an der Entscheidung über ihr eigenes Gebiet ermöglicht wird, sondern daß auch die Planungen und Entscheidungen auf ökonomischem Gebiet bedeutend mehr als bisher von wirtschaftlicher Vernunft getragen sein können. Gleichzeitig wurde ein Abbau wei-

terer Verwaltungsetats ermöglicht, der beträchtliche Etateinsparungen mit sich bringt. Alle diese Faktoren sind für eine weitere Gesundung der krisenhaften Wirtschaftslage Polens und eine Stärkung der direkten Einflüsse aus dem Volke auf die Staatsführung von größtem Wert. Sie sind ein häufig übersehener Beweis sehr weitgehender Demokratisierung auf Teilgebieten.

Wahl und Zusammensetzung der Volksräte

Die Kommunalwahl zur Bestimmung der Zusammensetzung der in ihren Rechten ausgeweiteten und gefestigten Volksräte verlief ähnlich wie die Sejmwahlen. Es durften um 50 vH mehr Kandidaten aufgestellt werden, so daß wieder eine positive Selektion möglich war, von der auch rege Gebrauch gemacht worden ist. Besonders auf dem Lande wurden die Kandidaten der „Nationalen Einheitsfront“ oft scharf angegriffen. Wieder trafen sich die „linken“ und „rechten“ Feinde der zentristischen Gomulka-Front, um durch eigene Stimmgewinne von unten her die Bemühungen Gomulkas zunichte zu machen, sei es durch eine örtliche Stalinisierung oder auch durch eine rechte „zweite Etappe“.

Während der Wahlen am 2. Februar 1958 wurden von über 18 Millionen Wahlberechtigten 15,5 Millionen Stimmen abgegeben, so daß eine gegenüber der Sejmwahl geringere Wahlbeteiligung von 85,7 vH erzielt wurde. Es zeigte sich wiederum, wie bereits früher bei der Sejmwahl, daß die Wahlaufforderungen des Regimes in den deutschen Ostgebieten disziplinierter befolgt werden als in den altpolnischen Landesteilen; die oppositionellen Strömungen sind also bei der alteingesessenen Bevölkerung stärker als bei der heterogenen Neubevölkerung der deutschen Ostgebiete, die noch keinen landschaftlichen Zusammenhalt herausgebildet hat und aus den verschiedensten Teilen der altpolnischen Gebiete zusammengesetzt ist. Die Kandidaten der Einheitsliste vereinigten auf sich 96,9 vH aller abgegebenen Stimmen.

Die Parteizugehörigkeit der gewählten Volksräte gestaltet sich folgendermaßen: PZPR: 83 056 Volksräte oder 40,5 vH; ZSL: 43 496 Volksräte oder 21,2 vH; SD: 3476 Volksräte oder 1,7 vH; parteilos: 75 024 Volksräte oder 36,6 vH. Die Verhältnisse liegen also etwas anders als bei den Sejmwahlen vom Anfang 1957 und sind die Bestätigung einer in der Zwischenzeit verstärkten Indifferenz der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Kommunismus. Die Rückgänge bei den einzelnen Parteien zugunsten parteiloser Bewerber sind daneben aber auch aus der Besonderheit der beiden Wahlen zu erklären; bei den Kommunalwahlen ist ein höherer Anteil parteiloser Bewerber zugelassen worden. Der Anteil der Volksräte der abgelauten Amtsperiode beträgt mit 65 345 Personen immerhin 31,9 vH und war nach der während des Wahlkampfes geübten Kritik eher geringer zu erwarten.⁸⁹

Politische Organisationen

Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR)

Die Oktoberumwälzung erschütterte die kommunistische PZPR bis in ihre Grundfesten. In der Partei machten sich die widerstreitendsten Erscheinungen bemerkbar und — was noch negativer war, weil es die wirkliche Stimmung und Haltung gar nicht erkennen läßt — eine lähmende Passivität und abwartende Haltung in vielen Parteiorganisationen und bei vielen Funktionären. In der ersten Zeit nach der Umwälzung vom Oktober 1956 bestand eine organisierte kommunistische Partei in Polen in der eigentlichen Wortbedeutung nicht, sondern nur ein Netz lose zusammenhängender Organisationen. *Gomułkas* Aufgabe mußte also sein, hier erst einmal konsolidierend einzugreifen. Daran hinderten ihn aber gerade diese Passivität und das Abwarten, beides als Tarnung bis zu jenem Zeitpunkt benutzt, da nach ausgetragenen Auseinandersetzungen der einzelnen Parteiflügel — „Pulawy“- und „Natolin“-Gruppe — erkennbar sein würde, wohin man sich ohne persönliche Nachteile wenden können. Es wäre aber ungerecht, wollte man das hierbei stellenweise eine Rolle spielende ehrliche Mißtrauen und das mangelnde ideologische Verständnis für die neuen Forderungen, Aufgaben und Schlagworte, die jetzt so ganz anders klangen als noch vor einer sehr kurzen Zeit, außer acht lassen. Die durch eine Dogmatisierung des ideologischen Denkens eingetretene Unfähigkeit des Funktionärkorps, eigene ideologisch richtige Schlüsse zu ziehen, wirkte sich in dieser negativen Weise auf die Wiedergeburt des Marxismus in Polen aus.

Fraktionskämpfe

Diese Erscheinungen sind daher nicht minder nachteilig gewesen als die Fraktionskämpfe, die, vom ZK angefangen, sich bis in die unteren Parteiorganisationen erstreckten. Die stalinistische „Natolin“-Gruppe sah in der Liberalisierungspolitik einen gefährlichen Machtverlust nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Partei. Sie war für *Gomułka* und seine Anhänger⁹⁰ um so bedrohlicher, als sie nicht nur einen relativ großen Anhang im Funktionärapparat der Partei, sondern auch einen bedeutenden Rückhalt in führenden Moskauer Parteikreisen besaß, die damit eine Schachfigur im innenpolitischen Spiel trotz der Akzeptierung *Gomułkas* behalten wollten.

Während der Tagung des Landesparteiaktivs Anfang November 1956 rief *Gomułka* zur Beilegung der bisherigen ideologischen Streitigkeiten auf, wobei er zugestand, daß nach so einschneidenden Veränderungen, wie sie das VIII. Plenum mit sich gebracht habe, „nicht sofort ein und dieselbe Meinung bei allen herrschen“⁹¹ könne:

„Man muß aus der Sprache der Partei die Bezeichnung Natolin- oder Pulawy-Gruppe ausmerzen. Man darf Parteimitglieder und Aktivisten nicht nach ihren gestrigen Ansichten einschätzen, sondern nach ihrer heutigen Tätigkeit. Der einzige Maßstab für die politische Haltung der einzelnen Genossen ist ihre Haltung zu den Beschlüssen des VIII. Plenums, und zwar nicht die deklarierte, sondern die tatsächliche Haltung, die sich in der Praxis der täglichen Arbeit erweist“⁹².

Die Absicht *Gomułkas*, das ganze Volk für seine Reformen zu gewinnen, zeigt sich auch in der Forderung, die früheren Mitglieder der Sozialistischen Partei (PPS) zu rehabilitieren und für eine positive Zusammenarbeit zu gewinnen, ohne allerdings die PPS wiederzubeleben, wie stellenweise gefordert wurde. Hierfür wurde eine besondere ZK-Kommission vom Politbüro berufen. In dieser Bestrebung finden sich Anklänge an *Gomułkas* Bemühungen aus den Jahren 1947 und 1948, mit der PPS zusammenzuarbeiten, um eine breitere Einwirkungsgrundlage in der Bevölkerung zu erhalten.

Die Ermahnungen, u. a. auch in einem Schreiben des Politbüros Ende 1956 über Dogmatismus und Revisionismus, und die von *Gomułka* zur Verständigung gereichte Hand wurden jedoch von der Natolin-Gruppe ausgeschlagen. Sie begann ihren Einfluß gegen *Gomułka* auszunutzen, ihn zu verleumden und seine Reformen sowohl in der Partei wie auch im öffentlichen Leben zu hemmen und zu erschweren. *W. Kłosiewicz* wurde während der turnusmäßigen Sejmsitzung vorgeschickt, um durch eine Anfrage bezüglich der ereignisreichen Oktobertage eine antisowjetische Erklärung zu provozieren. Der Versuch scheiterte an der gemäßigten, aber bestimmten Antwort, die ihm erteilt wurde; wegen provokativen Verhaltens wurde *Kłosiewicz* daraufhin gemäßregelt. An der Wende 1956/57 gelang es den Stalinisten — der „linken“ Opposition, wie sie nach dem Aufruf *Gomułkas*, die Gruppenbezeichnungen zu unterlassen, nur noch genannt wurden —, ihre Anhänger in den Wojewodschaften Warschau-Land und Rzeszow auf die Posten der Parteisekretäre zu lancieren. Herd der stalinistischen Opposition wurde die Warschauer Parteiorganisation. Hier wurden immer wieder Zweifel an der Richtigkeit der Liberalisierung geäußert und wiederholt herausgestellt, daß die Parteibilanz seit dem Tode *B. Bieruts* Anfang 1956 negativ sei. Es mußte, so wurde hier gefordert, auch die Bewertung der Person und der Verdienste *Stalins* aus der Zeit vor dem XX. Parteitag der KPdSU wiederhergestellt werden.

Gleichzeitig bildete sich eine „rechte“ Opposition, die sogenannten Revisionisten, die sowohl gegen *Gomułka* wie auch gegen die linke Opposition Stel-

lung nahmen. Ihre Konzeptionen umriß Erziehungsminister Wł. Bieńkowski treffend mit folgenden Worten:

„In einer Situation, da man aus der Doktrin und der Methode des Marxismus viele mit dem Marxismus widerstrebende Einflüsse ausmerzen muß, besteht die Tendenz, mit dem Marxismus überhaupt nicht übereinstimmende Lehrsätze einzuführen“⁹³.

Dieser Revisionismus fand besonderen Anklang in der jüngeren Generation der marxistischen intellektuellen Parteimitglieder, womit die bisherige Ansicht korrigiert wurde, sie sei die Prätorianergarde des polnischen Marxismus. Diese marxistische Gruppe, die in der Parteiführung den geringsten und im ZK überhaupt keinen Rückhalt besitzt, scharte sich besonders um die beiden Zeitungen *Po prostu* und *Nowa kultura*. Sie bezeichnen sich selbst als linksstehend, weil sie sich für den Fortschritt einsetzen; in Wirklichkeit stehen sie — legt man die hergebrachten Klassifizierungen für marxistische Abweichungen an — auf dem rechten Flügel ihrer Partei. Im Zentrum zwischen beiden Gruppen steht die Anhängerschar Gomulka mit ihrem Parteiführer, die ich als die zentristische Gruppe bezeichnen möchte.

Der rechte Parteiflügel wird vor allem durch Universitätsprofessoren, wie Leszek Kołakowski, und Publizisten, wie R. Zimand, Edda Werfel und E. Lasota, repräsentiert. Ein unauslöschlicher Haß gegen den Stalinismus und seine Gleichschaltungstendenzen beherrscht diese Gruppe und verwehrt ihr häufig den Blick auf die politischen Realitäten; er läßt sie auch weit über das Ziel der realpolitisch vertretbaren Erneuerung des Marxismus hinausschießen, wie Darlegungen von R. Zimand zeigen:

„Sagen wir es daher deutlich: Da die ganze Partei einst stalinistisch war und da wir jetzt gegen eben diesen Stalinismus kämpfen, wäre es nicht am besten, die gesamte Partei aufzulösen“⁹⁴.

Die revisionistische Gruppe rief Ende Oktober 1956 bereits in *Po prostu* zur Auflösung des kommunistischen Jugendverbandes ZMP auf und leitete damit sein Verschwinden ein. Ihre Einstellung wurde durch die Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung staatsgefährlich, da durch sie die nationalistischen und antisowjetischen Elemente gestützt und, da solche Anschauungen aus Parteikreisen kamen, ihrer Meinung nach auch gerechtfertigt waren.

Die innerparteilichen Fraktionskämpfe in der PZPR wurden noch verstärkt durch die Rede Mao Tse-tungs vom Februar 1957⁹⁵, in der er das Bestehen verschiedener ideologischer Richtungen mit dem Zitat von jenen „hundert Blumen“, die alle blühen können, veranschaulichte. Obgleich der Text der Rede noch weitgehend unbekannt war, kreisten bereits Auszüge aus ihr von Hand zu Hand und schienen zu bestätigen, daß gerade Dogmatismus und Sektierertum, die man mit Stalinismus gleichsetzte, besonders zu bekämpfen seien; man schien durch Mao

gestützt, da über eine Verdammung des Revisionismus nichts bekannt wurde. „Die chinesischen Blumen sehen bestimmt anders aus als die unseren, und nicht alle können sich in unserem Klima entfalten. Aber es lohnt sich, daß man sich darum bemüht, diejenigen, bei denen dies möglich ist, auf unseren Boden zu verpflanzen“⁹⁶ — konnte man in der polnischen Presse lesen.

Die ideologischen Unterschiede der beiden Flügelgruppen wurden mit zunehmender Diskussion immer größer. Die Stalinisten traten mit ihrer übersteigerten These von der Diktatur des Proletariats und dem sich immer mehr verschärfenden Klassenkampf im Zuge des sozialistischen Aufbaus den Revisionisten entgegen, die nicht nur den Klassenkampf als erloschen betrachten und daher das Fortbestehen der Diktatur des Proletariats als unnötig ansehen, sondern in der Formulierung von L. Kołakowski auch der zentristischen Gomulka-Richtung unterstellen, sie wisse nicht weiter, denn ihre Entwicklung sei nicht theoretisch untermauert. L. Kołakowski übernahm auch Zimands Forderungen nach einer Auflösung der alten stalinistischen Partei und einem dann folgenden Aufbau einer sauberen, neuen kommunistischen Partei.

Die Stellung der Gomulka-Gruppe zwischen den beiden Flügeln war insofern nicht immer einfach, weil sie in der obersten Parteiführung, im ZK und im Politbüro, keineswegs eine starke Gruppe bildete, sondern bei ihren Unternehmungen immer auf die Unterstützung der gemäßigten und der orthodoxen Stalinisten angewiesen war; wenn auch die gemäßigten Elemente sich im Oktober 1956 für Gomulka ausgesprochen haben, wie beispielsweise E. Ochab, so bedeutete dies aber keine rückhaltlose Unterstützung aller Schritte Gomulka. Bis zum nächsten Parteitag, der anfänglich Ende 1957 abgehalten werden sollte und auf dem X. ZK-Plenum auf das Jahr 1958 verschoben wurde, muß Gomulka mit dem aufgesplitterten Zentralkomitee auskommen. Er mußte also versuchen, die Parteieinheit auf dem Wege geschickten Taktierens wiederherzustellen.

IX. Plenum des ZK der PZPR (15. bis 18. Mai 1957)

Ein wichtiger Schritt auf dem Wege der innerparteilichen Konsolidierung war das IX. ZK-Plenum, auf dem sich Gomulka zu behaupten wußte, obgleich noch am ersten Tage der Plenarsitzung in der regierungsamtlichen sowjetischen *Iswestija* (vom 15. Mai 1957) ein Angriff gegen Gomulka veröffentlicht wurde, der die stalinistische Gruppe im ZK zu Angriffen gegen ihn ermunterte. Diese Angriffe, die von K. Mijal vorgetragen wurden, gipfelten in der Behauptung, Gomulka's Politik sei gleichbedeutend mit einer „Kapitulation vor dem Kapitalismus“. Mijal wurde durch eingebrachte Vorschläge für die zu fassenden Beschlüsse von seinen Fraktionskollegen unterstützt.

Gomułka, der die Vorwürfe leidenschaftlich zurückwies, wurde von E. Ochab gestützt, der angeblich gesagt haben soll, man habe „genug von Reden, die mit importierter Tinte geschrieben werden“.⁹⁷ In seiner großen Rede ging Gomułka auf die Fraktionskämpfe in der Partei ein, wobei er sich besonders mit dem Revisionismus befaßte. Er zerpflückte die Konzeptionen dieser Gruppe, kritisierte sie und griff besonders L. Kołakowski an. Mit der Betonung, daß „in der heutigen Situation die Parteinheit die wichtigste Vorbedingung ihrer Kraft“ darstelle, sagte er abschließend über den Revisionismus:

„Der Revisionismus untergräbt die Einheit der Partei, er sät Unglauben in den Parteiorganisationen und Anzweiflung der Richtigkeit der Parteipolitik in der Arbeiterklasse. Er entwaffnet die Partei und die Arbeiterklasse im Kampfe für den Sozialismus. Der Revisionismus ist eine Bremse für die soziale Entwicklung“.⁹⁸

Doch er ging auch sofort zum Dogmatismus und Konservatismus der stalinistischen Fraktion über und betonte, daß „dasselbe, obgleich in anderer Weise, der Dogmatismus und Konservatismus bewirken“. Obwohl er bei seinem Angriff gegen die Stalinisten sehr vorsichtig vorging und immer wieder einschränkend betonte, daß die Revisionisten für die Partei viel gefährlicher seien als die Stalinisten, stellte er doch unmißverständlich fest, daß „die Partei nicht einverstanden sein kann, daß in ihrem Schoße irgendwelche Fraktionsgruppen entstehen, ohne Rücksicht auf ihre Bezeichnung“. So zurechtgesetzt, versuchten die Stalinisten nicht mehr, das IX. Plenum für ihre Zwecke einzuspannen. Bezeichnend könnte jedoch eine angebliche Äußerung von St. Pawlak sein, eines Stalinisten der zweiten Garnitur: „Was sollen wir uns über Rechts und Links streiten? Warten wir den Parteikongreß ab, und wir werden sehen, wer die Mehrheit hat.“

Gomułka gelang es gleichzeitig, seine Stellung im Zentralkomitee dadurch zu stärken, daß J. Morawski und Z. Kliszko, zwei unbedingte Gefolgsleute, zu Parteisekretären ernannt wurden; E. Ochab, der zwar das ZK verließ, weil es nicht üblich ist, daß Minister im ZK sind, blieb im Politbüro. Obgleich nicht bedingungsloser Gefolgsmann Gomułkas, so hat er doch seit dem Oktober 1956 verschiedentlich bewiesen, daß er weitgehend Gomułka unterstützt.

Die gefaßten Entschlüsse bestätigten nicht nur die seit dem VIII. Plenum verfolgte Linie, sondern auch die Ausführungen Gomułkas während des Plenums⁹⁹. Von Interesse ist die verschiedenartige Aufnahme des Plenums in der sowjetischen und in der chinesischen Presse. Während die chinesischen Zeitungen sehr genau berichteten und dabei den genauen Wortlaut der Gomułka-Rede in den Mittelpunkt stellten, kürzte die *Prawda* die Ausführungen überall dort empfindlich, wo sie von der in Moskau verbindlichen Linie abwichen. Erst die Juninummer des parteitheoretischen Organs *Kommunist* brachte den vollen Wortlaut der

Gomułka-Rede. Die jugoslawische Presse erklärte sich mit den Ergebnissen des Plenums einverstanden¹⁰⁰.

Die angestrebte Einheit der Partei wurde jedoch durch die programmatischen Erklärungen und Beschlüsse nicht erzielt. Man erwartete sie eigentlich auch nicht sofort; sie mußte sich erst in vielen Diskussionen und Kämpfen auf irgendeinen gemeinsamen Nenner herauskristallisieren, der auch von Gomułka Zugeständnisse forderte.

Während der Tagung der Warschauer Parteiorganisation (24. bis 27. Juni 1957) brachen die Fraktionsverschiedenheiten noch einmal auf. Die Stalinisten brachten erstmals vollends offen den schon seit Beginn der Fraktionstätigkeit geübten Antisemitismus zutage durch den Angriff auf das einzige jüdische Mitglied des Politbüros, R. Zambrowski. Sie griffen auch Gomułka an, wenn auch verschleiert über Angriffe gegen J. Cyrankiewicz und E. Ochab, denen die meisten „Fehler“ während und nach der Oktoberumwälzung zugeschrieben wurden. Erst ein rücksichtsloser Einsatz seines ganzen Prestiges ermöglichte Gomułka, die Spaltung in der Warschauer Organisation zu vermeiden; auch die Erweiterung des stalinistischen Einflusses auf die Parteiorganisation konnte er eindämmen¹⁰¹. Er betonte, daß man bisher nachsichtig gewesen sei, weil man der Ueberzeugung war, die meisten Genossen hätten im guten Glauben gehandelt. Man wollte sie überzeugen und nicht bekämpfen. Er ließ jedoch offen, ob nicht jetzt doch ein anderer Kurs eingeschlagen würde.

Der Beschluß des ZK der KPdSU über den Ausschluß Malenkows, Kaganowitschs und Molotows und die damit erfolgte Liquidierung einer konservativ-dogmatischen Opposition, der am 4. Juli 1957 in der *Trybuna Ludu* zusammen mit dem Leitartikel der *Prawda* veröffentlicht wurde, dämmte die Tätigkeit der ähnlichen polnischen Gruppe keineswegs so stark ein, wie erwartet werden konnte, obgleich zweifellos damit Gomułka freiere Hand zum Vorgehen gegen sie erhielt.

Die in der *Trybuna Ludu* vom 3. Juli 1957 veröffentlichte Mitteilung der chinesischen Presse, daß Revisionisten die freiere Atmosphäre der „hundert Blumen“ ausnützten und eine staats- und parteigefährdende Tätigkeit entfaltet haben, die mit der Aufforderung zum Kampf gegen die chinesischen Revisionisten schloß, ließ die nur scheinbar zurückgedrängte stalinistische Fraktion ihre Angriffe gegen die Revisionisten und ihre Obstruktion gegen die zentristische Gruppe fortsetzen. Gomułka selbst sah sich bei einer solchen Entwicklung im Ostblock gezwungen, gegen Revisionisten strenger vorzugehen als bisher, was sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in einer ideologischen Verhärtung und einem gewissen Entzug der bisher gewährten Rede-, Schaffens- und Schreibfreiheit äußerte.

Die Stalinisten, besonders der Warschauer Parteiorganisation, setzten ihre Verleumdungen der bisherigen Gomułka-Politik jedoch fort. In einem unter der Hand weitergegebenen Pamphlet „List do komunisty“ („Brief an einen Kommunisten“), der unter dem Pseudonym Jan Kosa veröffentlicht wurde, wurde nicht nur die jetzige polnische Parteiführung und ihre politische Linie, sondern auch die Rolle des XX. Parteikongresses der KPdSU vom Frühjahr 1956 für die Weiterentwicklung im Ostblock und in den kommunistischen Parteien gebrandmarkt. Wenn auch die Bekämpfung der stalinistischen Fraktion weiterging, so doch nicht mehr im vollen Lichte der Öffentlichkeit. Die Angriffe richteten sich nun vorwiegend gegen den Revisionismus, wobei der Dogmatismus und Konservatismus stillschweigend unter diese Rubrik „Fraktionsbildung“ eingereiht wurden. Dies offenbarte sich mit voller Deutlichkeit auf dem X. Plenum des ZK.

X. Plenum des ZK der PZPR (24. bis 26. Oktober 1957)

In seinem umfangreichen Grundsatzreferat auf dem X. Plenum legte Gomułka die Lage der Partei, die politische und wirtschaftliche Lage im Lande und die internationale Situation dar. Er forderte eingangs, daß der für Dezember 1957 vorgesehene Parteikongreß verschoben werden solle, was auch bestätigt wurde. Es müsse Zeit gewonnen werden, um die Partei „von den Organisatoren einer Fraktions- und Gruppenbildung, die sich gegen die Generallinie der Partei richten, zu säubern“. Weiterhin sollten „korrupte und moralisch gelockerte Menschen“, „Elemente, die der sozialistischen Idee fremd gegenüberstehen“, „Kombinatoren“, „Aufrührer, Gewohnheitstrinker und Radaubröder“ aus der Partei entfernt werden. Gomułka ließ anklingen, daß bis zur Hälfte der jetzigen Parteimitglieder aus der Partei ausgeschlossen werden könnten. Er dokumentierte damit auch, daß er endlich gewillt war, gegen die Parteispaltung vorzugehen und alles zu tun, damit der „demokratische Zentralismus und die leninistischen Normen des innenpolitischen Lebens zurückgegeben werden“, und bekräftigte, daß „die Freiheit des Wortes nicht die Freiheit des Lügens“ bedeuten dürfte. Er stellte in Aussicht, daß parallel zur Bekämpfung besonders der revisionistischen Abweichungen in der Partei auch eine Aktion gegen alle derartigen Erscheinungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gehen werde, also in der Presse, der Literatur, der Kunst und der Wissenschaft¹⁰².

Gomułka erhielt in der *Prawda* vom 5. 11. 1957 Gelegenheit, seine Politik auf den beiden letzten ZK-Beratungen darzulegen, was einer Billigung dieser auf die Parteieinheit abzielenden Politik selbst bei Opferung der von Moskau inspirierten stalinistischen Fraktion hinauslief, die allerdings mehr zu den Oppositionellen im Kreml hinneigte.

Die Opposition gegen diese Entwicklung führte dazu, daß einige prominente Parteimitglieder, welche die Kursverschärfung auf dem kulturellen Sektor nicht guthießen, aus der Partei austraten; die bedeutendsten von ihnen sind wohl Adam Wazyk, der in seinem „Gedicht für Erwachsene“ Anfang 1956 gegen die herrschenden Zustände in Polen protestiert hatte, und Jan Kot, der als Professor der Literatur an der Universität Warschau den „sozialistischen Realismus“ in Kunst und Literatur scharf kritisierte und ablehnte. Aus Protest wegen der nichterteilten Druckerlaubnis für die geplante Zeitschrift *Europa* traten die vorgesehenen Redakteure dieser Zeitschrift aus der Partei aus, darunter einige bedeutende Schriftsteller, wie J. Andrzejewski, M. Jastrun, P. Hertz und J. Zulawski.

Die polnische Partei erhielt bei ihrem Kampf gegen den Revisionismus allerdings Schützenhilfe aus Moskau, wo in der *Prawda* vom 5. Februar 1958 L. Kołakowski wegen seiner die volle Revision des Marxismus verlangenden Arbeiten kritisiert und angegriffen wurde: „Was Imre Nagy in Ungarn in der Praxis tat, tun die Kołakowskis in der Theorie.“

XI. Plenum des ZK der PZPR (27. Februar bis 1. März 1958)

Das XI. Plenum befaßte sich mit der wirtschaftlichen Situation des Landes und den wirtschaftspolitischen Richtlinien für die Zukunft. Trotzdem kam es auch außerhalb dieses Fragenkomplexes zu Zusammenstößen mit stalinistischen Fraktionsangehörigen. W. Kłosiewicz griff sowohl die wirtschaftspolitische Einstellung der Regierung wie auch Gomułka an, den er beschuldigte, den erneuten Zusammenschluß der kommunistischen Parteien der Welt in einer kominformähnlichen Institution zu behindern.

Gomułka machte nunmehr wahr, was er bereits auf dem letzten ZK-Plenum angekündigt hatte, und betrieb erfolgreich den Ausschluß von Kłosiewicz aus dem Zentralkomitee. Die *Trybuna Ludu* erklärte dazu, daß diese Entscheidung „eine Warnung für diejenigen bedeutet, die zum alten System zurückkehren möchten, die versuchten, Verwirrung in der Partei zu säen, die die Einheit der Partei mißachteten und deren Handlungsfähigkeit zu lähmen drohten“¹⁰³. Aus dem ZK wurde einige Tage später auch St. Matuszewski, ein weiterer Stalinist, ausgeschlossen und durch St. Stachacz, einen erklärten Gomułka-Anhänger, ersetzt. So gelang es Gomułka auch während dieses Plenums, seine Stellung in der Partei zu stärken. W. Kłosiewicz wurde gleichzeitig von seinem Regierungsposten eines stellvertretenden Ministers für Arbeit und Sozialfürsorge abgelöst.

Diese Entwicklungen und die in der Zwischenzeit bereits in vollem Gange befindliche Parteisäuberung ließen vermuten, daß Gomułka sich entschließen werde, den Parteitag im Laufe des Jahres 1958 abzuhalten. Obgleich seine Stellung in der eigenen Par-

tei soweit konsolidiert schien, führten die letzten Entwicklungen um die Hinrichtung von Imre Nagy und P. Maleter, der ungarischen Aufstandsführer von 1956, jedoch dazu, daß das für den Sommer 1958 vorgesehene ZK-Plenum zur Vorbereitung des Parteitages abgesagt wurde. Damit dürfte auch der Parteitag auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben worden sein, da die wieder aufgelebte linke Opposition anscheinend an Stärke zugenommen hat und erst wieder neutralisiert werden muß.

Parteisäuberung

Eine Parteisäuberung (auch „Verifizierung“ genannt) wurde bereits, wenn auch weitgehend nicht-öffentlich und zahlenmäßig relativ geringfügig, seit dem IX. Plenum Mitte 1957 betrieben. Doch erst der Beschluß des X. Plenums „über die Ueberprüfung der Parteimitglieder“¹⁰⁴ lieferte die offizielle Handhabe hierzu. Bezeichnend ist, daß er sich nur gegen den Revisionismus wendet und die stalinistische Fraktionsbildung nahezu stillschweigend übergeht. Dies liegt auf der Linie der Parteitaktik, die seit der zweiten Hälfte 1957, und zwar ungefähr seit der Ausschaltung der oppositionellen Molotow-Gruppe aus dem ZK der KPdSU, die stalinistische Gruppenbildung nur noch bei drastischen Angriffen, wie während des XI. Plenums, zur Raison bringt, sonst aber gegen sie ziemlich lasch verfährt. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in den anderen osteuropäischen kommunistischen Parteien festzustellen. So leiten sogar manche Parteifunktionäre, die in der stalinistischen Periode in der vordersten Parteilinie standen, die Säuberung der Partei von Revisionisten. Viele Funktionäre aus der stalinistischen Opposition hingegen wurden auf diplomatische Auslandsposten geschickt und damit für die internen Parteiauseinandersetzungen kaltgestellt, womit eine beträchtliche Schwächung dieser Opposition erreicht wurde. Diese Art der Ausschaltung der stalinistischen Opposition ist wegen ihrer Schmerzlosigkeit sehr beliebt. Im Herbst 1957 wurden beispielsweise die stark kompromittierten Fr. Mazur und General K. Witaszewski zum Botschafter bzw. zum Militärattaché in Prag ernannt. Neuerdings scheint sich mit der Ablösung des 1. Parteisekretärs für die Wojewodschaft Warschau, T. Pawlak, eine neuerliche Säuberungsaktion gegen die linke Opposition im Funktionärskader abzuzeichnen.

Bestand und Zusammensetzung der Partei

Die Zusammensetzung der PZPR wird als nicht befriedigend angesehen, denn sie entwickelt sich von den als Fundament angesehenen Arbeitermassen auf eine beträchtliche Intellektualisierung hin (in vH der Mitgliederzahl)¹⁰⁵:

| | 1948 | 1951 | 1955 | 1956 |
|--|------|------|------|------|
| Arbeiter (incl. Landarbeiter) | 60,5 | 49,3 | 45,1 | 44,6 |
| Bauern | 16,9 | 13,3 | 13,0 | 12,8 |
| Angestellte und Beamte | 20,3 | 35,2 | 39,2 | 39,5 |
| Andere (incl. Selbständige und Handwerker) | 2,3 | 2,2 | 2,6 | 3,1 |

Innerhalb der letzten neun Jahre ist also der Anteil der Arbeiter um 15,9 vH zurückgegangen, während der Anteil der Angestellten und Beamten um 19,2 vH gestiegen ist.

Eine weitere „Entproletarisierung“ der Partei wurde auch während der Parteisäuberung nicht abgestoppt. Diese Erscheinung ist bezeichnend für die Entwicklung der polnischen Partei, die immer stärker zu einer Partei der Intellektuellen wird, was „unbestreitbar ein Minus der Verifizierung“ ist¹⁰⁶.

Während der Parteisäuberung wurden 200 161 Mitglieder und Kandidaten ausgeschlossen bzw. von der Parteiliste gestrichen, wobei die Zahl der Ausgeschlossenen 27 255 Mitglieder beträgt. Damit wurde der Parteibestand um 16,1 vH verringert. Von den aus der Partei ausgeschiedenen früheren Mitgliedern waren 49,1 vH Arbeiter, 15,3 vH Bauern und 24,9 vH Angestellte und Beamte. Damit hat die Partei prozentual wesentlich mehr Arbeiter und Bauern als Angestellte und Beamte verloren; ihre soziologische Struktur hat sich weiter zuungunsten des Anteils der Arbeiter- und Bauernschaft verschoben. Die Entproletarisierung setzt sich auch in den Neuaufnahmen fort. Zwischen Dezember 1957 und Mai 1958 wurden in die Partei 4249 neue Mitglieder aufgenommen, von denen 36,5 vH Bauern, 30,8 vH Beamte und Angestellte und nur 25,6 vH Arbeiter waren¹⁰⁷. Weiterhin ist bezeichnend — ohne daß es allerdings exakt durch Zahlen belegt werden kann —, daß die Alterszusammensetzung der Partei durch die Säuberung beträchtlich gelitten hat. Es wurden wesentlich mehr junge Menschen ausgeschlossen als ältere Leute, so daß neben der Entproletarisierung der Partei ein weiteres Kennzeichen ihrer Entwicklung eine Vergrößerung ist, die sich sowohl nachteilig auf die Flexibilität gegenüber neuen Aufgaben wie auch wenig einladend auf den Parteieintritt junger Leute auswirken kann.

Die PZPR und ihre „Bruderparteien“

Beim Abschluß des VIII. Plenums befürchtete Gomulka:

„Vor uns werden sich große Schwierigkeiten auftürmen, und zwar ... werden es Schwierigkeiten sein, die mit der Gestaltung unserer brüderlichen Beziehungen zur KPdSU zusammenhängen können“¹⁰⁸.

Seine Befürchtungen traten nur zum Teil ein, denn die „Deklaration der Regierung der Sowjetunion über die Entwicklung und weitere Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“ vom 30. Oktober 1956¹⁰⁹ räumte die meisten jener Befürchtungen aus dem Weg, die Gomulka hegen konnte.

Die sowjetische Deklaration wurde durch eine chinesische Erklärung, die ebenfalls die Gleichberechtigung aller Ostblockpartner und die Möglichkeit eines eigenen Weges für die einzelnen Parteien beinhaltete, unterstrichen und bekräftigt¹¹⁰.

Der Staatsbesuch Gomulka mit einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation in Moskau Mitte November 1956 führte die erhoffte offizielle Bestätigung für die polnischen Umwälzungen seitens des östlichen Nachbarn herbei, so daß Gomulka, wohl in Anspielung auf seine Schlußrede vor dem VIII. Plenum, sagen konnte:

„Nach Beendigung der Gespräche können wir heute mit Befriedigung sagen, daß unsere Befürchtungen keine Bestätigung in der Haltung der sowjetischen Delegation gegenüber den von uns vorgelegten Angelegenheiten gefunden haben¹¹¹.“

Chruschtschow bestätigte in einigen seiner Reden und Ausführungen, daß die sowjetische Partei nicht nur, wie bereits in der Deklaration dargelegt, die Gleichberechtigung aller Ostblockpartner respektieren will, sondern daß auch „jedes Land, sei es Polen, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien oder irgendein anderes Land, seine spezifischen nationalen und sozialen Gegebenheiten besitzt und sie bei der Bildung seiner neuen Gesellschaft berücksichtigen sollte“.¹¹²

Die gemeinsame Deklaration bekräftigte die Gespräche und Abmachungen und gab den Polen neben einigen wirtschaftlichen Vorteilen und Hilfeleistungen und der Regelung der Stationierung der sowjetischen Truppen in Polen — also der erstrebten Souveränitätsausweitung — auch die Gewißheit, daß jetzt erst die Fortführung der Oktoberumwälzung gesichert ist¹¹³. Gleichzeitig wurden Repatriierungsabmachungen zwischen den beiden Staaten getroffen, in deren Durchführung bis Mitte 1958 150 000 polnische Staatsbürger aus der Sowjetunion nach Polen zurückkehren konnten.

Gomulka tat nun seinerseits alles, was nur möglich war, um den sowjetischen Nachbarn die Gewißheit zu geben, daß er sich in das sozialistische Lager einordnen wolle; in nahezu jeder seiner Reden betonte er besonders, daß es für das polnische Volk lebenswichtig sei, im Ostblock zu verbleiben, und für die polnische Partei notwendig, sich in die Gemeinschaft der anderen kommunistischen Parteien einzuordnen. Seine anfänglich strikte Verneinung des sowjetischen Führungsanspruches im politischen Leben des Ostblocks modifizierte er im Laufe des Jahres 1957 so weit, daß er trotz gegenteiliger, wenn auch abgeschwächter Beteuerungen Anfang 1958 diese Führungsrolle schon wieder weitgehend anerkannte.

Die PZPR war in der ersten Zeit nach dem Oktoberumschwung und dem sowjetisch-polnischen Uebereinkommen bestrebt, sich die Unterstützung der anderen kommunistischen Parteien zu sichern, da deren Haltung zu den polnischen Ereignissen in vielen Fällen ziemlich negativ war. Die polnische Partei, hieß es, habe dies „mit Trauer und Wehmut in den kommunistischen Zeitungen vieler Länder“ gelesen¹¹⁴.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die Einstellung der polnischen Partei und ihrer Führer zu den Ereignissen in Ungarn gesehen werden. Anfänglich wurde die ungarische Bewegung als „Ferment der Freiheit und Demokratisierung“ angesprochen, und in einem Artikel der *Trybuna Ludu* vom 28. Oktober 1956 wurde die Schuld daran den stalinistischen Fehlern der Vergangenheit zugemessen. In einem Appell des ZK der PZPR an „die Brüder Ungarn“, J. Kadar und I. Nagy, der nach der Zurückziehung der sowjetischen Truppen und vor ihrem entscheidenden Zustoßen abgesandt wurde, wird die Ansicht geäußert, daß das ungarische Programm „den Interessen des ungarischen Volkes und des ganzen Friedenslagers entspricht“¹¹⁵; denn — wie die parteiamtliche *Trybuna Ludu* vom 28. Oktober 1956 schrieb — „nicht gegen die sozialistische Revolution wuchs in Ungarn die Welle der Feindschaft, sondern, ähnlich wie dies in den Posener Junitagen war, gegen die Elemente der Tyrannei, die sich unter dem Deckmantel der Revolution versteckten, und gegen eine degenerierte Bürokratie, die sich mit dem Schild des Sozialismus tarnte“. Doch als die sowjetischen Truppen eingriffen, zeigte sich, daß eine solche Beurteilung nicht mit der sowjetischen übereinstimmte und daß ihre Aufrechterhaltung auch für Polen eine Tragödie ähnlichen Ausmaßes heraufbeschwören könnte, obgleich die erste Bitte um Intervention sowjetischer Truppen noch als „eine Entscheidung mit höchst tragischen Konsequenzen“ beurteilt worden war. So wurde die Meinung der polnischen Partei immer stärker der im Ostblock vorherrschenden sowjetischen Meinung untergeordnet. Bereits am 29. November 1956 betonte Gomulka in einer Rede, daß es „für das ungarische Volk ein Unglück war, daß an die Spitze der gerechtfertigten Forderungen nicht zeitig genug die Partei sich geschoben hatte und daß die Partei nicht den Prozeß geführt hat, der diesen Bestrebungen auf notwendige sozialistische Umgestaltungen entsprochen hätte“.¹¹⁶ Er schwenkte dann Mitte März 1957 in seiner Gratulationsadresse aus Anlaß des Jubiläums der ungarischen Revolution von 1848 vollends ein:

„Ich bin überzeugt, daß das von der Ungarischen Arbeiterpartei aufgestellte Programm der einzig mögliche Weg zur Ueberwindung der gegenwärtig von Ungarn durchgemachten Schwierigkeiten ist“¹¹⁷.

Trotz der mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge war die gemeinsame Erklärung des ZK der SED und des ZK der KP der Tschechoslowakei vom Ende Dezember 1956, in der sich die Parteien verpflichtet haben, allen Spaltungsversuchen in der marxistischen Arbeiterbewegung entgegenzutreten, eine Brückierung und Warnung für Polen. Als weitere Warnung konnte Polen die Budapest Ostblockkonferenz werten, an der mit Ausnahme der polnischen und jugoslawischen Partei nahezu alle anderen Ostblockparteien teilgenommen haben. In dem Kom-

muniqué dieser Anfang 1957 abgehaltenen Tagung wurde der „faschistische und konterrevolutionäre Hintergrund“ der ungarischen Vorfälle besonders herausgestellt¹¹⁸.

Die schon erwähnte ideologische Fehde der Edda Werfel mit H. Axen vom Dezember 1956 trug ebenfalls dazu bei, daß die Beziehungen zu den „brüderlichen“ Ostblockparteien sich abkühlten. Da an dieser Diskussion neben E. Werfel noch andere polnische Parteipublizisten teilnahmen, wie J. Mański, die später zwar durch ihren Revisionismus auch in der polnischen Partei auf Schwierigkeiten stießen, jetzt aber noch geduldet für die Partei zu sprechen vorgaben, schien hier wirklich die Meinung der offiziellen polnischen Parteiführung anzuklingen. Der polnisch-ostdeutsche ideologische Ausgleich sollte während der Verhandlung einer ostdeutschen Parteidelegation in Warschau Mitte Dezember 1956 herbeigeführt werden, doch man hat nur eine „grundsätzliche Übereinstimmung in allen erörterten Angelegenheiten festgestellt“¹¹⁹. Kurz darauf verhandelte die PZPR jedoch mit der jugoslawischen KP (Ende Dezember 1956), und man kam überein, „die Zusammenarbeit weiter auszudehnen“¹²⁰, obgleich Jugoslawiens Stellung zum Ostblock zu dieser Zeit noch durchaus unklar war. Diese Verhandlungen sind womöglich der Grund dafür gewesen, daß die PZPR zu den Budapester Verhandlungen nicht eingeladen wurde.

Ein Wendepunkt in den Beziehungen zu den anderen Parteien im Ostblock war für die PZPR sicherlich der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu En-lai in Warschau Mitte Januar 1957. Nachdrücklich wurde dabei die Richtigkeit des polnischen Weges betont, und Tschu En-lai hatte Gelegenheit, festzustellen, daß „wir eure Erfolge für unsere ansehen und eure Schwierigkeiten für unsere“¹²¹. Die Identifizierung Chinas mit den polnischen Umwälzungen, die während der Asienreise Cyrankiewiczs anläßlich seines Besuchs in Peking Mitte April 1957 noch bekräftigt wurde, öffnete zusammen mit den jetzt folgenden Bestätigungen des polnischen Weges durch in Warschau weilende Delegationen vieler westeuropäischer kommunistischer Parteien und durch die nacheinander mit allen anderen Ostblockparteien geführten Besprechungen der PZPR wieder den Zugang zur großen Familie der Ostblockparteien, wobei stellenweise Gomulka immer wieder Zugeständnisse machen mußte. Er war sich jedoch darüber im klaren, daß er im Zustand der Isolation bei allen seinen innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und bei der geographischen Lage, der auch im Modell des „eigenen Weges“ eine beträchtliche Rolle eingeräumt wird¹²², seine Liberalisierung nicht durchführen und wohl auch die Souveränität des Staates nicht erhalten könnte. Alle diese Zugeständnisse, die zwar eine politische Bedeutung, aber nicht unbedingt immer konkrete Aus-

wirkungen auf die innerpolnische Taktik Gomulkas hatten, sind wohl zu einem wesentlichen Teil das Produkt der geopolitischen Zentrallage im Ostblock.

Als von „besonders grundlegender Bedeutung“ für Polen wurden die Beschlüsse des ZK der KPdSU über den Ausschluß der oppositionellen ZK-Gruppe Molotows angesehen, denn „sie bestätigen die Richtigkeit jener Richtung, die, gleichzeitig den Sozialismus und die Souveränität Polens stärkend, im Interesse unser beider Völker das Bündnis zwischen Völkern und dem großen östlichen Nachbarn stärkte“¹²³. So wurde dieser sowjetische ZK-Beschluß in Polen mit großer Hoffnung für die eigene Entwicklung aufgenommen, und die sich anschließenden freundlichen Äußerungen Chruschtschows über Polen stärkten die Gewißheit, daß die eigene Entwicklung und die eigene Stellung im Ostblock gefestigt worden seien, ebenso auch die polnische Unabhängigkeit und Souveränität. Die verschiedenen Besuche sowjetischer Staatsmänner, wie Woroschilows und Frau Furzewas, im Laufe des Jahres 1957 bestärkten diese Empfindungen weiter.

Im Gefolge der sowjetischen Genossen nahm Polen auch engste Beziehungen zu Jugoslawien auf. Am 10. September 1957 traf eine polnische Delegation mit Gomulka und Cyrankiewicz an der Spitze in Belgrad ein und führte Besprechungen, die eine Ausweitung der polnisch-jugoslawischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten, auch dem parteilichen, zum Gegenstand hatten. Trotzdem fühlten sich sowohl Tito als auch Gomulka verpflichtet, eingedenk ihrer Sonderstellung im Ostblock zu betonen, daß man nicht daran denke, eine gemeinsame Fraktion in der Gemeinschaft der kommunistischen Parteien des Ostblocks zu bilden. In seiner Rede nach Beendigung des Staatsbesuches betonte Gomulka, daß „alle Ziele ... erreicht worden sind“, daß andererseits aber durch diesen Besuch auch die Einheit der sozialistischen Staaten gefestigt worden sei¹²⁴.

Seine Zugehörigkeit zum Ostblock unterstrich Polen weiterhin durch die Unterzeichnung der „Deklaration der Beratung der Vertreter kommunistischer und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder“¹²⁵, die am 16. November 1957 aus Anlaß des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau erlassen wurde. Nur Jugoslawien schloß sich von der Unterzeichnung dieser im Stil der Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Komintern vom Jahre 1928 verfaßten Deklaration aus¹²⁶. Gomulka aber, der sich 1947 der Bildung des Kominform widersetzt hatte, sah jetzt die Notwendigkeit ein, sich der durch diese Deklaration geschaffenen Gemeinschaft der Parteien anzuschließen, wenn er den trotz zwischenzeitlicher Verschärfungen gegenüber früher wesentlich liberaleren Kurs durchhalten wollte. Damit führte er jene Politik fort, die er seit Beginn seiner Reformen in bezug auf die Bruderparteien verfolgt hatte. In einer nachträg-

lichen Rede in Warschau stellte sich Gomułka auf den Standpunkt dieser Deklaration, betonte aber, daß im inneren Bereich auch weiterhin eine Eigenentwicklung möglich sein wird, obgleich die Parteisäuberung, die sich wie in den anderen Ostblockstaaten vor allem auf die Revisionisten konzentriert, eine gewisse Schwenkung auf die Ostblocklinie auch in der inneren Entwicklung Polens, soweit sie parteitheoretische Dinge betrifft, feststellen läßt.

So schloß sich Gomułka ebenfalls der Aktion der KPdSU und des Ostblocks gegen die jugoslawische KP an, obwohl deren Programmentwurf, der sich einige bedeutsame Freiheiten gegenüber Moskau herausnahm, von der polnischen Presse nicht durchweg unfreundlich kritisiert wurde. Daß dieser Schritt Tito angekündigt worden ist, läßt die Absage seines Besuches in Warschau Ende Mai 1958 vermuten, der Polen nur Schwierigkeiten in den zwischenparteilichen Ostblockbeziehungen hätte bereiten müssen. Dieser Schritt ist dabei keineswegs von vornherein geplant gewesen. So hatte die parteiamtliche *Trybuna Ludu* noch am 23. April 1958 betont, der Entschluß der PZPR, zum jugoslawischen Parteikongreß nur einen Beobachter zu entsenden, dürfe „keinen Einfluß auf die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Parteien und unseren Staaten nehmen, die beide das gleiche Ziel, den Sozialismus und einen dauerhaften Frieden, anstreben.“ Gomułka sagte dann Ende Juni 1958, daß „in den heutigen Verhältnissen jedes Land, das den Sozialismus nur in Anlehnung an seine eigenen Kräfte

bauen möchte, nicht länger als 27 Tage überdauern würde... Dies betrifft auch Polen.“ Jugoslawien könne als separater sozialistischer Staat nur existieren, weil die Gemeinschaft der restlichen zwölf sozialistischen Staaten bestehe:

„Die jugoslawische KP, die infolge ihrer fehlerhaften revisionistischen Theorien Jugoslawien separiert und von der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten zurückhält, fügt dadurch den vereinigten Kräften der sozialistischen Staaten und der ganzen internationalen Arbeiterbewegung einen Schaden zu“¹²⁷.

Da diese auch für die polnische Entwicklung bedeutsame Stellungnahme verhältnismäßig lange auf sich warten ließ, liegt die Vermutung nahe, daß Gomułka (trotz der Erkenntnis, im Ostblock verbleiben zu müssen) diese Verdammung keineswegs leichten Herzens aussprach. Gleichzeitig hieß er auch die Hinrichtung von Nagy und Maleter gut, wenn auch sehr vorsichtig und verklausuliert. Auch damit wartete er mehrere Tage. Er scheint sich darüber im klaren zu sein, daß diese beiden Tatsachen und seine Äußerungen die außenpolitische und parteipolitische Selbständigkeit Polens sehr stark beschnitten haben und für die Zukunft ein vorsichtiges Taktieren und Lavieren werden nach sich ziehen müssen. Denn trotz dieser Vertretung der Ostblockmeinung scheint er geneigt zu sein, die allgemeinen Reformen in Polen nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen.

Die polnischen Satellitenparteien (ZSL und SD)

Das polnische Parteienleben ist gekennzeichnet durch das Vorhandensein zweier weiterer Parteien, denen ausgesprochene Sonderaufgaben im politischen Leben beigegeben werden: die ZSL (Vereinigte Bauernpartei) und die SD (Demokratische Partei). Beide gelten als nichtkommunistische Parteien. Ihre politische Aktivität geht weit über jenes Maß hinaus, das den auch in den anderen Volksdemokratien vorhandenen Satellitenparteien zugebilligt wird. In den Sejmdiskussionen vertreten die Abgeordneten dieser Parteien sehr nachhaltig ihren Standpunkt, und oft kommt es vor, daß sie eine erstaunlich scharfe Kritik an den Maßnahmen der Regierung anmelden; sie verfügen auch über eine beachtlich große Parteipresse. Die ZSL wendet sich dabei den Problemen landwirtschaftlicher Natur zu, und obgleich sie eine maßvolle Kollektivierung billigt, vertritt sie immer wieder die Interessen des bäuerlichen Privateigentums. Die SD wiederum nennt sich selbst die Partei der nichtkommunistischen Intelligenz und des nichtkommunistischen Bürgertums, womit sie ihre Rolle umreißt: sie tritt vor allem für eine uneingeschränkte Wiedereinführung der Privatinitiative in Handel, Handwerk und Gewerbe ein und beobachtet mißtrauisch die Kursschwankungen der Regierung, die gerade auf diesem Gebiet in der letzten Zeit aus wirtschaftlichen

Gründen eine gewisse Rücknahme der gewährten Freiheiten herbeiführte.

Die diesen beiden Parteien zugebilligte Stellung im politischen Leben geht deutlich aus der Tatsache hervor, daß die neue Landwirtschaftspolitik des Regimes mit der Gewährung bäuerlichen Eigentums und der Auflösung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in einer gemeinsamen Erklärung der PZPR und der ZSL, den „Grundsätzen der Agrarpolitik“¹²⁸, proklamiert worden ist.

Obwohl nichtkommunistisch und auch nicht besonders durch erschwerende Vorschriften über Mitgliederzugang exklusiviert, lehnen es beide Parteien ab, „aus der PZPR ausgestoßene Menschen“ aufzunehmen, wobei allerdings „das Problem der aus der PZPR ausgetretenen und aus ihren Listen gestrichenen Menschen etwas anders gestaltet ist“¹²⁹. Mit einer Parteisäuberung, wie sie die PZPR durchführte, rechnet man bei der SD — und wohl auch gleichermaßen bei der ZSL — nicht, da — wie es die SD faßte — „bei uns keine zwei Parteiflügel bestehen und irgendwelche Parteisäuberungen auch unter anderen Gesichtspunkten nicht zu erfolgen brauchen“¹³⁰.

Die Stellung der PZPR zu diesen beiden Parteien ist durch die Existenz einer Ende 1956 geschaffenen

„Verständigungskommission der politischen Parteien und Organisationen“ gekennzeichnet, in der die drei polnischen Parteien zusammengefaßt werden. Durch diese Verständigungskommission soll der PZPR Gelegenheit gegeben werden, auf die Politik der beiden nichtkommunistischen Parteien, die sich der politischen Führung der PZPR anvertrauen, Einfluß zu nehmen; die PZPR wird in jeder Hinsicht als die Führerpartei anerkannt.

Trotzdem sammelten sich in diesen beiden Parteien beträchtliche oppositionelle Kräfte, die *Gomulka* in seiner Rede vor dem IX. ZK-Plenum kritisch zur Zusammenarbeit zwischen der PZPR und der ZSL Stellung nehmen ließen. Er führte aus:

„Unsere Partei ist sehr beunruhigt durch das Eindringen von fremden und sogar feindlichen Elementen in einige Zweigorganisationen der ZSL. Wir drücken unsere tiefe Beunruhigung wegen der toleranten Einstellung einiger führender ZSL-Organen gegenüber diesen Erscheinungen aus. In einigen ZSL-Zweigorganisationen finden offene feindliche Angriffe gegen unsere Partei und gegen die Volksmacht sowie gegen die Zusammenarbeit der ZSL mit unserer Partei statt¹³¹.“

Gomulka forderte beide nichtkommunistischen Parteien auf, mit solchen Erscheinungen aufzuräumen und besser darauf zu achten, daß sich solche Ereignisse

nicht wiederholen. Im Zuge der Verschärfung des politischen Kurses in Polen seit Mitte 1957 wurden auch die Führungsansprüche der PZPR gegenüber diesen beiden Parteien erweitert, so daß weniger „Konsultationen und interparteiliche Verständigungen“¹³² — wie *Gomulka* noch während des X. ZK-Plenums beteuerte —, sondern oftmals direkte Ingerenz der PZPR in die Belange dieser Parteien sie ausrichtet und gefügig macht. Der Generalsekretär der SD, *Leon Chajn*, kritisierte während des SD-Kongresses im Januar 1958 bei der Darlegung der interparteilichen Zusammenarbeit, daß „oftmals nicht zu Methoden der Ueberzeugung, sondern zu Methoden der Bekämpfung“ gegriffen wird, um die Meinung der PZPR durchzusetzen, obgleich die „Widerstände gegen die Anerkennung der Führerrolle der PZPR beseitigt worden sind“¹³³. Darin offenbart sich schon, daß diese nichtkommunistischen Parteien von der PZPR nur als Mittel zum Zweck der Einwirkung auf die nichtkommunistischen Bevölkerungskreise angesehen werden; eine eigene Opposition wird ihnen, besonders auch in der neuesten politischen Entwicklung, nicht zugestanden, und wo sie geübt wird, wird gegen sie notfalls auch mit „Methoden der Bekämpfung“ vorgegangen.

Wandlungen der Jugendbewegung

Der Staatsjugendverband ZMP, der in der Vergangenheit aus Jugendlichen „mit festem Knochenbau und einer eigenen, wenn auch vielleicht nicht immer richtigen Meinung“ „rückgratlose Neutren“¹³⁴ zu machen verstand, befand sich während der Oktoberumwälzungen im Stadium weitgehenden Zerfalls, der trotz begonnener Stabilisierungsbestrebungen durch einen Aufruf der *Po prostu* vom Ende Oktober 1956 besiegelt wurde. Die während der Sitzung der ZMP-Hauptverwaltung Anfang November 1956 nur in sehr unzulänglicher Weise vorgenommene Umgestaltung des Präsidiums konnte den Zerfallsprozeß genauso wenig aufhalten wie die „Deklaration über die Notwendigkeit der Einheit“¹³⁵, da zu dieser Zeit bereits viele Regionalorganisationen faktisch zu bestehen aufgehört hatten. Das Warschauer ZMP-Aktiv war sich schon in der zweiten Hälfte des November darüber klar, daß „jeglicher Versuch, den ZMP zu retten, nutzlos wäre, denn in der Praxis existiert er nicht mehr“¹³⁶. Am 11. Januar 1957 erlosch der ZMP auch juristisch, und zwar mit dem Auflösungsbeschluß seiner zentralen Führungsgremien. Als Begründung wurde angegeben, daß „die meisten Zweigorganisationen sich aufgelöst haben“¹³⁷.

Schon seit dem *Po prostu*-Aufruf begannen neue Jugendorganisationen aus dem Boden zu schießen, die oftmals, wie besonders der ZMD (Verband der jungen Demokraten), eine antikommunistische und antisowjetische Tätigkeit entfalteten, meist aber einen

unpolitischen und von der PZPR nicht bevormundeten Zusammenschluß anstrebten. Die Jugend ließ sich aber selbst in diesen ihrer vielfach sehr oppositionellen und nach dem anderen Extrem tendierenden Einstellung weitgehend entgegenkommenden Organisationen kaum organisieren. Der Zerfall des ZMP wurde als eine Wiedergewinnung der persönlichen Freiheit empfunden, die sich in spontan gegründeten Jazzklubs, Experimentiertheatern oder einfachem Müßiggang, aber auch in zunehmendem Rowdytum manifestierten. So hat der Zerfall der Jugendbewegung gewiß zur Lockerung der Moral und Ethik unter den Jugendlichen beigetragen. Schon zu dieser Zeit wurden Zentralisierungsbewegungen mit der Gründung eines „Einheitskomitees der Polnischen Jugend“¹³⁸ offenkundig, weil die PZPR befürchtete, die Zersplitterung der Jugend werde „eine Opposition sowohl gegen unsere Partei wie auch gegen die übrigen politischen Parteien ins Leben rufen“¹³⁹. Es bedurfte jedoch noch geraumer Zeit und einiger ähnlicher Versuche, bis die beiden größten der neu entstandenen Verbände — in denen dazu die meisten liberalen ZMP-Funktionäre eine überwältigende Rolle spielten —, der RZM (Revolutionärer Jugendverband) und der ZMR (Verband der Arbeiterjugend), Anfang Januar 1957 den neuen Zentralverband ZMS (Verband der sozialistischen Jugend) begründeten. Diesem Verband gliederten sich die meisten kleinen Verbände der städtischen Jugend

ein, bzw. sie wurden aufgelöst, wie der radikal oppositionelle ZMD.

Die ländliche Jugend begründete aus der Erbmasse des ZMP noch im November 1956 den ZMW „Wici“ (Landjugendverband „Wici“), der durch seine Namensgebung an den 1923 gegründeten und 1948 in den ZMP übergeführten Verband zielbewußt erinnern sollte. So waren für die unter liberaleren Methoden zu führende Jugendarbeit zwei Verbände vorhanden: ZMS und ZMW; dazu kam noch der von vornherein als Pfadfinderverband unpolitisch eingestellte Wandervogel-Verein.

In allen drei Verbänden wurden seit dem ersten Tage ihrer Entstehung, bzw., wie beim Pfadfinderverband, ihrer Neuorientierung, erbitterte Fehden zwischen den eine völlig unpolitische Arbeit und Parteieingebundenheit fordernden Liberalen und den früheren ZMP-Funktionären ausgetragen, die zwar auch liberaler als in dem alten Verband, aber doch weitgehend nach einer ideologischen und politischen Richtschnur unter der Führung der PZPR arbeiten sollten¹⁴⁰. Die organisatorischen und personellen Umstellungen sowohl im ZMS wie auch im ZMW, bei dem man sich nach langen Debatten geeinigt hat, den Namen „Wici“ wegzulassen, änderten nichts an der saft- und kraftlosen Arbeit in der Jugendbewegung, der auch gerade die einflußreichsten Jugendzeitungen, wie beispielsweise die *Po prostu*, die die Neuorientierung eingeleitet hatte, keine Unterstützung mehr angedeihen ließen.

Wiederholt betonte Gomułka seit Begründung des ZMS und ZMW, daß die früheren Erfolge der ZMP-

Arbeit nicht geleugnet werden sollten und man die positiven Seiten dieser Tätigkeit in die neue Jugendarbeit übernehmen solle. Mit dieser Unterstützung setzten sich jene Elemente durch, die in diesen beiden Verbänden nichts anderes als eine Fortsetzung der auf Stadt- und Landebene nur in zwei verschiedenen Verbänden organisierten früheren ZMP-Arbeit sahen.

Die stärksten Widerstände gegen eine politische Unterordnung und Ausrichtung wurden in der Pfadfinderbewegung geleistet, wo viele der erfahrenen Pfadfinderführer der Vorkriegs- und Kriegszeit, als die Pfadfinderbewegung schlagkräftige Kampfeinheiten organisierte und einsetzte, in die Verbandsarbeit wiederaufgenommen wurden und sie völlig nach ihren alten Vorstellungen zu gestalten suchten.

Mitte 1958 war die gesamte Jugendbewegung jedoch wieder gleichgeschaltet und politisiert. Heute wird die Arbeit wieder nach alten ZMP-Vorbildern geführt; selbst in die Schulen ist der ZMS, wie früher der ZMP, wieder eingedrungen, und es ist vielfach ratsam, dem Verband anzugehören. Diese Entwicklung der Jugendbewegung scheint die PZPR zu befriedigen, die als taktisches Zugeständnis erlaubt, die politische Arbeit durch unkonventionelle Tanz- und Jazzabende, Wanderungen, Filmdiskussionen u. ä. aufzulockern. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit lassen sich daran ablesen, daß heute wieder rund 110 000 Jugendliche dem ZMS angehören; viele sicherlich, weil es aus politischen Erwägungen, wie früher beim ZMP, wieder notwendig wird.

(Abgeschlossen Anfang Juli 1958.)

Anmerkungen

¹⁾ S. Zawadzki, „O polskiej drodze do socjalizmu. Aktualne problemy polityki Partii i Rządu“, Warschau 1957; S. 13.

²⁾ W. Gomułka, „Przemówienia. Październik 1956 — wrzesień 1957“, Warschau 1957; S. 45.

³⁾ Diese These stellte ich in meiner Arbeit „Die nationale Komponente in der kommunistischen Entwicklung Polens“ in Europa-Archiv 22—23/1956, auf. Die gedankliche Konzeption meiner Arbeit und sowohl die Periodisierung wie auch in beträchtlichem Maße Satz- und Begriffskonstruktionen wurden, ohne die Arbeit zu zitieren oder zu ihrer so weitgehenden Auswertung die Erlaubnis des Herausgebers oder Verfassers einzuholen, von dem deutschen Nachrichten-Magazin *Der Spiegel* in seiner 1957 abgedruckten Serie „Ich bin ein Lump, Herr Staatsanwalt“ übernommen.

⁴⁾ Interview des Innenministers Wł. Wicha, in: *Sztandar młodych* (Warschau) vom 13. 11. 1957.

⁵⁾ *Trybuna Ludu* (Warschau) vom 21. 11. 1956.

⁶⁾ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. 12. 1956.

⁷⁾ L. Motyka, „W obliczu ważnych wydarzeń“ in: *Polityka* (Warschau) vom 16. 11. 1957.

⁸⁾ *Trybuna Ludu* vom 20. 6. 1958.

⁹⁾ Rede, in: *Trybuna Ludu* vom 19. 8. 1957.

¹⁰⁾ *Polityka* vom 26. 4. 1958.

¹¹⁾ *Sztandar młodych* vom 19./20. 10. 1957.

¹²⁾ Zit. aus *Zycie Warszawy*, nach: *Die Welt* (Hamburg) vom 10. 11. 1956.

¹³⁾ Interview, in: *Sztandar młodych* vom 14. 11. 1957.

¹⁴⁾ *Zycie Warszawy* vom 22. 5. 1958.

¹⁵⁾ St. Schoenborn, „Eksport i import książek“ in: *Handel zagraniczny* (Warschau), Nr. 5 vom Mai 1958, S. 7.

¹⁶⁾ 1957 wurden in Polen 682 Filme gezeigt, davon 216 sowjetische, 83 französische, 40 italienische und 9 amerikanische. Interessant für die Westaufgeschlossenheit ist, daß 31,7 vH der Kinobesucher französische und nur 13,7 vH der Besucher sowjetische Filme sahen, deren Angebot nahezu dreimal so groß war wie das der französischen Filme; 8,6 vH der Kinobesucher sahen darüber hinaus noch italienische Filme. (*Przekrój*, Krakau, vom 29. 6. 1958.)

¹⁷⁾ Vgl. die entsprechenden Briefspalten in: *Młodzież świata* (Warschau), Nr. 1—5, Januar—Mai 1958.

¹⁸⁾ Protokoll einer Unterredung mit Vertretern der staatlichen Glücksspielverwaltung, in: *Tygodnik demokratyczny* (Warschau) vom 26. 3./1. 4. 1958.

¹⁹⁾ *Sztandar młodych* vom 27. u. 29. 11. u. 3. 12. 1957.

²⁰⁾ *Nowe drogi* (Warschau), Juni 1957.

²¹⁾ Interview, in: *Trybuna Ludu* vom 1. 12. 1956.

²²⁾ W. Gomułka, „Przemówienia“, a. a. O., S. 394.

²³⁾ Laut Beschluß des IX. ZK-Plenums (15.—18. 5. 1957) wurden Radkiewicz und Berman aus dem ZK und aus der Partei ausgeschlossen.

²⁴⁾ *Trybuna Ludu* vom 25. 6. 1957.

²⁵⁾ J. Rawicz, „To nie jest bynajmniej proste“ in: *Zycie partii* (Warschau), Nr. 5 vom Mai 1957, S. 9 ff.

²⁶⁾ Rede von A. Zawadzki, in: *Trybuna Ludu* vom 30. 6. 1957.

²⁷⁾ *Trybuna Ludu* vom 1. 7. 1958.

²⁸⁾ Zur moralischen und ethischen Aufrüstung wurde im Juni 1958 eine „Gesellschaft für moralische Kultur“ gegründet. (*Trybuna Ludu* vom 21. 6. 1958.)

²⁹⁾ *Express wieczorny* (Warschau) vom 28. 3. 1957.

³⁰⁾ St. Michalski, „Zagadnienie pieniadza w okresie przemian gospodarczych“ in: *Finanse* (Warschau), Nr. 5 vom Mai 1958, S. 2.

³¹⁾ Der Wert der Marktversorgung mit Lebensmitteln und dauerhaften Verbrauchsgütern gestaltete sich in konstanten Preisen 1953–1957 folgendermaßen:

| Jahr | Gesamte Marktversorgung in 1000 zł | Lebensmittel | | industrielle Verbrauchsgüter | |
|------|---------------------------------------|--------------|-------|------------------------------|-------|
| | | in 1000 zł | in vH | in 1000 zł | in vH |
| 1953 | 82 340 275 | 43 543 707 | 52,9 | 38 796 568 | 47,1 |
| 1954 | 96 074 738 | 50 408 387 | 52,5 | 45 666 351 | 47,5 |
| 1955 | 109 470 765 | 55 403 620 | 50,6 | 54 067 145 | 49,4 |
| 1956 | 124 960 840 | 61 302 634 | 49,1 | 63 658 206 | 50,9 |
| 1957 | 149 052 395 | 72 209 225 | 48,4 | 76 843 170 | 51,9 |

Quelle: „Handel w Polsce“ in: *Handel wewnętrznym* (Warschau), Nr. 3 vom Mai-Juni 1958, S. 124 f.

³²⁾ H. Widera, „Podstępny wróg człowieka“ in: *Warmia i Mazury* (Allenstein) vom 5. 1. 1958.

³³⁾ Die polnischen Organe betrachten diese Entwicklung als „sehr beunruhigend“. Vgl. *Warmia i Mazury* (Allenstein) vom 19. 1. 1958 und *Kurier szczeciński* (Stettin) vom 7. 6. 1958.

³⁴⁾ St. Zabierowski, „Przestępczość i statystyka“ in: *Tygodnik demokratyczny* vom 19./25. 3. 1958.

³⁵⁾ *Trybuna Ludu* vom 6. 3. 1958.

³⁶⁾ 95 vH der polnischen Bevölkerung gehören der römisch-katholischen Kirche an, die seit jeher einen ungemein hohen Einfluß auf die politische Verhaltensweise der Bevölkerung besaß und sich in der Geschichte häufig und gern politisch betätigte.

³⁷⁾ *Słowo powszechne* (Warschau) vom 8./9. 12. 1956.

³⁸⁾ S. Zawadzki, a. a. O., S. 12.

³⁹⁾ Ebenda, S. 19.

⁴⁰⁾ Vgl. *Gazeta poznańska* (Posen), zit. nach: „Die Partei und die Kirche. Die Entwicklung der Kirchenpolitik in den kommunistischen Staaten seit 1955“ in: *Hinter dem Eisernen Vorhang* (München), Nr. 2 vom Februar 1958, S. 6.

⁴¹⁾ Diskussionsbeitrag, in: *Nowa kultura* (Krakau) vom 14. 12. 1957.

⁴²⁾ Die Haltung dieser Gruppe wurde folgendermaßen umrissen: „Die Bezeichnung ... „Christliche Linke“ ... bedeutet, daß wir ... im Gegensatz zur marxistischen Linken, von einer Anzahl klar definierter und allgemein verständlicher Moralbegriffe geleitet werden, die aus den Lehren der Kirche abgeleitet wurden ... Die polnische parteilose Linke muß den linken Flügel der Bevölkerung vertreten, für die nicht ein ethischer Relativismus, sondern das System absoluter Moralbegriffe etwas Natürliches ist ... Christliche Moralprinzipien schließen keineswegs eine politische Stellung auf dem „linken“ Flügel aus, sie erlauben allerdings nicht die Anerkennung des Marxismus-Leninismus ... Die parteilose Linke begrüßt ... den Aufruf ... zur weiteren Demokratisierung ... Sie ist eine Macht, die von der marxistischen Linken als ein sehr wesentlicher Faktor im demokratischen Kräftefeld behandelt werden sollte ...“ (*Za i przeciw* (Breslau) vom 25. 8. 1957.)

⁴³⁾ *Za i przeciw* vom 11. 8. 1957.

⁴⁴⁾ *Luxemburger Wort* (Luxemburg) vom 31. 8. 1957.

⁴⁵⁾ Die „Pax“ betreibt eine Verlagsgesellschaft, die bereits über fünf Millionen Bände verlegte, darunter Bestseller. Die Tochtergesellschaft „Veritas“ vertreibt Devotionalien, und eine andere Tochtergesellschaft, die INCO, überwacht 35 Fabriken, die Material für die Bauindustrie liefern. „Pax“ erteilt auch Darlehen und betätigt sich in der Agrarproduktion durch den Betrieb eigener Güter sowie im Wohnungsgeschäft. Ende 1956 besaß die „Pax“ ein Anlagekapital von 66 Millionen Zloty, ein bewegliches Kapital von über 100 Millionen Zloty, von denen 11 Millionen Zloty Bankguthaben und Kassenbestände waren. 1956 wurde ein Gewinn von rund 100 Millionen Zloty erzielt. Vgl. *Zycie gospodarcze* (Warschau) vom 7. 7. 1957.

⁴⁶⁾ Die Frankowski-Gruppe spaltete sich von der „Pax“-Richtung ab, als B. Piasecki in einem Artikel eine negative, stalinistische Stellung zur Oktoberumwälzung von 1956 noch während ihres Ablaufs einnahm.

⁴⁷⁾ Interview, in: *Sztandar młodych* vom 4. 11. 1957. Diese Vermutung wird weiterhin auch dadurch bestätigt, daß B. Piasecki bei der Vollversammlung der „Pax“ am 2. 5. 1957 die Liberalisierungspolitik Gomulkas schärfstens angriff, ohne deswegen irgendwie zurechtgewiesen worden zu sein. Vgl. *Słowo powszechne* vom 10. 5. 1957.

⁴⁸⁾ „Die Partei und die Kirche“, a. a. O., S. 8.

⁴⁹⁾ A. Leszczyński, „U stóp Jasnej Góry“ in: *Polityka* vom 28. 6. 1958.

⁵⁰⁾ Wł. Gomułka, „Przemówienia“, a. a. O., S. 305.

⁵¹⁾ Radio Warschau, Sendung vom 23. 5. 1958.

⁵²⁾ Ebenda.

⁵³⁾ Die Auszeichnung erfolgte für die „bedeutende Rolle (der *Po prostu*) im Kampf um die Demokratisierung des Landes, wobei sie in ihrer Tätigkeit ein hohes ideologisches Bewußtsein, Ergebenheit der sozialistischen Sache, Eifer und Mut mit der Sorge um journalistische Gewissenhaftigkeit und einem hohen publizistischen Niveau verband und dabei ein Beispiel der seltenen Fähigkeiten kollektiver Arbeit lieferte“. (*Trybuna Ludu* vom 9. 11. 1956.)

⁵⁴⁾ Mitte August 1957 bestanden 972 Presseveröffentlichungen in Polen, darunter 46 Tages-, 186 Betriebs- und 80 Kreiszeitungen. Ferner erscheinen 96 wissenschaftliche, 198 wirtschaftliche, technische und landwirtschaftliche sowie 33 Sport-Zeitschriften. 23 Zeitschriften wurden von Konfessionsgemeinschaften verlegt. Vgl. *Pressedienst der Polnischen Militärmission* (Berlin) vom 23. 8. 1957.

⁵⁵⁾ *Pressedienst der Heimatvertriebenen* (Göttingen) vom 24. 10. 1957.

⁵⁶⁾ *Trybuna Ludu* vom 21. 9. 1956.

⁵⁷⁾ *Hinter dem Eisernen Vorhang* (München), Nr. 11 vom November 1957.

⁵⁸⁾ Edda Werfel, die Gattin des Herausgebers der parteitheoretischen Zeitschrift *Nowe drogi*, veröffentlichte einen kritischen Artikel (*Przegląd kulturalny*, Warschau, vom 7. 11. 1956) zur Haltung der Parteien in der Sowjetunion, Bulgarien, der Tschechoslowakei, der DDR und Frankreich gegenüber dem VIII. Plenum des ZK und ihrer entstehenden Berichterstattung über diese Vorgänge. Sie ermahnte: „Genossen, kommt zur Besinnung, nicht unserer, sondern Eurer Würde wegen!“ Die Replik Hermann Axens erschien am 27. 11., worin er sie auf eine Stufe mit „Renegaten“ wie Ruth Fischer stellte.

⁵⁹⁾ Der sehr beliebte E. Lasota erhielt bei den Sejm-Wahlen die dritthöchste Stimmenzahl nach Gomułka und J. Bukowski. Er galt als deutschfreundlich.

⁶⁰⁾ *Zycie Warszawy* vom 5. 10. 1957.

⁶¹⁾ Erklärung des ZK der ZMS, in: *Trybuna Ludu* vom 7. 10. 1957.

⁶²⁾ *Prawda* vom 15. 10. 1957.

⁶³⁾ *Neues Deutschland* vom 18. 10. 1957.

⁶⁴⁾ *Trybuna Ludu* vom 11. 10. 1957.

⁶⁵⁾ Ausschußerklärung, in: *Trybuna Ludu* vom 17. 10. 1957. Der stellvertretende Chefredakteur der *Po prostu*, dessen Name leider nicht genannt wird, erteilte der Hamburger Studentenzeitschrift *Konkret* (November 1957, Nr. 8) ein Interview, in welchem er zugab, kein Sozialist zu sein. Er sagte wörtlich: „Stalinismus ist viel schlimmer als Faschismus. Und Chruschtschow ist auch Stalinist.“ Das Interview beendete er mit der Feststellung: „Was ist eigentlich Sozialismus? Wissen Sie es? Ich weiß es nicht. Ich will Ihnen sagen, was ich denke: Sozialismus ist gut leben und möglichst viel Freiheit. Und das ist am meisten in Amerika!“

⁶⁶⁾ *Pressedienst der Heimatvertriebenen* (Göttingen) vom 10. 10. 1957.

⁶⁷⁾ Rede, in: *Trybuna Ludu* vom 26. 10. 1957.

⁶⁸⁾ *Prasa polska* (Warschau) vom Dezember 1957.

⁶⁹⁾ Beschluß, in: *Sztandar młodych* vom 21. 11. 1957.

⁷⁰⁾ *Ceskoslovenský novinář* (Prag) vom Dezember 1957. In *Prasa polska* vom Januar 1958 dementierte A. Hajnicz diese Darstellung empört. Bielecki sei „aus eigener Initiative zurückgetreten“.

- 71) *Hinter dem Eisernen Vorhang* (München), Nr. 6 vom Juni 1958.
- 72) Wortlaut in: *Trybuna Ludu* vom 23. 10. 1958.
- 73) W. Gomułka, „Przemówienia“, a. a. O., S. 195.
- 74) Ebenda, S. 210 f.
- 75) Offizielles Wahlergebnis in: *Trybuna Ludu* vom 23. 1. 1957.
- 76) *Prawda* vom 25. 1. 1957.
- 77) *Monitor polski* (Warschau), Nr. 19 vom 19. 3. 1957, Pos. 145.
- 78) Interview, in: *Trybuna Ludu* vom 21. 7. 1957.
- 79) Auch während der Vorkriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren bestand eine Oberste Kontrollkammer in Polen. Sie war jedoch nicht dem Sejm, sondern der Regierung verantwortlich.
- 80) Von höheren Befehlshabern sind die Kommandeure der Pioniertruppe und des militärischen Nachrichtendienstes, die beiden sowjetischen Generale Malinowski und Kasznikow, in der polnischen Wehrmacht verblieben.
- 81) Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 2/1957, S. 9572 ff.
- 82) Interview, in: *Trybuna Ludu* vom 20. 12. 1956.
- 83) *Trybuna Ludu* vom 5. 2. 1957.
- 84) *Zołnierz wolności*, zit. nach: *Die Welt* (Hamburg) vom 25. 6. 1957.
- 85) *Trybuna Ludu* vom 30. 3. 1957.
- 86) Die Mehreinkünfte machten 8,9 Milliarden Zloty aus, und zwar nach der Reform für das Jahr 1957: 12,1 Milliarden Zloty gegenüber 1956: 3,2 Milliarden Zloty. Vgl. A. W. Zawadzki, „O niektórych aktualnych zagadnieniach reformy finansów rad narodowych“ in: *Finanse* (Warschau), Nr. 2 vom Februar 1958, S. 50.
- 87) J. Kuczyk, „Oszczędności w administracji państwowej“ in: *Finanse*, Nr. 1 vom Januar 1958, S. 24.
- 88) „Ustawa o radach narodowych“. Biblioteczka tygodnika Rada narodowa, Warschau 1958; S. 4.
- 89) *Trybuna Ludu* vom 4. 5. 1958.
- 90) Wie ein Witz der Geschichte mutet an, daß die treuesten Gefolgsleute Gomułkas, die einen entscheidenden Einfluß auf die Vorbereitung und Durchführung des Oktoberumschwungs hatten, Zöglinge einer Schule sind, die den Namen eines der größten polnischen Kommunistenfeinde trug — J. Piłsudski. Der Erziehungsminister Wł. Bieńkowski und der Verteidigungsminister General M. Spychalski sind Schüler des früheren J. Piłsudski-Gymnasiums in Lodz gewesen. Lodz brachte auch noch andere führende Gomułka-Leute hervor: I. Łoga-Sowiński, M. Moczar und Z. Kliszko. Auch Gomułka wirkte eine Zeitlang in der Lodzer Gewerkschaftsbewegung und E. Ochab in der Lodzer KPP-Organisation. Diese Rolle von Lodz ist nicht zufällig, hatten doch hier schon einige „Abweichungen“ der KPP der Vorkriegszeit begonnen, besonders nationaler, also „rechter“ Art.
- 91) Wł. Gomułka, „Przemówienia“, a. a. O., S. 71.
- 92) Ebenda, S. 73.
- 93) Rede, in: *Sztandar młodych* vom 12./13. 10. 1957.
- 94) *Po prostu* vom 9. 12. 1956.
- 95) Deutscher Wortlaut in: *Neues Deutschland* vom 22. 6. 1957.
- 96) St. Brodzki, „Kwiaty chińskie“ in: *Sztandar młodych* vom 7. 5. 1957.
- 97) Vgl. *The New York Times* vom 19. 5. 1957.
- 98) Wł. Gomułka, „Przemówienia“, a. a. O., S. 326 f.
- 99) Wortlaut in: *Pressedienst der Militärmission der Volksrepublik Polen* (Berlin), Sonderausgabe: Material des IX. Plenums des ZK der PZPR, o. J.
- 100) M. Smederevac, „Der Warschauer Parteitag“ in: *Internationale Politik* (Belgrad) vom 1. 6. 1957.
- 101) Wł. Gomułka, „Przemówienia“, a. a. O., S. 421.

- 102) Rede, in: *Trybuna Ludu* vom 26. 10. 1957.
- 103) Zit. nach: *Die Welt* (Hamburg) vom 7. 3. 1958.
- 104) Wortlaut in: *Aus der Internationalen Arbeiterbewegung* (Berlin) vom 23. 11. 1957.
- 105) „Liczby dotyczące składu partii“ in: *Nowe drogi* vom Juli 1957, S. 126.
- 106) *Gazeta poznańska* (Posen) vom 16. 4. 1958.
- 107) *Trybuna Ludu* vom 25. 5. 1958 und *Zycie Warszawy* vom 14. 5. 1958.
- 108) Rede, in: *Nowe drogi* vom Oktober 1956, S. 159.
- 109) Russischer und polnischer Text in: *Zbiór dokumentów*, Warschau, Nr. 10/1956, S. 1577 ff.; deutsch in Europa-Archiv 22—23/1956, S. 9388.
- 110) Polnischer und englischer Text in: *Zbiór dokumentów*, Nr. 11/1956, S. 1756 ff.
- 111) Rede, in: *Zbiór dokumentów*, Nr. 11/1956, S. 1667.
- 112) Rede (russischer und polnischer Text), in: *Zbiór dokumentów*, Nr. 11/1956, S. 1677.
- 113) Wortlaut in Europa-Archiv 22—23/1956, S. 9385.
- 114) Wł. Bieńkowski, „Rewolucji ciąg dalszy“, Warschau 1957; S. 27.
- 115) *Trybuna Ludu* vom 29. 10. 1956.
- 116) Wł. Gomułka, „Przemówienia“, a. a. O., S. 97.
- 117) *Trybuna Ludu* vom 16. 3. 1957.
- 118) Wortlaut in Europa-Archiv 3/1957, S. 9607.
- 119) *Trybuna Ludu* vom 13. 12. 1956.
- 120) *Trybuna Ludu* vom 30. 12. 1956; deutsch in Europa-Archiv 3/1957, S. 9606.
- 121) *Trybuna Ludu* vom 12. 1. 1957.
- 122) S. Zawadzki, a. a. O., S. 13.
- 123) *Sprawy międzynarodowe*, Warschau, Juli 1957, S. 3 f.
- 124) *Trybuna Ludu* vom 25. 9. 1957.
- 125) *Trybuna Ludu* vom 22. 11. 1957; deutscher Wortlaut in Europa-Archiv 23—24/1957, S. 10364.
- 126) Diese Deklaration wurde vielfach als der Neubeginn einer Komintern gedeutet, obgleich bisher keine weiteren direkten Hinweise auf eine solche Entwicklung festzustellen sind. Eigentlich braucht man eine solche, nur diskriminierende Organisation nicht, um die Führerrolle der sowjetischen Partei und die Gleichschaltung der anderen Parteien zu erreichen. Im Gegenteil kann diese Deklaration als die Erreichung dieses Zieles ohne institutionellen Rahmen angesehen werden.
- 127) *Trybuna Ludu* vom 29. 6. 1957.
- 128) Wortlaut in: *Trybuna Ludu* vom 9. 1. 1957.
- 129) Rede von Leon Chajm, in: *Tygodnik demokratyczny* (Warschau) vom 23./29. 1. 1958.
- 130) Ebenda.
- 131) Rede, in: *Trybuna Ludu* vom 16. 5. 1957.
- 132) Rede, in: *Trybuna Ludu* vom 26. 10. 1957.
- 133) Rede, in: *Tygodnik demokratyczny* vom 23./29. 1. 1958.
- 134) F. Rapaport, die spätere Mitbegründerin des ZMS und Mitglied von dessen Hauptverwaltung, in einem Artikel in: *Trybuna Ludu* vom 31. 10. 1956.
- 135) Wortlaut in: *Trybuna Ludu* vom 14. 11. 1956.
- 136) *Zycie Warszawy* vom 24. 11. 1956.
- 137) *Trybuna Ludu* vom 12. 1. 1957.
- 138) *Pressedienst der Militärmission der Volksrepublik Polen* (Berlin) vom 7. 12. 1956.
- 139) *Trybuna Ludu* vom 30. 12. 1956.
- 140) Je nach der Position des Betrachters wurden den Verbänden „linke“ und „rechte“ Abweichungen vorgeworfen, und die Kämpfe, insbesondere im Krakauer Gebiet, um die Beibehaltung des Namens „Wici“ ließen auch durchaus vermuten, daß starke antikommunistische Bestrebungen gerade in diesem Landesteil den Landjugendverband spalten werden.

Die polnische Frage im Lichte der Kriegskorrespondenz zwischen Stalin, Churchill und Roosevelt

Von J. W. Brügel, London

Die im Spätsommer 1957 überraschenderweise in Moskau russisch in zwei Bänden veröffentlichte Korrespondenz zwischen *Stalin* einerseits und *Churchill*, *Attlee*, *Roosevelt* und *Truman* andererseits¹ liegt nun in einer englischen Fassung vor, die beide Bände in einem vereinigt². Obwohl die kommunistische Presse sich naturgemäß bemüht hat, die für diesen Zweck geeigneten Dokumente aus der sowjetischen Veröffentlichung propagandistisch auszuschlachten, stellt diese selbst kaum eine Propagandaaktion dar. Die Motive, die zum Bruch des bisherigen Schweigens über die Kriegszusammenarbeit zwischen Moskau, London und Washington geführt haben — eines Schweigens, das auch durch die in *Churchills* Memoiren³ enthaltenen Beschwerden über die Moskauer Politik nicht erschüttert werden konnte —, sind unklar. Die Annahme, daß das nachstalinistische Regime durch diese Veröffentlichung die Stellung *Stalins* im Bewußtsein des Sowjetvolkes weiter schmälern wollte — sei es durch Schaustellung seiner Unaufrichtigkeit den Verbündeten gegenüber, sei es durch die erstmalige Veröffentlichung von anerkennenden Worten, die er an den Westen gerichtet hat —, scheint zu weit hergeholt, um Wahrscheinlichkeitswert zu besitzen. Abgesehen von allem anderen, was dagegen spricht, kann eine unkommentierte Wiedergabe von Hunderten von Telegrammen nur einer zahlenmäßig sehr kleinen Leserschaft, die die Zusammenhänge zu beurteilen versteht, etwas sagen. Für westliche Leser findet sich in dem Band nicht viel Neues, da die meisten Dokumente, die er enthält, bereits anderswo, hauptsächlich in *Churchills* Kriegserinnerungen, veröffentlicht worden sind. Für Leser im Sowjetbereich mag es allerdings der erste Hinweis auf Dinge, wie beispielsweise die anglo-amerikanische Rüstungshilfe an die Sowjetunion, sein, von denen sie bisher nichts wissen konnten. Nur in einer einzigen Anmerkung wird auf die Zeit vor dem 22. Juni 1941 Bezug genommen und eine Botschaft *Churchills* an *Stalin* vom 19. April 1941 zitiert, die vor deutschen Angriffsabsichten warnte. Es scheint, daß alle einschlägigen Dokumente veröffentlicht wurden, die sich in den Sowjetarchiven vorfanden⁴, und daß die Veröffent-

lichung — mit einer noch zu besprechenden Ausnahme — korrekt und ohne Auslassungen erfolgt ist.

Wenn der Band auch nicht geeignet ist, irgendwelche grundlegend neuen Erkenntnisse über die diplomatische und militärische Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu vermitteln, enthält er doch eine Reihe von Dokumenten, die neues Licht auf eines der verwickeltsten Probleme werfen, mit denen sich die von *Hitler* zu Alliierten gemachten Staatsmänner auseinanderzusetzen hatten: die polnische Frage. Wir wollen uns im folgenden lediglich mit diesem beschäftigen und uns dabei auf das beschränken, was geeignet ist, Lücken zu füllen. Was in älteren Publikationen⁵ enthalten ist, soll nur insoweit herangezogen werden, als es zum Verständnis unerlässlich erscheint.

Moskau bricht mit der polnischen Exilregierung

Die auf Polen bezügliche Korrespondenz setzt mit gleichlautenden Telegrammen *Stalins* an *Churchill* und *Roosevelt* vom 21. April 1943 ein, die den Abbruch der Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London ankündigen. Unter dem Druck der Kriegslage war es im Sommer 1941 zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Kreml und der Regierung *Sikorski* gekommen, wobei die strittigen Grenzfragen offenblieben. Angesichts dieses Umstandes verlor Moskau, das nur für eine polnische Regierung Verwendung hatte, welche die im September 1939 zwischen Polen und der Sowjetunion geschaffene Grenze anzuerkennen bereit war, das Interesse an den ohnehin nur ganz losen Bindungen zur Regierung *Sikorski*. Die Reaktion dieser Regierung auf die deutschen Enthüllungen über die Leichenfunde im Walde bei Katyn — der Vorschlag auf Ueberprüfung der Behauptungen durch das Internationale Rote Kreuz — gab den erwünschten Vorwand, sich ihrer zu entledigen und die Hände freizubekommen für die Bildung einer willfährigen Gegenregierung. In seiner Botschaft begnügt sich *Stalin* nicht damit, die Regierung *Sikorski* der indirekten Unterstützung der deutschen Propaganda über die Leichen der ermordet aufgefundenen 11 000 polnischen Offiziere zu beschuldigen, sondern bezichtigt

sie sogar aktiver Zusammenarbeit mit dem Hitler-Regime. In ihren Antworten machten *Churchill* und *Roosevelt* in der rücksichtsvollsten Weise darauf aufmerksam, daß nichts auf eine Zusammenarbeit zwischen der polnischen Exilregierung und den Deutschen hindeute. Beide hielten *Sikorskis* Appell an das Rote Kreuz für verfehlt, da es im deutsch besetzten Gebiet keine objektive Erhebung des Sachverhalts geben könne. *Eden* werde, so schrieb *Churchill*, *Sikorski* davon zu überzeugen versuchen. Er wollte daher *Stalins* Ankündigung mehr als eine „letzte Warnung“ auffassen. *Roosevelt* wollte sie wieder als Auftakt zu einer bloßen „Unterbrechung der Verhandlungen“ verstanden wissen. *Stalin*, dem es gar nicht um die Wegräumung wirklicher oder vermeintlicher Mißverständnisse ging, antwortete brüsk, dazu sei es schon zu spät, da der Bruch inzwischen vollzogen worden sei:

„Alle meine Kollegen bestanden darauf... Ich hatte auch die sowjetische öffentliche Meinung in Rechnung zu ziehen, die durch die Undankbarkeit und Verrätere der polnischen Regierung aufs äußerste aufgebracht ist.“

In seiner Antwort an *Roosevelt* ging *Stalin* mehr auf die Sache ein als in seiner Botschaft an *Churchill*. *Sikorski* persönlich, schrieb er, habe vielleicht wirklich keine Absicht, mit den „Hitler-Gangstern“ zusammenzuarbeiten, aber „gewisse prohitlerische Elemente — entweder in der polnischen Regierung oder in ihrer Umgebung — haben *Sikorski* verleitet, ihnen zu folgen“. Am gleichen Tag, an dem *Stalin* an *Churchill* telegraphierte (25. April 1943) — *Roosevelt* schied in diesem Augenblick aus der Korrespondenz über Polen zeitweise aus⁶ —, ließ *Churchill* *Stalin* wissen, daß *Sikorski* seine Zustimmung zum Widerruf des Appells an das Rote Kreuz gegeben hatte. Im übrigen hatte *Sikorski* *Eden* gegenüber erklärt, er sei zu diesem Schritt nur dadurch gezwungen gewesen, daß seine wiederholten Vorstellungen in dieser Sache bei der Sowjetregierung und bei *Stalin* persönlich erfolglos geblieben sind. (Dieser Behauptung hat *Stalin* nie widersprochen.) In seinen Bemühungen, *Stalin* davon abzubringen, vollendete *Tatsachen* zu schaffen, ging *Churchill* sehr weit:

„In diesem Zusammenhang prüfe ich die Möglichkeit, jene polnischen Zeitungen in unserem Lande zum Schweigen zu bringen, die die Sowjetregierung und gleichzeitig *Sikorski* angegriffen haben, weil er versucht hat, mit der Sowjetregierung zusammenzuarbeiten.“

Unter Berufung darauf drang er neuerlich in *Stalin*, die Absicht des Abbruchs der Beziehungen vorläufig aufzugeben. Als *Churchill* erfuhr, daß der Krenl — offenkundig, um sich Diskussionen über eine Sache zu ersparen, von der abzugehen er nicht gewillt war — kurzerhand die Beziehungen zur polnischen Regierung abgebrochen hatte, machte er *Stalin* in einer weiteren Botschaft milde Vorwürfe, warum er hier ohne Fühlungnahme mit den Verbündeten vorge-

gangen war. Der Stein des Anstoßes sei ja aus dem Wege geräumt:

„Das Kabinett ist entschlossen, in die polnische Presse in Großbritannien ordentliche Disziplin zu bringen. Die elenden Blättchen, die *Sikorski* angreifen, können Dinge aussprechen, die der deutsche Rundfunk dann laut für die ganze Welt wiederholt. Das muß aufhören und wird zum Aufhören gebracht werden.“

Churchill fügte hinzu, daß die Goebbels-Propaganda glauben machen wolle, die Einsetzung einer polnischen Konkurrenzregierung in Rußland sei geplant. (Man wollte offenbar vermeiden, eine solche Möglichkeit von sich aus zur Sprache zu bringen, und zog daher den Hinweis auf deutsche Behauptungen vor.) Eine solche Regierung könne London nicht anerkennen; man würde weiter mit *Sikorski* zusammenarbeiten.

Stalin bestritt in seiner Antwort natürlich jede Absicht auf Bildung einer polnischen Gegenregierung, schlug aber gemeinsame anglo-amerikanisch-sowjetische Schritte zur „Verbesserung“ der Zusammensetzung der Londoner Regierung vor. Sein Vorgehen in der Sache bemäntelte er jetzt damit, daß die Ankündigungen der polnischen Regierung bei der britischen „keine Opposition“ gefunden hätten. Indirekt reagierte er auf den Vorwurf, die Beziehungen zu *Sikorski* ohne vorhergehende Verständigung mit *Churchill* abgebrochen zu haben, durch die Behauptung, daß die Polen „ihre antisowjetische Verleumdungskampagne (sc. nach seiner Botschaft vom 21. April) ohne jede Opposition in London“ fortgesetzt hätten; der Sowjetregierung könne man nicht unendliche Geduld zumuten. In bewußter Verkenning des Sinnes von *Churchills* Bemerkungen über die ultrarechten polnischen Zeitungen in England sagte *Stalin*, es werde schwer sein, die Regierung *Sikorski*, „ihre Gefolgschaft von hitlerfreundlichen Prahler und ihre fanatische Presse“ zur Disziplin zu zwingen. *Sikorski* sei hilflos gegen die „ihn umgebende riesige hitlerfreundliche Gefolgschaft“, so daß man seinen Loyalitätsversicherungen auch für den Fall nicht glauben könnte, daß sie ehrlich gemeint seien. Der völlig erdichtete Vorwurf der Existenz einer prodeutschen Strömung innerhalb der polnischen Emigration war für *Stalin* offenbar deshalb notwendig, weil er den von *Churchill* und *Roosevelt* gedeckten *Sikorski* nicht direkt angreifen konnte.

Churchill tat, als bemerke er nicht die hier zum Ausdruck kommende Weigerung, auf irgendein Kompromiß einzugehen. Er begnügte sich mit der Versicherung, die polnische Presse und alle anderen fremdsprachigen Publikationen würden in Zukunft einer Disziplin unterworfen werden. Die Regierung *Sikorski* hätte ihre Absichten in der Affäre von Katyn nicht vorher bekanntgegeben, so daß keine Möglichkeit bestanden hätte, sie zu warnen. Obwohl *Stalin*

nie etwas Derartiges gesagt hatte, meinte *Churchill*, er stimme mit ihm überein, daß *Sikorski* und „einige andere“ unter allen Umständen gehalten werden sollten. Regierungsumbildung unter fremdem Druck könnte in dieser Lage zu *Sikorskis* Sturz führen. Darum solle man jetzt nicht darauf drängen, doch werde er, *Churchill*, jede Gelegenheit nach dieser Richtung ausnützen. Damit schließt die durch den Moskauer Schritt hervorgerufene Korrespondenz.

Das Thema wurde erst wieder aufgenommen, als *Churchill* Anfang Januar 1944 *Stalin* aus Marrakesch mitteilte, daß ihn Dr. *Benesch* dort besuchen würde:

„Er ist ein kluger Mann und sollte uns helfen können, die Polen zu Verstand zu bringen.“

Von einer solchen Möglichkeit wollte *Stalin* nichts wissen:

„Da Sie die Sache aufs Tapet gebracht haben, muß ich sagen, daß wir sehen werden — wenn wir auf Grund der letzten Erklärung der polnischen Exilregierung und anderer Erklärungen polnischer Führer urteilen sollen —, daß kein Grund zur Annahme besteht, diese Kreise könnten zur Vernunft gebracht werden. Sie sind unverbesserlich.“

Der angebliche Stein des Anstoßes war diesmal die Erklärung der Londoner polnischen Regierung vom 5. Januar 1944 aus Anlaß des Vormarsches sowjetischer Truppen in das Gebiet, das bis September 1939 Bestandteil Polens war. In dieser Erklärung⁹ waren die polnischen Untergrundkämpfer zur Zusammenarbeit mit den Sowjettruppen aufgefordert und der Wunsch nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen angedeutet worden. In Moskau erregte das Mißfallen, da das in Frage kommende Gebiet dort nicht als Teil Polens, sondern als Bestandteil der Sowjetunion betrachtet wurde.

Die öffentliche Kontroverse, die sich daran knüpfte, findet in *Churchills* Korrespondenz mit *Stalin* keinen Niederschlag, wurde aber von *Roosevelt* zur Sprache gebracht, nachdem *Molotow* schriftlich und mündlich das von Staatssekretär *Hull* über Ersuchen der polnischen Regierung gemachte Angebot, in dem Streit zu vermitteln, abgelehnt hatte, weil „die Zeit dafür noch nicht reif“ sei¹⁰. *Sikorski* war im Juli 1943 einem Flugzeugabsturz zum Opfer gefallen. Ihm war *Stanislaw Mikolajczyk* von der Bauernpartei im Amt gefolgt. *Molotow* hatte in seiner Note vom 23. Januar 1944 *Mikolajczyk* vorgeworfen, daß er sich von dem „faschistischen Akt“ der Regierung *Sikorski*, nämlich der Erklärung über Katyn, nicht distanziert¹¹, sondern im Gegenteil die Fortsetzung der Politik *Sikorskis* als Programm aufgestellt hatte. *Molotow* hatte die Ausbootung der „faschistenfreundlichen, imperialistischen Elemente“ aus der polnischen Regierung und ihren Ersatz durch „demokratische“ Politiker aus der Emigration in West und Ost vorgeschlagen. Präsident *Roosevelt* schrieb daraufhin am 11. Februar 1944 an *Stalin* — in einem Versuch, Moskau einen Köder hinzuwerfen —, man möge die

Frage der Umbildung der polnischen Regierung vertagen, bis man deren Zustimmung zur Curzon-Linie¹² als der polnischen Ostgrenze erlangt habe, auf die in Teheran eine Einigung zwischen *Churchill*, *Roosevelt* und *Stalin* erfolgt war. *Stalin* lehnte ab: die „radikale Verbesserung“ der Zusammensetzung der polnischen Regierung, in der es „kaum irgendwelche demokratische Elemente“ gebe, sei mindestens so dringend wie die Grenzfrage. *Stalins* starre, jedem Kompromiß ausweichende Haltung hätte den westlichen Partnern sagen müssen, daß ihm die Durchsetzung seiner Forderungen wichtiger war als die Notwendigkeit, dem Kriegsgegner eine einheitliche Front entgegenzustellen.

Druck auf Mikolajczyk

Der polnischen Regierung hatte man vorenthalten, worauf sich die Großmächte in Teheran in bezug auf die polnische Ostgrenze geeinigt hatten. *Mikolajczyk* sollte das erst im Oktober 1944 von *Molotow* erfahren, der seine Einwendungen in *Churchills* Gegenwart mit der Bemerkung abtat, das sei alles schon in Teheran erledigt worden¹³. Kurz bevor sich *Churchill* im Unterhaus am 22. Februar 1944 für die Curzon-Linie aussprach¹⁴ (ohne eine interalliierte Einigung zu erwähnen), hatte er *Mikolajczyk* und dem polnischen Außenminister *Romer* am 22. Januar dringend zugerufen, sich mit der Curzon-Linie abzufinden. Einzelheiten über diese Unterredung sind bereits bekannt¹⁵, aber *Churchills* ausführlicher Bericht darüber an *Stalin* gelangt erst jetzt zur Kenntnis der Öffentlichkeit. Er sagt darin, daß er ein Junktim zwischen Ostgrenze und Erweiterungen Polens nach Westen angedeutet habe. Polen solle deutsches Gebiet „bis zur Oder“ und Ostpreußen erhalten. Hier habe er jedoch die Frage Königsbergs nicht erwähnt. (*Stalin* hatte in Teheran die Forderung nach dem eisfreien Hafen Königsberg angemeldet.) Die Alliierten würden, schrieb *Churchill*, den Polen bei der Vertreibung der Deutschen aus den neugewonnenen Gebieten helfen. *Churchill* verschwieg *Stalin*, daß die polnischen Unterhändler ihre Antwort von der Äußerung der im Lande befindlichen polnischen Abwehrkräfte abhängig machen wollten, und sagte nur, sie hätten sich nach Einholung einiger Aufklärungen Bedenkzeit erbeten. Mit einiger Verspätung legte *Churchill Stalin* jetzt die Frage vor, ob er nicht die Forderung nach Änderungen in einer fremden Regierung als ein Eingreifen in eine fremde Souveränität betrachte: „Ich möchte bemerken, daß die Regierung Seiner Majestät diese Auffassung sehr entschieden vertritt.“ Der Entstehung einer zweiten polnischen Regierung müsse jedenfalls vorgebeugt werden.

In seiner Antwort vom 4. Februar erinnerte *Stalin Churchill* daran, daß letzterer im Mai 1943 versprochen habe, auf eine „Verbesserung“ der Zu-

sammensetzung der polnischen Regierung hinarbeiten zu wollen, das also damals nicht als unerlaubte Intervention angesehen habe. Mit der gegenwärtigen polnischen Regierung könne der Kreml nicht zusammenarbeiten, da man nicht sicher sei, ob sie sich nicht wieder einer „faschistischen Provokation“ schuldig machen würde. Sie müsse zunächst einmal die Curzon-Linie als polnische Ostgrenze anerkennen, doch hätte diese sowjetische „Konzession“ keinen Wert, wenn die Sowjetunion nicht Königsberg erhalten sollte. *Stalin* stellte in dieser Botschaft an *Churchill* und in einer späteren (vom 16. Februar) an *Roosevelt* die Curzon-Linie allen Ernstes als das Ergebnis eines gegenseitigen Verzichts dar: Polen sollte auf die Gültigkeit der Grenzziehung von Riga (1921), die Sowjetunion auf die mit Deutschland 1939 vereinbarte Demarkationslinie verzichten. Das bedeute „sehr wichtige Konzessionen“ zugunsten Polens. (Der polnische Verzicht hätte sich auf etwa 100 000 Quadratkilometer bezogen, der sowjetische auf einige wenige!)

Churchills Begründung für die Abtretung Königsbergs

Nach einer Reihe weiterer Aussprachen mit den polnischen Politikern gab *Churchill* am 27. Februar 1944 einen zweiten Bericht an *Stalin* weiter, der diesmal *Mikolajczyk* vorher zur Kenntnis gebracht worden war. Die polnische Regierung war jetzt bereit, die Grenzziehung von 1921 als nicht länger verbindlich zu erklären. Die neue Ostgrenze, sagte sie, könne nur im Zusammenhang mit der neuen Westgrenze Polens vereinbart werden; da die Verkündung der letzteren im Augenblick nicht erfolgen könne, müsse auch eine Erklärung über die Ostgrenze unterbleiben, die von der polnischen Bevölkerung als kompensationsloser Verzicht verworfen werden würde. Die polnische Regierung könne auf Teile des Staatsgebiets erst dann verzichten, wenn sie im Lande tätig ist und ihr Volk zu befragen vermag. Sie ersuche daher die Sowjetregierung, sobald wie möglich ihre Rückkehr ins Land und die Errichtung einer polnischen Verwaltung in zu vereinbarenden Bezirken zu ermöglichen. Die Polen wünschten, daß Wilna und Lemberg in dieses Gebiet einbezogen werden, während die Zone östlich der Demarkationslinie von sowjetischen Truppen mit Hilfe von Vertretern der Vereinten Nationen verwaltet werden sollte. *Churchill* wirft hier ein, er habe den Polen begreiflich gemacht, daß *Stalins* Zustimmung dazu nicht zu haben sein werde, ersucht aber *Stalin* um eine Zusicherung, daß wenigstens das ganze Gebiet westlich der Curzon-Linie unter polnische Verwaltung kommen wird. (Wilna, ursprünglich und später wieder die Hauptstadt Litauens, kam 1920 durch einen Handstreich an Polen¹⁶. 1939 wurden Stadt und Umgebung von der Sowjetunion an Litauen zurückgegeben.)

Diesem Telegramm zufolge hatte *Churchill* am 6. Februar zum ersten Male den polnischen Unterhändlern gegenüber die sowjetische Forderung bezüglich Königsbergs erwähnt. Die Mitteilung habe wie ein Schock gewirkt, weil die Polen darin eine wesentliche Verminderung des erhofften Landgewinnes sahen. Zum erstenmal erfährt man aus dieser Veröffentlichung, mit welchen Argumenten *Churchill* die Abtretung Königsbergs an die Sowjetunion verteidigt hat. Letztere habe, sagte er, einen Rechtsanspruch auf dieses Gebiet, weil um Ostpreußen im Zuge des „dreißigjährigen Krieges gegen den deutschen Imperialismus seit 1914“ viel russisches Blut vergossen worden sei. Der russische Sieg bei Gumbinnen 1914 habe die Deutschen gezwungen, zwei Armee Korps vom Vormarsch gegen Paris abzuziehen, was entscheidend zur deutschen Niederlage an der Marne beigetragen habe. Daran ändere auch die spätere russische Niederlage bei Tannenberg nichts. Es ist kaum anzunehmen, daß diese reichlich weit hergeholt und von jedem Gesichtspunkt aus wenig stichhaltige Begründung den polnischen Politikern eingeleuchtet hat. *Churchill* äußert sich darüber nicht und scheint sein seltsames Argument, das einer rein machtpolitischen Entscheidung das Mäntelchen einer historischen Legitimität umhängen sollte, nicht mehr wiederholt zu haben¹⁷.

Die polnische Regierung, hieß es weiter, lehne äußere Einflüsse auf ihre Zusammensetzung ab, verpflichte sich aber für den Fall der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen durch Moskau, sich auf Politiker zu beschränken, die zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entschlossen sind. *Churchill* vermerkt, daß er den Unterhändlern eine gemeinsame britisch-sowjetische Garantie der polnischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität angeboten hatte, zuzüglich Unterstützung bei der Eingliederung von „Danzig, Oppeln (gemeint war wohl der Regierungsbezirk Oppeln), Schlesien, Ostpreußen westlich und südlich einer von Königsberg ausgehenden Linie und so viel Territorium bis zur Oder, als die polnische Regierung annehmen zu können glaubt“. Als weitere Lockmittel wurden den Polen die „Entfernung der deutschen Bevölkerung aus Polen einschließlich der Polen einzugliedernden deutschen Gebiete“ sowie ein Bevölkerungsaustausch zwischen Polen und der Sowjetunion angeboten.

Roosevelt, dem *Churchills* Telegramm an *Stalin* in Abschrift bekanntgegeben worden war, tat ein übriges und wendete sich an *Stalin* mit einer dringenden Empfehlung, diese Vorschläge als Grundlage anzunehmen. Er machte ihn dabei auf einen Gesichtspunkt aufmerksam, der einen nur auf Kriegsziele bedachten *Stalin* überzeugt hätte: Eine Einigung mit der polnischen Regierung hätte den in Polen einmarschierenden Sowjettruppen die volle Unterstützung der polnischen Bevölkerung verschafft.

Stalin blieb unbeeindruckt. Er ließ Churchill wissen, daß ihn dessen Bericht nur in der Ueberzeugung gestärkt habe, die Sowjetunion könne mit den „Londoner“ Polen keine normalen Beziehungen unterhalten. Natürlich behauptete er, sich an der Forderung nach Lemberg und Wilna zu stoßen, und bezeichnete den Wunsch, „gewisse sowjetische Gebiete“ unter fremde Kontrolle zu stellen, als Affront. Vergeblich versuchte Churchill nun, die Situation zu retten, indem er auch den bloßen Hinweis auf Lemberg und Wilna in seiner vorhergehenden Botschaft widerrief. Stalins Beschwerde, daß die Londoner polnische Regierung noch immer nicht zur Anerkennung der Curzon-Linie bereit sei, versuchte er dadurch zu parieren, daß er in einer Annahme seines Vorschlags durch Mikolajczyk eine *de facto*-Anerkennung der Wiederbesetzung dieses Gebietes durch sowjetische Truppen eingeschlossen zu sehen behauptete. „Gewalt kann viel erreichen“, fügte er beschwörend hinzu, „aber Gewalt, die vom guten Willen der Welt unterstützt ist, vermag weit mehr zu erzielen.“

Stalin beschränkte sich in seiner Antwort zunächst darauf, sich über bruchstückweise Veröffentlichung von Teilen der Geheimkorrespondenz in englischen Blättern¹⁸ zu beschweren, worauf ihm Churchill mitteilte, daß das auf Informationen zurückgehe, die der sowjetische Botschafter Gusew einigen Zeitungen gegeben habe — diesen Sachverhalt hat Stalin später energisch bestritten. Churchill kündigte weiter an, daß er den Zusammenbruch der Verhandlungen mit Moskau über die polnische Frage im Unterhaus bekanntgeben werde. Seine Erklärung werde beinhalten, daß alle territorialen Aenderungen erst von den Waffenstillstands- oder Friedenskonferenzen der Siegermächte behandelt werden würden und daß Großbritannien in der Zwischenzeit keine gewaltsamen Gebietsübertragungen anerkennen könne.

Diese Botschaft und eine Erklärung des britischen Botschafters Molotow gegenüber, daß das Bekanntwerden des sowjetischen Beharrens auf der Curzon-Linie in England und Amerika desillusionierend wirken müßte und die militärische Zusammenarbeit erschweren könnte, führten zu einer der intransigenteren Antworten Stalins, die der Band verzeichnet¹⁹: Die britischen Stellungnahmen seien mit Drohungen gegen die Sowjetunion gespickt. Die Bezeichnung des Beharrens auf der Curzon-Linie als „Politik der Gewalt“ stelle diese Grenzziehung als widerrechtlich und den Kampf um sie als ungerecht dar. In Teheran habe Churchill dem sowjetischen Standpunkt in dieser Frage zugestimmt und gesagt, es wäre wahn-sinnig (crazy), wenn die Vertreter der polnischen Regierung ihn ablehnen sollten. Die Frage sei, ob Churchills jetzige Erklärungen ein Abrücken von dem Uebereinkommen von Teheran bedeuten, an denen die Sowjetunion festhalte. Der ganze Konflikt

mit der polnischen Regierung hätte beigelegt werden können, wenn Churchill zu der Entscheidung von Teheran gestanden hätte. Die Frage der polnischen Ostgrenze bis zu den Waffenstillstandsverhandlungen zu verschieben, sei sinnlos, da zwischen der Sowjetunion und Polen kein Waffenstillstand nötig sei. Die Sowjetunion betrachte sich als Verbündeten Polens und des polnischen Volkes und befinde sich nur mit der Exilregierung, die nicht die Interessen und Wünsche des polnischen Volkes vertrete, in einem Konflikt. Die polnische Exilregierung könne mit der jugoslawischen, gewisse polnische Generäle mit dem serbischen General Mihailowitsch verglichen werden. (Hier versuchte Stalin den Umstand für sich auszunützen, daß die Briten nicht mehr Mihailowitsch, sondern Tito unterstützten.) Churchills Bemerkung über „gewaltsame Gebietsübertragungen“ stelle in Abrede, daß die Sowjetunion einen Befreiungskrieg führe. „Ich zweifle nicht daran, daß die Völker der Sowjetunion und die öffentliche Meinung der Welt Ihre Erklärung als eine willkürliche Beleidigung der Sowjetunion werten werden.“ Es sei Churchills Sache, was er dem Unterhaus sagen wolle, aber eine Erklärung im angedeuteten Sinne müßte er, Stalin, als einen ungerechten und unfreundlichen Akt betrachten. Das Telegramm schloß mit der Bemerkung, daß die „Methoden der Einschüchterung und Verleumdung“ der Zusammenarbeit nicht zuträglich seien.

Man muß sich dabei vor Augen halten, daß das zu einem Zeitpunkt von Verbündeten zu Verbündeten gesagt wurde, als der Sieg über den gemeinsamen Feind noch keineswegs erfochten war und kein einziger anglo-amerikanischer Soldat auf dem Kontinent stand. Churchill hielt es unter den gegebenen Umständen offenbar für richtig, nicht weiter zu reagieren. Er hat das polnische Thema in einer ganz veränderten Situation erst am 20. Juli 1944 wiederaufgenommen.

In der Zwischenzeit unternahm Roosevelt einen Vorstoß. Nach Unterredungen mit Mikolajczyk, der nach Washington gekommen war²⁰, schrieb er am 19. Juni an Stalin, daß er Mikolajczyk für absolut ehrlich und nur auf das Wohl seines Landes bedacht halte. Er empfahl Stalin, mit ihm direkt „von Mann zu Mann“ zu verhandeln; der polnische Regierungschef sei sicherlich bereit, zu diesem Zweck in Moskau zu erscheinen. Stalins Antwort war völlig negativ. Zuerst müsse die polnische Regierung in dem von Moskau gewünschten Sinne umgebildet werden; außerdem habe sie die Curzon-Linie als Ostgrenze anzuerkennen. Mikolajczyks Erklärungen in Washington ließen nicht darauf schließen, fand Stalin, daß er dazu bereit sei.

Die Regierung von Lublin tritt auf den Plan

Am 20. Juli griff dann Churchill den Vorschlag der Reise Mikolajczyks nach Moskau auf. Stalin ließ

nun die Bombe mit der von Moskau eingesetzten Gegenregierung von Lublin platzen²¹. Bevor *Mikolajczyk* in Moskau eintraf, mußten eben vollendete Tatsachen geschaffen und der Eindruck verwischt werden, es handle sich bloß um einen Konflikt zwischen der Sowjetregierung und der polnischen Exilregierung. Plötzlich standen zwei miteinander rivalisierende Gruppen von Polen da, und nichts sollte einfacher sein, als daß es zwischen ihnen zu einer Einigung, zu einem Zusammenschluß — fast wäre man versucht, zu sagen: zu einer Konföderation — kommt. Am 23. Juli teilte *Stalin* *Churchill* und *Roosevelt* mit, daß das Problem einer polnischen Verwaltung auf dem befreiten Gebiet westlich der Curzon-Linie aktuell geworden sei. Das sei Sache der Polen:

„Wir haben uns daher mit dem polnischen Komitee der nationalen Befreiung in Verbindung gesetzt, das kürzlich vom polnischen Nationalrat eingesetzt wurde, der Ende letzten Jahres in Warschau gebildet worden ist und aus Vertretern der demokratischen Parteien und Gruppen besteht...“

Dieses Komitee beabsichtige, eine Verwaltung in Polen einzurichten, und *Stalin* sprach die Hoffnung aus, daß es dies auch tatsächlich tun werde. Man habe niemand anderen in Polen gefunden, der dazu befähigt sei; die der Londoner Exilregierung unterstehenden Gruppen in Polen hätten keinen Einfluß. (Später beschwerte sich *Stalin* über angebliche ausgedehnte Sabotageakte dieser von ihm als macht- und einflußlos hingestellten Gruppe!) Das Komitee sei keine Regierung, könne aber den Kern einer späteren Regierung bilden. Er wäre bereit, mit *Mikolajczyk* zu sprechen, doch wäre es besser, wenn dieser sich an das Komitee wende. Die Adressaten von *Stalins* Botschaft mußten natürlich genau wissen, daß das Komitee, das seinen Sitz in Lublin aufschlug, keine Warschauer Gründung, sondern eine Gründung polnischer Kommunisten war, die in Rußland als Emigranten lebten. Aber *Churchill* und *Roosevelt* zogen es vor, darüber hinwegzugehen und Wünsche für den Erfolg von *Mikolajczyks* Reise nach Moskau sowie für eine Einigung aller Polen auszusprechen. Es wäre eine Kalamität, schrieb *Churchill* an *Stalin*, wenn der Westen die eine polnische Gruppe und Moskau eine andere anerkennen würden.

Mikolajczyk war auf halbem Wege nach Moskau, als er in Kairo von der Uebergabe der Verwaltung in Polen an das Lubliner Komitee hörte. Ursprünglich wollte er auf der Stelle umkehren, setzte aber dann doch die Reise fort²². In Moskau angelangt, hatte ihm *Stalin* „nahegelegt“, sich mit der kommunistischen Gegenregierung in Verbindung zu setzen, was er auch tat, wohl in der Erkenntnis, daß ihm keine andere Alternative blieb. Wann immer später *Churchill* mit den „Lublinern“ zusammenkam — in Moskau im Oktober 1944 und in Potsdam im Juli

1945 —, hat er von ihnen den denkbar ungünstigsten Eindruck empfangen und sie als bloße ausführende Organe Moskauer Wünsche durchschaut²³. Aber *Churchill* hätte *Mikolajczyk* zweifellos beschuldigt, eine Gelegenheit versäumt zu haben, wenn dieser sich gegen Verhandlungen mit *Bierut* und *Osobka-Morawski* gestraubt hätte. „Ich bin sehr froh, daß Sie beide Seiten zusammengebracht haben“, ließ er *Stalin* am 10. August wissen. Bei den Besprechungen bot man *Mikolajczyk* den Vorsitz in einer zu bildenden Regierung und drei weitere Ministersitze für seine Gruppe (von insgesamt 18) an. *Mikolajczyk* ging auf diesen Versuch, die „Londoner“ Polen zu spalten, nicht ein; doch waren die Beziehungen damit nicht abgebrochen.

Der Warschauer Aufstand

Es gab damals aber einen sehr plausiblen Grund dafür, daß weder *Churchill* noch *Mikolajczyk* gegenüber *Stalin* ihren prinzipiellen Standpunkt allzu deutlich betonten. Warschau hatte sich am 1. August gegen die deutsche Besatzungsmacht erhoben und brauchte dringend Hilfe, um sich behaupten zu können. Moskau lehnte nicht nur jede Hilfeleistung an einen Aufstand, zu dem die sowjetischen Sender immer wieder aufgerufen hatten und dessen Gelingen die sowjetische militärische Position wesentlich verbessert hätte, rundweg ab, sondern sabotierte auch Möglichkeiten einer anglo-amerikanischen Hilfsaktion durch Verweigerung des Rechtes zur Landung auf sowjetischen Flugplätzen. *Mikolajczyk* bemühte sich natürlich während seines Moskauer Aufenthalts, *Stalin* umzustimmen. Gleichzeitig wurde dieser von *Churchill* und später von *Churchill* und *Roosevelt* gemeinsam bestürmt, einen Aufstand gegen den gemeinsamen Feind nicht in Blut ersticken zu lassen. Die Antwort war, daß *Stalin* die Führer des Aufstands als „machtlüsterne Verbrecherbande“ bezeichnete. Die in dieser Sache gewechselten Telegramme sind alle in *Churchills* Memoirenwerk enthalten. Bei der Wiedergabe in der Moskauer Veröffentlichung erfuhr ein Telegramm eine bemerkenswerte Veränderung. *Churchills* Appell vom 12. August begann mit den Worten²⁴:

„Ich habe von den Warschauer Polen... nach zehntägigem Kampf... folgende niederschmetternde Botschaft erhalten:“

Es folgte ein an die Londoner Exilregierung gerichteter Verzweiflungsschrei der Warschauer Aufständischen, dem *Churchill* die Bitte an *Stalin* um Maschinengewehre und Munition beifügte. Moskau gibt dem Telegramm jetzt die folgende Fassung:

„Ich habe eine niederschmetternde Botschaft der Polen aus Warschau... nach zehntägigem Kampf... gesehen. Sie rufen dringend nach Maschinengewehren und Munition. Könnten Sie ihnen nicht einige weitere Hilfe leisten, da die Entfernung von Italien so sehr groß ist?“

Von dem Inhalt der Botschaft, die der Verzweiflung über das Ausbleiben russischer Hilfe Ausdruck gibt, ist hier nichts erwähnt. Gelegentliche kleinere Abweichungen von anderswo veröffentlichten Texten wurden von den Herausgebern der Moskauer Sammlung sonst immer vermerkt. Ihr Stillschweigen zu dieser Auslassung bei gleichzeitiger Veränderung des Textes, die die Auslassung unkenntlich machen soll, kann man wohl als stummes Eingeständnis werten, daß hier propagandistische Erwägungen allen anderen vorangestellt wurden.

Moskau, Oktober 1944

Mikolajczyk wurde im Oktober von *Eden*, der mit *Churchill* in Moskau war, dringend aufgefordert, nochmals in die sowjetische Hauptstadt zu kommen. Als *Churchill* dort *Mikolajczyk* unter Druck setzte, die Curzon-Linie anzunehmen, was letzterer mit dem Hinweis ablehnte, daß über Grenzfragen nicht der Regierungschef, sondern die Volksvertretung zu entscheiden habe, kam es zwischen den beiden zu erregten persönlichen Auseinandersetzungen, die *Mikolajczyk* in seinen Memoiren genau beschreibt²⁵, während *Churchill* sie stillschweigend übergeht. In dem Moskauer Dokumentenband hat nur ein Schreiben *Churchills* an *Stalin* vom 17. Oktober (verfaßt während *Churchills* Moskauer Aufenthalts) Aufnahme gefunden, in dem dieser davon spricht, daß er jetzt mehr als früher von *Mikolajczyks* Bereitschaft überzeugt sei, mit dem Lubliner Komitee und mit *Stalin* zu einer Verständigung zu gelangen:

„*Mikolajczyk* möchte sehr gerne mit Ihnen allein sprechen, um Ihnen mitzuteilen, was er für Pläne hat, und um Ihren Rat zu erbitten.“

Der Wunsch scheint nicht in Erfüllung gegangen zu sein. Nach seiner Rückkehr nach London am 5. November ließ *Churchill* *Stalin* eine neuerliche Zusicherung zugehen, daß die britische Regierung bei allen Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen den sowjetischen Anspruch auf die Curzon-Linie unterstützen werde. *Stalin* beantwortete das mit der kryptischen Bemerkung:

„Es muß zugegeben werden, daß *Mikolajczyk*, sehr zum Schaden seiner eigenen Interessen, viel kostbare Zeit vergeudet.“

Knapp darauf (24. November) trat *Mikolajczyk* von seinem Amt zurück, nachdem ihm aus den eigenen Reihen vorgeworfen worden war, in seiner Verhandlungsbereitschaft zu weit gegangen zu sein. Der Sozialist *Arciszewski*, der Polen erst im Juli 1944 verlassen hatte und jetzt die Regierungsgeschäfte übernahm, wurde von *Churchill*, der alle Hoffnungen auf *Mikolajczyk* gesetzt hatte, am 15. Dezember 1944 im Unterhaus mit einer unfreundlichen Bemerkung bedacht²⁶. Am 3. Dezember telegraphierte er an *Stalin*, er hoffe, daß *Mikolajczyk* bald mit vermehrtem Prestige an die Spitze der Regierung zurückkehren

werde. Seine Demission könne nachträglich den Vorteil bringen, daß er sich damit in überzeugender Weise als Vorkämpfer guter Beziehungen zu der Sowjetunion erwiesen habe. (Auch wenn *Churchill* sich in Wirklichkeit gedacht haben sollte, daß *Mikolajczyks* Resignation der Beweis der Unmöglichkeit einer echten Verständigung mit Moskau sei, hätte er das in einem Telegramm an *Stalin* kaum sagen können.) *Stalin* war natürlich anderer Meinung. In seiner Antwort bezeichnete er *Mikolajczyks* Verhandlungen mit dem Lubliner Komitee als einen bloßen Versuch, über die gleichzeitig in Polen vorgehenden „verbrecherischen Terrorakte“ gegen die sowjetischen Streitkräfte hinwegzutäuschen. Diese „kriminellen Elemente“ würden von ihm, *Stalin*, als Verbündete *Hitlers* betrachtet, und ihre Korrespondenz mit *Mikolajczyk*, die aufgefunden worden sei, werfe auch auf diesen ein übles Licht. Änderungen, welcher Art auch immer, in der „Londoner“ Regierung seien nun ohne jedes Interesse:

„Ich glaube, daß es unsere Aufgabe jetzt ist, das Nationalkomitee in Lublin und alle jene zu unterstützen, die mit ihm zusammenzuarbeiten bereit und dazu auch fähig sind.“

Die gleiche Stellung nahm *Stalin* auch ein, als ihn *Roosevelt* am 20. Dezember bestürmte, von einer sowjetischen Anerkennung des Lubliner Komitees als der legalen polnischen Regierung wenigstens bis zur vorgesehenen Zusammenkunft der Regierungschefs (Jalta) abzusehen. *Stalin*, der entschlossen war, erst zur Konferenz zu gehen, nachdem er vollendete Tatsachen geschaffen hatte, lehnte am 27. Dezember einen Aufschub nicht nur ab, sondern empfahl *Roosevelt* (und damit auch *Churchill*), lieber jetzt schon als eine Stufe zur späteren Anerkennung diplomatische Vertreter nach Lublin zu entsenden: „Wenn das nicht geschieht, fürchte ich, daß das Vertrauen des polnischen Volkes in die Alliierten dahinschwinden wird.“ Die Interessen Polens dürften nicht denen einer Handvoll von Emigranten in London geopfert werden.

Roosevelt gab sich noch nicht geschlagen. Am 31. Dezember sprach er *Stalin* gegenüber telegraphisch seine Enttäuschung über dessen Unnachgiebigkeit aus. Eine kurze Verzögerung des rein formalen Anerkennungsaktes durch Moskau könne keine Rolle spielen, um so mehr, als nur ein kleiner Teil Polens westlich der Curzon-Linie bisher befreit worden sei. Nichts lasse darauf schließen, daß das Lubliner Komitee die Wünsche des polnischen Volkes repräsentiere. Solange das nicht klargestellt sei, könnten die Vereinigten Staaten ihre Haltung in der Anerkennungsfrage nicht ändern, das heißt, weiter nur die Londoner Exilregierung anerkennen.

Alle diese Argumente vermochten *Stalin* nicht in Verlegenheit zu bringen. Er habe Verständnis für *Roosevelts* Vertragswünsche, schrieb er am 1. Ja-

nuar 1945, sei aber in der Sache „machtlos“, denn schon am 27. Dezember habe das Präsidium des Obersten Sowjets dem Lubliner Komitee auf dessen Anfrage mitgeteilt, die sowjetische Anerkennung werde in dem Augenblick erfolgen, in dem es sich als Regierung ausrufen werde. Die Frage, warum diesem Beschluß kein Versuch eines Uebereinkommens mit den Alliierten vorangegangen war, wurde Stalin nie gestellt. Churchill wurde von Stalin erst nachträglich (am 3. Januar) informiert, als der Anerkennungsakt schon vollzogen war. In seinem Antwortschreiben verhehlte Churchill sein Bedauern darüber nicht. Die britische Haltung bleibe bis zu einer in Jalta zu treffenden Entscheidung unverändert²⁷.

Die Beschlüsse von Jalta

Einen schriftlichen Meinungsaustausch zwischen Stalin und seinen westlichen Gesprächspartnern während einer gemeinsamen Konferenz gab es begreiflicherweise nur in ganz vereinzelt Fällen, und darum läßt sich der Verlauf der für Polen so schicksalhaften Verhandlungen in Jalta aus dem vorliegenden Dokumentenband nicht herauschälen. Er enthält bloß den bereits von Byrnes²⁸ erwähnten schriftlichen Vermittlungsvorschlag Roosevelts, eine Reihe von polnischen Politikern aus allen Parteilagern nach Jalta einzuladen. (Dieser Vorschlag, der die Situation hätte retten können, wurde von Stalin und Molotow durch den Hinweis auf Zeitmangel und durch die Behauptung abgewürgt, daß die Betroffenen gesucht würden, aber unerreichbar seien. Die Nachprüfung dieses Umstands war voll Stalin überlassen geblieben.) Nach schwierigen Verhandlungen kam man auf der Krimkonferenz zu einer scheinbaren Einigung über Polen, die sich sofort als trügerisch erwies, als der Versuch gemacht wurde, sie in die Tat umzusetzen. Eine dreigliedrige Kommission in Moskau — Molotow mit den beiden Botschaftern Harriman und Clark-Kerr (der spätere Lord Inverchapel) — war beauftragt worden, sowohl mit den Mitgliedern der Lubliner (jetzt Warschauer) Regierung als auch mit anderen polnischen Politikern über die Bildung einer neuen, repräsentativen polnischen Regierung zu verhandeln. Die Arbeiten konnten überhaupt nicht begonnen werden, weil die Sowjetregierung die Formel von Jalta ganz anders auslegte als ihre Partner, die die Wendung „Umbildung“ der gegenwärtigen Regierung „auf einer breiteren demokratischen Basis“

im Wortsinn verstanden, während Molotow höchstens davon wissen wollte, daß der bestehenden Regierung einige neue Mitglieder hinzugefügt werden, an ihrem Wesen aber nichts geändert wird²⁹. Der darob entstandene Notenwechsel ist im wesentlichen in Churchills Memoiren festgehalten, die auch Roosevelts eindringlichen Appell an Stalin vom 29. März abdrucken³⁰. Da Stalin alle Kandidaten für eine Mitgliedschaft in der polnischen Regierung von vornherein ablehnte, die nicht ausdrücklich die Curzon-Linie als polnische Ostgrenze anerkennen, Churchill aber Mikolajczyk in jede Kombination einbezogen sehen wollte, übte er auf letzteren einen Druck aus, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Die erste Erklärung war Stalin nicht eindeutig genug — Mikolajczyk mußte sich in einer zweiten unwiderruflich festlegen. Diese Episode wird wieder von Mikolajczyk in seinem Buch übergangen, während Churchill sie in den Einzelheiten schildert³¹.

Von den jetzt neu bekanntgewordenen Dokumenten zur polnischen Frage sei noch ein Telegramm erwähnt, das Truman, der sich sofort nach seinem Amtsantritt diesem verwickelten Problem gegenüber sah, Anfang Mai 1945 an Stalin sandte. Hier erklärte er dezidiert, daß eine wie auch immer formulierte Einladung an die Warschauer Regierung, Polen auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco zu vertreten, für die Vereinigten Staaten vollkommen unannehmbar sei. Stalin schloß den Telegrammwechsel am 10. Mai mit einer Botschaft an Truman ab, in der er aus dessen mangelnder Bereitschaft, das Regime von Warschau als Grundlage einer künftigen polnischen Regierung anzuerkennen, den Schluß zog, daß die Möglichkeit einer vereinbarten Lösung der polnischen Frage nicht mehr bestehe. Er hatte um diesen Zeitpunkt fast alle Trümpfe in der Hand. Ueber die Abschlußverhandlungen, die zum vorübergehenden Eintritt Mikolajczyks als stellvertretender Ministerpräsident in die Warschauer Regierung und deren Anerkennung durch die Westmächte am 5. Juli führte, gibt der vorliegende Band keinen Aufschluß. Nichtsdestoweniger stellt er das bisher vollständigste Bild des diplomatischen Vorspiels der mit rücksichts- und bedenkenloser Ausnützung der Rücksichten, Bedenken und Schwächen in der Position der Gegenseite durchgeführten Sowjetisierung Polens dar, das gründlichsten Studiums wert ist.

Anmerkungen

¹) „Perepiska Predsedatelja Sowjeta Ministrow SSSR s Prezidentami SShA i Premier-Ministrami Welikobritanii wo wremja welikoj otetschestvennoj wojny 1941—1945“, Gosudarstwemol izdatelstwow politicheskoy literatury, Moskau 1957.

²) Stalin's Correspondence with Churchill, Attlee, Roosevelt and Truman 1941—1945“, Lawrence & Wishart, London 1958, 404 und 304 Seiten.

³) Winston S. Churchill, „The Second World War“, Vol. I—VI, London und New York, 1948—1954. Deutsche Ausgabe:

„Der Zweite Weltkrieg“ (sechs Bände in je zwei Halbbänden), Stuttgart und Bern, 1948—1954.

⁴) Einzelne im Westen veröffentlichte, aber in den Band nicht aufgenommene Telegramme an Stalin werden von den Herausgebern im Vorwort als in den Sowjetarchiven nicht auffindbar oder als mündlich übermittelt bezeichnet. Sie sagen aber nichts über zwei hier nicht aufgenommene Telegramme Roosevelts an Stalin vom Oktober 1941 (über Lieferungen im Rahmen des Pacht- und Leihvertrags) und vom 22. August 1942 (über Willkies Besuch in Moskau), die in dem Werk „The

Roosevelt Letters", Vol. III, London 1952, S. 396 bzw. 437, wiedergegeben sind.

⁵⁾ Wichtige Quellenwerke sind insbesondere das Buch von Jan Ciechanowski, „Defeat in Victory“ (New York 1947) und Stanislaw Mikolajczyk „Pattern of Soviet Conquest“ (London 1951). Ciechanowski war polnischer Botschafter in Washington von 1941 bis 1945. Seine Darstellung ist dort nicht ganz verläßlich, wo er über Dinge berichtet, die er nur aus zweiter Hand kennt. — Siehe auch Arthur Bliss Lane, „I saw Poland betrayed“, New York 1948. Der Verfasser war amerikanischer Botschafter bei den polnischen Regierungen von 1944 bis 1947.

⁶⁾ Cordell Hull erklärt das damit, daß man der britischen Regierung in dieser Sache die Initiative überließ, da die polnische Exilregierung ihren Sitz in London hatte („The Memoirs of Cordell Hull“, New York 1948, Band II, S. 1267—70).

⁷⁾ Tatsächlich ist nie eine solche britische Maßnahme beantragt worden.

⁸⁾ Näheres über die Unterredung Churchill—Benesch bei Churchill, Fünfter Band, Zweites Buch (deutsche Ausgabe), S. 154—56.

⁹⁾ Wortlaut bei Mikolajczyk, „Pattern of Soviet Conquest“, S. 305—307, Ciechanowski, „Defeat in Victory“, S. 261/2. Polnische Erklärungen sowie sowjetische Gegenerklärung in „Documents on American Foreign Relations“, Vol. VI, Boston 1945, S. 647—651.

¹⁰⁾ Sowjetische Ablehnung bei Hull, a. a. O., Band II, S. 651/52.

¹¹⁾ Mikolajczyk war stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung Sikorski gewesen.

¹²⁾ Zur Genesis der Curzon-Linie siehe Gotthold Rhode, „Die Entstehung der Curzon-Linie“ in: Osteuropa, Heft 2/1955, S. 81—92.

¹³⁾ Ciechanowski, a. a. O., S. 331, Mikolajczyk, a. a. O., S. 107.

¹⁴⁾ Parliamentary Debates (Hansard), House of Commons, Bd. 397, Sp. 697—699.

¹⁵⁾ Ciechanowski, a. a. O., S. 261.

¹⁶⁾ Arnold Toynbee, „Survey of International Affairs, 1920 bis 1923“, London 1925, S. 250—256.

¹⁷⁾ Tatsächlich haben die polnischen Unterhändler in einer Note vom 15. Februar Churchills Vorschläge einschließlich den Königsberg betreffenden abgelehnt und eine Demarkationslinie östlich von Wilna und Lemberg verlangt. Wortlaut bei Mikolajczyk, a. a. O., S. 315/16. Frühere Note vom 23. Januar (mit Gegenfragen), ebenda, S. 312—314.

¹⁸⁾ The Times, 14. Februar 1944. Zitiert bei Rhode-Wagner (Herausgeber), „Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie“, Stuttgart 1956, S. 84/85.

¹⁹⁾ Ausführlicher Auszug bereits veröffentlicht bei Leahy, „I was there“, London 1950, S. 273—275, in deutscher Uebersetzung bei Rhode-Wagner, a. a. O., S. 90/92.

²⁰⁾ Mikolajczyk, a. a. O., S. 71.

²¹⁾ Vage Andeutungen über einen polnischen Nationalrat, der aus Warschau in Moskau eingetroffen sein soll, hat bereits der damalige sowjetische Botschafter in Washington, Gromyko, Hull gegenüber am 27. Mai gemacht. (Hull, a. a. O., Bd. II, S. 1442.)

²²⁾ Mikolajczyk, a. a. O., S. 78, Ciechanowski, a. a. O., S. 319 bis 320.

²³⁾ „Sie hatten ihre Rollen so gut gelernt und geprobt, daß anscheinend sogar ihre Herren das Gefühl hatten, sie schössen über das Ziel hinaus. Beispielsweise gebrauchte ihr Führer Bierut folgende Wendungen: ‚Wir sind hier, um im Namen Polens zu verlangen, daß Lemberg zu Rußland gehören soll. Das ist der Wille des polnischen Volks.‘“ Zit. von Churchill, „Dem Sieg entgegen“ (Sechster Band, Erstes Buch der Memoiren), S. 278.

²⁴⁾ Ebenda, S. 164.

²⁵⁾ Mikolajczyk, a. a. O., S. 108—111.

²⁶⁾ „The Polish Government... has been almost entirely reconstituted in a form which in some respects I am not able to applaud. Mr. Mikolajczyk and his friends remain, in the view of His Majesty's Government, the only light which burns for Poland in the immediate future“ (Hansard, Bd. 406, Sp. 1481). Vorher hatte Churchill der Meinung Ausdruck gegeben, daß Mikolajczyk bei Annahme der Moskauer Bedingungen bereits in Polen an der Spitze der Regierung sein könnte.

²⁷⁾ Der Schriftwechsel zwischen Roosevelt und Stalin in dieser Sache sowie Stalins Telegramm an Churchill vom 4. Januar und Churchills vom 5. datierte Antwort sind bereits in Churchills Kriegserinnerungen wiedergegeben (Band VI/1, S. 380 bis 386, der deutschen Ausgabe).

²⁸⁾ James F. Byrnes, „Speaking Frankly“, London 1947, S. 28. Erster Entwurf und definitiver Wortlaut des Briefes in: „The Conferences at Malta and Yalta 1945“, Washington 1955, S. 726—728.

²⁹⁾ Durch Kürzungen von Dokumenten in Churchills Memoiren ist der Sinn eines Stalinschen Vorschlags, das „jugoslawische Beispiel“ zum Muster zu nehmen, verwischt worden. Erst jetzt wird klar, daß Stalin plötzlich den Gedanken in die Debatte geworfen hatte, das polnische Problem nach dem jugoslawischen Muster zu lösen, d. h. durch Verschmelzung der im Land tätigen Regierung mit der Emigrantenregierung. Im jugoslawischen Fall hatte Tito einigen Mitgliedern der Emigrantenregierung vorübergehend Positionen in der Regierung eingeräumt, in der sie sich sofort in hoffnungsloser Minderheit befanden. Unter Berufung auf die in Jugoslawien herrschende ungehemmte kommunistische Diktatur hat Churchill damals Stalins Vorschlag der Uebernahme des jugoslawischen Beispiels für Polen abgelehnt und ihn als in Widerspruch zu den Beschlüssen von Jalta befindlich bezeichnet. Im Endeffekt wurde das polnische Problem aber genau nach dem jugoslawischen Vorbild gelöst.

³⁰⁾ Band VI/2 (Der Eiserne Vorhang), S. 111—115, 431—433.

³¹⁾ Ebenda, S. 167/8.

Stalin, Renner und Tito

Oesterreich zwischen drohender Sowjetisierung und den jugoslawischen Gebietsansprüchen im Frühjahr 1945

Von David J. Dallin, New York

I

Stalins Nachkriegspläne für Oesterreich wurden mehr oder weniger gleichzeitig mit ähnlichen Plänen für die künftigen Volksdemokratien in Süd- und Osteuropa ausgearbeitet. Für jedes Land lagen diese Pläne bereits vor, bevor die Rote Armee die Grenzen überschritt, jene für Oesterreich schon vor Ende Januar 1945. Einige hohe kommunistische Parteiführer unter den österreichischen Emigranten in Moskau, die mit der Ausführung der Pläne betraut waren, sollten sich nach Wien begeben, sobald die Rote Armee die Hauptstadt besetzt hätte. Der führende Intellektuelle dieser Gruppe war Ernst Fischer, der Leiter des Moskauer Senders „Freies Oesterreich“. Johann Koplenig, ein Mann „proletarischer Herkunft“, war der unermüdliche Organisator. Friedl Fűrberg und Franz Honner waren zwei weitere erfahrene und, von Moskaus Standpunkt aus, verlässliche Führer. Honner, gleichfalls ein „Proletarier“, Veteran des spanischen Bürgerkrieges und 1944 als Organisator einer „österreichischen Armee“ zu Tito entsandt, hatte selbst enge persönliche Beziehungen zu den Sowjets.

Im Westen wurde bekannt, daß „Moskau ein Komitee eingesetzt hat, das an Stelle der von den westlichen Alliierten unterstützten Freien Oesterreichischen Gruppe in Paris und London die provisorische Regierung für Oesterreich werden soll“¹, was natürlich nicht bedeutete, daß eine rein kommunistische Regierung in Wien gebildet werden sollte. Die Pläne, ähnlich jenen für Ungarn und die Tschechoslowakei, waren folgende: eine Regierung zu bilden, in der die Rolle der Kommunisten nicht besonders betont werden sollte; einen anpassungsfähigen Nichtkommunisten zum Regierungschef zu ernennen; unbedingt ein Mitglied der Kommunistischen Partei in die Stellung des für die Polizei verantwortlichen Ministers zu bringen; an die Sozialisten heranzutreten, um eine „Einheitsfront der Arbeiterklasse“ unter faktisch kommunistischer Führung zu bilden; und dann allmählich die anderen politischen Gruppen aus der Regierungskoalition, der Presse und allen wichtigen öffentlichen Stellen hinauszudrängen.

Die Zusammenarbeit der österreichischen kommunistischen Führung mit der Sowjetarmee war ein Gebot der Stunde und selbstverständlich. Generaloberst Alexej Shelto, später (bis Januar 1958) der Chef des politischen Führungsstabes der Sowjetarmee, war der politische Führungsoffizier in der Armee General Tolbuchins und mit den politischen Aktionen in Oesterreich betraut. Keine Regierung konnte gebildet werden, bevor Shelto sie nicht nach Fühlungnahme mit Moskau gebilligt hatte. Für die zurückkehrenden österreichischen Emigranten stellte er das österreichische Ende des Drahtes Moskau—Wien dar.

Ende März 1945 marschierte General Tolbuchins Armee in Oesterreich ein, und am 1. April kamen Abteilungen der sowjetischen Streitkräfte nach der kleinen Ortschaft Gloggnitz, wo sich der bejahrte Karl Renner mit seiner Familie aufhielt. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung waren furchtbar. Die Nahrungsmittel waren knapp, Plünderungen und Gewaltverbrechen hatten ungeheure Ausmaße angenommen; die Polizei war machtlos. Um diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu setzen, wandte sich Renner an das sowjetische Militärkommando.

Der 75jährige Karl Renner, der ehemalige Führer des rechten Flügels der Sozialisten, war nach dem Ersten Weltkrieg österreichischer Bundeskanzler und Außenminister, in den dreißiger Jahren Präsident des Nationalrats gewesen. Als Publizist, Redner und politischer Führer hatte er eine wichtige Rolle in der österreichischen Politik gespielt. Obwohl er ein Gegner der nazistischen Methoden des „Anschlusses“ war, hatte er die Ueberzeugung ausgedrückt, daß die Vereinigung mit Deutschland ein Fortschritt wäre. Lenin und seine Anhänger haßten Renner als „Verräter an der Arbeiterklasse“. Renner sei, so schrieb Lenin, „einer der verächtlichsten Lakaien des deutschen Imperialismus“.² Lenin hatte „die Verräter am Sozialismus, die den Krieg räuberischer Imperialisten begünstigten, alle diese Scheidemanns, Eberts, Austerlitz und Renners“ angeprangert.³

1943 griff Moskaus Sprachrohr „Krieg und Arbeiterklasse“⁴ Renner wegen seiner „Kapitulation vor

den Faschisten“ im Jahre 1938 heftig an: der Erfolg der Hitlerschen „Anschluß“-Politik sei „durch den Entschluß einflußreicher österreichischer Politiker wie des ehemaligen sozialdemokratischen Kanzlers Karl Renner, vor den deutschen Faschisten zu kapitulieren und den ‚Anschluß‘ als ‚geschichtlichen Fortschritt‘ zu bezeichnen, begünstigt worden“.

Die sowjetischen Geheimdienstoffiziere, mit denen Renner in Gloggnitz in Verbindung trat, hatten über ihn in Rußland in den kommunistischen Handbüchern und in Lenins Werken gelesen. Sie interessierten sich sehr für diese fesselnde Persönlichkeit. Bei ihrer Suche nach nichtkommunistischen Mitarbeitern und insbesondere nach einem geeigneten Kandidaten für das neue Amt eines Kanzlers oder Präsidenten mußten sie mit ehemaligen und derzeitigen politischen Führern, die niemals nationalsozialistisch oder kommunistisch gewesen waren, Kontakt aufnehmen und über sie berichten, also mit Personen, die das „einfache Volk“, den „Mann auf der Straße“, ebenso repräsentieren würden wie die ehemals große Sozialistische Partei. So sollte ein politischer Block entstehen, der als erste Stufe in der Entwicklung zu einem anders gearteten Regime dienen würde. „Ein solcher Mann (wie Renner), nicht mehr jung, aber in den Augen der Kommunisten schwer belastet, mußte doch ein gefügiges Werkzeug in der Hand der Besatzungsarmee und ihrer Anhänger sein“.

Renners Gespräche mit den sowjetischen Offizieren hatten, wie er später berichtete⁶, zuerst nur die lokalen Verhältnisse zum Gegenstand, dehnten sich jedoch bald auf die allgemeine politische Lage aus. Renner war höflich und freundlich. Einerseits war Rußland Mitglied der großen demokratischen Koalition — eine Tatsache, die ihm die Annäherung erleichterte —, andererseits war Rußlands Macht in Oesterreich zu diesem Zeitpunkt absolut, und Renner, der anpassungsfähige „Opportunist“, hielt es für klug, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, und insbesondere zu *Stalin*, zu pflegen. „Die Furcht, das Land könnte dem Diktatorsystem des Bolschewismus verfallen, beunruhigte mich nicht; im Bunde mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien konnte Rußland einen Angriff auf die soziale und wirtschaftliche Struktur Oesterreichs nicht anstreben“.

Die sowjetischen Generale informierten Moskau über Renner. Anastas *Mikojan* berichtet, daß *Stalin* angenehm überrascht war. „Wie“, rief er aus, „der alte Verräter lebt noch immer? Er ist genau der Mann, den wir brauchen!“

General *Sheltow* befragte *Renner* über seine Einstellung zur Sowjetunion und zur Roten Armee und ob er bereit wäre, an die Spitze der neuen österreichischen Regierung unter sowjetischer Besetzung zu treten. *Renner* antwortete: „Ich habe lange überlegt und mich entschlossen: Ich traue der Roten Ar-

mee, daß sie von Oesterreich nichts wolle, als was die Besiegung der Hitlerarmeen ihr auferlege und was das Kriebsrecht zubillige. Ich traue mir selbst zu, das Werk der Befreiung Oesterreichs vom Faschismus in Angriff zu nehmen“.

In seinen Erinnerungen erwähnt *Renner* die Tatsache, daß General *Sheltow* vorschlug, er (*Renner*) sollte ein Memorandum über die politische Lage abfassen; *Renner* sagt, er habe dies abgeschlagen. Er hatte jedoch am 15. April eigenhändig einen langen, bedeutungsvollen Brief an *Stalin* geschrieben, den er in seinen Erinnerungen nicht erwähnt. Der Wortlaut dieses freundlichen, bescheidenen, etwas prostalinistischen und antiwestlichen Schreibens ist folgender⁹:

„Seiner Exzellenz Marshall Stalin, Moskau.
Sehr geehrter Genosse!

In der Frühzeit der Bewegung haben mich mit vielen russischen Vorkämpfern enge persönliche Beziehungen verknüpft, es war mir jedoch bisher nicht vergönnt, Sie, werter Genosse, persönlich kennenzulernen.

Mit Lenin traf ich auf der Stockholmer sozialistischen Friedenskonferenz 1917 zusammen, mit Trotzki verkehrte ich durch die Jahre seines Wiener Aufenthalts ständig, mit *Rjasanow* arbeitete ich gemeinsam in der Wiener Arbeiterzeitung, viele vor dem Zarismus flüchtende Genossen wohnten oder nächtigten wenigstens in meiner Wohnung auf der Durchreise in die Schweiz, manche von mir mit einem Paß ausgerüstet.

Nun fügt es das wechselvolle Spiel der Geschichte, daß ich in einem Alter, wo ich mit meiner öffentlichen Tätigkeit abgeschlossen zu haben glaubte, auf so ungewöhnliche und bedeutungsvolle Weise zu Ihnen in persönliche Beziehungen gerate:

Die Rote Armee hat mich und meine Familie bei ihrem Einmarsch in meinem Wohnort Gloggnitz (nächst Wiener Neustadt) angetroffen, wo ich mit den Parteigenossen vertrauensvoll die Besetzung abwartete. Die zuständigen Kommandanten haben mich sogleich auf das achtungsvollste in Schutz genommen und mir die volle Handlungsfreiheit wiedergegeben, die ich seit 1934, während der Herrschaft des Dollfuß- und Hitlerfaschismus, schmerzlich entbehren mußte.

Dafür danke ich der Roten Armee und Ihnen, deren ruhmbedecktem Obersten Befehlshaber, im persönlichen wie im Namen der Arbeiterklasse Oesterreichs aufrichtigst und ergebenst.

Der Zufall hat es so gefügt, daß ich das erste im Lande verbliebene Vorstandsmitglied der SD-Partei bin, das so die Freiheit des Handelns wiedergewonnen hat. Ein glücklicher Umstand ist dabei, daß ich als letzter Präsident der damals noch freien Volksvertretung mich als berufen erklären kann, für das österreichische Volk zu sprechen. Ein weiterer Vorteil ist, daß ich als erster Kanzler der Republik Oesterreich mit den Modalitäten einer Staatsgründung wie mit der Einrichtung einer öffentlichen Verwaltung vertraut bin und daher mir zutrauen kann, das Werk der Wiedererweckung Oesterreichs aufzugreifen und anzubahnen.

Ich habe es darum als absolute Pflicht betrachtet, meine Person voll und ganz in den Dienst dieser Sache zu stellen.

Berufene Organe der Armeegruppe Tolbuchin haben sich bereit erklärt, mir die notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Das war nötig, da mir nicht einmal die Schreibmaterialien zu Gebote standen, die ersten Aufrufe zu entwerfen, keine Eisenbahn, keine Post, kein Auto, um sie zu verbreiten. Ohne die Rote Armee wäre keiner meiner Schritte möglich gewesen, und dafür bleibe nicht nur ich, dafür bleibt die künftige „Zweite Republik Oesterreich“ und ihre Arbeiterklasse Ihnen, Herr Marschall, und Ihrer siegreichen Armee für alle Zukunft zum Danke verpflichtet.

Uns hier hat das Hitler-Regime in absoluter Hilflosigkeit zurückgelassen, hilflos werden wir vor den Schranken der Weltmächte stehen, wenn die Neuordnung Europas erfolgt. Schon heute bitte ich Sie, im Räte der Großen Oesterreichs wohlwollend zu gedenken und uns, soweit es die tragischen Umstände gestatten, in Ihren mächtigen Schutz zu nehmen.

Uns drohen im Augenblick Hungersnot und Seuchen, uns droht bei der Auseinandersetzung mit den Nachbarn Gebietsverlust. In unseren steinigten Alpen haben wir schon jetzt zu wenig Ackerland, uns nur kümmerlich das tägliche Brot zu schaffen — verlieren wir noch weiter Gebiet, so werden wir nicht leben können! Es kann nicht in der Absicht der Sieger liegen, uns hilflos verkommen zu lassen. Der Westen aber kennt, wie 1919 gezeigt, unsere Verhältnisse zu wenig und bringt uns nicht genug Interesse entgegen, um uns die Voraussetzungen der Selbständigkeit zu sichern.

Doch will ich Sie, verehrter Genosse, nicht vorzeitig mit späteren Fragen behelligen, nur so viel bitte ich Sie schon jetzt zur Kenntnis zu nehmen:

Dank Rußlands erstaunlicher Machtentfaltung hat unser ganzes Volk die Verlogenheit zwanzigjähriger nationalsozialistischer Propaganda durchschaut und ist voll Bewunderung für die gewaltigen Leistungen der Sowjets.

Das Vertrauen der österreichischen Arbeiterklasse insbesondere in die Sowjetrepublik ist grenzenlos geworden.

Die österreichischen Sozialdemokraten werden sich mit der KP brüderlich auseinandersetzen und bei der Neugründung der Republik auf gleichem Fuße zusammenarbeiten. Daß die Zukunft des Landes dem Sozialismus gehört, ist unfraglich und bedarf keiner Betonung.

Ihr ergebener

Dr. Karl Renner (eh.)

Wiener Neustadt, den 15. April 1945.“

Inzwischen rückte Renner mit dem sowjetischen Militärstab vor. Auf dem Wege nach Wien schrieb er Flugblätter und Aufrufe an die Bevölkerung. In Wien wurde er in einem Bezirk einquartiert, der von den sowjetischen Truppen vollständig übernommen und aus dem die österreichische Bevölkerung evakuiert wurde. Eine russische Leibwache und ein russischer Oberst, der als Dolmetscher fungierte, lebten mit ihm. Renner stand nur mit den Russen in Verbindung, da mit den Engländern und Amerikanern, die noch nicht in Wien einmarschiert waren, kein Kontakt möglich war. Als er aufgefordert wurde, eine Regierung zu bilden, glaubte er, daß diese Regierung auch von Großbritannien und den Vereinigten Staaten anerkannt werden und daß sich

ihre Befugnisse auf ganz Oesterreich erstrecken würden; aber er irrte sich. Moskau hatte die westlichen Verbündeten einfach vor die vollendete Tatsache einer österreichischen Regierung gestellt; Renner wurde über seine Stellung im dunkeln gelassen.

Für Wien und für ganz Ostösterreich hatten die „russischen Monate“ — so könnte man sagen — begonnen: alles war russisch oder kommunistisch. Während dieser Anfangsphase gab es keine nicht-kommunistische Presse. Die Nachrichten stammten hauptsächlich aus russischen Quellen. Jede bestehende Behörde war von den Russen eingesetzt oder zumindest von den Russen geduldet. Die britischen Streitkräfte befanden sich noch im Südwesten des Landes, die Amerikaner marschierten durch Salzburg ein. Doch der Osten, einschließlich Wien, befand sich uneingeschränkt und im Gegensatz zu den Plänen der Alliierten in sowjetischen Händen¹⁰.

Es war dies ein überlegter, gründlich vorbereiteter und durchdachter Schachzug der sowjetischen Politik. Wo immer es möglich war — und dies war der Fall im Jahre 1945 in Korea und 1945/46 in der Mandschurei —, versuchte Stalin, für ein ganz bestimmtes Aktionsschema Zeit zu gewinnen: man brauchte Zeit, damit die aus Rußland zurückkehrenden Führer das Gerüst einer wiedererstehenden kommunistischen Partei errichten konnten, damit sie eine nach außen hin nichtkommunistische, tatsächlich aber kommunistisch gelenkte Regierung einsetzen konnten, damit sie Presse und Rundfunk übernehmen, Polizei und Militär reorganisieren konnten.

II

Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Wien kehrten die kommunistischen Führer aus dem Ausland zurück — Fischer und Koplenig direkt aus Moskau, Honner und Färnberg über Jugoslawien. Am 23. April kamen die Parteiführer der Christlich-sozialen (der Volkspartei), der Sozialisten und der Kommunisten überein, eine Regierung zu bilden und die Ministerliste der Politischen Abteilung der Roten Armee vorzulegen. Die Genehmigung wurde sofort erteilt, und am 27. April gab die neue, offiziell eingesetzte Regierung ihre erste Proklamation an das österreichische Volk heraus.

Zu dieser Zeit schien die Kommunistische Partei stark zu sein und sich schnell zu vergrößern. Wegen der außergewöhnlichen Energie und Arbeitskraft ihrer Mitglieder machte sich die Öffentlichkeit eine sehr übertriebene Vorstellung von ihrer Größe. Kommunisten wie auch Nichtkommunisten glaubten, daß bei einer Wahl die Kommunistische Partei 25 bis 30 vH der Stimmen gewinnen würde. Da die Kommunistische Partei deshalb meinte, Anspruch auf ungefähr ein Drittel der Ministerien zu haben, verlangte und erhielt sie das Staatsamt für Inneres, einschließlich Polizei (Franz Honner) und das Staatsamt für

Unterricht und Erziehung (Ernst Fischer). Oberstleutnant Winterer, ein Kommunist, wurde zum Unterstaatssekretär für Heerwesen ernannt; er wurde bald zum Generalmajor befördert. Johann Koplenig gehörte dem aus fünf Männern bestehenden obersten „politischen Kabinett“ an. Der Staatskanzler Renner und die anderen Staatssekretäre erkannten sehr wohl die besonderen Beziehungen der Roten Armee zur Kommunistischen Partei.

Obwohl die sowjetischen Generale an den Besprechungen der Regierung nicht teilnahmen, wurden sie doch offiziell über alle Fragen und Entscheidungen informiert¹¹. Am 26. April sandte Renner an alle hohen Regierungsmitglieder ein Rundschreiben mit folgender Erklärung: „Der Akt betreffend die Konstituierung der Provisorischen Regierung ist mit der Liste der Kabinettsmitglieder rechtzeitig nach Moskau zur Weiterleitung nach London und Washington abgegangen“¹².

Die Konstituierung der Regierung Renner war für London und Washington eine Ueberraschung. Man betrachtete sie dort als sowjetische Marionette und lehnte ihre Anerkennung ab, da Wien nach den Plänen der westlichen Alliierten eine Stadt mit drei (oder vier) Besatzungszonen werden sollte. Die Regierung Renner war über diese Situation in höherem Maße beunruhigt als die sowjetische Regierung. Renners beschränkte Regierungsbefugnisse gingen nicht über die östliche (sowjetische) Zone hinaus, doch betrachtete Renner seine Regierung als eine gesamt-österreichische Regierung. Tatsächlich war es der auch von den Alliierten klar erkannte Wunsch Moskaus, daß sich das Wiener Regime zu einem Satelliten entwickle, aber erst dann, wenn es seine Regierungsbefugnisse auf das ganze Land ausgedehnt haben würde. Durch die Aufspaltung Österreichs in zwei Teile (wie es später mit Deutschland geschah) hätte Moskau Alleinherrscher in Wien werden können. Zu diesem Zeitpunkt war Stalin aber noch nicht bereit, so weit zu gehen. Mitte Mai erhielt Renner Stalins Antwort auf seinen Brief vom 15. April:

„Seiner Exzellenz, dem Staatskanzler von Oesterreich, Herrn Karl Renner.

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Genosse, für Ihr Schreiben vom 15. April.

Sie können sicher sein, daß Ihre Sorge für die Unabhängigkeit, Gänzlichkeit und das Wohlergehen Österreichs auch meine Sorge ist.

Ich bin bereit, jede Hilfe, die für Österreich notwendig sein kann, Ihnen nach Kraft und Möglichkeit zu erweisen.

Ich bitte um Entschuldigung für die Verspätung meiner Antwort.

J. Stalin.

Für die Richtigkeit: O. Stabschef der 3. Ukrainischen Front
Generaloberst der Garde I. Iwanow.
Den 12. V. 45 2h35.“

Es wäre falsch, dieses kurze Schreiben nur als höfliche Geste aufzufassen. Die hier ausgesprochenen

Zusicherungen berührten ein wichtiges Problem dieser Zeit. In seinem Briefe hatte Renner unter anderem die Hoffnung ausgesprochen, daß Stalin Österreich bei einem möglicherweise drohenden Gebietsverlust an seine Nachbarn Beistand leisten würde. Indem er Stalin „das grenzenlose Vertrauen der österreichischen Arbeiterklasse“ entgegenbrachte, versuchte Renner die Hilfe seines neuen „Genossen“ gegen Gebietsansprüche zu gewinnen, die mit Sicherheit, insbesondere von dem Jugoslawien Titos, erhoben werden würden. Zweifellos erkannte Stalin diesen Sachverhalt, als er Renner versprach, für die Gänzlichkeit Österreichs Sorge zu tragen.

So kam es zu der seltsamen gemeinsamen Front Stalins und Renners gegen Tito.

III

Das jugoslawische Regime, an dessen Spitze Tito und Schubaschitsch standen, forderte von Italien Istrien und Triest und von Oesterreich Südkärnten. Kärnten sollte der benachbarten jugoslawischen Provinz Slowenien eingegliedert werden. Eine Anzahl von den Deutschen in diesem Gebiet errichteter Flugzeugfabriken ließ diesen Teil Kärntens den Jugoslawen doppelt wichtig erscheinen. Die jugoslawische Regierung teilte den Großen Drei ihre Ansprüche mit. Da Kärnten in der britischen Besatzungszone lag, stellte das jugoslawische Programm ein Problem dar, das in erster Linie die Regierung Churchill anging. In Belgrad erwartete man, daß Churchill die Ansprüche anerkennen würde, um seinen Schützling, den jugoslawischen Außenminister Schubaschitsch, zu unterstützen, und daß Stalin im Hinblick auf die kommunistischen Beziehungen dasselbe tun würde. Tito muß diese Frage im April 1945 bei der Unterzeichnung des sowjetisch-jugoslawischen Vertrages mit Stalin besprochen haben.

Stalins Position, die er niemals ganz klargemacht hatte, war nicht einfach. Seine jugoslawischen Verbündeten waren begeistert und kampfeslustig; sie verdienten zweifellos eine territoriale Belohnung. Aber Stalin durfte sich nicht durch die auf dem Balkan gegebene besondere Situation seinen politischen Kurs diktieren lassen, und zu dieser Zeit konnte er die Briten nicht herausfordern. Ebenso wenig konnte er seine Freunde in Oesterreich, das auf dem Wege zu einer Volksdemokratie zu sein schien, vor den Kopf stoßen. Es war damals nicht allgemein bekannt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Stalin und Tito schon im Jahre 1942 begonnen hatten und daß Tito mit seinem antibritischen Kurs während des Krieges auf den Widerstand und die Ablehnung der sowjetischen Führung gestoßen war¹³.

Stalin konnte Tito nicht versprechen, daß er dessen Vorstoß nach Kärnten unterstützen würde. Tito mußte dies im Alleingang tun.

Am 8. Mai marschierte die britische Armee in Klagenfurt ein und begann, die Besetzung dieser Zone zu organisieren. Ungefähr gleichzeitig erschienen die jugoslawischen „Partisanen“ in Klagenfurt und brachten eine embryonale Regierung mit. Die Bildung einer Regierung unter Hans Pietsch, mit zwei kommunistischen Regierungsmitgliedern, wurde verkündet. So entstand die paradoxe Lage, daß jede der beiden Besatzungsarmeen, die voneinander nicht Notiz nahmen, diktatorische Befugnisse beanspruchte. Die Folge waren Verwirrung und Chaos. Durch Churchills scharfen Kurs gegen Tito, in dem ihn Präsident Truman unterstützte, wurde die Lage noch weiter zugespitzt. Feldmarschall Alexander wurde von Churchill angewiesen, im Gebiet von Triest „starke militärische Kräfte zu konzentrieren“ und klarzustellen, daß territoriale Fragen auf der Friedenskonferenz entschieden werden würden. Truman sandte Churchill eine energisch abgefaßte Botschaft des Inhalts, daß „wir bereit sein müssen, alle notwendigen Schritte in Betracht zu ziehen, um Tito zum Rückzug zu zwingen“.¹⁴

Churchill wies den britischen Botschafter in Belgrad an, ebenso wie der amerikanische Botschafter mit allem Nachdruck bei Tito vorstellig zu werden. Unter diesen Umständen entschloß sich Tito zu verschiedenen Kursen in bezug auf Triest und Kärnten: in der Triestiner Frage antwortete er negativ, doch aus Südkärnten zog er nach zweiwöchiger Besetzung seine Truppen zurück. Er soll dazu von dem russischen General aufgefordert worden sein und sofort gehorcht haben. Daß hinter dieser demütigenden Niederlage ein Befehl Stalins stand, war aus der Tatsache ersichtlich, daß die *Iswestija* am 22. Mai eine Erklärung General Alexanders wiedergab, aus der ein Abschnitt folgenden Wortlaut hatte:

„Marschall Tito hat offensichtlich die Absicht, seine Ansprüche mit bewaffneter Gewalt und militärischer Be-

setzung durchzusetzen. Eine solche Aktion erinnert allzu sehr an die Methoden Hitlers, Mussolinis und Japans. Ich tat mein möglichstes, um zu einem freundschaftlichen Einvernehmen mit Marschall Tito zu gelangen, doch es gelang mir nicht. Deshalb haben die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens die Frage direkt vor Marschall Tito gebracht. Die sowjetische Regierung wurde über alles unterrichtet“.¹⁵

Marschall Tito gab eine entrüstete Antwort, doch er zog seine Truppen zurück.

Bei der Eröffnung der Potsdamer Konferenz der Großen Drei am 20. Juli 1945 beschuldigte Churchill Stalin, die britischen und amerikanischen Truppen an der Besetzung ihrer Zonen in Oesterreich gehindert zu haben. In seiner Antwort ergriff Stalin die Offensive. Feldmarschall Alexander (den er verabscheute) habe sich, sagte Stalin, benommen, „als ob ihm russische Truppen unterstellt wären“. Einige Tage später jedoch informierte Stalin die Konferenz, daß die sowjetischen Truppen sich auf ihr Gebiet zurückzögen¹⁶. Erst nach einigen Wochen marschierten die westlichen Truppen in ihre Sektoren in Wien ein und konnten die alliierten Verwaltungsbehörden eingesetzt werden.

Stalins Rolle als Beschützer Oesterreichs dauerte nun nicht mehr lange. Es kam bald zu besseren Beziehungen mit den Westmächten, nachdem deren Vertreter in Wien erschienen waren; gleichzeitig verschlechterten sich die sowjetisch-österreichischen Beziehungen. Nach der katastrophalen Niederlage in den Novemberwahlen, als die Kommunistische Partei weniger als 5 vH der Stimmen erhielt, schwanden Stalins Hoffnungen, Oesterreich in eine Volksdemokratie verwandelt zu sehen.

So wurde Oesterreich die erste größere Enttäuschung der sowjetischen Regierung bei ihren Aktionen in Mitteleuropa.

Anmerkungen

¹⁾ *The New York Times*, 2. Februar 1945.

²⁾ *Lenin*, Werke, 4. Aufl. (russisch), Band 23, S. 261.

³⁾ Ebenda, Band 28, S. 345.

⁴⁾ *Woina i Rabotschij Klass* (Krieg und Arbeiterklasse), Nr. 15, 15. November 1943, S. 15.

⁵⁾ Adolf Schürf, „Oesterreichs Erneuerung 1945—1955“, Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1955, S. 30.

⁶⁾ Karl Renner, „Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Oesterreichs“, Zürich, Europa-Verlag, 1946.

⁷⁾ Ebenda, S. 15.

⁸⁾ Ebenda, S. 16.

⁹⁾ Dieser Brief wurde bisher noch nirgends veröffentlicht.

¹⁰⁾ Adolf Schürf, „Zwischen Demokratie und Volksdemokratie“, Wien, Verlag der Volksbuchhandlung, 1945, S. 7: „Wer in den Monaten nach dem Einmarsch der Roten Armee Wien, Niederösterreich, das Burgenland und die Steiermark besuchte oder wer dort lebte, konnte den Eindruck gewinnen, daß dieser Teil Oesterreichs kommunistisch oder russisch geworden sei.“

¹¹⁾ Ebenda, S. 18.

¹²⁾ Adolf Schürf, „Oesterreichs Erneuerung 1945—1955“, a. a. O., S. 37.

¹³⁾ Moshe Pijade, „About the Legend that the Yugoslav Uprising Owed its Existence to Soviet Assistance“, London, Quick & Co., Ltd., 1950.

¹⁴⁾ Winston S. Churchill, „Triumph and Tragedy“, Boston, Houghton Mifflin Co., 1953, S. 551 ff.

¹⁵⁾ Erst einen Monat später antwortete Stalin auf die scharfen Formulierungen Feldmarschall Alexanders. Am 21. Juli schrieb er an Churchill: „Ich kann den anmaßenden Ton in bezug auf die Jugoslawen, den Feldmarschall Alexander in diesen Unterredungen gelegentlich anschlug, nicht akzeptieren. Es ist absolut untragbar, daß sich Feldmarschall Alexander in einer offiziellen und öffentlichen Botschaft erlaubt, Marschall Tito mit Hitler und Mussolini zu vergleichen. Ein solcher Vergleich ist ungerechtfertigt und für Jugoslawien verletzend.“ In seiner Antwort vom 23. Juli erklärte Churchill unter anderem folgendes: „Ich sehe keinen Grund, Entschuldigungen für Feldmarschall Alexander vorzubringen, obgleich ich nicht wußte, daß er sein Telegramm in eben dieser Form abfassen würde.“ (Churchill, „Triumph and Tragedy“, S. 560—561.)

¹⁶⁾ James F. Byrnes, „Speaking Frankly“, New York, Harper & Brothers, 1947, S. 161.

Vorschläge der Sowjetunion für die Regelung der sowjetisch-italienischen Nachkriegsfragen und den Abschluß eines Nichtangriffspaktes

Erklärung der Sowjetregierung an die italienische Regierung vom 20. Mai 1958

Im Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Botschafter der Sowjetunion und Italien und den Vertretern der italienischen Regierung sowie des später erfolgten Austausches von Botschaften zwischen dem sowjetischen und dem italienischen Regierungschef kam die Notwendigkeit einer Verbesserung der sowjetisch-italienischen Beziehungen zur Sprache.

Ihren außenpolitischen Grundsätzen gemäß und im Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Italien zu festigen, schlug die Sowjetregierung der italienischen Regierung vor, die Beziehungen zwischen beiden Ländern endgültig von der Belastung durch gewisse bisher noch nicht geklärte Fragen der Nachkriegszeit zu befreien.

In einzelnen handelte es sich darum, sich zu verständigen, um auf einer neuen für beide Seiten annehmbaren Basis zu einer Lösung der den Friedensvertrag betreffenden Fragen zu gelangen: der Reparationen, der Revision der Präambel und gewisser politischer und militärischer Klauseln des Friedensvertrages. Die Sowjetregierung äußerte die Meinung, daß zwischen der UdSSR und Italien keine unvereinbaren Gegensätze oder Fragen bestünden, die nicht gelöst werden könnten, wenn dies wirklich gewünscht würde und der gute Wille dazu vorhanden wäre.

In ihrer Antwort führte die italienische Regierung an, daß sie die Überlegungen der Sowjetregierung bezüglich der sowjetisch-italienischen Beziehungen teile und daß auch sie jede mögliche Erweiterung der Beziehungen zwischen Italien und der Sowjetunion für wünschenswert halte. Bedauerlicherweise ergriff jedoch die italienische Regierung keinerlei praktische Initiative in dieser Richtung, die zu einer Verbesserung der sowjetisch-italienischen Beziehungen und zu einer Lösung der noch offenen Nachkriegsfragen hinsichtlich des Friedensvertrages auch für beide Seiten annehmbaren Grundsätzen hätte beitragen können.

Die Sowjetregierung stellt fest, daß der zwischen den beiden Regierungen erfolgte Meinungsaustausch über gewisse Fragen zu keinen positiven Ergebnissen geführt hat. Dennoch ist sie zutiefst von der Notwendigkeit überzeugt, die tatsächlich gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, um Wege zu einem für beide Seiten annehmbaren Vertrag zu finden und die Basis für wirklich freundschaftliche Beziehungen zwischen Italien und der Sowjetunion zu schaffen. Dies würde unbestreitbar den Interessen der Völker unserer Länder entsprechen, zur Festigung des Vertrauens zwischen ihnen beitragen und für Italien ebenso nützlich wie für die Sowjetunion sein. Diesen Zielen könnte nach Ansicht der Sowjetunion der Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes zwischen Italien und der Sowjetunion dienen.

Es wäre möglich, in diesem Vertrag darauf hinzuwirken, daß die beiden Staaten im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit und gegenseitigen Verständnisses die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und Italiens auf der Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz entwickeln und festigen: gegenseitige Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität, Verzicht auf Angriffshandlungen, beiderseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Prinzip der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils. Die Aufnahme einer Nichtangriffsklausel in den Vertrag wäre von außergewöhnlich großer Tragweite.

Die Sowjetregierung hat bekanntlich schon einen Vorschlag zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes, in der einen oder der anderen Form, zwischen den Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes vorgelegt. Die Sowjetregierung ging dabei von der Tatsache aus, daß ein Vertrag über diese Frage keineswegs die Möglichkeit des Abschlusses von zweiseitigen Nichtangriffspakten zwischen den verschiedenen Angehörigen dieser Mächtegruppierungen ausschließt, da solche Verträge ebenso der internationalen Entspannung und der Konsolidierung des Friedens dienen.

Bei ihrem Vorschlag, in den Vertrag eine Nichtangriffsverpflichtung aufzunehmen, läßt sich die Sowjetregierung von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten und folgt gleichfalls den entsprechenden Bestimmungen der italienischen Verfassung, denen zufolge Italien auf den Krieg als Mittel zu einem Angriff auf die Freiheit anderer Völker oder als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten verzichtet.

Es könnte in dem Vertrag vorgesehen werden, daß die Partner in ihren wechselseitigen Beziehungen von der Anwendung von Gewalt oder der Drohung, Gewalt anzuwenden, absehen und daß alle Streitfragen einzig und allein durch friedliche Mittel im Geiste gegenseitigen Verständnisses und nach Recht und Billigkeit durch Verhandlungen beigelegt werden.

Der Vertrag könnte eine Verpflichtung der Partner enthalten, zu der Entwicklung und Verbesserung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten nach dem Prinzip des beiderseitigen Vorteils und der Gleichberechtigung beizutragen.

Zweifelloos würde ein im beiderseitigen Interesse abgeschlossener Freundschafts- und Nichtangriffspakt einen Wendepunkt in den italienisch-sowjetischen Beziehungen darstellen, den friedlichen Aspirationen des sowjetischen und des italienischen Volkes entsprechen und einen positiven Beitrag zur allgemeinen Verbesserung der internatio-

nalen Lage leisten. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß der Abschluß eines solchen Vertrages die Lösung der mit dem Friedensvertrag zusammenhängenden noch offenen Nachkriegsfragen der sowjetisch-italienischen Beziehungen erleichtern würde.

Es handelt sich hier bekanntlich in erster Linie um die Frage der Reparationen. Die Sowjetunion, die in dem durch Hitler-Deutschland und seine Verbündeten gegen sie ausgelösten Krieg einen unermesslichen materiellen Schaden erlitten hat, hatte und hat unbestreitbare und anerkannte Rechte auf Reparationen. Diese Ansprüche wurden im Friedensvertrag und in dem 1948 zwischen der UdSSR und Italien getroffenen Abkommen über die Leistung von Reparationen an die Sowjetunion anerkannt, wodurch Italien konkrete internationale Verpflichtungen zu Reparationsleistungen an die UdSSR auferlegt sind.

Die zwischen den beiden Staaten über die Frage der Reparationen geführten Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß der Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes günstige Bedingungen für das Zustandekommen eines für beide Seiten annehmbaren Abkommens auch in dieser Frage schaffen würde. Gleichzeitig könnte die Sowjetregierung den italienischen Wünschen nach einer Revision der Präambel und der politischen und militärischen Klauseln des Friedensvertrages auf halbem Wege entgegenkommen.

Die Sowjetregierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Erwägungen bei der italienischen Regierung Verständnis und Unterstützung finden, und schlägt vor, Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes zwischen der Republik Italien und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu führen und die Reparationsfrage im Geiste der Bedingungen dieses Vertrages und in Erkenntnis der Notwendigkeit der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Italien und der UdSSR zu lösen.

In der vorliegenden Erklärung unterbreitet die Sowjetregierung ihre Vorschläge für eine Verbesserung der sowjetisch-italienischen Beziehungen. Der Erklärung ist der Entwurf zu einem Freundschafts- und Nichtangriffspakt beigelegt. Die Sowjetregierung hofft, daß die italienische Regierung diesen Vorschlägen und dem Vertragsentwurf gebührende Aufmerksamkeit widmen wird. Die Sowjetregierung ist ihrerseits bereit, jeden von der italienischen Regierung vorgebrachten Vorschlag bezüglich einer Verbesserung der sowjetisch-italienischen Beziehungen mit größter Aufmerksamkeit zu prüfen.

Wenn die italienische Regierung einverstanden ist, könnte in naher Zukunft ein Uebereinkommen über Zeit und Ort der Verhandlungen getroffen werden.

Entwurf zu einem Freundschafts- und Nichtangriffspakt zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Italien

Das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Präsident der Republik Italien, geleitet von dem Wunsch, mit allen ihren Kräften zu einer internationalen Entspannung und zu der Schaffung einer Atmosphäre aufrichtigen Vertrauens zwischen den Staaten beizutragen; inspiriert von den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen und im Bewußtsein, im

Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in der Welt zu handeln; erfüllt von dem Wunsch, die Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und Italiens auf der Basis der friedlichen Koexistenz zu festigen, haben beschlossen, den vorliegenden Freundschafts- und Nichtangriffspakt zu schließen, und haben zu ihren bevollmächtigten Vertretern ernannt: das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ..., der Präsident der Republik Italien ..., die nach Austausch ihrer Vollmachten, die in gültiger und gehöriger Form befunden wurden, folgendes Abkommen getroffen haben:

Artikel 1

Die vertragschließenden Parteien werden im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit und gegenseitigen Verständnisses die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und Italiens auf der Basis der friedlichen Koexistenz festigen: gegenseitige Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität, Verzicht auf Angriffshandlungen, beiderseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Prinzip der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils.

Artikel 2

Die vertragschließenden Parteien bekennen sich zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, die die Anwendung von Gewalt oder die Drohung, Gewalt anzuwenden, verbietet, und verpflichten sich feierlich, dieses Verbot strengstens zu achten und von jeglicher Anwendung von Gewalt oder Drohung, Gewalt anzuwenden, abzusehen.

Artikel 3

Alle Streitfragen, die sich zwischen den vertragschließenden Parteien ergeben können, werden einzig und allein mit friedlichen Mitteln im Geiste gegenseitigen Verständnisses und nach Recht und Billigkeit durch Verhandlungen und durch die Anwendung anderer Mittel zur friedlichen Beilegung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen sind, gelöst werden.

Artikel 4

Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, die wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten nach dem Grundsatz des beiderseitigen Vorteils und der Gleichberechtigung zu entwickeln und zu festigen.

Artikel 5

Vorliegender Vertrag bedarf der Ratifizierung und wird mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in ... binnen kürzester Zeit stattfinden soll, in Kraft treten.

Der Vertrag wird 20 Jahre, gerechnet vom Tage seines Inkrafttretens, gültig bleiben.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Geschehen in ... am ... 1958, in zwei Ausfertigungen in russischer und italienischer Sprache, wobei beide Fassungen gleiche Gültigkeit haben.

Quelle: *Relazioni Internazionali* (Mailand), Nr. 22 vom 31. Mai 1958. Übersetzung des Europa-Archivs.

Zeittafel vom 1. bis zum 31. Juli 1958

Die Ereignisse in Europa

Albanien

In einer Note an Italien kündigt die Regierung an, sie werde gleichfalls Raketenabschußbasen errichten, falls Italien unter Verletzung des Friedensvertrages Raketenstützpunkte anlegen würde.

Deutschland

Der Deutsche Bundestag faßt einstimmig eine Entschließung, in der die Bundesregierung beauftragt wird, „sich bei den vier Großmächten dafür einzusetzen, daß auf einer künftigen internationalen Konferenz (Gipfelkonferenz) oder auch unabhängig davon ein Viermächte-Gremium (mindestens im Range einer Botschafterkonferenz) mit dem Auftrag gebildet wird, gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten“. In der anschließenden Debatte um den Haushalt des Auswärtigen Amtes spricht sich der Abgeordnete Ernst Wilhelm Meyer (SPD) für eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten aus. Bundesaußenminister Heinrich von Brentano erklärt, daß die Bundesregierung die osteuropäischen Staaten als souveräne Staaten voll anerkenne und zum gegebenen Zeitpunkt Beziehungen zu ihnen aufnehmen wolle. Eine solche Maßnahme dürfe jedoch nicht dahin ausschlagen oder auch nur dahin ausgelegt werden, als würde man irgendwelche spekulativen Erwägungen damit verbinden. Der Bundestag verabschiedet mit den Stimmen der CDU und der DP gegen die Stimmen der SPD und der FDP den Bundeshaushaltsplan 1958 (vgl. Zeittafel in EA 10/1958).

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen erlangt die CDU 104 Sitze (bisher 90), die SPD 81 (76) und die FDP 15 (25).

11. Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, in der DDR anläßlich des Parteitages des SED. Am 9. Juli erklärte er in einer Rede in Bitterfeld, daß ein sowjetischer Staatsmann, der an einer Wiedervereinigung Deutschlands nach den Vorstellungen Bundeskanzler Adenauers mitbiete, „in eine Irrenanstalt“ gehören würde.

16. Fünfter Parteitag der SED. In seinem Rechenschaftsbericht wiederholt der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Walter Ulbricht, den bei früheren Gelegenheiten schon vorgetragenen Vorschlag zur Bildung einer Konföderation der DDR und der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang legt er besonderen Wert auf Verhandlungen zwischen der SED und der SPD. Als wirtschaftliche Hauptaufgabe der DDR bezeichnet Ulbricht eine beschleunigte Entwicklung der Volkswirtschaft, damit die Überlegenheit des volksdemokratischen Systems gegenüber dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik offenbar werde. Dieses Ziel solle bis 1961 erreicht sein. Im Handwerk und in der Kleinindustrie sei bei einer Beibehaltung der augenblicklichen Produktionsverhältnisse mit keiner wesentlichen Produktionssteige-

rung mehr zu rechnen; deshalb würden die Handwerker und Unternehmer zu Gesprächen mit Staat und Partei über die „sozialistische Umgestaltung“ aufgefordert. Desgleichen kündigt Ulbricht die weitere „sozialistische Umwandlung“ der Landwirtschaft und des Bildungswesens an. Auch Ministerpräsident Otto Grotewohl unterstreicht in seiner Rede die Bedeutung des wirtschaftlichen Aufstiegs der DDR für die Wiedervereinigung. Die Erreichung dieses Zieles werde den Kapitalismus in seinen Grundfesten erschüttern. Als Gast des Parteitages nimmt der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. Chruschtschow, zur deutschen Frage Stellung und bezeichnet den Vorschlag des Bundestages vom 2. Juli (s. oben) betr. die Schaffung eines Viererausschusses als einen neuen Versuch, von den wirklichen Wegen zur Wiedervereinigung abzulenken. Dieses Problem könne nur durch Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gelöst werden. Im Zusammenhang damit erklärt Chruschtschow, daß die Sowjetunion niemals zur Beseitigung der sozialistischen Ordnung in der DDR beitragen werde. Chruschtschow begründet die Führungsrolle der Sowjetunion im sozialistischen Lager mit der historischen Entwicklung des Weltkommunismus von der Sowjetunion aus und mit der politischen und wirtschaftlichen Machtposition der Sowjetunion. In der Diskussion geben der stellvertretende Ministerpräsident Fritz Selbmann und Kultusminister Fritz Lange im Rahmen einer öffentlichen Selbstkritik zu, sachliche und ideologische Fehler begangen zu haben. Sie werden zusammen mit Fred Oelssner und Paul Wandel nicht mehr in das Zentralkomitee gewählt. Die Mitgliederzahl des Zentralkomitees wird um 20 erhöht.

19. Auf Grund von Verhandlungen zwischen Vertretern des Roten Kreuzes der Vereinigten Staaten und der DDR erfolgt die Freilassung der seit dem 7. Juni in der DDR festgehaltenen Besatzung eines notgelandeten amerikanischen Hubschraubers. (Vgl. Zeittafeln in EA 13 und 14/1958.)

21. Zum Abschluß von Verhandlungen zwischen der Regierung der DDR und einer Delegation der Deutschen Evangelischen Kirche erklärt das Presseamt der DDR in einem Kommuniqué, im Geiste beiderseitiger Verständigungsbereitschaft sei festgestellt worden, daß der Militärseelsorgevertrag der Evangelischen Kirche mit der Bundesregierung für die Landeskirchen in der DDR nicht verpflichtend sei. Die Vertreter der Kirche hätten den gegen den Staat erhobenen Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht aufrechterhalten. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen wählt mit den Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der SPD und der FDP Franz Meyers zum Ministerpräsidenten. Am 25. Juli stellt Meyers seine nur aus Mitgliedern der CDU gebildete Regierung vor. In einer an die Bundesregierung gerichteten Note weist die Regierung der DDR auf Gefahren hin,

„die sich aus der Unterstützung der amerikanischen Aggression im Nahen und Mittleren Osten“ ergeben, und fordert die Bundesregierung auf, jegliche Unterstützung der amerikanischen und britischen Aktion durch Bereitstellung von Truppen, von Flugplätzen und Luftraum für Lufttransporte zu unterbinden.

23. In einem im Anschluß an eine Kabinettsitzung veröffentlichten Kommuniqué gibt die Bundesregierung ihrem Verständnis für die britischen und amerikanischen Interventionen im Mittleren Osten Ausdruck und bedauert, daß die durch den japanischen Resolutionsentwurf im Sicherheitsrat (vgl. Vereinte Nationen) angebahnte Lösung der Krise an der Ablehnung durch die Sowjetunion gescheitert sei.
26. Der amerikanische Außenminister, John Foster Dulles, und Bundeskanzler Adenauer pflegen in Bonn einen Gedankenaustausch über die mit der Lage im Mittleren Osten zusammenhängenden Fragen, wobei laut Kommuniqué eine vollkommene Klärung der Beweggründe und Absichten der beiden Regierungen erzielt wird.
27. Zwischen dem türkischen Ministerpräsidenten, Adnan Menderes, und Bundeskanzler Adenauer findet in Bonn ein Gespräch über wirtschaftliche und politische Fragen statt. Neben der zukünftigen Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird auch die politische Lage im Mittleren Osten erörtert.
29. Der französische Außenminister, Maurice Couve de Murville, führt Besprechungen mit Bundeskanzler Adenauer und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano. Laut Kommuniqué sind die Gespräche der internationalen Lage und insbesondere der Situation im Mittleren Osten gewidmet. Sie erbringen eine Gemeinsamkeit der Auffassungen der beiden Regierungen, „deren Beziehungen auf eine enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten gegründet sind und sich weiterhin in günstiger Weise entwickeln“.
30. Das Bundesverfassungsgericht erklärt auf Antrag der Bundesregierung die von den Parlamenten der Länder Hamburg und Bremen beschlossenen Gesetze über eine Volksbefragung betr. die atomare Ausrüstung der Bundeswehr (vgl. Zeittafel in EA 12/1958) für verfassungswidrig. In einer zweiten Entscheidung wird festgestellt, daß das Land Hessen die Bundestreue verletzt habe, indem es nicht gegen die von einigen Gemeinden gefaßten Beschlüsse über eine Volksbefragung zum gleichen Thema vorgegangen sei.

In seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 4. April (vgl. Zeittafel in EA 9/1958, Sowjetunion) erklärt Bundeskanzler Adenauer, die Bundesregierung wünsche nichts sehnlicher als den baldigen Abschluß eines Abkommens über eine umfassende, allgemeine und kontrollierte Abrüstung, wozu auch die Einstellung der Versuche mit Kernwaffen gehöre. Eine Beschränkung allein auf die Kernwaffenversuche erachtet die Bundesregierung jedoch als nicht genügend für eine wirksame Abrüstung.

Finnland

- 6.—7. Die Reichstagswahlen bringen folgende Verteilung der Sitze: Kommunistische Partei 50 Sitze (bisher 43),

Sozialdemokratische Partei 48 (54), Agrarpartei 48 (53), Sammlungspartei 29 (24), Finnische Volkspartei 8 (13), Schwedische Volkspartei 14 (13), Unabhängige Sozialdemokraten 3 (0).

Frankreich

1. Ministerpräsident Charles de Gaulle beantwortet den Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 11. Juni. (Vgl. Europa-Archiv 14/1958, S. 10 954/55).
5. Ministerpräsident Charles de Gaulle führt mit dem amerikanischen Außenminister, John Foster Dulles, Besprechungen, die laut Kommuniqué alle wichtigen internationalen Probleme zum Gegenstand haben. Die Gesprächspartner betonen „die Notwendigkeit einer immer ausgedehnteren Zusammenarbeit nicht nur im Interesse Frankreichs und der USA, sondern der ganzen freien Welt“.
7. Ministerpräsident Charles de Gaulle ernennt folgende neue Minister: Informationsminister: Jacques Soustelle, Gesundheitsminister: Bernard Chenot, Minister bei der Ministerpräsidentenschaft (beauftragt mit Verwaltungstechnischen Reformen): André Boulloche. Der Minister bei der Ministerpräsidentenschaft André Malraux, der bisher provisorisch auch das Informationsressort verwaltete, bleibt in Zusammenarbeit mit den Ressortministern für die Förderung grundsätzlicher Studien über Jugendfragen, kulturelle Fragen, wissenschaftliche Forschung und territoriale Neugliederung verantwortlich.
8. Der ehemalige Ministerpräsident Georges Bidault gibt auf einer Pressekonferenz die Gründung einer „Christlich-Demokratischen Bewegung Frankreichs“ bekannt. Ziele der überkonfessionellen Bewegung seien der Zusammenschluß Europas, die Verteidigung Algeriens und die Weiterführung der Aufgabe Frankreichs in den überseeischen Gebieten. Bidault erklärt die bisherigen Parteien seien in Mißkredit geraten.
22. Ministerpräsident Charles de Gaulle weist in einem Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. Chruschtschow, die in dessen Schreiben vom 19. Juli (vgl. Sowjetunion) gegen die Mittelostpolitik Frankreichs erhobenen Beschuldigungen zurück. Die französische Regierung wünsche zunächst die Fortsetzung der Debatten in den Vereinten Nationen, und nach einem etwaigen Mißerfolg könne man über die Zusammensetzung, die Zeit und den Ort einer „Gipfelkonferenz“ diskutieren.
26. In seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, vom 23. Juli (vgl. Sowjetunion) gibt Ministerpräsident Charles de Gaulle einem Treffen der Regierungschefs in Europa gegenüber einer Zusammenkunft im Rahmen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen den Vorzug.
31. Ministerpräsident Charles de Gaulle schlägt in seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, vom 28. Juli (vgl. Sowjetunion) die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs für den 18. August nach Genäve vor. Die Gespräche sollten sich jedoch nicht nur auf die Anwesenheit britischer und amerikanischer Truppen im Mittleren Osten beschränken, sondern auch die Erörterung der politischen Gesamtlage zum Gegenstand haben.

Großbritannien

2. Premierminister Harold *Macmillan* beantwortet das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 11. Juni. (Vgl. Europa-Archiv 14/1958, S. 10 954/55.)
15. Außenminister Selwyn *Lloyd* erklärt vor dem Unterhaus, die amerikanische Intervention im Libanon, über welche die Regierung im voraus unterrichtet worden sei, genieße die volle Unterstützung der britischen Regierung. Die britischen Streitkräfte im Mittleren Osten seien alarmiert worden, nähmen jedoch an der Aktion nicht teil.
Die Regierung kündigt in einem Weißbuch eine Reform der Verteidigungsorganisation an. Sie sieht u. a. eine Veränderung der Zusammensetzung des Verteidigungsausschusses des Kabinetts, die Schaffung eines Verteidigungsrates zur Unterstützung des Verteidigungsministers und die Einrichtung des Amtes eines Chefs des Verteidigungsstabes vor.
16. In einer Mittelost-Debatte des Unterhauses verteidigt Außenminister Selwyn *Lloyd* die amerikanische Intervention im Libanon: Wären die Vereinigten Staaten dem Hilfeersuchen des Libanon nicht sofort nachgekommen, hätte kein kleiner Staat mehr hoffen können, in der Not Hilfe zu erhalten. Oppositionsführer Hugh *Gaitskell* verzichtet in seiner Rede auf eine Abstimmung, warnt aber die Regierung vor einer Unterstützung der jordanischen Regierung in einem etwaigen Kampf gegen die Revolution im Irak. *Gaitskell* bezweifelt den bleibenden Wert der amerikanischen Intervention für eine zukünftige Mittelost-Politik. Aneurin *Bevan* fordert von der Regierung eine „in die Zukunft weisende Erdölpolitik“ und die Ausarbeitung eines *modus vivendi* mit dem arabischen Nationalismus.
17. Premierminister Harold *Macmillan* gibt vor dem Unterhaus bekannt, daß die Regierung auf ein dringendes Ersuchen von König *Hussein* (vgl. Jordanien) auf dem Luftwege eine Fallschirmjägerbrigade nach Jordanien entsandt habe. Die Aktion bleibe aber auf Jordanien beschränkt.
22. In einer Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, vom 19. Juli (vgl. Sowjetunion) erklärt Premierminister Harold *Macmillan*, er sei nicht der Ansicht, daß die Welt unmittelbar vor einer militärischen Katastrophe stehe. Nichtsdestoweniger halte er eine Zusammenkunft der Regierungschefs für nützlich. Die Arbeit des Sicherheitsrates solle jedoch nicht übergangen werden; vielmehr sollten die von Chruschtschow geforderten Besprechungen in diesem Gremium stattfinden, um eine Kontinuität zu gewährleisten.
26. Premierminister Harold *Macmillan* wiederholt in seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, vom 23. Juli (vgl. Sowjetunion) sein Einverständnis mit einer Zusammenkunft der Regierungschefs im Rahmen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.
31. Premierminister Harold *Macmillan* weist in einer Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, vom 28. Juli (vgl. Sowjetunion) die darin enthaltenen Beschuldigungen gegen die Mittelost-Politik der Westmächte als unbegründet zurück. Er habe nunmehr den stän-

digen Vertreter Großbritanniens im Sicherheitsrat beauftragt, im Sinne seiner in den Schreiben vom 22. und 26. Juli enthaltenen Vorschläge auf Grund von Art. 28 der Satzung der Vereinten Nationen für den 12. August eine Sitzung des Sicherheitsrates vorzuschlagen.

Italien

2. Der Politische Sekretär der Christlich-Demokratischen Partei, Amintore *Fanfani*, bildet die folgende neue Regierung, in der er auch das Außenministerium übernimmt: Stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister: Antonio *Segni*; Minister für die Entwicklung der Südggebiete: Giulio *Pastore*; Innenminister: Fernando *Tambroni*; Haushaltsminister: Giuseppe *Medici*; Schatzminister: Giulio *Andreotti*; Finanzminister: Luigi *Preti*; Unterrichtsminister: Aldo *Moro*; Minister für öffentliche Arbeiten: Giuseppe *Togni*; Landwirtschaftsminister: Mario *Ferrari-Aggradi*; Transportminister: Armando *Angelini*; Postminister: Alberto *Simonini*; Industrie- und Handelsminister: Giorgio *Bo*; Arbeits- und Sozialminister: Ezio *Vigorelli*; Handelsmarineminister: Giuseppe *Spataro*; Minister für Staatsbeteiligungen: Eduardo *Lami Starnuti*; Justizminister: Guido *Gonella*; Minister für Beziehungen zwischen Parlament und Regierung: Rinaldo *Del Bo*; Minister für die Verwaltungsreform: Camillo *Guiardina*. Vier Minister gehören der Sozialdemokratischen Partei an, alle übrigen der Christlich-Demokratischen Partei.
27. Ministerpräsident Amintore *Fanfani* führt mit dem französischen Außenminister, Maurice *Couve de Murville*, Besprechungen, die laut Communiqué die internationale Lage und die Situation im Mittleren Osten im besonderen zum Gegenstand haben. Bei dieser Gelegenheit sei aufs neue zum Ausdruck gekommen, daß sich die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage des atlantischen Bündnisses auf allen Gebieten sehr günstig entwickeln.

Jugoslawien

2. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser*, trifft zu einem Staatsbesuch in Dubrovnik ein. Vom 6. bis zum 9. Juli führt er auf Brioni Besprechungen mit Präsident *Tito*. In einem gemeinsamen Communiqué wird mitgeteilt, daß nach einer umfassenden Prüfung der internationalen Lage in folgenden Punkten eine Übereinstimmung der Ansichten festgestellt worden sei: Beendigung des „Kalten Krieges“ und der Blockpolitik, Einstellung aller Kernwaffenversuche, Notwendigkeit einer „Gipfel“-Konferenz, Bedeutung der Vereinten Nationen, dringende Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sollen vertieft werden.
- 8.–9. Die Außenminister Koca *Popovic* (Jugoslawien), Evangelos *Averoff* (Griechenland) und Mahmoud *Fawzi* (Vereinigte Arabische Republik) führen auf Brioni einen Meinungsaustausch über die internationale Lage. Die Minister bestätigen laut Communiqué den großen Wert der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Ländern für die Erhaltung des Friedens.

Oesterreich

10. In seiner Antwort auf ein Schreiben des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Viliam Široky, vom 14. Juni lehnt Bundeskanzler Julius Raab eine Stellungnahme gegen die atomare Aufrüstung der Deutschen Bundeswehr und gegen die Anlage von Raketenabschlußbasen in den Nachbarstaaten als mit der Neutralitätspolitik Oesterreichs unvereinbar ab. Raab bekundet sein Interesse für die von Široky vorgeschlagene persönliche Zusammenkunft; er sehe sich jedoch wegen Arbeitsüberlastung außerstande, Datum und Ort einer Zusammenkunft festzulegen. Dabei erinnert Raab an die sich aus der Verstaatlichung österreichischen Vermögens in der CSR ergebenden Ansprüche, deren vorherige Regelung er für zweckmäßig halte.
17. Die Bundesregierung gibt bekannt, daß sie gegen eine Verletzung des österreichischen Luftraums durch amerikanische Lufttransporte protestiert habe. Am 18. Juli wird ein Teil des Luftraums zum Sperrgebiet erklärt und durch die Verlegung von Luftstreitkräften gesichert. Am gleichen Tage gibt die Bundesregierung bekannt, daß das amerikanische Außenministerium die Respektierung der Lufthoheit zugesichert habe.

Rumänien

26. Die Regierung gibt bekannt, daß in Ausführung des Beschlusses des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 24. Mai (vgl. den Wortlaut in EA 12/1958, S. 10 836/37) die letzten sowjetischen Truppen abgezogen seien.

Schweden

22. In einer an die Regierungen der drei Westmächte gerichteten Note gibt die Regierung ihrer Besorgnis über die Entwicklung im Mittleren Osten Ausdruck. Sie schlägt die Ausarbeitung eines Planes zur friedlichen Lösung der Krise im Rahmen der Vereinten Nationen vor und hält die Aufnahme von Verhandlungen der für den Frieden in erster Linie verantwortlichen Großmächte für wünschenswert.

Schweiz

1. In Genf beginnt die „Konferenz von Experten zum Studium der Möglichkeiten der Aufdeckung von Verletzungen eines möglichen Abkommens über die Einstellung nuklearer Versuche“. An der Konferenz nehmen Fachleute aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion, Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei teil.
11. Der Bundesrat gibt bekannt, daß er sich grundsätzlich für die Ausrüstung der Armee mit Atomwaffen entschieden und das Militärdepartement mit den erforderlichen Vorbereitungen beauftragt habe.

Sowjetunion

2. In einem an Präsident Eisenhower gerichteten Schreiben schlägt Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow als Vorbereitung für eine Gipfelkonferenz Beratungen von Sachverständigen über Maßnahmen zur Verhütung von Ueberraschungsangriffen vor. Chruschtschow stellt dabei fest, man sei im Rahmen des bisherigen Meinungsaustausches über die Wichtigkeit

- dieses Problems zwar einig geworden, aber von einer Lösung dieser Aufgabe sei man noch weit entfernt.
7. In einem an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, und an den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, gerichteten Schreiben verzichtet Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow mit Wirkung vom 1. Januar 1959 auf die Zahlung der Stationierungskosten für die in der DDR befindlichen sowjetischen Truppen in Höhe von 600 Millionen DM-Ost.
9. Das Außenministerium fordert in einem Aide-mémoire von der amerikanischen Regierung eine eindeutige Feststellung, daß die gegenwärtig in Genf tagende Expertenkonferenz (vgl. Schweiz) der unverzüglichen Einstellung der Kernwaffenversuche untergeordnet sein soll. Dieser Feststellung sei die amerikanische Regierung in ihrem Aide-mémoire vom 30. Juni (vgl. Zeittafel in EA 14/1958, Vereinigte Staaten) ausgewichen.
12. Zur Beendigung des am 2. Juli begonnenen Besuchs des tschechoslowakischen Staatspräsidenten, Antonin Novotny, wird erklärt, daß in Besprechungen mit der sowjetischen Regierung die immer festere Einheit des sozialistischen Lagers zum Ausdruck gekommen sei. Beide Seiten plädieren erneut für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Organisation der Vereinten Nationen und bekräftigen ihre Entschlossenheit, den Kampf gegen die „weitere Remilitarisierung Westdeutschlands“ und gegen alle Erscheinungen des Revisionismus im Innern weiterzuführen.
15. In einer Note an die Regierungen der europäischen Staaten und der Vereinigten Staaten legt die sowjetische Regierung den Entwurf eines „Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten“ vor. Der Vertrag soll die Unterzeichner zur Nichteinmischung, zum Nichtangriff und zur friedlichen Regelung aller Streitigkeiten verpflichten. Gleichzeitig wird eine Verminderung der in Deutschland stationierten Truppen, die Verwirklichung des Rapacki-Planes für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, die Schaffung einer Luftinspektionszone und eine Verbesserung der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit empfohlen.
16. Die Sowjetregierung unterzieht in einer Erklärung die amerikanische Intervention im Libanon (vgl. Libanon und Vereinigte Staaten) einer scharfen Kritik und fordert den sofortigen Rückzug der amerikanischen Truppen.
17. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, trifft zu einem kurzen Besuch in Moskau ein und führt Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita Chruschtschow. Im Kommuniqué heißt es, es seien die „Entwicklung der gegenwärtigen internationalen Situation“ und „die zur Erhaltung des Friedens notwendigen Maßnahmen“ erörtert worden.
18. In einer Erklärung der Sowjetregierung wird festgestellt, die britische Intervention in Jordanien (vgl. Jordanien und Großbritannien) habe die Zerschlagung der arabischen Befreiungsbewegung im Mittleren Osten und die Wiederaufrichtung der Kolonialherrschaft zum Ziele. Die Sowjetregierung fordert den sofortigen Abzug der fremden Truppen aus dem Libanon und Jordanien.

19. Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow wendet sich in einem Schreiben an Präsident Eisenhower in scharfer Form gegen die amerikanisch-britischen Interventionen im Mittleren Osten und erklärt, in dieser gefährvollen Stunde könne die Sowjetunion den Ereignissen gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Chruschtschow schlägt ein Treffen der Regierungschefs am 22. Juli in Genf vor. Die Hauptsache sei, nicht zu zögern, „weil die Kanonen schon zu schießen beginnen“. In der gleichen Sache wendet sich Chruschtschow in Schreiben an den britischen Premierminister, Harold Macmillan, an den französischen Ministerpräsidenten, Charles de Gaulle, und an den indischen Premierminister, Jawaharlal Nehru.
23. Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow erklärt sich in einem Schreiben an Präsident Eisenhower mit einer Zusammenkunft der Regierungschefs im Rahmen des Sicherheitsrates in der von dem britischen Premierminister, Harold Macmillan, in seinem Schreiben vom 22. Juli (vgl. Großbritannien) vorgeschlagenen Form grundsätzlich einverstanden. Er schlägt vor, die Arbeit im Sicherheitsrat unter Hinzuziehung des indischen Premierministers am 28. Juli zu beginnen. Ähnliche Schreiben richtet Chruschtschow an die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Indiens.
24. Zum Abschluß des am 21. Juli begonnenen Besuchs des österreichischen Bundeskanzlers, Julius Raab, wird in einem gemeinsamen Kommuniqué festgestellt, daß in Besprechungen mit der Sowjetregierung die Reduzierung der von Oesterreich als Reparation noch zu liefernden Oelmengen um 50 vH und die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen vereinbart worden seien. Es sei die Zulassung freiwilliger Repariturierung der beiderseitigen Staatsangehörigen zugesichert worden. Die Gesprächspartner bekennen sich zur Politik der allgemeinen Entspannung, insbesondere auch im Mittleren Osten. Die österreichische Delegation unterstreicht erneut den Willen Oesterreichs, seine Unabhängigkeit und Neutralität zu wahren.
26. In einer Note an die deutsche Bundesregierung fordert die Sowjetregierung wirksame Maßnahmen, die

verhindern sollen, daß das Bundesgebiet als Aufmarschraum für die amerikanischen Operationen im Mittleren Osten benutzt wird.

28. In einem Schreiben an Präsident Eisenhower wirft Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow der amerikanischen Regierung vor, mit dem Schreiben Eisenhowers vom 25. Juli (vgl. Vereinigte Staaten) eine Verschleppungstaktik anzuwenden. Die Zeit dränge sehr, weshalb die Sowjetregierung nunmehr den Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten vom 26. Juli (vgl. Frankreich) betr. Abhaltung einer Konferenz der Regierungschefs in Europa unterstütze. Entsprechende Schreiben werden auch an Premierminister Macmillan und Ministerpräsident de Gaulle gerichtet.

Tschechoslowakei

1. Das Außenministerium veröffentlicht ein am 14. Juni an den österreichischen Bundeskanzler, Julius Raab, gerichtetes Schreiben des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Viliam Široky. Darin schlägt Široky u. a. eine breitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, den Abschluß eines Handelsabkommens und ein persönliches Zusammenreffen mit Raab in Prag oder Wien vor.
15. In einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer erklärt Ministerpräsident Viliam Široky die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen für wünschenswert. Široky kritisiert den Beschluß des deutschen Bundestages über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und setzt sich für den Rapacki-Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein.

Türkei

- 14.—17. Konferenz der Staatsoberhäupter Irans, Pakistans und der Türkei. In einem Schlußkommuniqué sprechen die Konferenzteilnehmer ihr tiefes Bedauern über den Tod der führenden Staatsmänner des Irak (vgl. Irak) aus. Sie begrüßen die amerikanische Intervention im Libanon und „blicken mit Zuversicht der Ausdehnung dieser Initiative auf ähnlich bedrohte Länder entgegen“. Die jüngsten Ereignisse im Mittleren Osten hätten stärker denn je die Notwendigkeit der kollektiven Sicherheit gezeigt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Algerien

3. Zum Abschluß einer dreitägigen Reise durch Algerien kündigt Ministerpräsident Charles de Gaulle in einer Rede in Algier die Bereitstellung einer weiteren Anleihe von 15 Milliarden frfs für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes an.

Marokko

15. In einer einstimmig gefaßten Resolution fordert das Parlament den Abzug aller fremden Truppen aus Marokko und aus dem Mittleren Osten.

Vereinigte Arabische Republik

15. Der ehemalige irakische Ministerpräsident Raschid Ali el Gailani, der 1941 den Uebergang des Irak auf die Seite Deutschlands erklärt hatte, erklärt in Kairo, daß er den Umsturz im Irak unterstütze. In Kairo

wird bekanntgegeben, daß die Vereinigte Arabische Republik die Irakische Republik anerkannt habe.

18. Präsident Nasser hält in Damaskus eine Rede, in der er den Umsturz im Irak als einen Sieg des arabischen Volkes feiert. Er verstehe nicht, warum sich der Westen um die Entwicklung im Irak Sorge mache, nachdem die irakische Regierung erklärt habe, sie werde die Oellieferungen fortsetzen, die UN-Charta respektieren und alle internationalen Verpflichtungen einhalten. Die Vereinigten Staaten lassen durch eine mündliche Demarche ihres Botschafters die Regierung der VAR wissen, daß ein Angriff von Truppen der VAR oder von unter ihrem Einfluß stehenden Bewaffneten auf die Streitkräfte der Vereinigten Staaten im Mittleren Osten ernste Folgen haben müßte.
19. Präsident Gamal Abdel Nasser und der stellvertretende irakische Ministerpräsident, Abdel Salam Aref,

unterzeichnen in Damaskus einen Vertrag, der gegenseitigen militärischen Beistand und eine enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern vorsieht.

AMERIKA

Kanada

- 6.—9. Staatsbesuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Dwight D. Eisenhower, und des Außenministers John Foster Dulles. In Verhandlungen mit Vertretern der Regierung und des Parlaments wird die Bildung gemeinsamer Ministerkomitees für Verteidigungsfragen und für die Angleichung der Exportbestimmungen beider Länder, besonders im Hinblick auf den Chinahandel, beschlossen. Vor dem kanadischen Unterhaus erklärte Präsident Eisenhower an Hand von Beispielen, die amerikanische Handelspolitik sei nicht so ungünstig für Kanada, wie dort zuweilen behauptet werde.

Mexiko

6. Bei den Präsidenten- und Kongreßwahlen erringt die Regierungspartei, die Revolutionäre Institutionelle Partei, einen großen Erfolg. Ihr Kandidat, Adolfo Lopez Mateos, erhält 6,7 Millionen Stimmen, der Kandidat der oppositionellen Nationalen Aktion, Luis Hector Alvarez, 0,7 Millionen.

Vereinigte Staaten

1. Auf einer Pressekonferenz schließt Außenminister John Foster Dulles ein direktes amerikanisches Eingreifen im Libanon nicht aus, gibt aber zu verstehen, daß es nur im äußersten Notfall in Frage käme, wenn die Bemühungen der Vereinten Nationen nicht zum Erfolg führen sollten. Dulles lehnt die Beschuldigungen durch die Volksrepublik China ab, wonach die Vereinigten Staaten die Genfer Botschafterbesprechungen sabotiert hätten. Die Verhandlungen würden wieder aufgenommen, aber nicht auf Grund des chinesischen Ultimatums (vgl. Zeit-
tafel in EA 14/1958, Volksrepublik China).
Der Schah von Persien trifft in Washington mit Präsident Eisenhower zusammen. Gegenstand der Beratungen sind die Lage im Libanon und die subversive Aktivität im Mittleren Osten.
2. Präsident Eisenhower beantwortet das Schreiben Ministerpräsident Chruschtschows vom 11. Juni. (Vgl. Europa-Archiv 14/1958, S. 10954/55.)
14. In seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 2. Juni (vgl. Zeittafel in EA 13/1958, Sowjetunion) erklärt Präsident Eisenhower, daß die Vereinigten Staaten eine Ausweitung des friedlichen Handels mit der Sowjetunion begrüßen würden. Entsprechend der liberalen Struktur des amerikanischen Außenhandels sei dazu keine formelle Vereinbarung auf Regierungsebene erforderlich. Die sowjetischen Handelsorganisationen könnten direkte Kontakte mit den amerikanischen Firmen aufnehmen.
15. Präsident Eisenhower läßt in einer Erklärung bekanntgeben, daß amerikanische Marineinfanterie im Libanon an Land gehe. Die Landung erfolge in Uebereinstimmung mit Artikel 51 der UN-Charta auf Grund eines Hilfesuches der libanesischen Re-

gierung und zum Schutze der starken amerikanischen Kolonie im Libanon. Die bisherigen Maßnahmen der UN im Libanon seien angesichts der Entwicklung im Irak unzureichend für die Erhaltung der Unabhängigkeit des Libanon. Die Truppen würden zurückgezogen, sobald der Sicherheitsrat ausreichende Maßnahmen einleite. Die Landung sei nicht als kriegsrischer Akt zu betrachten.

In einer Botschaft an den Kongreß erklärt Präsident Eisenhower, man sei sich darüber im klaren, daß die im Libanon ergriffenen Maßnahmen ernste Folgen haben können, habe sich aber zur Intervention entschlossen, um die Prinzipien des Völkerrechts und der Gerechtigkeit zu unterstützen.

- 16.—19. Der britische Außenminister, Selwyn Lloyd, konferiert in Washington mit Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles. Das Hauptthema ist die Herstellung einer gemeinsamen Politik in den Vereinten Nationen mit dem Ziel der Ablösung der amerikanischen Truppen im Libanon durch eine UN-Polizeitruppe. Es wird Uebereinstimmung erzielt, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten im Irak nicht eingreifen werden.
22. Präsident Eisenhower beantwortet den Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 19. Juli, sofort eine Gipfelkonferenz über die Krise im Mittleren Osten abzuhalten (vgl. Sowjetunion). Er weist den Vorwurf zurück, die Maßnahmen der Vereinigten Staaten gefährdeten den Frieden. Er erklärt die in „übertriebener Weise“ geäußerte Furcht vor der Gefahr eines allgemeinen Krieges für unbegründet. Der geeignete Rahmen, eine bestehende Kriegsgefahr zu erörtern, sei der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Sollte allgemein der Wunsch bestehen, ihn durch Hinzuziehen von Regierungsoberhäuptern und Außenministern zu erweitern, so würden sich die Vereinigten Staaten zur Teilnahme bereit finden.
25. Präsident Eisenhower beantwortet das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 23. Juli (vgl. Sowjetunion). Der Präsident erklärt seine weiterhin bestehende Bereitschaft, an einer Konferenz der Regierungschefs im Rahmen des Sicherheitsrates teilzunehmen, wobei aber nicht nur die amerikanische und britische Landung im Libanon und in Jordanien die Themen sein dürften, sondern die Probleme des Mittleren Ostens im weitesten Sinne zur Sprache kommen müßten.
- 29.—30. Der italienische Ministerpräsident, Amintore Fanfani, konferiert in Washington mit Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles über Probleme des Mittleren Ostens, besonders über Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Hilfsprogramms. In einem Kommuniqué wird eine „befriedigende Uebereinstimmung“ in der Beurteilung der Lage im Mittleren Osten festgestellt. Die besonderen Interessen Italiens im Mittelmeer werden anerkannt; seine Ansichten sollen berücksichtigt werden.
31. In einer Pressekonferenz nennt Außenminister Dulles zwei Aufgaben für eine Gipfelkonferenz im Rahmen der UN: den Nachweis der völligen Haltlosigkeit der sowjetischen Beschuldigungen gegen die Westmächte und grundsätzliche Abmachungen zur Verhinderung indirekter Aggression im Mittleren Osten.

In einer Note an die sowjetische Regierung wird unter Hinweis auf die Schreiben von Ministerpräsident *Chruschtschow* vom 9. Mai (vgl. Zeittafel in EA 11/1958, Sowjetunion) und 2. Juli (vgl. Sowjetunion) vorgeschlagen, daß Fachleute der USA, der Sowjetunion und möglicherweise anderer Länder Anfang Oktober in Genf zusammenkommen und über die technischen Aspekte eines Schutzes gegen Ueberwachungsangriffe beraten sollen.

ASIEN

China (Formosa)

4. Das Parlament billigt die Ernennung von *Tschen Tscheng* zum neuen Ministerpräsidenten.
10. Das Ständige Komitee der Kuomintang bestätigt die neue Regierung unter *Tschen Tscheng*. Außenminister wird an Stelle von *George Yeh* der stellvertretende Ministerpräsident *Huang Shao-Ku*.

Volksrepublik China

16. In einer scharfen Erklärung protestiert die Regierung gegen die amerikanische Intervention im Libanon. Sie sei eine flagrante Verletzung der Grundsätze der Vereinten Nationen und ein bewaffneter Versuch, die Freiheitsbestrebungen der arabischen Völker zu unterdrücken und die Republik Irak zu bedrohen.
18. Die Regierung protestiert in einer Erklärung gegen die britische Landung in Jordanien. Unter dem Vorwand einer Unterstützung Jordaniens gegen Umsturzversuche sei damit die Position für einen Angriff auf den Irak von verschiedenen Seiten her geschaffen. In der Note wird die Einstellung der Intervention und der sofortige Rückzug der Truppen gefordert.

Indien

16. Premierminister *Jawaharlal Nehru* erklärt in einer Pressekonferenz zur Krise im Mittleren Osten, die Tatsache, daß Außenstehende sich in die Angelegenheiten des Libanon einmischen, berge die Gefahr der völligen Vernichtung der Menschheit in sich. Wenn eine fremde Macht die Arena betrete, werde eine andere dasselbe tun.
18. Premierminister *Nehru* fordert in einem Schreiben den Präsidenten der Vereinigten Staaten, *Dwight D. Eisenhower*, auf, den Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus dem Libanon zu veranlassen.
20. Premierminister *Nehru* begrüßt in einem Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten, *Nikita Chruschtschow*, dessen Vorschlag einer sofortigen „Gipfel“-Konferenz über den Mittleren Osten. Er dankt *Chruschtschow* für die Einladung und erklärt, er freue sich, seine Dienste der Sache des Friedens widmen zu können.

Irak

14. Nach einem militärischen Staatsstreich wird in Bagdad die Republik Irak proklamiert. König *Feisal II.* und der Thronfolger *Abdul Illah* werden erschossen. Der bisherige Ministerpräsident der Arabischen Föderation des Irak und Jordaniens, *Nuri es-Said*, wird am nächsten Morgen in seinem Versteck entdeckt und ebenfalls getötet. Radio Bagdad gibt die Bildung eines Souveränitätsrates bekannt, der bis zu einer Volksabstimmung über die Wahl eines Präsidenten die Regierungsgewalt ausübt. Er steht unter dem

- Vorsitz von General *Najib el Rubai*. Es wird eine neue Regierung gebildet unter dem Organisator des Umsturzes, Brigadegeneral *Abdel Kerim Kassem*. Er wird Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Der Regierung gehören ferner u. a. an: Oberst *Abdel Salem Aref* als Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister, Oberst *Mohammed Habib* als Finanzminister, Oberst *Abdel Gabar Gomard* als Außenminister. Die neue Regierung fordert in Rundfunkaufrufen die Bevölkerung auf, Ruhe zu bewahren und Gewaltakte gegen Ausländer und ausländische Einrichtungen zu unterlassen, damit „dem Imperialismus kein Vorwand zum Eingreifen geliefert werde“. Der Stellvertretende Ministerpräsident *Abdel Salem Aref* erklärt, die Regierung werde nach den Prinzipien des arabischen Nationalismus arbeiten, sich an die Charta der Vereinten Nationen halten und die Beschlüsse der Bandung-Konferenz respektieren. Die Regierung verfügt eine Nachrichtensperre und eine Schließung der Grenzen, Häfen und Flugplätze.
15. Radio Bagdad verbreitet eine von Ministerpräsident *Kassem* unterzeichnete Erklärung über den Austritt des Irak aus der Arabischen Föderation mit Jordanien.
 - 16.—17. Nachdem bereits am 14. Juli die Vereinigte Arabische Republik die Republik Irak anerkannt hatte, erkennen die Sowjetunion, China und sämtliche Ostblockstaaten die neue Regierung an. In den nächsten Tagen folgen Indien und eine Reihe kleinerer afrikanischer und asiatischer Staaten.
 24. In einer Pressekonferenz erklärt Ministerpräsident *Kassem*, die Revolution im Irak sei nicht gegen ein anderes Land gerichtet, sondern nur gegen die korrupte bisherige Oberschicht. Sein Land werde mit allen Ländern, die dies wünschten, zusammenarbeiten, besonders aber mit der Vereinigten Arabischen Republik. Als nächste Aufgaben der neuen Regierung nennt *Kassem* eine Sozialreform und die Ausarbeitung einer Verfassung. Zur Frage, ob der Irak einen Vertreter zu der in London beginnenden Konferenz des Bagdad-Paktes (vgl. Bagdad-Pakt) entsenden werde, könne er sich so lange nicht äußern, wie die Mitgliedstaaten des Paktes die Republik Irak nicht anerkennen.
 26. Ministerpräsident *Kassem* erklärt vor der Presse, der Irak werde mit allen Staaten freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Er gehöre weder zum Westen noch zum Osten. Die Oelförderung werde im Interesse des Irak und der ganzen Welt weitergehen. Es würden bald eine Volksbefragung über die Verfassung und darauf allgemeine Wahlen unter Beteiligung verschiedener Parteien stattfinden. Eine Stellungnahme zu den amerikanischen und britischen Landungen im Libanon und in Jordanien lehnt *Kassem* ab. Ueber den Austritt aus dem Bagdad-Pakt sei noch kein Beschluß gefaßt.
 26. Radio Bagdad gibt die 30 Artikel des Entwurfs der neuen Verfassung der Irakischen Republik bekannt. Darin heißt es, der irakische Staat bilde einen „integrierenden Bestandteil der arabischen Nation“; der Islam sei die Religion des Staates; die Religionsfreiheit werde gewährleistet; das Privateigentum werde geschützt und dürfe nur in öffentlichem In-

teresse gegen gesetzliche Entschädigung enteignet werden.

Jordanien

14. In Amman wird offiziell bekanntgegeben, daß König *Hussein* von Jordanien die Funktion des Staatsoberhauptes der Arabischen Föderation übernommen habe, wie es die Verfassung für den Fall der Verhinderung König Feisals vorsehe. In den nächsten Tagen verlassen etwa 12 000 Mann irakischer Truppen Jordanien und kehren auf Befehl der neuen irakischen Regierung in den Irak zurück.
16. Britische Fallschirm- und Luftlandetruppen landen in Jordanien. Die Intervention erfolgt auf ein Hilfebegehren König *Husseins* und der Regierung auf Grund des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen.
17. In einer Note an den Sicherheitsrat der UN erhebt die Regierung Klage gegen die Vereinigte Arabische Republik wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jordaniens.
19. Jordanien bricht die Beziehungen zur Vereinigten Arabischen Republik mit der Begründung ab, daß diese die neue irakische Regierung anerkannt habe. König *Hussein* erklärt in einer Pressekonferenz, er habe auch die Vereinigten Staaten um die Entsendung von Truppen nach Jordanien gebeten.

20. Die Vereinigten Staaten gewähren Jordanien eine Wirtschaftshilfe von 12,5 Millionen Dollar. Amerikanische Transportflugzeuge eröffnen von Beirut aus eine Luftbrücke zur Versorgung des Landes mit Treibstoffen.

Kambodscha

10. Die Nationalversammlung billigt einstimmig die Investitur von Prinz Norodom *Sihanuk* als Ministerpräsident. Die Regierung umfaßt 16 Minister und Staatssekretäre. Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister ist *Son Sann*.

Libanon

15. 5000 Mann amerikanischer Marineinfanterie landen südlich Beirut. Die Landung erfolgt auf Ersuchen des libanesischen Präsidenten, *Camille Chamoun*, und in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Die Truppen sollen die amerikanischen Staatsangehörigen im Libanon schützen und die Regierung ermutigen, die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen.
31. Das Parlament wählt den Generalstabschef der Armee, Generalmajor *Fuad Schehab*, mit großer Mehrheit zum neuen Präsidenten. Schehab erhält im zweiten Wahlgang 48 der 55 abgegebenen Stimmen; sein Gegenkandidat, *Raymond Eddé*, erhält sieben Stimmen.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

4. Die Beobachtergruppe im Libanon erklärt in ihrem ersten Bericht, daß sie ihre Tätigkeit aufgenommen habe und keine Infiltration von Ausländern und keinen Waffenschmuggel habe feststellen können.
15. Der Sicherheitsrat tritt zusammen, um die Klage des Libanon gegen die Vereinigte Arabische Republik wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon zu behandeln. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, *Henry Cabot Lodge*, versichert, die Landung der amerikanischen Truppen im Libanon verfolge keine feindlichen Absichten. Die Vereinigten Staaten seien aber entschlossen, den Gefahren, die sich aus den umstürzlerischen Bestrebungen im Mittleren Osten ergäben, entgegenzutreten. Sie betrachteten sich dabei in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen. Sobald der Sicherheitsrat Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage ergriffen habe, werde man die Truppen zurückziehen. Der libanesischer Vertreter, *Karim Akzoul*, betont, sein Land habe mit dem Hilfebegehren von dem legitimen Recht zur Verteidigung durch Unterstützung befreundeter Länder Gebrauch gemacht. Der britische und der französische Vertreter unterstützen den amerikanischen Standpunkt. Der Delegierte der Vereinigten Arabischen Republik, *Omar Loutfi*, bestreitet, daß sein Land sich in den Bürgerkrieg im Libanon eingemischt habe. Der sowjetische Delegierte, *Arkadij Sobolew*, nennt die amerikanische Intervention eine „flagrante Aggression“, die schwerste Gefahren für den Weltfrieden berge. Er legt einen Resolutionsentwurf vor, in dem der Sicherheitsrat ersucht wird, die Vereinigten Staaten zum Rückzug ihrer Truppen aus dem Libanon aufzu-

fordern. Der Sicherheitsrat soll erklären, daß die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte im Libanon eine offenkundige Einmischung darstelle, daß sie den Prinzipien der Vereinten Nationen widerspreche und den Weltfrieden gefährde. In einem amerikanischen Resolutionsentwurf wird der Generalsekretär ersucht, mit der libanesischen und anderen Regierungen über die Entsendung von UN-Streitkräften zur Erhaltung der Unabhängigkeit des Libanon zu beraten.

16. Der Ungarn-Sonderausschuß veröffentlicht einen Bericht über den Prozeß gegen den ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten *Imre Nagy* und andere ungarische Politiker. (Vgl. Zeittafel in EA 14/1958.)
18. Der Sicherheitsrat stimmt über den sowjetischen, den amerikanischen und einen schwedischen Resolutionsentwurf zur Lage im Mittleren Osten ab. Für den sowjetischen Antrag stimmt nur der sowjetische Vertreter, der amerikanische Antrag scheitert am Veto des sowjetischen Vertreters, für den schwedischen Antrag, der eine Einstellung der Tätigkeit der UN-Beobachter im Libanon wegen der amerikanischen Intervention vorsieht, stimmen nur der schwedische und der sowjetische Vertreter.
22. Im Sicherheitsrat wird ein japanischer Resolutionsentwurf, der als Kompromißlösung vorsieht, dem Generalsekretär die notwendigen Maßnahmen zur Lösung der Krise im Libanon zu überlassen, durch die Sowjetunion abgelehnt. Anschließend erklärt Generalsekretär *Dag Hammarskjöld*, daß er im Sinne der Resolution des Sicherheitsrates vom 11. Juni (vgl. Zeittafel in EA 13/1958) von sich aus die Fortsetzung und Erweiterung der Arbeiten der Beobachter der Vereinten Nationen im Libanon angeordnet habe.

30. In einem zweiten Bericht teilt die Beobachtergruppe der Vereinten Nationen im Libanon mit, daß sie ihre Tätigkeit auf das ganze Gebiet des Landes ausgedehnt und intensiviert habe. Der Waffenschmuggel aus Syrien könne sich nur auf beschränkte Mengen von Handfeuerwaffen erstrecken, die für die Entscheidung der Auseinandersetzungen unerheblich sei. Ein illegaler Uebertritt von Personen sei nicht festgestellt worden. Die Kontrolle sei jedoch schwierig, da die Grenze für den Personen- und Warenverkehr seit jeher vollständig offen sei und da grenzüberschreitende Stammesbeziehungen bestünden.

Bagdad-Pakt

28. Zweitägige Konferenz der Ministerpräsidenten und Außenminister der Mitgliedstaaten des Bagdad-Paktes mit Ausnahme des Irak. Als Beobachter nimmt der amerikanische Außenminister, John Foster Dulles, teil. In einer Gemeinsamen Erklärung wird der Entschluß bekanntgegeben, an den im Bagdad-Pakt vorgesehenen kollektiven Verteidigungsmaßnahmen weiterzuarbeiten. Die Regierungen prüfen gegenwärtig die Möglichkeiten von Aenderungen des Vertrags und seiner Organisation. Die Vereinigten Staaten hätten sich bereit erklärt, mit den auf der Konferenz anwesenden Mitgliedstaaten Abkommen über eine militärische Zusammenarbeit zu treffen. In einem Schlußkommuniqué wird festgestellt, daß die Konferenzteilnehmer die jüngste Entwicklung im Mittleren Osten erörtert und die amerikanische und britische Intervention gutgeheißen hätten.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atom-Gemeinschaft

- 1.—2. Der Ministerrat der EWG und der Europäischen Atom-Gemeinschaft befaßt sich auf einer Sitzung in Brüssel mit den vom Europäischen Parlament und anderen europäischen Organen gemachten Vorschlägen betr. den gemeinsamen Sitz der Organe der europäischen Gemeinschaften, ohne darüber Beschlüsse zu fassen.
- 3.—11. Eine Landwirtschaftskonferenz der Mitgliedstaaten der EWG in Stresa faßt eine Resolution, die u. a. eine enge Koordinierung der Politik der Strukturverbesserung der Landwirtschaft mit der Marktpolitik und der Produktion mit den Absatzmöglichkeiten fordert. Alle Mittel sollen zur Steigerung der Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Familienbetriebe eingesetzt werden. Die Kommission der EWG wird auf die Notwendigkeit einer schrittweisen Annäherung der Preise für die landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse und einer Bereitstellung von Kapital für die Landwirtschaft aufmerksam gemacht.
23. In Paris erörtert der Ministerrat der EWG die gegenwärtigen Probleme bei den Verhandlungen um eine Europäische Freihandelszone und legt laut Kommuniqué eine gemeinsame Linie der sechs Mitgliedstaaten für die weiteren Verhandlungen fest.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

- 28.—29. Der Ministerrat wählt den britischen Schatzkanzler, Derick Heathcoat Amory, für das Jahr 1958/59 wieder zum Vorsitzenden. Nach einer Diskussion über die Konjunkturlage legt der Rat in einer Empfehlung den Regierungen eine Bekämpfung

der inflationistischen Tendenzen und der Gefahren für die Zahlungsbilanz nahe. Die vom Rat eingesetzte Arbeitsgruppe Nr. 19 soll von Zeit zu Zeit über die weitere Entwicklung berichten. In einer zweiten Empfehlung zählt der Rat notwendige Maßnahmen gegen störende Entwicklungen auf dem internationalen Buttermarkt auf.

Westeuropäische Union

- 2.—5. Die Versammlung der WEU hält in Paris ihre vierte ordentliche Sitzungsperiode ab und wählt Sir James Hutchison für ein weiteres Jahr zu ihrem Präsidenten. Sie stimmt nach eingehenden Debatten mit 43 gegen 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen einem Bericht des Ausschusses für Verteidigungsfragen und Rüstungen zu, in dem der Rapacki-Plan für die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als eine tödliche Gefahr für den Westen bezeichnet wird. Eine Erörterung sei nur möglich, wenn die Sowjetunion ihre Truppen aus allen europäischen Ländern zurückziehe, wenn ein allgemeines Abkommen über eine wirksam kontrollierte Abrüstung zustande komme und eine Neutralisierung Deutschlands ausdrücklich ausgeschlossen werde. In einer mit 50 gegen 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommenen Empfehlung zur Frage der europäischen Sicherheit wird der Verbleib von mindestens 30 mit taktischen Atomwaffen ausgerüsteten Divisionen in Mitteleuropa gefordert. Die Mitgliedstaaten sollten jede Kürzung ihres Verteidigungsbeitrages unterlassen und gegebenenfalls einen Ausgleich der finanziellen Verteidigungslasten vornehmen. Schließlich werden die Schaffung einer gemeinsamen Entscheidungsinstanz für den strategischen Einsatz von Kernwaffen und die Harmonisierung der Operationspläne aller nationalen Streitkräfte empfohlen.

Union Europäischer Föderalisten (UEF)

- 5.—6. Nach einer Konferenz in Paris über „Die Ereignisse in Frankreich und der politische Aufbau Europas“ stellt der Internationale Rat der UEF in einer Entschließung fest, daß wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Fortschritt, Verteidigung und auswärtige Beziehungen heutzutage nicht mehr in ausreichender Weise durch die bestehenden Nationalstaaten gesichert werden könnten. Darum wird in der Entschließung der Abschluß eines Vertrags über die Einberufung einer Europäischen Konstituierenden Versammlung gefordert, die in direkten Wahlen gewählt werden soll. Diese Versammlung solle binnen sechs Monaten eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa ausarbeiten, die durch die Völker Europas im Wege der Volksabstimmung in Kraft zu setzen wäre.

Weltfriedensrat

- 16.—22. Der Weltkongreß für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit in Stockholm verabschiedet eine Erklärung zur Abrüstung, die als erste Maßnahme die sofortige Einstellung aller Kernwaffenversuche fordert. Der Kongreß befaßt sich außerdem in einer Entschließung sowie in Appellen an die Organisation der Vereinten Nationen und die arabischen Völker mit der Lage im Mittleren Osten.

Bücher und Broschüren

The British Commonwealth 1958. A Survey and Directory of the Countries of the Commonwealth. Second Edition. London: Europa Publications Limited 1958. XV, 958 S. £ 6/—/—.

Das vorliegende Handbuch „The British Commonwealth 1958“, das kürzlich in der 2. Ausgabe erschienen ist, enthält eine Fülle von informatorischem und statistischem Material, einmal über das Britische Commonwealth insgesamt und zum anderen über dessen verschiedene Territorien. Dieses Material ist für alle Länder des Commonwealth nach dem gleichen übersichtlichen Schema zusammengestellt. Zunächst wird ein allgemeiner Ueberblick über die Geschichte, die geographischen und historischen Voraussetzungen gegeben, dann folgen ausführliche Angaben über Regierung, Verfassung und Parteien und schließlich eine Aufstellung von Institutionen des öffentlichen Lebens, wie Banken, Versicherungen, Hochschulen, Verlage, wirtschaftliche und wissenschaftliche Vereinigungen usw.

Die geographischen und historischen Beiträge wurden ausnahmslos von qualifizierten Fachleuten geschrieben. Das rein informatorische Material ist geschickt ausgewählt, die Angaben von bemerkenswerter Genauigkeit und Ausführlichkeit. Daher dürfte dies Handbuch für jede gute „reference-library“ unentbehrlich sein.

I. Brunken

Finletter, Thomas K.: Foreign Policy: The next Phase. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1958. IX, 208 S. \$ 3,50.

Gersdorff, Ralph von: Maßnahmen zur Förderung der privaten Kapitalbildung im Portugiesischen Reich. Sparmöglichkeiten und Finanzierungsmethoden in Entwicklungsgebieten. Zürich: Polygraphischer Verlag AG. 1958. XVI, 265 S. (Staatswissenschaftliche Studien, Neue Folge, Band 33). sfrs. 12,45.

Grassmann, Gerhard Otto: Die deutsche Besatzungsgesetzgebung während des 2. Weltkrieges. Tübingen: Institut für Besatzungsfragen 1958. XVI, 139 S. (Hektographiert). (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 14).

Günther-Hornig, Margot: Kunstschutz in den von Deutschland besetzten Gebieten 1939—1945. Tübingen: Institut für Besatzungsfragen 1958. XX, 152 S. (Hektographiert). (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 13).

The Initial Triumph of the Axis. Edited by Arnold Toynbee and Veronica M. Toynbee. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University

Press 1958. XVII, 742 S. (Survey of International Affairs 1939—1946). 84 s.

Jenks, C. Wilfred: The International Protection of Trade Union Freedom. Published under the auspices of the London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons Ltd. 1957. XL, 592 S. £ 4/4/—. (The Library of World Affairs, Nr. 35).

Als Titel 35 ist in der Reihe „The Library of World Affairs“ (hrsg. von George Keeton und Georg Schwarzenberger) dieses Sammelwerk über die Entwicklung und die Möglichkeiten des internationalen Schutzes der Freiheit der Gewerkschaften erschienen. Es beschreibt die Ergebnisse, die in den letzten zehn Jahren durch internationale Bemühungen um die Freiheit des Zusammenschlusses zum Zweck der Vertretung der Arbeitnehmer erzielt worden sind, und die gegenwärtige Vertragssituation. Der Autor analysiert den Bestand bisher gefällter Grundsatzentscheidungen und stützt seine Darstellung auf das von der ILO erhobene Material über die Rechtspraxis in 70 Ländern. Wer mit der Frage des Schutzes der Gewerkschaftsfreiheit zu tun hat, kann hier eine Bestandsaufnahme finden und einen Wegweiser durch die sich schnell entwickelnde und zuweilen schwer überschaubare Materie.

Der Kohlenbergbau und die Energiewirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1955 und nach der Planung 1956/60. Aus der Arbeit des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. 1. Aufl. Bonn: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 1957. 95 S. Mit 5 Anlagen und 2 Diagrammen.

Laves, Walter H. C., and Charles A. Thomson: UNESCO. Purpose — Progress — Prospects. Bloomington: Indiana University Press 1957. XXIII, 469 S. \$ 7,50.

Luther, Hans: Der französische Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht und seine Bekämpfung. Tübingen: Institut für Besatzungsfragen 1957. 297 S. (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 11).

Maritime Transport. A Study by the Maritime Transport Committee. Paris: OEEC 1958. 67 S. (Trends in Economic Sectors, 4th year). \$ 2,—.

Mason, John Brown, and Chester W. Nimitz: The Constitutional Powers of the American President over the Conduct of Foreign Affairs. New Port (R.I.): The United States Naval War College 1958. 32 S. (Hektographiert).

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wl.), Frankfurt. Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1958 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12,—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43,50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

August 1958

8. Jahrgang — Nr. 8

Die Tätigkeit des Europarats im Juli 1958

I. TAGUNGEN DES RATES

Im Juli fanden folgende Tagungen statt:

Ausschuß für kommunale Fragen: Lüttich, 2. — 7. Juli (siehe unter „Kommunale Fragen“);

Sachverständigenausschuß für öffentliches Gesundheitswesen: Straßburg, 8. — 11. Juli (siehe unter „Soziale Fragen“);

Stellvertreter der Minister: Straßburg, 8. — 11. Juli;

Unterausschuß Nr. 3 des Politischen Ausschusses und Plenarsitzung dieses Ausschusses: Paris, 9. — 11. Juli (siehe unter „Politische Fragen“);

Sondergruppe für die Koordinierung der Außenpolitik (Politischer Ausschuß): Paris, 10. Juli;

Europäische Menschenrechtskommission: Straßburg, 22. — 26. Juli.

II. POLITISCHE FRAGEN

Politischer Ausschuß

Der Politische Ausschuß der Beratenden Versammlung tagte unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon (Franzose) am 10. und 11. Juli in Paris. Der Ausschuß hatte eine vorläufige Aussprache über den Herbstbericht über die europäische Politik im Lichte der gegenwärtigen internationalen Lage, und der Bericht-erstatte, Abgeordneter *de Félice* (Franzose), trug seine Auffassungen zu diesem Punkt vor.

Ferner behandelte der Ausschuß den derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone, unter besonderer Bezugnahme auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. Juni 1958, und verabschiedete folgende Pressemitteilung:

„Der Politische Ausschuß der Versammlung des Europarats hat auf seiner Sitzung vom 11. Juli in Paris den derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Schaffung einer europäischen Freihandelszone geprüft. Der Ausschuß ist sich darüber vollkommen im klaren, daß es seine Pflicht ist, die Auffassungen der fünfzehn Mitgliedsländer des Europarats zur Geltung zu bringen. In diesem Sinne hat der Ausschuß die Entschließung betreffend einen Vertrag über eine europäische Wirtschaftsvereinigung geprüft, die am 27. Juni 1958 vom Europäischen Parlament der Sechs angenommen worden ist. Der Ausschuß ist mit den Grundsätzen dieser Entschließung einverstanden und stimmte insbesondere in folgenden Punkten zu:

1. dem Gedanken einer europäischen wirtschaftlichen Vereinigung zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und den übrigen Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) andererseits,
2. den zwei Schritten, die gleichzeitig unternommen werden müssen: eine Erklärung der Absichten, welche die Grundsätze einer europäischen wirtschaftlichen Vereinigung festlegt, und eine Ausdehnung der zehnprozentigen Zollsenkung, die innerhalb der Sechs am 1. Januar 1959 in Kraft treten soll, für eine Dauer von 18 Monaten auf die elf anderen Mitglieder der OEEC.“

Einem Wunsche der Versammlung folgend, prüfte der Ausschuß einen Bericht der Arbeitsgruppe des Präsidiums über die institutionelle Reform des Europarats. Der Ausschuß einigte sich auf eine Stellungnahme, welche dem Präsidium der Versammlung zugeleitet werden wird.

Der Abgeordnete *de la Vallée Poussin* (Belgier) wurde zum Berichterstatter zum Bericht des Generalsekretärs über die europäische Einheit bestellt. Dieser Bericht wurde am 2. Mai von der Versammlung an den Politischen Ausschuß überwiesen.

Der Berichterstatter wird ein Memorandum über den Teil des Berichtes vorbereiten, welcher sich mit gewissen Verbesserungen am Aufbau des Europarats befaßt.

Der Abgeordnete *Jakobsen* (Däne) wurde gebeten, die Entwicklung im Zusammenhang mit der Frage eines gemeinsamen Sitzes für die europäischen Organisationen zu verfolgen.

Vor der Sitzung des Ausschusses fand am 9. Juni eine Sitzung des Unterausschusses (Vorsitzender: Abgeordneter *Pierre Grégoire*, Luxemburger) für die Vorbereitung einer Erklärung über die Ziele der westlichen Zivilisation statt. Bekanntlich hatte der Abgeordnete *Codacci Pisanelli* (Italiener) einen entsprechenden Antrag in der Versammlung eingebracht. Der Unterausschuß prüfte ein vorläufiges Memorandum von Herrn Grégoire und beschloß, eine derartige Erklärung auszu-arbeiten. Der erste Entwurf wird auf der nächsten Sitzung in Paris am 11. September geprüft werden.

Der Politische Ausschuß wird am 22. und 23. September in Paris wieder zusammentreten.

III. RECHTSFRAGEN

Friedliche Regelung von Streitigkeiten

Am 7. Juli hinterlegte Fräulein M. Z. N. Witteveen, Ständiger Vertreter der Niederlande beim Europarat, beim Generalsekretär die Ratifikationsurkunde ihres Landes über die Europäische Konvention für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Diese Konvention, die Ende April 1957 in Straßburg unterzeichnet wurde, trat nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde von Schweden und Norwegen ein Jahr später in Kraft.

Menschenrechte: Einzelbeschwerde gegen Belgien

Das Sekretariat der Europäischen Menschenrechtskommission hat folgendes bekanntgegeben:

„Am 1. September 1956 hat der belgische Staatsangehörige *Raymond de Becker*, der wegen Zusammenarbeit mit dem Feind während des zweiten Weltkrieges von belgischen Gerichten verurteilt worden war, sich wegen der folgenden Angelegenheiten bei der Europäischen Menschenrechtskommission beschwert:

- a) Die von ihm auf sich genommene Verpflichtung, seinen Wohnsitz außerhalb Belgiens zu nehmen, um eine vorzeitige Entlassung aus der Gefangenschaft zu erwirken, komme einer Verbannung gleich und stehe daher im Gegensatz zu Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

b) Nach belgischem Strafrecht ist es dem Beschwerdeführer nicht gestattet, in der Geschäftsführung, Redaktion, Veröffentlichung oder Verteilung einer Zeitung oder anderer Veröffentlichungen tätig zu sein. Diese Bestimmung stehe im Gegensatz zu Artikel 7 der Konvention, welche die rückwirkende Anwendung strafrechtlicher Bestimmungen verbietet.

c) Die gleiche gesetzliche Bestimmung stehe im Widerspruch zu Artikel 10 der Konvention, welche die Freiheit der Meinungsäußerung garantiert."

Die Menschenrechtskommission hat die Punkte a) und b) der Beschwerde für unzulässig erklärt. Im Hinblick auf Punkt c) der Beschwerde hat die Kommission die Zulässigkeit festgestellt, das heißt, daß keine grundsätzlichen Einwendungen gegen diesen Punkt bestehen und er somit einer materiellen Prüfung unterzogen werden könne. Zu diesem Zweck wurde am 22. Juli ein Unterausschuß eingesetzt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Feststellung über die Zulässigkeit eines Punktes der Beschwerde in keiner Weise einen Anhaltspunkt über die künftige Entscheidung der Kommission darstellt.

IV. SOZIALE FRAGEN

Öffentliches Gesundheitswesen

Der Sachverständigenausschuß für öffentliches Gesundheitswesen hielt seine 8. Sitzung vom 8. bis zum 11. Juli in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn W. H. Boucher vom britischen Gesundheitsministerium ab. An der Sitzung nahmen Beobachter des Europäischen Büros der Weltgesundheitsorganisation und der Schweiz teil.

Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war der Entwurf für ein europäisches Abkommen und Protokoll über den Austausch von Heilmitteln menschlichen Ursprungs. Nach diesem Abkommen sollen die Vertragspartner derartige Heilmittel anderen Vertragspartnern, welche einen dringenden Bedarf an denselben haben, zur Verfügung stellen. Es wird hierbei vorausgesetzt, daß kein wirtschaftlicher Vorteil entstehen darf und daß diese Heilmittel ausschließlich für medizinische Zwecke verwandt werden. Außerdem dürfen sie nur an von den Regierungen bezeichnete Stellen geliefert werden und müssen den Vorschriften, die im Protokoll zum Übereinkommen festgelegt sind, entsprechen.

Ferner werden die Vertragspartner aufgefordert, alle Maßnahmen zur Befreiung von Einfuhrzöllen für derartige Lieferungen sicherzustellen. Obwohl es sich in diesem Abkommen in erster Linie um die Lieferung von Blut und Bluterzeugnissen handelt, können seine Bestimmungen auch andere Heilmittel menschlichen Ursprungs umfassen.

Es wurde empfohlen, daß Nichtmitgliedsländer des Europarats zum Beitritt zu diesem Abkommen aufgefordert werden können. Der Entwurf des Vertragswerkes wird jetzt dem Ministerausschuß zur Zustimmung zugeleitet.

Betreffend den Abkommensentwurf über die zollfreie Einfuhr von wissenschaftlicher Ausrüstung für Krankenhäuser haben die Sachverständigen beschlossen, die Prüfung des Problems fortzusetzen, nachdem die zuständigen Verwaltungen auf nationaler Ebene Stellung genommen haben.

Nach der Prüfung eines Berichtes des Auswahl Ausschusses für die medizinischen Stipendien beschloß

der Ausschuß, die Dauer der Stipendien für das Programm 1959 zu verlängern. Ein besonderer Betrag wurde bereitgestellt für eine Studie über die gesundheitlichen Aspekte des Camping, da noch keine andere internationale Organisation sich mit diesem Thema beschäftigt hat. Die Sachverständigen bestellten einstimmig die Herren Dr. Molitor (Luxemburger) und Professor Canaperia (Italiener) zu Mitgliedern des Auswahl Ausschusses für 1959.

Unter den anderen Punkten der Tagesordnung war die Prüfung der Frage einer Vereinheitlichung der Ausbildung von Krankenschwestern mit dem Ziel einer Erleichterung der Berufsausübung in den verschiedenen Mitgliedsländern, ferner die Frage der gegenseitigen Hilfeleistung bei Naturkatastrophen oder schweren Unfällen in Grenzgebieten.

Die nächste Sitzung des Sachverständigenausschusses wird im Dezember 1958 stattfinden.

Europäische Sozial-Charta

Die Stellvertreter der Außenminister beschlossen auf ihrer 62. Sitzung, den Vorschlag der Internationalen Arbeitsorganisation zur Einberufung der geplanten Dreierkonferenz über die Europäische Sozial-Charta für die Zeit vom 2. bis 13. Dezember anzunehmen.

Der Generalsekretär wurde angewiesen, den Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation entsprechend zu unterrichten.

Europäisches Fürsorgeabkommen

Der Ständige Vertreter der italienischen Regierung beim Europarat, Herr Giorgio Bombassei Frascani de Vettor, hinterlegte am 1. Juli beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde seines Landes über den Beitritt zum Europäischen Fürsorgeabkommen und das Zusatzprotokoll von 1953.

Damit ist Italien das zehnte Mitgliedsland, das dieses Abkommen ratifiziert hat. Es ist in neun Ländern bereits in Kraft: Belgien, Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden, Großbritannien.

V. KOMMUNALE FRAGEN

Zweite Europäische Konferenz der Gemeinden und Gemeindeverbände

Der Kommunalausschuß der Beratenden Versammlung tagte am 2. Juli in Lüttich unter dem Vorsitz des Abgeordneten Chaban-Delmas (Franzose). Der Ausschuß beschäftigte sich mit der Vorbereitung der zweiten Europäischen Konferenz der Gemeinden und Gemeindeverbände, die in Straßburg vom 29. bis zum 31. Oktober stattfinden wird.

Wie bei der ersten derartigen Konferenz werden die Plenarsitzungen im Sitzungssaal des Europahauses stattfinden. Die fünfzehn Mitgliedsländer des Europarats werden durch 135 Bürgermeister vertreten sein, die nationalen Delegationen haben also die gleiche Stärke wie diejenigen der Beratenden Versammlung. Die Konferenz wird vier ordentliche Ausschüsse (Allgemeiner Ausschuß, Wirtschafts- und Sozialausschuß, Ausschuß für kommunale Finanzen und Kulturausschuß) einsetzen, ferner einen Sonderausschuß für Wohnungsfragen.

Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung der Konferenz:

Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Einrichtung und den Tätigkeiten der europäischen Institutionen;

Örtliche Auswirkungen der europäischen Wirtschaftsintegration;

Der Wiederansiedlungs-Fonds des Europarats und die Gemeinden und Gemeindeverbände;

Organisation auf europäischer Ebene von Kommunalanleihen;

Förderung des Europagedankens durch Austausch zwischen den Gemeinden;

Die Kommunalbehörden und das Wohnungsproblem in Europa.

Der Kommunalausschuß der Beratenden Versammlung brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß die nationalen Delegationen ihre zuständigen Minister auf die in der Tagesordnung vorgesehenen Punkte aufmerksam machen und ihre Anwesenheit als Beobachter erbitten sollten.

Die vierte Generalversammlung der europäischen Städte

Die vierte Generalversammlung der europäischen Städte wurde vom 3. bis zum 6. Juli in Lüttich abgehalten. Außer den 2500 Vertretern der Gemeinden nahmen eine Reihe europäischer Persönlichkeiten an diesem Kongreß teil: der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, Fernand Dehousse, der Präsident des Europäischen Parlaments, Robert Schuman, und der Vorsitzende und die Mitglieder des Kommunalausschusses der Beratenden Versammlung.

Die Entschlüsse dieses Kongresses forderten eine Politik der Dezentralisation, die Erleichterung von kommunalen Krediten, die Anerkennung der Gemeinde als kulturelle Einheit, die Gewährung der Selbstverwaltung an Gemeinden und die Schaffung eines ständigen Organs aus der Europäischen Konferenz der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Eine weitere Entschliebung fordert die Schaffung einer Kommunalkonferenz der Sechs im Rahmen der Europäischen Konferenz. Die Beziehungen dieses Organs zum Europäischen Parlament würden den Beziehungen zwischen der Konferenz und der Beratenden Versammlung entsprechen.

Eine feierliche Erklärung der Generalversammlung forderte eine direkte Vertretung der Gemeinden und Gemeindeverbände in den europäischen Institutionen. Anlaßlich dieser Konferenz wurden besondere Zeremonien für die Verschwägerung der Städte Lille—Lüttich, Rotterdam—Turin, Köln—Esch-sur-Alzette abgehalten.

VI. VERSCHIEDENES

Neue Regierung in Italien

Eine Reihe von Abgeordneten der Beratenden Versammlung gehören der neuen italienischen Regierung an, die auf Grund der Wahlen vom 25. Mai gebildet wurde: Justizminister Guido Gonella, Minister ohne Geschäftsbereich (beauftragt mit der Verwaltungsreform) Camillo Giardina, Unterstaatssekretär für

Arbeit und Soziale Sicherheit Ferdinando Storch, Unterstaatssekretär für Zivilluftfahrt Giuseppe Caron.

Pläne für ein europäisches Studium

Das Europäische Kulturzentrum in Genf hatte eine Sitzung einberufen, um den europäischen akademischen Kreisen die Gelegenheit zu geben, sich zu dem Vorschlag der Sechsergemeinschaften über die Schaffung einer Europäischen Universität zu äußern. Diese Sitzung fand am 4. und 5. Juli in Genf statt.

Eine Entschliebung, die von den Teilnehmern einstimmig angenommen wurde, bringt Zweifel zum Ausdruck, ob es in der unmittelbaren Zukunft zweckmäßig ist, eine zentrale Europäische Universität klassischen Typs zu errichten. In der Entschliebung wird ein Gegenvorschlag gemacht, nach dem die Schaffung eines nachakademischen Studienzentrums ins Auge gefaßt werden kann. Dieses Zentrum würde eine Reihe von spezialisierten Instituten umfassen, jedoch gemeinsame Vorlesungen über allgemeine europäische Kultur einschließen. Ferner wird gefordert, daß mehr Lehrstühle für europäische Studien auf nationalen Universitäten, nach dem Beispiel der Universität Lausanne, eingerichtet werden sollen. Schließlich wird der Vorschlag gemacht, einen Koordinierungsplan für europäische Studien auszuarbeiten. Dieser Plan soll die bestehenden Institute und das neu zu schaffende Zentrum umfassen, daneben wird die Schaffung eines europäischen Forschungsrates vorgeschlagen.

Diese Vorschläge wurden den europäischen Gemeinschaften, den interessierten Regierungen und dem Europäischen Universitätsausschuß zugeleitet. Zusammen mit den vorläufigen Berichten und dem Sitzungsprotokoll werden sie den Gegenstand einer Veröffentlichung durch das Europäische Kulturzentrum bilden.

Kongreß der europäischen Völker

Der Ständige Ausschuß des Kongresses der Europäischen Völker, der kürzlich in Straßburg tagte, verabschiedete einen Vertragsentwurf über die Einberufung einer europäischen verfassungsgebenden Versammlung mit dem Auftrag der Ausarbeitung einer Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa.

Der Text des Ständigen Ausschusses, der aus etwa 30 Delegierten verschiedener europäischer Länder besteht, wird dem 2. Kongreß, der Ende des Jahres stattfinden soll, unterbreitet werden.

Vereinigung Europäischer Juristen

Diese Vereinigung, die im Frühjahr gegründet wurde, um die Vereinheitlichung der Gesetze der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes zu prüfen, hielt im Pariser Büro des Europarats eine Sitzung ab. Den Vorsitz hatte der Präsident der Beratenden Versammlung, Professor Fernand Dehousse. Die Arbeiten dieser Sitzung waren der Vorbereitung des 1. Kongresses europäischer Juristen gewidmet, der in Straßburg im Herbst dieses Jahres stattfinden soll.

Kurze Nachrichten

Der Abgeordnete Paul Struye, welcher der Beratenden Versammlung seit 1949 angehört, wurde zum Präsidenten des belgischen Senats gewählt. Diesen Posten hat Herr Struye bereits vor 1954 innegehabt.

WELTAUSSTELLUNG IN BRUSSEL

Der Monat Juli brachte eine besondere Aktivität für den Pavillon des Europarats auf der Brüsseler Ausstellung. Der Höhepunkt des Monats war der Besuch des deutschen Bundespräsidenten, Dr. Theodor Heuss, am 23. Juli. Bundespräsident Heuss betrat den Sitzungssaal während eines Kongresses von etwa 200 europäischen Studenten, die sich in einer herzlichen Ovation von ihren Plätzen erhoben. Der Bundespräsident übernahm den Vorsitz und richtete eine kurze Ansprache an die Studenten, die mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Der österreichische Abgeordnete bei der Beratenden Versammlung, Nationalrat Karl Czernetz, legte am 5. Juli einen Bericht über die Entstehungsgeschichte und die Veröffentlichung des Werkes „Unser Europa“ vor. Dieses für die jungen Europäer bestimmte Buch ist gemeinsam von den Ausschüssen der Versammlung für kommunale Angelegenheiten und für kulturelle Fragen herausgegeben worden. Der Präsident der Beratenden Versammlung hatte den Vorsitz bei dieser Zeremonie und überreichte anschließend Exemplare dieses Werkes an den Bürgermeister von Luxemburg und Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinden, Herrn Hamillus. Dieser übergab seinerseits Exemplare an zehn junge Mädchen, welche die zehn auf der Weltausstellung vertretenen europäischen Länder repräsentierten. Dieses Werk beschäftigt sich mit allen Seiten des europäischen Lebens (Geschichte, Geographie, Wirtschaft, Kunst und Literatur) im Hinblick auf die Gründe und die Ziele der europäischen Einigung.

Eine englische Ausgabe soll noch vor Ende dieses Jahres erscheinen.

Andere Ereignisse im Pavillon des Europarats

2. Juli: Besuch der Generalkommissare der auf der Ausstellung vertretenen Mitgliedsländer des Europarats.

24. Juli: Feierliche Preisverteilung der Preise des Europäischen Schultages. Den Vorsitz hatte der Vizepräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Herr Malvestiti. An Schüler aus neun Ländern wurden Preise verteilt; die Goldmedaille des Generalsekretärs des Europarats für den Gesamtsieger erhielt die italienische Schülerin Luisella Sergiampietri.

25. Juli: Verschwägerung zwischen fünf europäischen Gemeinden in Anwesenheit ihrer Bürgermeister: Anderlecht (Belgien), Boulogne-Billancourt (Frankreich), Hammersmith (Großbritannien), Neuköln (Bundesrepublik Deutschland) und Zaandam (Niederlande).

Am 3. September findet der Tag des Europarats auf der Brüsseler Ausstellung statt. Die Feierlichkeiten stehen unter dem Zeichen des 5. Jahrestages des Inkrafttretens der Europäischen Menschenrechtskonvention. Den Vorsitz wird der derzeitige Vorsitzende des Ministerausschusses, der türkische Außenminister, Herr Fatin Zorlû, haben. Unter den Rednern befinden sich der schwedische Außenminister, Herr Oesten Undén, und ein hervorragender europäischer Jurist, Professor Fernand Dehousse, Präsident der Beratenden Versammlung und Professor für internationales Recht an der Universität Lüttich.

VORLAUFIGER TERMINKALENDER

- | | |
|-----------------------|---|
| 4. August: | 6. Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses. (Auswirkungen der Freihandelszone auf den europäischen Markt der nicht vertretenen Nationen) (Paris) |
| 25. August — | |
| 3. September: | Sechste Konferenz für die Revision der Geschichtslehrbücher von 1870 bis heute (Istanbul) |
| 27. August — | |
| 1. September: | Europäische Menschenrechtskommission (Straßburg) |
| 29.—30. August: | Ausschuß für nicht vertretene Nationen (Paris) |
| 3. September: | Tag des Europarats (Brüssel): Feierliche Sitzung der Europäischen Menschenrechtskommission (Brüssel) |
| 4. September: | Präsidium und Ständiger Ausschuß (Brüssel) |
| 5. September: | Unterausschuß des Ausschusses für Bevölkerung und Flüchtlinge (Paris) |
| 6. September: | Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge (Paris) |
| 8.—9. September: | Kulturausschuß (München) |
| 11. September: | 3. Unterausschuß des Politischen Ausschusses (Erklärung über die Grundlagen der westlichen Zivilisation) (Paris) |
| 12.—13. September: | Landwirtschafts-Ausschuß (Wien) |
| 15.—17. September: | Rechtsausschuß und Unterausschüsse (London) |
| 15.—27. September: | Arbeitsgruppe für die Klassifizierung von Patenten (Stockholm) |
| 16. September u. ff.: | Stellvertreter der Minister (Straßburg) |
| 22.—23. September: | Politischer Ausschuß (Paris) |
| 22.—26. September: | Rechtssachverständige (Wiederansiedlungs-Fonds) (Straßburg) |
| 24.—25. September: | Wirtschaftsausschuß (Paris) |
| 26.—28. September: | 3. Runder Tisch (Bonn) |
| 29. September — | |
| 14. Oktober: | Sachverständige für die Behandlung von juristischen Personen (Straßburg) |
| 2.—4. Oktober: | Verwaltungsrat des Wiederansiedelungs-Fonds (Paris) |
| 3.—11. Oktober: | Unterausschuß der Menschenrechte (Straßburg) |
| 6.—10. Oktober: | Haushalts-Ausschuß (Straßburg) |
| 10.—18. Oktober: | Beratende Versammlung (Straßburg) |
| 10.—18. Oktober: | 8. Europäischer Studienlehrgang (Straßburg) |
| 18. Oktober: | Europäische Konferenz der sozialistischen Parteien (Straßburg) |
| 21. Oktober u. ff.: | Europäisches Parlament (Straßburg) |
| 29.—31. Oktober: | Zweite Europäische Konferenz der Gemeinden und Gemeindeverbände (Straßburg) |